



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe

Jeong Nam Choi

**Eine Analyse der Transformationsberatung für die "kollektive
Landwirtschaft" während der ersten Transformationsphase
(1989-1991) am Beispiel Ostdeutschlands: Lehren für Korea**



LEIBNIZ-INSTITUT FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Eine Analyse der Transformationsberatung für die "kollektive
Landwirtschaft" während der ersten Transformationsphase (1989-1991)
am Beispiel Ostdeutschlands: Lehren für Korea

Studies on the Agricultural and Food Sector
in Central and Eastern Europe

Edited by
Leibniz Institute of Agricultural Development
in Central and Eastern Europe
IAMO

Volume 47

**Eine Analyse der Transformationsberatung für
die "kollektive Landwirtschaft" während der
ersten Transformationsphase (1989-1991) am
Beispiel Ostdeutschlands: Lehren für Korea**

**von
Jeong Nam Choi**

IAMO

2009

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists the publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet at: <http://dnb.ddb.de>.

This thesis was accepted as a doctoral dissertation in fulfillment of the requirements for the degree "doctor agriculturarum" by the Faculty of Natural Sciences III at Martin Luther University Halle-Wittenberg on 13.11.2007.

Date of oral examination:	14.04.2008
Supervisor and Reviewer:	Prof. Dr. A. Balmann
Co-Reviewer:	Prof. Dr. G. Buchenrieder
Co-Reviewer:	Dr. rer. pol. Dr. sc. agr. habil. S. Mann

Diese Veröffentlichung kann kostenfrei im Internet unter www.iamo.de/dok/sr_vol147.pdf heruntergeladen werden.

This publication can be downloaded free from the website www.iamo.de/dok/sr_vol147.pdf.

© 2009

Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)

Theodor-Lieser-Straße 2

06120 Halle (Saale)

Tel.: 49 (345) 2928-0

Fax: 49 (345) 2928-199

e-mail: iamo@iamo.de

<http://www.iamo.de>

ISSN 1436-221X

ISBN 978-3-938584-36-1

DANKSAGUNG

Die vorliegende Arbeit wurde im Rahmen meines Promotionsstudiums im Fachgebiet Agrar- und Ernährungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und meiner wissenschaftlichen Tätigkeit am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) unter wissenschaftlicher Betreuung von Herrn Prof. Dr. Alfons Balmann angefertigt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die mich während meines Promotionsstudiums und bei der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt haben.

Zuallererst möchte ich Herrn Prof. Dr. Alfons Balmann, meinem Doktorvater, Dr. Axel Wolz und Dr. Michael Kopsidis für die fachliche Unterstützung, wertvolle Anregungen und guten Ratschläge ganz herzlich bedanken. Sie haben nützliche Hinweise zu meiner Arbeit gegeben und waren zu jeder Zeit für wissenschaftliche Diskussionen und Hilfestellungen sowie Kritik und Anregungen bereit. Die Anfertigung dieser Arbeit wäre ohne ihre freundliche Unterstützung und fachliche Mithilfe nicht möglich gewesen.

Den weiteren Gutachterinnen der Arbeit, Frau Prof. Dr. Gertrud Buchenrieder und Herrn Dr. Stefan Mann, danke ich für die bereitwillige Begutachtung der Arbeit sowie ihre wertvollen Vorschläge und ihren fachlichen Rat.

Ein großes Dankeschön geht an Nadine Giemsa, Oliver Jungklaus, Hauke Schnicke, Marten Graubner, Henriette Stange, Andreas Gramzow und Florian Amersdorffer für die Durchsicht des Manuskriptes und die Korrekturvorschläge.

An dieser Stelle gilt mein besonderer herzlicher Dank allen Befragungspartnern meiner Forschung. Alle Befragten, die den Transformationsprozess selbst erlebten, haben meine Bitte um Interview bereitwillig befürwortet und mir sehr wertvolle und für meine Arbeit unbedingt notwendige Informationen vermittelt. Ohne ihre freundliche Hilfe wäre die Anfertigung dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

Die Arbeit wäre ebenfalls, ohne die Förderung durch das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa nicht möglich gewesen. Ich möchte mich für diese Unterstützung ganz herzlich bedanken. Außerdem möchte ich mich auch für die seelische und finanzielle Unterstützung meiner Freunde aus Korea bedanken, deren Namen hier leider nicht alle erwähnt werden können.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Peter Tillack, dem ehemaligen Direktor im IAMO und Herrn Dr. Yeong Yoon Kim im Korea Institute of National Unification (KINU), die mich mit dem IAMO in Verbindung brachten.

Von Herzen bedanke ich mich bei meinen geliebten Eltern dafür, dass sie mir gegenüber für den langen Aufenthalt in Deutschland viel Verständnis zeigten und für meine Abwesenheit in Korea ihre Geduld bewahrten. Ich bedanke mich auch bei meiner Sandra für ihre hilfreiche und geduldige Unterstützung während der Anfertigung meiner Arbeit.

Halle (Saale), September 2008

Jeong Nam Choi

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Arbeit befasst sich mit der Analyse der retrospektiven Bewertungen ostdeutscher Landwirte über ihre damaligen Erfahrungen während der LPG-Umwandlungen in Ostdeutschland. In diesem Zusammenhang liegt der Fokus vor allem darauf, wie die Betroffenen die damaligen Beratungsbedürfnisse und die externen Beratungstätigkeiten während des Umwandlungsprozesses der LPGen erlebt haben. In Anlehnung daran zielt diese Arbeit darauf ab, aus ihren Bewertungen Handlungsanweisungen für die nordkoreanischen LPG-Umwandlungen (insbesondere für die externe Beratung) abzuleiten.

Hinsichtlich der LPG-Umwandlungen in der damaligen DDR bestand eine grundsätzliche Aufgabe zunächst darin, institutionelle, gesetzliche Rahmenbedingungen zu etablieren. Jedoch verursachten die Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Betriebsrechtsformen und der Vermögensauseinandersetzungen erhebliche Schwierigkeiten bzw. Konflikte bei den LPG-Umwandlungen.

Die Wiederherstellung des Privateigentumsrechtes an Boden wurde als ein notwendiger Prozess für die weitere Entwicklung positiv bewertet. Obwohl der Prozess aufgrund der vorhandenen Grundbücher im Prinzip reibungslos ablief, hatten etwa 20 % der ehemaligen Eigentümer Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite wurde die Regelung über die Auseinandersetzung des Vermögens verhältnismäßig spät in Kraft gesetzt. Dadurch wurden die Konflikte bei dem Aufteilungsprozess vertieft.

Aufgrund der zügigen Einführung des Marktwirtschaftssystems wurden die LPGen und die neu entstandenen Privatbetriebe unter erheblichen Druck gesetzt. Dabei waren mangelnde Kenntnisse hinsichtlich des neuen Marktwirtschaftssystems ein großes Problem. Daraus entstanden enorme Beratungsbedürfnisse. Diese Bedürfnisse nach externer Beratung bzw. Unterstützung wurden von den westdeutschen Beratern, vor allem zu Beginn der Transformation, gedeckt. Die gesetzlichen und institutionellen Verständnisse in dem marktwirtschaftlichen System stellten einen wichtigen Beratungsbereich dar. Die LPG-Vorsitzenden hatten einen größeren Wissensnachholbedarf als die neuen Wiedereinrichter. Diese Bedürfnisse wurden durch öffentliche Treffen, Diskussionsforen und Informationsbesuche befriedigt. In diesem Zusammenhang wurde es als positiv bewertet, dass die verschiedenen Varianten ohne Präskription vollständig dargestellt wurden. Die Berater, die von den Betriebsleitern letztendlich für die Umwandlung des eigenen Betriebes in Anspruch genommen wurden, wurden entsprechend ihrer regionalen Herkunft unterschiedlich

bevorzugt. Die ostdeutschen Betriebsleiter bevorzugten die ostdeutschen Berater, weil diese ihre eigenen historischen Hintergründe gut verstanden und zudem auch soziale Aspekte betrachteten. Andererseits hatten die Betriebsleiter davor Angst, zu stark auf westdeutsche Berater zu hören und dadurch ihren guten Einfluss auf ihre Betriebe zu verlieren. Während die Betriebsleiter von eingetragenen Genossenschaften diese Präferenz von ostdeutschen Beratern widerspiegeln, hatten die Betriebsleiter der Kapitalgesellschaften die westdeutschen Berater bevorzugt. Nach der Transformation litten die Betriebe unter Schwierigkeiten wie Kapitalmangel, Arbeitskräfteabbau, Altschulden, usw. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, brauchten sie externe Unterstützungen. Dabei hat vor allem die finanzielle Unterstützung der Regierung eine wichtige Rolle gespielt.

Anhand der deutschen Erfahrungen aus den LPG-Umwandlungen kann man wichtige Lehren für nordkoreanische LPG-Umwandlungen ableiten. Obwohl die nordkoreanische Transformation sowie die Wiedervereinigung Koreas noch nicht realisiert sind, haben die deutschen Erfahrungen für Korea gezeigt, welche Maßnahmen für die zukünftigen Umwandlungen der nordkoreanischen LPGen, hinsichtlich der externen Beratung bzw. Unterstützung, vorbereitet und ergriffen werden sollten.

Die Wiederherstellung des Privateigentumsrechtes an Grund und Boden ist ein notwendiger Faktor, um die negativen Wirkungen der sozialistischen Landwirtschaft zu überwinden. Aber dies bestimmt nicht allein die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe. Außerdem muss man auch die aktive Rolle des Managements bzw. die unterschiedliche Sozialpolitik für die Landwirte betrachten. Hinsichtlich der Aufteilung des Vermögens der nordkoreanischen LPGen werden Konflikte unvermeidbar sein. Deswegen sollen die entsprechenden Richtlinien im Gesetz ausführlich und präzise bestimmt werden, um Konflikte zwischen den Betroffenen zu minimieren. Weil der Umwandlungsprozess der LPGen einen erheblichen Beratungsbedarf auslöst, soll man Vorkehrungen für die entsprechende Beratungstätigkeit treffen. Die deutschen Erfahrungen weisen darauf hin, dass eine Beratung die sozialistische Prägung der Betroffenen nicht ignorieren darf. Außerdem soll ein bestimmtes Leitbild nicht erzwungen werden, sondern auch im Rahmen von weiteren Umwandlungsmöglichkeiten angeboten werden. Weil die landwirtschaftliche Beratung in Südkorea aufgrund der extrem kleinbetrieblichen Struktur für nordkoreanische Großbetriebe nicht geeignet ist, soll eine Alternative dafür vorbereitet werden. Gleichzeitig müssen neue Beratungseinrichtungen in Nordkorea etabliert werden. Die regionale und kulturelle Bevorzugung der Berater in Ostdeutschland weisen darauf hin, wie eine schnelle Etablierung des Beratungssystems in Nordkorea von Bedeutung sein wird. In Nordkorea werden die Betriebe nach der Transformation unter ähnlichen Schwierigkeiten wie in

Deutschland leiden. Daher gilt es, effiziente Unterstützungsmaßnahmen bzw. ein entsprechendes Förderprogramm vorzubereiten.

Die deutschen Erfahrungen weisen darauf hin, dass die Beratung bzw. Unterstützung des jeweiligen Partnerstaates nicht dem Zweck dienen soll, die Agrarstrukturen des stärkeren Partners der Wiedervereinigung eins zu eins zu übertragen. Stattdessen soll die marktwirtschaftliche Transformation die vorhandenen Strukturen und den Willen der Betroffenen berücksichtigen.

ABSTRACT

This work analyzes the retrospective assessments of East German farmers about their experiences during the transition of collective farms in the German Democratic Republic (GDR). This work focuses on how they performed the re-organization of their respective farms and on the role of external advisors in this process. Consequently this work is aimed at drawing lessons for transition of the North Korean collective farms after unification of Korea (in particular for the organization of advisory support) from these assessments.

A basic task in transition of the collective farms in the GDR consisted in setting up basic institutional and legal conditions. However, the different positions and opinions among the individual beneficiaries concerning the choice of organizational forms (legal form) and the distribution of assets caused severe difficulties in the transformation process.

The reconstitution of the private property rights in land was regarded as a necessary prerequisite for agricultural development in East Germany. Although this process was realized relatively smoothly due to available land registers, about 20% of the former owners had difficulties in recovering their property rights. On the other hand the regulation of the distribution of assets in collective farms was introduced relatively late. The conflicts were thereby deepened in the process of privatization of assets.

The rapid introduction of the market economic system exerted considerable pressure on both collective farms and new private (family) farms. They had to learn to operate in this new system quickly. Lack of knowledge concerning the new market economic system was substantial. Therefore, advisory support was much needed at the beginning of the transformation. The collective farm managers needed even more knowledge than the new private farmers. Public meetings, discussion forums and their study tours in West Germany satisfied these needs. It was highly valued that the different variations were explained in an unbiased and unprejudiced way. A regional preference made up with respect to external advisors on which the agricultural producers finally listened to when deciding on the transformation process. The East German farm managers preferred East German advisors because the latter understood their historical backgrounds well and paid attention to social aspects. On the other hand, the farm managers were reluctant to listen to West German advisors and to lose thereby influence on their companies. While the managers of transformed

cooperatives preferred lawyers and advisors from East Germany, the farm managers of business companies relied on West German advisors.

After the transformation most agricultural producers suffered from difficulties like capital shortage, a reduction of employment, old debts, etc. Meeting these difficulties required external support and, above all, the financial support of the government.

With the help of the German experiences about the transition of collective farms one can derive important lessons for the transformation of North Korean collective farms. Although the North Korean transformation as well as the reunification of Korea are not realized yet, the German experiences indicate the measures that should be prepared for the future transformation of the North Korean collective farms and particularly concerning the external advisory support.

The reconstitution of the private property rights in land is necessary to overcome the negative effects of the collective agriculture. But beyond that, success of agricultural enterprise also depends on the active role of the farm management and the social policy for the farmers.

With respect to the distribution of assets of the North Korean collective farms, conflicts will be inevitable. So the suitable guidelines should be developed in detail in order to decrease conflicts between the concerned persons.

Since the process of transformation of collective farms calls for considerable advisory support, appropriate schemes of advisory activity should be developed. The German experiences point to the fact that these activities should not ignore the socialist character of the North Korean agriculture. No specific model for the transformation of collective farms should be given priority. All options must be offered within the scope of transformation. The agricultural advisory system of South Korea will not be suitable for North Korean large-scale farm structure. Therefore, a new system that is suitable for North Korean situation should be introduced. At the same time new consultation facilities must be set up in North Korea. The regional and cultural preference of advisors in Eastern Germany show, how a quick establishment of an advisory system in North Korea will matter. In North Korea farmers will suffer after the transformation from similar difficulties like in Germany. Hence, it is important to outline efficient support measures or a suitable aid program.

The German experiences of collective farms transition highlight the fact that advice or support of the respective partner state should not serve the purpose to transfer the agricultural structures of the stronger partner of the reunification on a "one to one" basis. Instead, the available structures, priorities and the wishes of the North Korean farmers should be taken into consideration.

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung	I
Zusammenfassung	III
Abstract	VI
Inhaltsverzeichnis	VIII
Verzeichnis der Tabellen	XI
Verzeichnis der Abbildungen	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIV
1 Einleitung	1
1.1 Hintergrund.....	1
1.2 Stand der Forschung.....	3
1.3 Problemstellung und Zielsetzung.....	4
1.4 Vorgehensweise.....	10
2 Theorien und Methoden	11
2.1 Beratung und Transformation.....	11
2.1.1 Definition von "Beratung" und "Transformation".....	11
2.1.2 Transformationsberatung.....	17
2.1.3 Transformationsberatung im Agrarbereich.....	19
2.1.3.1 Das allgemeine Verständnis zur landwirtschaftlichen Beratung.....	19
2.1.3.2 Landwirtschaftliche Beratung bei der Transformation.....	23
2.2 Empirische Untersuchung.....	28
2.2.1 Begründung zur Wahl des qualitativen Forschungsansatzes.....	30
2.2.2 Befragung als Forschungsmethode.....	32
2.2.3 Vorbereitung der Befragung.....	35
2.2.3.1 Auswahlkriterien der Interviewpartner und dessen Hintergründe.....	35
2.2.3.2 Hauptthemen der Befragung.....	37
2.2.4 Befragungspartner.....	38
2.3 Zusammenfassung.....	42

3	Übersicht über die landwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit 1989.....	45
3.1	Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR.....	45
3.1.1	Lage der Landwirtschaft in der DDR im Jahre 1989	47
3.1.2	Die Rolle der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Agrarproduktion der DDR.....	51
3.2	Rahmenbedingungen zur Transformation der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.....	53
3.2.1	Die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	53
3.2.2	Die Grundprinzipien der landwirtschaftlichen Umwandlung in Ostdeutschland	58
3.3	Ergebnisse der Transformation der kollektiven Landwirtschaft	61
3.3.1	Veränderung des Eigentumsverhältnisses von Boden	61
3.3.2	Veränderung der Betriebsstrukturen	63
3.3.3	Veränderung bei den Arbeitsplätzen.....	65
3.3.4	Veränderung bei der Produktion und Produktivität	66
4	Gegenwärtige Lage in der Landwirtschaft und erste Reformversuche in Nordkorea.....	69
4.1	Die Teilung Koreas und das Entstehen der sozialistischen Landwirtschaft in Nordkorea	69
4.2	Aktuelle Situation der Landwirtschaft in Nordkorea	76
4.2.1	Wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Südkorea.....	76
4.2.2	Darstellung der Landwirtschaft in Nordkorea.....	77
4.2.3	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Nordkorea.....	84
4.2.3.1	Organisation und Leitung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften	85
4.2.3.2	Produktionstätigkeit und Verteilung.....	87
4.3	Wirtschaftliche Krise und Problematik der Landwirtschaft seit den 1990er Jahren	90
4.3.1	Wirtschaftliche Krise in den 1990er Jahren.....	90
4.3.2	Problematik der Landwirtschaft in Nordkorea	93
4.4	Wirtschaftsreform und deren Resultate im Agrarbereich.....	98
4.4.1	Übersicht über die Wirtschaftsreform von 2002	99
4.4.2	Reform in der Landwirtschaft	102
4.4.3	Resultate der Reform und deren Perspektiven	104

5 Die Übertragung der deutschen Erfahrungen auf Korea	108
5.1 Vergleich zwischen Deutschland und Korea	108
5.2 Die Landwirtschaft in Korea und Deutschland	110
5.2.1 Nordkorea und die ehemalige DDR.....	112
5.2.2 Südkorea und die alte Bundesrepublik Deutschland.....	117
5.3 Zur Übertragbarkeit der ostdeutschen Erfahrung auf Nordkorea	121
6 Analyse der Befragung.....	123
6.1 Etablierungsprozesse der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der LPGen	123
6.2 Privatisierung.....	130
6.2.1 Wiederherstellung des Privateigentums der LPG-Flächen	130
6.2.2 Individualisierung des LPG-Vermögens	134
6.3 Die externe Beratung zur organisatorischen Umwandlung der LPGen.....	138
6.3.1 Erste Quelle der Information	141
6.3.2 Externe Beratung und Hintergrund der Berater.....	143
6.3.3 Die Auswahl der Betriebsrechtsform und die Rolle der externen Beratung.....	146
6.3.3.1 Gruppe A: Eingetragene Genossenschaft	150
6.3.3.2 Gruppe B: GmbH oder GmbH&Co.KG.	153
6.3.3.3 Gruppe C: Wiedereinrichter und Neueinrichter	156
6.4 Hauptprobleme im Betriebsablauf nach der Transformation	158
6.4.1 Systematik der Schwierigkeiten.....	158
6.4.2 Überwindungsprozess der Schwierigkeiten.....	163
6.4.3 Analyse einiger Problemfelder	166
6.4.3.1 Arbeitskräfteabbau.....	166
6.4.3.2 Ost-West Konflikte im Dorf	169
7 Schlussfolgerungen	171
 Literaturverzeichnis.....	 187
Anhang.....	201

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1:	Gruppierung der Beratungspartner	39
Tabelle 2:	Übersicht der Gruppe A	40
Tabelle 3:	Übersicht der Gruppe B	40
Tabelle 4:	Übersicht der Gruppe C	41
Tabelle 5:	Übersicht der Gruppe D	41
Tabelle 6:	Die landwirtschaftlichen Indikatoren der DDR und BRD (1989)	47
Tabelle 7:	Vermögensstruktur im Agrarsektor der DDR vor dem 03.10.1990	47
Tabelle 8:	Betriebsformen und Flächennutzung in der DDR (1989)	49
Tabelle 9:	Die Beschäftigtenstruktur nach Arbeitsbereichen (1989)	49
Tabelle 10:	Vergleich der landwirtschaftlichen Produktivität zwischen der DDR und BRD (1980-1988)	50
Tabelle 11:	Selbstversorgungsgrade im Vergleich (Durchschnitt 1986-1988)	51
Tabelle 12:	Die Unterschiede zwischen sozialistischen und kapitalistischen Genossenschaften im Fall von Deutschland	52
Tabelle 13:	Index der Erzeuger- und Betriebsmittelpreise in Ostdeutschland	56
Tabelle 14:	Schrittfolgen bei der Restrukturierung einer LPG	60
Tabelle 15:	Pachtanteil in Ostdeutschland in Bezug auf die Betriebsformen	63
Tabelle 16:	Die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Unternehmensrechtsform in Ostdeutschland (1992 und 2005)	64
Tabelle 17:	Die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Rechtsform in Ost- und Westdeutschland (2005)	65
Tabelle 18:	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	66
Tabelle 19:	Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität in Ostdeutschland	67
Tabelle 20:	Wirtschaftliche Grunddaten Nordkoreas im Vergleich zu Südkorea	77
Tabelle 21:	Bodennutzung in Nordkorea	78
Tabelle 22:	Landwirtschaftliche Bevölkerung	80
Tabelle 23:	Landwirtschaftliche Formen der Produktionsorganisation in Nordkorea	82
Tabelle 24:	Produktivität in der Reisproduktion	83
Tabelle 25:	Rate des Wirtschaftswachstums Nordkoreas seit 1990	91
Tabelle 26:	Situation der Versorgung und Nachfrage von Nahrungsgetreide	93
Tabelle 27:	Anteil der Bewässerungsflächen bei Reis- und Maisanbau in Nordkorea	94
Tabelle 28:	Die systematischen Eigenschaften im Agrarbereich in Nordkorea	97
Tabelle 29:	Inhalte des "Neuen Denkens"	98
Tabelle 30:	Staatliche Verbraucherpreise vor und nach der Reform von 2002	99

Tabelle 31:	Einkommen vor und nach der Reform von 2002	100
Tabelle 32:	Grunddaten Koreas (2004) und Deutschlands (1989).....	109
Tabelle 33:	Landwirtschaftliche Indikatoren in Korea und Deutschland.....	111
Tabelle 34:	Betriebe unterteilt nach Größenklassen in Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland.....	117
Tabelle 35:	Anteil der Juristischen Personen in der landwirtschaftlichen Produktion in Südkorea (2006)	119
Tabelle 36:	Bedarf nach Beratung während der Wendezeit	139
Tabelle 37:	Regionaler Ursprung der (wichtigsten) Berater für befragte Betriebe in der Wendezeit	144
Tabelle 38:	Betriebsrechtsformen in Gruppe B	154
Tabelle 39:	Betriebsrechtsformen in Gruppe C	156
Tabelle 40:	Systematik der Anpassungsprobleme nach der Transformation je nach Betriebstyp	160

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abbildung 1: Was innerhalb eines Beratungsansatzes definiert und sinnvoll aufeinander bezogen sein sollte.....	14
Abbildung 2: Räumliche Verteilung der Untersuchungsbetriebe in Sachsen-Anhalt	42
Abbildung 3: Milchleistung von Kühen in Ost- und Westdeutschland (1992-2000)	68
Abbildung 4: Landwirtschaftliches Führungs- und Verwaltungssystem in Nordkorea.....	86
Abbildung 5: Arbeitskräfteabbau von Gruppe A und B	167

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AG	Aktiengesellschaft
AK	Arbeitskrafteinheit
Anm.	Anmerkung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BOP	Balance of Payments
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVE	Bruttovolkseinkommen
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich-Demokratische Union
d.h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
DMBilG	DM-Bilanzgesetz
dt	Dezitonne
e.G.	eingetragene Genossenschaft
EALG	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
EG	Europäische Gemeinschaften
Einzel.	Einzelunternehmen
ELF	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
et al.	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GAP	gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GE	Getreideeinheit
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
ha	Hektar

inkl.	inklusive
IT	Informationstechnologie
IWF	Internationaler Währungsfonds
Jur.	juristisch
k.A.	keine Angabe
KG	Kommanditgesellschaft
KOSIS	Korean Statistical Information Service
KREI	Korea Rural Economic Institute
LAG I	erste Fassung des LAGs
LAG II	zweite Fassung des LAGs
LAG	Landwirtschaftsanpassungsgesetz
LF	Landwirtschaftliche Fläche
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPG(P)	LPG-Pflanzenproduktion
LPG(T)	LPG-Tierproduktion
MAF	Ministry of Agriculture & Forestry, Republic of Korea
Mill.	Millionen
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
Mrd.	Milliarde
N.V.	nicht verfügbar
natürl.	natürlich
NBL	Neue Bundesländer
OHG	Offene Handelsgesellschaft
Pers.	Personen
qm	Quadratmeter
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
S.	Seite(n)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
t	Tonne
T.v.W	Transformation von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen
THA	Treuhandanstalt
u.a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
usw.	und so weiter
VEG	Volkseigenes Gut
WBBMELF	Wissenschaftlicher Beirat im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
WFP	Welternährungsprogramm
WTZ	wissenschaftlich technisches Zentrum
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZBE	Zwischenbetriebliche Einrichtung
ZMP	Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle

1 EINLEITUNG

1.1 Hintergrund

Nordkorea steht aufgrund seiner radikalen Autarkiepolitik vor einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation. Aus eigener Kraft ist das Land nicht in der Lage, die Ernährung seiner Bewohner zu sichern. Schwerste Unter- und Mangelernährung sind für weite Teile der Bevölkerung seit Jahren die Realität. Diese katastrophale Situation resultiert primär aus der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft und den großen Funktionsstörungen innerhalb des Verteilungssystems. Nordkorea kann wegen des Mangels an Devisen keine Nahrungsmittel importieren. Im Wesentlichen liegt die Krise u.a. in dem Misserfolg des planwirtschaftlichen Systems, dem Zusammenbruch des ehemaligen Sowjetblocks und in der nationalen Politik, die dem Militär in allen Bereichen den Vorrang gibt, begründet (vgl. YOSHIKAWA, 2004).

Um die gegenwärtige Krise zu überwinden, ist es dringend erforderlich, tiefgreifende Reformen im ganzen Land, insbesondere im Bereich der Agrarpolitik (Agrarreform) durchzuführen. Nordkorea hat einen dramatischen Wirtschaftsniedergang seit Anfang der 1990er Jahre durchlebt. In den letzten Jahren wurden neue Initiativen in der Wirtschaftspolitik ergriffen, deren Auswirkungen jedoch bis heute sehr beschränkt sind. Zu ersten Reformmaßnahmen kam es 1994, als die nordkoreanische Führung das Schwergewicht ihrer Wirtschaftspolitik auf die Landwirtschaft, die Leichtindustrie und den Außenhandel konzentrierte. Zusätzlich – aber in sehr geringerem Maße – wurden eine beschränkte Marktöffnung und ein begrenzter Warenaustausch eingeführt, die aber das bestehende, rigide planwirtschaftliche System nicht grundsätzlich beeinflussen sollten. Seit Juli 2002 hat Nordkorea weitere Wirtschaftsreformen in Angriff genommen. Im Einzelnen kam es zu folgenden Maßnahmen:

- Preiserhöhungen;
- Abschaffung der Rationierung von Nahrungsmitteln;
- Lohnerhöhungen;
- Verstärkung der finanziellen Unabhängigkeit der Unternehmen;
- Abwertung der nationalen Währung;

- Agrarreformen¹;
- eingeschränkte Öffnungspolitik.

Anhand der bis heute bekannt gewordenen Informationen haben diese Maßnahmen jedoch keine wirtschaftlichen Verbesserungen geschaffen. Die versorgungsorientierten Maßnahmen waren mit der stark geschwächten Wirtschaft nicht zu vereinbaren. Statt die Produktivität zu erhöhen, heizten die drastischen Preis- und Lohnsteigerungen vom Juli 2002 die Inflation an. Der schon niedrige Lebensstandard des Landes verschlechterte sich weiterhin enorm (TAGESSCHAU, 17. Juni 2005). Nach Angabe des Welternährungsprogramms (WFP) hat sich auch im Jahr 2007 die Lage von Millionen Menschen in Nordkorea verschlimmert. Zwischen einem Drittel und der Hälfte der 23 Millionen Nordkoreaner muss täglich darum kämpfen, genügend Nahrungsmittel zu erhalten (HANDELSBLATT, 28. März 2007). So wird es als wahrscheinlich angesehen, dass unter den Nordkoreanern eine große Unzufriedenheit herrscht, da es an weiteren Liberalisierungsmaßnahmen mangelt.

Bis heute besteht die Politik Südkoreas primär darin, in einem graduellen Prozess die Wiedervereinigung des Landes zu erreichen, damit hohe Kosten erspart bleiben, die durch einen möglichen Zusammenbruch Nordkoreas und im Falle einer plötzlichen Wiedervereinigung nicht zu vermeiden wären. Die Strategie der so genannten "Sonnenscheinpolitik"² lehnt jegliche Aktivitäten ab, die eine Destabilisierung in Nordkorea verursachen könnten. Diese Politik richtet sich nach dem Vorbild der Entspannungs- und Ostpolitik Willy Brandts aus den 70er Jahren. Hinsichtlich der Hungerkatastrophen in Nordkorea war Südkorea stets bemüht, die nordkoreanische Regierung materiell zu unterstützen. Das südkoreanische Wiedervereinigungsministerium ruft seit 1995 auch internationale Spender, hauptsächlich aus Japan, den USA, der EU und der UN, dazu auf, Gelder für die Entwicklung Nordkoreas bereitzustellen. Bis Ende 2006 waren es insgesamt 1,6 Milliarden US-Dollar, die in Form von Nahrungsmitteln, Dünger, Medizin, und Brennöl Nordkorea zur Verfügung gestellt wurden. Von diesem Betrag hat Südkorea den größten Anteil aufgebracht (vgl. KREI, 2006). Jedoch berichten Flüchtlinge aus Nordkorea immer wieder über Hungersnöte im

¹ Hinsichtlich der Agrarreform wurden folgende Verbesserungen eingeführt: Die einzelnen Arbeitsgruppen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden weiter verkleinert. Die Größe der privaten Parzellen (Hofland) wurde teilweise von 100-170 qm auf bis zu 1.300 qm pro Haushalt ausgeweitet. Im Nordosten und im Südwesten werden einige Flächen von den Genossenschaften an Einzelpersonen abgetreten und zur Bewirtschaftung überlassen. (Siehe Kapitel 4.4).

² Der frühere südkoreanische Staatspräsident Dae-Jung Kim (12.1997-12.2002) hatte seine eigene politische Agenda gegenüber Nordkorea, die so genannte "Sonnenscheinpolitik", initiiert. Diese Politik wird unter der Regierung seines Nachfolgers, Moo-Hyun Roh (12.2002-12.2007) fortgeführt.

Land. Die Regierung in Pjöngjang hat nach Angabe des WFP selbst eingeräumt, dass im Frühling 2007 noch eine Million Tonnen Getreide fehlten (HANDELSBLATT, 28. März 2007).

Zwar stellt ein rascher und unerwarteter Zusammenbruch Nordkoreas für Südkorea ein großes Risiko dar, weil er hohe soziale und wirtschaftliche Kosten hervorrufen würde (WORLD BANK, 2003), doch liegt dieses "Worst-Case-Szenario" durchaus im Bereich des Möglichen. Auch wenn es erklärtes Ziel der südkoreanischen Politik ist, einen Zusammenbruch Nordkoreas zu verhindern und nach alternativen Lösungen in allen Bereichen zu suchen, muss auch für den Fall eines plötzlichen Zusammenbruchs Nordkoreas ein strategisches Konzept vorliegen. Von zentraler Bedeutung sind hier Maßnahmen zur Ernährungssicherung aufbauend auf grundlegenden Reformen des Agrarsektors. Unabhängig davon, ob in Nordkorea ein politischer Wandel eintreten sollte oder das Land einfach zusammenbricht, wird es im Bereich der Agrarwirtschaft in jedem Fall eine wichtige Aufgabe sein, die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe zu restrukturieren. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften tragen zu fast 90 % zur landwirtschaftlichen Gesamtproduktion des Landes bei und sind auch im sozialen Bereich in ländlichen Gebieten von hoher Bedeutung. Eine Analyse möglicher zukünftiger Veränderungen in der Landwirtschaft Nordkoreas im Licht der ostdeutschen Erfahrungen mit einer plötzlichen Wiedervereinigung trägt zu einer besseren Vorbereitung auf eine mögliche Transformation des Agrarsektors Nordkoreas in einem durchaus realistisch zu nennendem Zusammenbruchsszenario bei. Wie es unter solchen Bedingungen gelingen soll, die vorhandenen Agrarstrukturen in effizientere zu überführen, dazu bietet nur der ostdeutsche Fall einer unvorhergesehenen Wiedervereinigung ein Beispiel. Neben einer theoretischen Auseinandersetzung mit dem Systemwandel ist eine profunde Analyse der in (Ost-) Deutschland gemachten Erfahrungen mit dem schnellen Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft von großer Bedeutung. Den Schwerpunkt dieser Arbeit bildet daher die empirische Analyse der landwirtschaftlichen Transformation 1989-1991 aus der heutigen Sicht der Betriebsleiter und die Ableitung von Empfehlungen für die Umstrukturierung der Landwirtschaft Nordkoreas.

1.2 Stand der Forschung

Mitte der 90er Jahre wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt, die sich mit alternativen Lösungen im Agrarbereich im Falle eines Zusammenbruchs von Nordkorea befassten. Die Erfahrungswerte aus China und Deutschland standen hierbei im Vordergrund. Gerade mit Bezug auf die ostdeutsche landwirtschaftliche Transformation nach der Wiedervereinigung wurde in verschiedenen Untersuchungen versucht, einige Implikationen für die koreanische Halbinsel abzuleiten (vgl. KIM, K.R., 1995, KIM, K.R., et al. 1996, 1998; HONG, 1997, 1999; KIM, J.M., 1997; KIM, S.S., 1997; KOREA RURAL ECONOMIC INSTITUTE (KREI), 1996, 1998). Allerdings wurde nur in einem geringen Maße

die Privatisierung und Restrukturierung der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) analysiert und die wenigen vorhandenen Studien sind zum Teil unsystematisch und relativ oberflächlich. Sie haben eher deskriptiven Charakter. Von diesen Studien hebt sich eine Untersuchung aus dem Jahre 1996 ab, die von dem KOREA RURAL ECONOMIC INSTITUTE (KREI) vorgelegt wurde. Sie analysiert mögliche Reformmaßnahmen im Agrar- und Forstbereich in Nordkorea und bezieht sich stark auf die Erfahrungen in Deutschland. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der Analyse des Privatisierungsprozesses der Volkseigenen Gütern (VEG). Die Prozesse und Ergebnisse der Restrukturierung der LPGen bleiben jedoch unberücksichtigt und der gesamte landwirtschaftliche Transformationsprozess wird hauptsächlich aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger bewertet. Die Veränderungen bei den LPGen erklärt KIM, S.S. (1997) mit der hohen Arbeitslosigkeit, dem Produktionsrückgang in der Anfangsphase und ihrer Privatisierung. Er versucht den Wiedervereinigungsprozess nicht als eine Systemintegration, sondern als eine soziale Integration zu analysieren. Obwohl seine Untersuchungen bedeutsam sind, beschränkt sich seine Forschungsstudie nur auf eine Erklärung zur Situation in Deutschland, ohne Empfehlungen für die koreanische Halbinsel abzuleiten.

Seit 1999 wurden keine weiteren bedeutsamen Untersuchungen und Abhandlungen im Agrarbereich veröffentlicht, die auf die deutschen Erfahrungen Bezug nahmen. Die wichtigsten Gründe bestehen darin, dass man zum einen vermutete, Nordkorea würde eine Wirtschaftsreformstrategie nach chinesischem Vorbild durchführen und zum anderen versuchte man, eine Wiedervereinigung nach deutschem Vorbild, wenn eben möglich, zu vermeiden. Südkoreanische Studien wendeten sich zunehmend Chinas gradualistischer Reformstrategie als Vorbild für Nordkorea zu.

1.3 Problemstellung und Zielsetzung

Ein rascher Zusammenbruch Nordkoreas, auch wenn er nicht erwünscht ist, kann nicht ausgeschlossen werden. Für einen solchen Fall ist Südkorea gezwungen, Vorkehrungen zu treffen. Trotz einer vergleichsweise sehr unterschiedlichen Agrarstruktur zwischen Deutschland und Korea lassen sich aus den ostdeutschen Erfahrungen wichtige Handlungsanweisungen für eine Wiedervereinigung ableiten. Denn im Falle einer Wiedervereinigung weist Korea wie das damalige Deutschland die Eigenschaft auf, dass eine planwirtschaftliche und eine marktwirtschaftliche Landwirtschaft aufeinander treffen. Vor allem könnte in diesem Fall eine Schock-Strategie für eine Transformation in Nordkorea wie in Ostdeutschland angewendet werden. Wenn die jetzige nordkoreanische Regierung auf der koreanischen Halbinsel zusammenbrechen würde, würden graduelle Transformationsmaßnahmen wie in China nicht mehr möglich sein. In diesem Fall wird eine von Südkorea geführte Wiedervereinigung unvermeidbar sein.

In der Anfangsphase der deutschen Wiedervereinigung wurden auch im Agrarbereich das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einer privatwirtschaftlich verfassten Eigentumsordnung vom Westen auf den Osten übertragen.

An erster Stelle stand die Frage, ob die LPGen bzw. die Kollektivbetriebe als Gemeinschaftsbetriebe erhalten bleiben oder ob sie aufgelöst werden sollten. Weitere wichtige Fragen bestanden darin, ob und wie die spezialisierten Pflanzen- und Tierproduktionsbetriebe zusammengeführt werden konnten und ob der umstrukturierte Betrieb als genossenschaftlich-organisierter Großbetrieb weitergeführt werden oder ob er in mehrere kleinere Produktionseinheiten zerteilt werden sollte. Um dieses Problem zu lösen, wurden einleitend verschiedene Gesetze verabschiedet, was den Beginn des Umwandlungsprozesses sowie der Privatisierung, Restitution, usw. darstellte. Hinsichtlich der Ausgangslage für die Umwandlung der LPGen haben Korea und Deutschland sowohl einige Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede (vgl. Kapitel 5). Aufgrund dieser Tatsache stellt sich die Frage, ob die deutschen Erfahrungen, die sich auf die Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der LPGen beziehen, auf Korea übertragbar sind. Auch wenn die Übertragbarkeit, vor allem aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen der ehemaligen DDR und dem heutigen Nordkorea, stark eingeschränkt ist, kann man durch die Untersuchung der deutschen Erfahrungen wichtige Handlungsanweisungen ableiten, um günstige Rahmenbedingungen für die Umwandlung der nordkoreanischen LPGen zu schaffen. Daher soll vor allem untersucht werden, wie die damaligen Betroffenen die Gestaltungshintergründe und -prozesse retrospektiv bewerten und wie die damaligen Leitungskräfte der LPGen aus heutiger Sicht wichtige Sachverhalte der LPG-Umwandlung bewerten, wie z.B. Privatisierung, Restitution, Vermögensauseinandersetzung, neue Betriebsrechtsformen. Eine Bewertung nach 15 Jahren könnte möglicherweise neutraler ausfallen bzw. von einer früheren Bewertung abweichen.

Auf der anderen Seite übten die drastischen Veränderungen³ der ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, infolge der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1990, auf die LPGen einen außerordentlichen Anpassungsdruck aus, der von erheblichen Unsicherheiten begleitet war (HAGEDORN et al., 1997). In dieser Umbruchsphase benötigten alle landwirtschaftlichen Betriebe umfangreiche und kompetente Beratungen, um diesen Übergang überhaupt zu schaffen. Um diese und weitere Schwierigkeiten in der ostdeutschen Landwirtschaft

³ Parallel zum Prozess der Entscheidungsfindung über die betriebliche Umstrukturierung musste sich die Landwirtschaft mit völlig anderen Rahmenbedingungen auseinandersetzen (z.B. Wegfall vieler Absatzmärkte, Preiseinbrüche bei allen landwirtschaftlichen Produkten etc.) (ZIEROLD, 1997).

zu bewältigen, wurden den Betrieben Beratungsleistungen in vielfältiger Form angeboten, die zum größten Teil von der (west-) deutschen Regierung finanziert wurden. Die meisten Berater für betriebswirtschaftliche und juristische Fragestellungen (z.B. Rechtsformanpassung, Beantragung staatlicher Fördergelder, etc.) kamen aus Westdeutschland.

Allerdings verfügten die meisten westdeutschen Berater nicht über ausreichendes Wissen hinsichtlich einer Systemtransformation und ihnen fehlten dahingehend einschlägige Erfahrungen. Gleichzeitig ist zu vermuten, dass sie auch nur ein geringes Gespür für die in über vier Jahrzehnten systembedingt entstandenen Mentalitätsunterschiede hatten. Bei der westdeutschen Beratung bestand aufgrund des sehr unterschiedlichen Erfahrungshorizontes⁴ des weiteren die Gefahr einer verfehlten Hilfe, weil die meisten Berater keine Erfahrung mit extrem großen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten hatten. Aufgrund der zahlreichen Probleme durch fehlendes Wissen und mangelnder Erfahrungen, die einer optimalen Beratung der ehemaligen Kollektivbetriebe in ihrem Restrukturierungs- und Dekollektivierungsprozess durchaus im Wege gestanden haben können, stellt sich die Frage, ob schwere Fehler gemacht wurden oder ob es trotz aller genannten Schwierigkeiten zu einer die Betriebe unterstützenden Beratung kam. So gilt es u.a. die Frage zu beantworten, in welchem Umfang und in welcher Güte der Informations- und Beratungsbedarf der Betriebe, der im Umwandlungsprozess entstand, befriedigt wurde. Die Unterstützung bzw. Intervention Westdeutschlands zur Deckung des Beratungsbedarfes für die Umwandlung der LPGen stellte ein besonderes Phänomen dar, weil sich Ostdeutschland für eine Systemumwandlung entschied und parallel zur Transformation die Wiedervereinigung in Deutschland sich ereignete. Dieses Phänomen kann auch in Korea auftreten. Deswegen werden die retrospektiven Bewertungen der Betriebsleiter über die Beratungsleistungen im Umwandlungsprozess einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Südkorea notwendige Vorkehrungen für die Umwandlung der nordkoreanischen LPGen treffen kann.

Ziel der Arbeit ist es, aufgrund eines verbesserten Verständnisses über die Beratungsleistungen in Ostdeutschland während der Transformationsphase, wichtige Lehren für Nordkorea zu gewinnen. Die Fragestellungen dieser Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bestehen zwischen Deutschland und Korea im Hinblick auf die potentielle nordkoreanische

⁴ Die Politik und Agrarverwaltung Westdeutschlands folgten dem offiziellen Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes. Dabei wurde der bäuerliche Familienbetrieb in mancherlei Hinsicht begünstigt behandelt (vgl. LEHMBRUCH und MAYER, 1997, S. 75; HAGEDORN und KLARE, 1993). Das heißt, dass sich die Erfahrungen der westdeutschen Berater stark auf kleine bäuerliche Familienbetriebe begrenzten.

LPG-Umwandlung? Welche deutschen Erfahrungen sind auf Korea übertragbar?

- 2) Wie wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlungen in der damaligen DDR gestaltet? Welche Aspekte sind in diesem Zusammenhang für Korea hervorzuheben?
- 3) Welcher Anpassungsdruck oder Beratungsbedarf ergab sich in den landwirtschaftlichen Betrieben Ostdeutschlands, als deutlich wurde, dass das Wirtschafts- und Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der agrarpolitischen Rahmenvorgaben der EU, in sehr kurzer Zeit übernommen werden sollte?
- 4) Welche Maßnahmen wurden durchgeführt, um diesen Beratungsbedarf zu decken? Wie werden diese Beratungsleistungen aus der heutigen Sicht von den ostdeutschen Landwirten bewertet?
- 5) Wie werden die Hauptpunkte der LPG-Umwandlung, wie z.B. Privatisierung (des Bodens und anderen LPG-Vermögens), Restitution, Rechtsformauswahl usw., aus heutiger Sicht bewertet?
- 6) Welche Empfehlungen bzw. Handlungsanweisungen können für eine Transformation der LPGen Nordkoreas abgeleitet werden?

Wie aus diesen Fragestellungen ersichtlich ist, nimmt die vorliegende Arbeit auf der einen Seite Bezug auf die Analyse der Bewertungen über die LPG-Umwandlungen in der ehemaligen DDR und auf der anderen Seite auf die Lehren für zukünftige nordkoreanische LPG-Umwandlungen nach einer möglichen Wiedervereinigung Koreas.

Der Schwerpunkt dieser Studie liegt darin, die landwirtschaftliche Transformation aus der heutigen Perspektive zu analysieren. Ein besonderes Augenmerk liegt in der Bewertung von Beratungsleistungen, deren Inhalte durch die alten Bundesländer geprägt waren und bei denen es vor allem um die Umwandlung und Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe ging. Dadurch sollen wichtige Anhaltspunkte und Empfehlungen für mögliche südkoreanische Maßnahmen sowie eine Transformation der landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe in Nordkorea abgeleitet werden, falls es zu einem unmittelbaren Zusammenbruch Nordkoreas kommen sollte. Dass der Schwerpunkt dieser Arbeit in der Analyse der ostdeutschen Erfahrungen liegt, beruht darauf, dass eine Transformation Nordkoreas bzw. eine Wiedervereinigung Koreas noch nicht realisiert wird, sondern nur ein voraussehbares zukünftiges Ereignis darstellt. Infolgedessen, obwohl die Lage der nordkoreanischen Landwirtschaft und die Übertragbarkeit der deutschen Erfahrungen auf Korea in dieser Arbeit dargestellt bzw. analysiert werden, soll der Schwerpunkt dieser Arbeit vor allem in der Analyse der deutschen Erfahrungen liegen.

Hinsichtlich der LPG-Umwandlungen kann man die deutschen Erfahrungen als äußerst umfangreich und vielfältig bezeichnen. Da die Umwandlung der LPGen unter enger Bindung mit den gesamten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen vollzogen wurde, ist es eine Herausforderung, die vielschichtigen deutschen Erfahrungswerte zweckmäßig einzugrenzen. In Anbetracht der Ziele dieser Untersuchung verfügt Korea (insbesondere Südkorea, da es eine Führungsrolle bei der koreanischen Wiedervereinigung vermutlich übernehmen wird) hinsichtlich der LPG-Umwandlung über die deutschen Erfahrungen in der Beratungstätigkeit, die für die Restrukturierungs- und Dekollektivierungsprozesse der Kollektivbetriebe angeboten wurden. Es ist zu erwarten, dass eine Beratung⁵ (Hilfe bzw. Unterstützung) zur Bewältigung der Umwandlungsschwierigkeiten ähnlich wie in Deutschland angeboten wird.

Auf Grund der obigen Gesichtspunkte werden die deutschen Erfahrungen in dieser Arbeit im Fokus der folgenden zwei Aspekte analysiert. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Hauptsachverhalte der ostdeutschen LPG-Umwandlung. Folgende Themen werden diesbezüglich als Schwerpunkt deklariert: der Gestaltungsprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Privatisierung des Bodens und LPG-Vermögens, Großbetrieb vs. Familienbetrieb und die Probleme nach der Transformation. Die Fragen des ersten Aspektes bilden auch die Kernfragen für die nordkoreanische LPG, falls Nordkorea schnell zusammenbricht und demzufolge Korea eine Wiedervereinigung wie Deutschland erfahren würde. Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Beratungstätigkeit, die den Betrieben bei dem Lösungsprozess der obigen Hauptfragen angeboten wurde und in dieser Arbeit als externe Unterstützung bei der betrieblichen Umwandlung bezeichnet wird. Im Fall von Korea werden zu Beginn vor allem südkoreanische Beratungsleistungen erfolgen, genau wie Westdeutschland hinsichtlich der ostdeutschen LPG-Umwandlung eine wichtige Rolle gespielt hat.

Bei dem Erfassen der Bewertungen der deutschen Erfahrungen lassen sich grundsätzlich zwei Perspektiven unterscheiden. Die eine geht von den Zielvorstellungen der westdeutschen Regierung bzw. Beratungsträger aus, die eine schnelle Überführung in das marktwirtschaftliche System beinhaltete. Hierbei geht es darum zu beurteilen, ob ein schneller Übergang in die Marktwirtschaft für die ehemaligen Kollektivbetriebe erreicht wurde. Als zweites bietet sich die Perspektive der ostdeutschen Landwirte an, die als Objekt einer Integrationspolitik einen Transformationsprozess durchlebten. Hierbei wird analysiert,

⁵ Der Begriff "Beratung", der in dieser Arbeit verwendet wird, unterscheidet sich von dem im Bereich der Landwirtschaft in der westlichen Demokratie häufig verbreiteten Beratungsbegriff. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht vielmehr die Untersuchung der landwirtschaftlichen Beratungsleistungen zum betrieblichen Anpassungsprozess im Rahmen der Systemtransformation.

wie die ostdeutschen Landwirte oder Politiker die landwirtschaftliche Umwandlung einschließlich der landwirtschaftlichen Beratung im Transformationsprozess (oder Integrationsprozess) aus heutiger Sicht, d.h. mit einem zeitlichen Abstand von 15 Jahren, bewerten.

In Korea hat sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der landwirtschaftlichen Transformation primär auf die erste Analyseebene konzentriert. Hierzu liegen viele Forschungsergebnisse vor (vgl. obige Literaturhinweise). Im Hinblick auf die zweite Analyseebene erfolgten wissenschaftliche Auseinandersetzungen jedoch nur in geringem Maße. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch für Korea die Bewertungen und Erfahrungen der betroffenen Betriebsleiter während einer Transformation von großer Bedeutung sein werden. Denn die Akteure, die im Umwandlungsprozess der LPGen eine bedeutende Rolle spielen, werden wie in Deutschland die Hauptbeteiligten der Betriebsumwandlung (Betriebsleiter bzw. Mitglieder der LPGen) sein. Wenn man die Lage der direkt Betroffenen nicht beachtet, dann werden die meisten Maßnahmen für die Umwandlung der LPGen mit der Realität nicht übereinstimmen und deren Verwirklichung zweifelhaft erscheinen. Daher wird der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Analyse des zweiten Gesichtspunktes liegen.

Aufgrund der Bewertungen, die anhand der Aussagen der Betriebsleiter erfasst werden, erfährt diese Analyse die nachfolgend geschilderten Abgrenzungen.

Vor allem ist zu erwähnen, dass die Bewertungen der Kernpunkte und externen Beratungen hinsichtlich der Umwandlung der LPGen hauptsächlich von den Erfahrungen der Betriebsleiter abhängig sind. Das kann zu der Gefahr führen, weder eine vollständige Übersicht von der Umwandlung noch neutrale Bewertungen zu erhalten. Deswegen erweist es sich als erforderlich, die Erfahrungen und heutigen Bewertungen kritisch zu überprüfen.

Zweitens ist anzuführen, dass Personen, die in einer aufgelösten LPG gearbeitet haben und heute nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sind, in diese Arbeit nicht einbezogen werden. Dies ist eine unvermeidbare und notwendige Begrenzung in Anbetracht des verstrichenen Zeitraumes von 15 Jahren. Dieses Problem soll sowohl durch die Befragung nach direkten als auch indirekten Erfahrungswerten der Betroffenen gelöst werden.

Trotz dieser Begrenzung ist zu erwarten, dass die retrospektiven Aussagen der Betriebsleiter auf der einen Seite zum ausführlichen Verständnis über die damalige Situation und auf der anderen Seite zur Erfassung der Bewertungen über externe Beratungstätigkeiten beitragen können. Hingegen sind jedoch Informationen über nordkoreanische Bauern und einer entsprechenden Landwirtschaft nicht ausreichend vorhanden. Die Aussagen der ostdeutschen Landwirte werden demnach unter diesen Bedingungen äußerst hilfreich sein, das Verständnis über die sozialistischen landwirtschaftlichen Merkmale zu vertiefen. Außerdem werden ihre heutigen Bewertungen hinsichtlich der Frage, worin

die erfolgreichen externen Beratungen beim landwirtschaftlichen Transformationsprozess bestehen, dazu beitragen, einige Implikationen für die Umwandlung der nordkoreanischen LPGen zu finden.

1.4 Vorgehensweise

Im nächsten Kapitel wird das Konzept der Beratung allgemein und unter dem besonderen Gesichtspunkt der landwirtschaftlichen Transformation diskutiert. Ebenfalls wird der methodische Ansatz für die empirische Erhebung vorgestellt. Im dritten Kapitel wird die Analyse der landwirtschaftlichen Transformation in der ehemaligen DDR bzw. in den Neuen Bundesländern vorgestellt. Darin erschließt sich für den Leser ein Überblick zur Lage und zu den Problemen des landwirtschaftlichen Sektors in Nordkorea. Im fünften Kapitel werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Korea und Deutschland analysiert und in diesem Zusammenhang wird die Bedeutung der deutschen Erfahrungen für Korea erörtert. Im sechsten Kapitel erfolgt die Vorstellung und Auswertung der Ergebnisse über die Befragung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter aus Sachsen-Anhalt. Letztlich werden im abschließenden Kapitel die in dieser Untersuchung gestellten Fragen zusammenfassend beantwortet und Empfehlungen für die landwirtschaftliche Transformation in Nordkorea abgeleitet.

2 THEORIEN UND METHODEN

In Kapitel 2.1 werden die theoretischen Grundlagen der "Beratung" und der "Transformation" behandelt. Darauf basierend, werden einige Eigenschaften und Bemerkungen über die landwirtschaftliche Umwandlungsberatung diskutiert, die mit dem Transformationsprozess zusammenhängen. Auf diese Weise wird der Begriff "Beratungsleistung", der während der ersten Transformationsphase der kollektiven Landwirtschaft in Ostdeutschland zum Vorschein kam, eindeutig definiert und ergänzt. In Kapitel 2.2 wird vor allem erklärt, warum die Befragung als Forschungsmethode für diese Arbeit ausgewählt wurde. Dabei werden auch die Grundsätze und Charakteristika dieser Forschungsmethode behandelt. Am Ende dieses Kapitels werden der Vorbereitungsprozess der Befragung und die aktuelle Lage der Befragten vorgestellt.

2.1 Beratung und Transformation

2.1.1 Definition von "Beratung" und "Transformation"

Das allgemein bekannte Wort "Beratung" ist, wie z.B. Studienberatung, Elternberatung, Berufsberatung, Unternehmensberatung, Rechtsberatung, Politikberatung, usw., häufig im alltäglichen Leben in Gebrauch. Im deutschsprachigen Raum ist der Begriff "Beratung" als "Rat geben" oder mit "Hilfe zur Problemlösung" definiert, wobei die Intensionen über den verwendeten Beratungsbegriff unterschiedlich ausfallen und das Wort "Beratung" bei verschiedenen Dienstleistungen anders bestimmt wird (STORM und BLUMÖHR, 1998, S. 16). In englischsprachigen Räumen kann der Begriff "Beratung" je nach Kontext, wie z.B. als "advisory work", "counselling", "consultation" und "extension" unterschiedlich wiedergegeben werden. Demzufolge ist es nicht einfach, den Begriff "Beratung" bei einer internationalen Debatte zu vereinheitlichen (HOFFMANN, 2002a). Darüber hinaus findet stetig ein Wandel der Definition zum Begriff "Beratung" statt, da sich die zivile Gesellschaft rapide entwickelt und verändert. BAUER et al. (1997, S. 3) schreiben: "In westlichen Demokratien entwickelt sich ein Beratungsverständnis, das einerseits dem einzelnen helfen soll, die Anpassungsprobleme des wirtschaftlichen und sozialen Wandels gesund und in Glück zu bewältigen, seine Bürgerfreiheit optimal zu nutzen, andererseits soll Beratung den lange Zeit unwidersprochenen Weg der Modernisierung und des Wirtschaftswachstums, des Wohlstands für alle, bereiten und begleiten. In den Entwicklungsländern dominieren seit eh und je das Verständnis

über Beratung, das zuerst der Kolonialmacht, danach dem Nationalstaat als Instrumentarium zur Durchsetzung seiner Interessen dienen soll."

In den wissenschaftlichen Untersuchungen wird der Begriff "Beratung" häufig wie folgt erläutert:

- Eine bewusste Hilfe zur Entscheidungsfindung mittels Kommunikation bzw. eine bewusst gegebene, kommunikativ vermittelte Hilfe zur Meinungs- und Entscheidungsfindung solcher Menschen, die sich in einer konkreten Problemsituation befinden (BAN und WEHLAND, 1984, S. 9).
- Ein Prozess, in dem ein Berater versucht, durch geistige Hilfe den Klienten zu solchem Handeln zu befähigen, das geeignet ist, die beim Klienten vorliegenden Probleme zu lösen (ALBRECHT et al., 1987, S. 36).

Im Wesentlichen weist "Beratung" mit dem Begriff "Ausbildung" und dem "allgemeinen Informationswesen" große Ähnlichkeiten auf, aber formal sind diese trennbar. "Beratung" ist in diesem Sinne aber völlig anders als Werbung, Propaganda, Therapie und administrativer und politischer Zwang (ALBRECHT et al., 1987, S. 37 ff.). Die charakteristischen Attribute von "Beratung" können wie folgt gekennzeichnet werden (STORM und BLUMÖHR, 1998, S. 16f.):

- Geistige Hilfe des Beraters gegenüber den Ratsuchenden bzw. Beratungspartnern;
- Partnerschaftliche Beziehung und Interaktion,
- Sprachliche Kommunikation;
- Unterstützungsfunktion;
- Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung sowie gegenseitige Freiwilligkeit.

Obwohl "Beratung" mit den obigen bestimmten Bedeutungen und Attributen verwendet wird, scheint es, dass es keine exakte Beratungsstrategie gibt, die eine einheitliche Definition daraus entstehen lässt. Die Ursachen für eine solche Verwirrung sind die verschiedenen Erfahrungswerte und situationsbedingten Lagen der jeweils voneinander separat getrennten Lebensfelder, die mit Hilfe von modernen Kommunikationstechniken und Informationen sich schnell angleichen (ALBRECHT et al., 1988, S. 36). Um die Verwirrung der Fachsprache zu überwinden und um in dieser Arbeit der "Beratung" eine verbindliche Definition zu verleihen, soll sich an erster Stelle über das deutsche Wort "beraten" auf die Etymologie bezogen werden (vgl. HOFFMANN, 2002a). Bezüglich des etymologischen Ursprungs des Worts "beraten" erklärt SCHMIEL (1972), dass

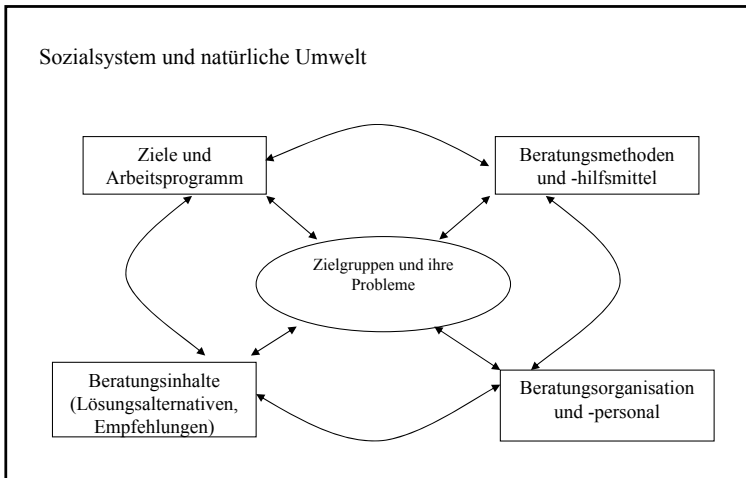
das Wort "Rat", das den Kern des Wortes Beratung bildet, im Verlauf der Zeit einen erheblichen Bedeutungswandel erfahren hat. Das Wort "Rat" bedeutet etymologisch "vorhandene Mittel"⁶, die zum Lebensunterhalt notwendig sind. Man kann seine ursprüngliche Bedeutung in den heutigen Verwendungen, wie Vorrat, Hausrat, Gerät, Heirat finden. Aber im Laufe der Zeit wurde das Wort "Rat" im Sinne einer realen Hilfe verwendet.⁷ BAUSCH (1985) schildert dies wie folgt: "beraten" meint, die notwendigen Mittel beschaffen. Diese Mittel sind meistens Informationen. Von daher ist ein "Rat" ein gut gemeinter Vorschlag, eine Empfehlung oder eine Unterweisung. Man kann dadurch festlegen, dass es den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, denn nur Menschen haben Probleme, keineswegs Betriebe oder Gegenden (ALBRECHT et al., 1988, S. 61). In dieser Arbeit wird das Wort "Beratung" mit seiner ursprünglichen und allgemeinen Bedeutung von "Hilfe zur Problemlösung" verwendet.

Laut HOFFMANN (2002b) bestehen die wesentlichen Elemente der Beratung aus Zielgruppen und ihren Problemen, den Beratungsinhalten, den Beratungsgebern, den eingesetzten Methoden, Zielen und Arbeitsprogrammen. Wie unten in Abbildung 1 gezeigt, sind die Elemente angefangen von den Zielgruppen und ihren Problemen, über die Beratungsinhalte – Lösungsalternativen, Empfehlungen – die Beratungsorganisation und das Beratungspersonal, die eingesetzten Methoden und Hilfsmittel, bis hin zu den Zielen und den Arbeitsprogrammen unterteilt. Diese Elemente stehen in engen Beziehungen zueinander. Dass die Zielgruppen im Zentrum des Beratungsansatzes stehen sollen, findet zwar theoretisch zunehmend Zustimmung, ist aber in der Praxis noch kein Kennzeichen aller Beratungssysteme.

⁶ BAUSCH (1985) schreibt: "Die Herkunft des Wortes "Rat" führt zu einer indogermanischen Wurzel, die das Stapeln, Zurechtlegen und Zusammenfügen von Bauklötzen meint. Das Wort "Harmonie" gehört in diesem Bedeutungszusammenhang als "fügen und Füge im Sinne von Ordnung und Gefüge" wie aus dem Lateinischen "artus, ratus und ritus". In der Folge hat es die Bedeutung von "etwas zurechtlegen, aussinnen, deuten (Rätsel) und Vorsorge treffen"."

⁷ SCHMIEL (1972) schreibt: "daneben bildet sich die Verwendung im Sinne einer realen Hilfe heraus, zum Beispiel als Bezeichnung für all das, was von den Geschlechtsherren den Geschlechtsgenossen zu gewähren war. Dieser Gebrauch des Wortes "Rat" im Sinne von Schutz, Hilfe, Vorsorge und Förderung für diejenigen, die derartiger Maßnahmen bedürfen, setzte sich immer mehr durch. Dabei ergab sich jedoch insofern eine Wandlung, als später mit diesem Wort anstelle der realen Hilfe immer mehr eine Hilfe in Worten, also eine Empfehlung oder Anweisung („Ratschlag“) verstanden wurde."

Abbildung 1: Was innerhalb eines Beratungsansatzes definiert und sinnvoll aufeinander bezogen sein sollte



Quelle: HOFFMANN, 2002b, S.1.

Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Menschheit Zeuge einer Umwandlung der sozialistisch geprägten Wirtschaftsordnung, die sich schlagartig zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft wandelte. Dieses Phänomen oder der Prozess wird als "Transformation" bezeichnet. Die Definition von "Transformation" ist im deutschsprachigen Lexikon wie folgt beschrieben:

"... die Transformation von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen (T.v.W), wie sie in Mittel- und Osteuropa seit einigen Jahren angestrebt bzw. vollzogen wird, als ein Grenzfall des langfristigen Wandels von Wirtschaftssystemen interpretiert werden kann. Während der langfristige Wandel sich in der Regel graduell vollzieht, wird mit der T.v.W ein radikaler Systemwechsel intendiert, mit dem ein gesellschaftliches Regelsystem (Ordnungsökonomik) gegen ein anderes praktisch vollständig ausgetauscht werden soll (GABLER WIRTSCHAFTS-LEXIKON, 1998)."

Die Erläuterung von "Transformation" wird meist auf der Gesellschafts- und Wirtschaftsebene betrachtet. HAGEDORN (1991) unterstützt diese Theorie wie folgt:

"Transformation bedeutet ein Wandel der Wirtschaftsordnung, der fundamentalen Regeln und Institutionen der vorangegangenen Ordnungsprinzipien durch andere zu substituieren. Dadurch entsteht ein qualitativer Sprung."

In den ehemaligen sozialistischen Ländern wurden unterschiedliche Wege eingeschlagen, die die sozialistische Wirtschaftsordnung zur Marktwirtschaftsordnung

umgestalteten. Wenn man die Erfahrungen sowohl aus den Mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL), den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und ostasiatischen Ländern in Betracht zieht, wird es mehr oder weniger schwierig, den Begriff "Transformation" klar zu klassifizieren und einheitlich zu definieren. Denn die Wandlungsprozesse der ehemaligen sozialistischen Länder waren je nach wirtschaftlicher und politischer Situation sehr unterschiedlich ausgeprägt. Meistens wurde die Transformation von tiefgreifenden politischen Umwälzungen begleitet (HAGEDORN, 1991). In China und Vietnam wurden aber zum Beispiel wirtschaftsbezogene Veränderungen ohne eine politische Umwälzung durchgeführt. Diese Veränderungen können daher streng genommen nur als "neue Wirtschaftsreformen unter einer sozialistischen Regierung" bezeichnet werden, wobei man in diesen Fällen von einer von sozialistischen Eigentumsverhältnissen begleitenden Wirtschaftsreform sprechen muss, bei der auch die zentrale Planung von Bedeutung war. Wenn man bei dem Begriff "Transformation" die politische Veränderung, wie z.B. den politischen Systemwandel von einer Einparteienszwangsherrschaft zu einer pluralistischen Demokratie mit einschließt, dann kann es zu großen Missverständnissen führen. Deswegen scheint es notwendig, den Begriff "Transformation" im Wesentlichen auf den wirtschaftlichen Bereich eines Systemwandels zu begrenzen (vgl. KIM, K.R., 2002).

Die allgemeinen Merkmale der Transformation in den sozialistischen Staaten, besonders in ihrer ersten Phase in Bezug auf die MOEL, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Erstens, eine Transformation ist im Vergleich zu einer "Reform"⁸ eine vollständige Systemwandlung, die die Kernelemente der vorangegangenen wirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, Eigentumsverhältnis, Preissystem usw. nicht mehr erhält (WENTZEL, 1991; HAGEDORN, 1991). Die vor einer Transformation vorhandenen und gültigen Ordnungsprinzipien haben ihren Sinn verloren. Sie müssen tiefgreifend umstrukturiert werden. Dadurch schafft die Transformation ein großes institutionelles Vakuum, das möglichst schnell gefüllt werden muss (SCHLÜTER 2001, S. 6). In graduellen Fällen kommt jedoch ein eindeutiges institutionelles Vakuum in der Regel nicht zu Stande.
- Zweitens, neue fundamentale Regeln und Institutionen wurden auf zentraler und/oder kommunaler Ebene je nach Fähigkeit der Regierung so schnell wie möglich geschaffen. Aber ein Großteil der ehemaligen

⁸ HAGEDORN (1991) argumentiert über die Definition von "Reformen": "Wenn der Wandel auf Korrekturen an einzelnen Bausteinen der ökonomischen Verfassung beschränkt bleibt, dann kann man es als "Reformen" nennen".

Regeln und Institutionen blieb immer noch auf der dezentralen und informellen Ebene vorhanden (MCMILLAN, 1995, S. 23). Es entstand eine große Diskrepanz zwischen dem formellen, politisch-intendierten Wandel und seiner effektiven realistischen Umsetzung (SCHLEIFER und TREISMAN, 1998, S. 71f.). Obwohl man die Kurzfristigkeit der Transformation als ein weiteres Charakteristikum bezeichnen kann, ist es hierbei jedoch noch unklar, wann die Transformation als abgeschlossen gelten kann (SCHLÜTER, 2001, S. 7).

- Drittens, der institutionelle Wandel in der Transformation startet von einem System, welches nicht durch den Markt, sondern nahezu ausschließlich durch eine politische Hierarchie gekennzeichnet ist. Wenn die politische Hierarchie nicht in der Lage ist, den Markt zu kontrollieren, dann übernehmen meist andere, z.T. gegenseitig konkurrierende Mächte die Kontrolle. Teilweise ist es jedoch auch unmöglich, die vollständige Kontrolle über den Markt zu übernehmen, da es an vorhandenen Märkten fehlt. Diese müssen sich erst etablieren (SCHLÜTER, 2001, S. 7).
- Viertens, eine umfassende gesellschaftliche Reform, die in einem Transformationsprozess erforderlich ist, setzt eine politisch verankerte und legitimierte Steuerungsleistung voraus. Diese ist mit verschiedenen Qualitätsmerkmalen gekennzeichnet (DÖRING, 2005, S. 9). Gleichzeitig sind auch hohe Anpassungsfähigkeiten seitens der Bevölkerung notwendig. Ebenso erfordert die Transformation neue Techniken und neue Kenntnisse. Allerdings nimmt dieser "individuelle Anpassungsvorgang" viel Zeit in Anspruch. Unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen und politische Ziele sind für die unterschiedlichen Ergebnisse bei der Transformation in den sozialistischen Ländern verantwortlich (KRAKOWSKI, 1993, S. 10f.).
- Fünftens, zur Bewältigung der anstehenden Probleme waren kaum politisch und bürokratisch anpassungsfähige heimische Experten verfügbar. Die Ökonomie in den post-sozialistischen Ländern hatte weitgehend ihre Expertenqualität verloren, da es am grundlegenden Wissen sowohl inhaltlich als auch methodisch für eine Einführung der Marktwirtschaft und der Demokratie mangelte. Das heimische Beratungsangebot war lückenhaft (DÖRING, 2005, S. 10).

Diese Eigenschaften der Transformation als eine "umfassende" Revolution machen verständlich, warum ein solcher Prozess unterschiedliche Beratungsfelder erfordert. Besonders die zwei letzteren Merkmale lassen das Bedürfnis nach Beratung ansteigen. Im nächsten Unterkapitel wird das Verhältnis zwischen der Transformation und der Beratung genauer analysiert.

2.1.2 Transformationsberatung

Nach den oben bereits erwähnten Merkmalen der Transformation sind in den Transformationsländern sowohl politische als auch wirtschaftliche Beratungen dringend erforderlich. Diese Erfordernisse der Transformationsländer unterscheiden sich jedoch vom inneren und äußeren Anspruch auf die Beratung. Der innere Anspruch hinsichtlich der Beratung ist besonders stark von den politischen Entscheidungsträgern abhängig. Denn die politischen Entscheidungsträger müssen die verfügbaren Ressourcen zielgerichtet einplanen und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen, um eine Transformation erfolgreich durchführen zu können. Gewöhnlich mangelt es in den Transformationsländern oft an Personal mit den entsprechenden Beratungsfähigkeiten. Selbst wenn es nicht an Personalkapazität mangelt, können Beratungstätigkeiten nur mit Verzögerung und in begrenzten Bereichen durchgeführt werden (DÖRING, 2005, S. 10). Der äußere Anspruch auf Beratung ergibt sich, wenn die Nachbarländer bzw. kapitalistisch orientierten Länder den Transformationsländern eine geeignete Beratung für den Übergang zur Marktwirtschaft zur Verfügung stellen. Hierfür gibt es aber unterschiedliche Gründe (BEER, 2005, S. 43f.). Es können altruistische Motive sein, wie z.B. helfen und sich am Nutzen des Empfängers zu erfreuen, aber auch das Interesse an Sicherheit und Stabilität, die durch den unsicheren Ausgang der Transformation gefährdet sein können, Ängste vor Umweltschäden als Folge einer Transformation, oder auch die Erkenntnis von potentiellen Absatzmärkten, die in den Transformationsländern vermutet werden (z.B. hohes Potential künftiger Nachfrage).

Diese Hintergründe verhalfen der Entstehung internationaler Hilfsprogramme, die in den MOEL direkt nach der Transformation durchgeführt wurden.⁹ Dabei waren westliche Experten als politische und wirtschaftliche Berater tätig. Diese Beratungstätigkeiten werden als Transformationsberatung bezeichnet. Die damals verfügbaren Beratungsansätze bei der Transformationsberatung können in drei dominante Beratungstypen unterschieden werden (BEER, 2005, S. 23):

- Das Expertenwissen: die Klienten beauftragen einen Berater, weil sie sein spezifisches Wissen benötigen. Sie beabsichtigten jedoch nicht, dass sich der Berater mit den Details ihrer Organisation auseinandersetzt oder neue Strukturen einführt, sondern dass die vorhandenen Hindernisse konkret gelöst werden können. Die Erwartungen beschränkten sich lediglich auf das kognitiv vermittelbare Wissen.

⁹ 1990 beschlossen die G24 die Unterstützung beim Übergang zur Marktwirtschaft. IWF und die Weltbank legten entsprechende Kreditlinien fest. 1989 beginnt die EU das Programm "Phare" für die Länder Polen und Ungarn (BEER, 2005, S. 43).

- Das Arzt-Patienten-Modell: Der Berater ist eine Art Diagnostiker, der die Probleme des Klienten analysiert und Vorschläge macht, wie Engpässe beseitigt oder Problemfelder bearbeitet werden sollten. Das Modell setzt eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Berater und Klient voraus, die allerdings asymmetrisch ist, da allein den sogenannten Ärzten die Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird.
- Die Prozessberatung: Der Berater ist ein Mentor, Förderer und Moderator. Er geht davon aus, dass die fachliche Expertise zur Lösung der Probleme beim Klienten liegt. Seine Aufgabe besteht lediglich darin, mit Hilfe des geeigneten methodischen Instrumentariums die Entwicklung einer Problemlösung zu erleichtern.

Neben den oben erwähnten Beratungstypen gibt es zusätzlich eine weitere Beratungstätigkeit, die in der Realität bei einer Transformation in den MOEL auch angewendet wurde: der sogenannte "Import von Blaupausen-Konzepten". Diese Konzepte wurden häufig kritisiert, weil sie auf einer Transformationsberatung basierend, ohne Rücksicht auf die spezifische Lage der jeweiligen Fälle, nur im Stil eines Imports zur Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen durchgeführt wurde (DÖRING, 2005, S. 10f.).

Der Verlauf der Transformation in Ostdeutschland war anders als der aus den anderen sozialistischen Ländern. Ostdeutschland wurde als ein Sonderfall der Systemtransformation behandelt, da die Transformation in Ostdeutschland durch die Vereinigung begleitet wurde. Der damaligen DDR war es durch ihren Beitritt nicht möglich, eigenständig neue Institutionen und neue Gesetze zu schaffen. Auf der anderen Seite stand die damalige DDR, bedingt durch die (sich abzeichnende) Vereinigung, nicht unter einem Personalmangel, der die Einführung in das marktwirtschaftliche System behindert hätte. Überlegungen, durch welche Strategie man die Transformation erfolgreich vollziehen könne, waren nicht notwendig. Im Vergleich zu anderen Transformationsländern wurde ein institutionelles Vakuum sehr schnell gefüllt. Dies war besonders dank der Währungsunion und des Wiedervereinigungsvertrages aus dem Jahr 1990 möglich.

Das Verhältnis von Berater und Klient kann in Bezug auf West- und Ostdeutschland und der Ausgestaltung der Systemtransformation nicht angewandt werden. Diese war quasi vorgegeben. Deswegen wurden andere Begriffe für den ostdeutschen Fall geschaffen, wie z.B. die exogene und endogene Transformation¹⁰. Aber das durch die Vereinigung aufgelöste Beratungsgeber- und

¹⁰ Die exogene Transformation bezeichnet die von westdeutschen Akteuren dirigierte Entwicklungen, die endogene Transformation meint demgegenüber die eigendynamischen Prozesse in der ostdeutschen Gesellschaft (zitiert in BEER, 2005, S. 38).

Beratungsnehmerverhältnis bedeutete nicht, dass keine Nachfrage nach Beratung an sich in Ostdeutschland bestand. Die Probleme selbst, die mit der Transformation zutage kamen, blieben unverändert. Obwohl neue Institutionen aus dem Westen in den Osten übertragen wurden, geschah dies nur auf der zentralen und formellen Ebene. Die Anpassungsprobleme auf der informellen und dezentralen Ebene waren auch hier wie bei den anderen Transformationsländern vorhanden. Im Vergleich zu anderen Transformationsberatungen, d.h. in Ländern, die nicht von einer Vereinigung tangiert waren, wurde eine Transformationsberatung auf der Regierungsebene durch vorhandene Erfahrungswerte aus Westdeutschland relativ schnell durchgeführt. Dadurch konnte ein sogenanntes "ready-made-state" geschaffen werden. Hierbei spielte die finanzielle und institutionelle Unterstützung sowie die rasche Bereitstellung von Humankapital aus Westdeutschland eine große Rolle. Anhand dieses Gesichtspunktes sollen der Umwandlungsprozess der LPGen und die von Westdeutschland übernommenen Rahmenbedingungen unter dem Begriff "Beratung" ausgewertet werden. Die Auswertung der westdeutschen Beratungstätigkeit aus ostdeutscher Perspektive soll für eine in Zukunft mögliche Transformation in Nordkorea und die möglichen Beratungstätigkeiten von Südkorea aus als Leitfaden fungieren.

2.1.3 Transformationsberatung im Agrarbereich

2.1.3.1 Das allgemeine Verständnis zur landwirtschaftlichen Beratung

Heute gibt es wohl kaum noch ein Land auf der Erde, welches nicht zumindest über einen formalen landwirtschaftlichen Beratungsdienst verfügt (BAUER et al., 1997, S. 3). Die landwirtschaftliche Beratung als staatliche Aufgabe und als Institution lässt sich aus der Einsicht begründen, dass fehlendes Wissen, geringe Motivation sowie nicht entfaltete praktische und soziale Fähigkeiten ebenso massive Entwicklungsbarrieren sein können wie Unterernährung, Begrenztheit der Produktionsfaktoren oder eine fehlende Infrastruktur. Eine landwirtschaftliche Beratung hat hauptsächlich die Aufgabe, planmäßig und in organisierter Form dort zu helfen, wo selbstständige Lösungen nicht mehr erarbeitet werden können und andere Förderungsmaßnahmen nicht ausreichen, um der Zielgruppe eine rechtzeitige Problemlösung zu ermöglichen (ALBRECHT et al., 1987, S. 40). Dadurch wird beabsichtigt, den Lebensstandard der Beschäftigten in der Landwirtschaft zu verbessern. Demzufolge, obwohl die landwirtschaftliche Beratung ursprünglich eine Wissens- und Know-how Vermittlung¹¹ zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion beinhaltete,

¹¹ Normalerweise bestehen die landwirtschaftlichen Beratungsbereiche aus zwei Hauptbereichen. Je nach den Inhalten der Beratung kann man die allgemeine landwirtschaftliche Beratung in "produktionstechnische Beratung" (differenziert nach Pflanzenbau, Tierproduktion und Landtechnik) und "betriebswirtschaftliche Beratung" unterteilen. Die

wurde das Verständnis über die landwirtschaftliche Beratung häufig auf eine ländliche Beratung erweitert. In diesem Sinne hat sie nicht nur die Bedeutung einer eng gefassten landwirtschaftlichen Produktionsberatung, sondern einer breit angelegten professionellen Dienstleistung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum (BÖTTCHER, 1997, S. 23). Dieser Hinweis auf eine Bedeutungserweiterung wird besonders in den Entwicklungsländern notwendig. Landwirtschaftliche Beratung im Sinne einer umfassenden ländlichen Beratung bezieht sich auf die Unterstützung der Zielgruppen und auf folgende Bereiche (ALBRECHT et al., 1987, S. 41):

- Produktionstechnik: Neue Produktionstechniken und Vermittlung von notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten werden eingeführt, um die Nahrungsgrundlage zu verbessern, vermarktbare Überschüsse zu erzielen und ein höheres Einkommen zu erwirtschaften. Langfristig sind die Einkommensquellen, und dabei vor allem die Bodenfruchtbarkeit, zu erhalten;
- Betriebswirtschaft: Verbesserung der Betriebsorganisation durch effiziente Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren;
- Sozioökonomische Fragen: Verbesserung bei der Ernährung und Haushaltsführung, Erörterung außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungsmöglichkeiten für Familienmitglieder usw.;
- Institutionelle Fragen: Förderung von organisierter Zusammenarbeit und anderen Einrichtungen zur Steigerung der Selbsthilfefähigkeit.

Entsprechend der verschiedenen Beratungsorganisationsträgern kann man die landwirtschaftliche Beratung in die öffentliche Beratung (staatliche Beratung), Privatberatung und Firmenberatung unterteilen (ALBRECHT et al., 1987, S. 235ff.).

- Eine öffentliche Beratung beinhaltet eine Beratung, die von staatlichen Behörden sowie deren Einrichtungen durchgeführt wird. Die große Mehrheit der Beratungsdienste ist Bestandteil der staatlichen Verwaltung. Aus diesem Grund werden diese mit Bürokratisierung, mangelnder Zielgruppenbeteiligung, starrer und schwerfälliger Planung sowie unzulänglicher personeller und materieller Ausstattung charakterisiert. Die Eigenschaften der öffentlichen Beratung sowie die Kostenlosigkeit

Schwerpunkte der produktionstechnischen Beratung liegen hauptsächlich darin, Probleme des Pflanzenschutzes, der Düngung, der Sortenwahl, der Produktqualität, der Tiergesundheit und Fütterung usw. zu lösen. Bei der betriebswirtschaftlichen Beratung werden vornehmlich die Komplexe "Betriebskonzept, Investitionsplanung und Finanzierung" behandelt und die damit häufig in Zusammenhang stehenden Probleme "Recht, Steuern und Förderung" (BOKELMANN et al., 1996).

für den Berater, also die sogenannte "soziale" Form der Beratung, aber besonders die Tatsache, dass diese Art von Beratung jedem verfügbar ist und somit die Beratungsergebnisse als öffentliches Gut zu betrachten sind, können als Vorteil der öffentlichen Beratung betrachtet werden (PEREKHOZHUK, 2000, S. 12).

- Eine Privatberatung umfasst eine Beratung, die durch Privatpersonen, Personengruppen oder Verbände durchgeführt wird. Man kann diese Privatberatung in eine kommerzielle Beratung und Beratung über Selbsthilfeorganisationen unterteilen. Eine kommerzielle Beratung ist gewinnorientiert. Sie wird von einem Freiberufler bzw. einer GmbH vollzogen. Dagegen ist die durch die Selbsthilfeorganisationen (d.h. Beratungsringe und Berufsstand) erfolgende Beratung nicht gewinnorientiert. Die Leistungen der Selbsthilfeorganisationen gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung finden zunehmende Anerkennung. Die regionalen oder nationalen Verbände haben durch ihre Beratungsabteilungen in vielfältiger Weise auf landwirtschaftlichen Ebenen wie von Informationsangeboten bis zur politischen Lobby mitgewirkt.
- Schließlich bieten zahlreiche Unternehmen, die ihre Produkte an die Landwirtschaft verkaufen oder umgekehrt Produkte von der Landwirtschaft aufkaufen, spezielle Beratungsleistungen als Service für ihre Kunden an. Diese Art von Beratung wird als Firmenberatung bezeichnet. Die Firmen verfolgen im Rahmen ihrer Marktstrategien das Ziel, Kunden zu werben und an sich zu binden, um den firmeneigenen Umsatz zu steigern.

Die landwirtschaftliche Beratung kann mit verschiedenen Methoden, wie z.B. mit begleitender Beratung, zielbezogener Beratung und projektbezogener Beratung, durchgeführt werden. Je nach Arbeitsform und Anwendung kann eine Beratung in eine Einzelberatung, Gruppenberatung und Arbeitskreisberatung unterteilt werden.

Die landwirtschaftliche Beratung hat folgende Hauptfunktionen (ALBRECHT et al., 1987, S. 39f.):

- Erstens, die Vermittlung zwischen den landwirtschaftlichen Förderungseinrichtungen und den Zielgruppen. Durch Beratungen werden Forschungsergebnisse den Landwirten zugänglich, verstehbar und anwendbar gemacht. Andererseits kann dadurch auch der Bedarf an Lösungen für bestimmte landwirtschaftliche Probleme an die Forschungsinstitutionen weitergeleitet werden.
- Zweitens, können über eine landwirtschaftliche Beratung aktuelle Ergebnisse vorhandener Forschungseinrichtungen an die ländliche Bevölkerung weitergeleitet bzw. angepasst werden.

- Drittens, sind die Förderungs- und Dienstleistungen in ländlichen Räumen zu institutionalisieren. Neue Institutionen, seien es staatlich organisierte oder Selbsthilfeeinrichtungen, beeinflussen das gesamte landwirtschaftliche Produktionssystem.
- Als letztes ist die Mobilisierung eine wichtige Funktion der landwirtschaftlichen Beratung. Durch eine gezielte Absprache und konkrete Hilfestellung kann die Beratung zu Motivationen und Befähigungen nachteiliger Gruppen führen. Damit erschließt Beratung ein ansonsten ungenutztes Potential der entwicklungsfördernden Kräfte. Um diese Funktionen umzusetzen, soll die landwirtschaftliche Beratung eine enge Beziehung mit der Agrarförderung als politisches Programm haben. Das heißt, unter einer landwirtschaftlichen Beratung versteht man nicht nur die Verbreitung eines bestimmten Sachwissens, sondern eine synthetische Tätigkeit. Die Beratung soll in engem Zusammenhang mit der Agrarförderung ansetzen, um die Verbindung zwischen den Teilnehmenden und den Entscheidungsträgern eines Unterstützungsprogramms zu suchen und zu verwirklichen.

Die landwirtschaftlichen Beratungsansätze, die das grundsätzliche, konzeptionelle und funktionale Vorgehen der Beratung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bezeichnet haben, haben sich der Forderung der Zeit entsprechend gewandelt und so ist auch heutzutage das Verständnis für Beratung zwischen den westlichen Demokratien und Entwicklungsländern unterschiedlich. Von der klassischen Adoptions- und Diffusionsforderung bis zu den heutigen umfangreichen landwirtschaftlichen Beratungsansätzen ist sie die verschiedensten Entwicklungswege gegangen. Die heutzutage hervorzuhebenden zwei Beratungsansätze sind zum einen der "commodity"-Ansatz und zum anderen der "community"-Ansatz bzw. die "animation rurale".¹² Diese lassen sich wie folgt charakterisieren (BAUER et al., 1997, S. 4):

- Der "commodity"-Ansatz beschränkt sich auf die gezielte Förderung von einzelnen Anbaukulturen, meistens Exportkulturen, wie Kaffee, Kakao und Baumwolle. Dieser Ansatz wird teilweise noch bis heute von staatlichen oder halbstaatlichen Gesellschaften verfolgt. Typisch dafür ist, dass neben der Bereitstellung von produktionstechnischem Wissen auch vor- und nachgelagerte Bereiche der Produktionsmittelversorgung (einschließlich Kreditbereitstellung zum Erwerb von

¹² Es gibt auch weitere Ansätze wie College Extension System, Land-Grant-University, Training and Visit System, Technical Change and Innovation Centered Approach, Production under Close Supervision, etc. (vgl. HOFFMANN, 2002b). Diese sind aber im Rahmen dieser Arbeit von geringer Bedeutung und werden nicht weiter behandelt.

Produktionsmitteln) und vor allem die Vermarktung in den Händen der Gesellschaft liegt.

- In dem "community"-Ansatz oder "animation rurale" versucht man, statt der Steigerung der Produktion einzelner Kulturen den Entwicklungswillen von Dörfern und Gruppen zu fördern und ihnen zu helfen, um Fortschritte in allen Lebensbereichen zu erzielen. Der Mensch wird als Motor aller Entwicklung anerkannt, externe Hilfe soll Selbsthilfe unterstützen, aber nicht ersetzen. Durch diese umfangreiche Aufgabenstellung in diesen ganzheitlichen Konzepten waren die Beratungsdienste aber schnell überfordert.

Obwohl zahlreiche Versuche unternommen wurden, landwirtschaftliche Beratung erfolgreich einzurichten, ist es praktisch unmöglich, allgemeine Grundsätze für jede beratende Tätigkeit abzuleiten. Nach Ansicht von BAUER et al., (1997) lässt sich jedoch ein allgemeiner Grundsatz formulieren, und zwar: "vom Ratsuchen her denken und den sozialen Zusammenhang berücksichtigen."

2.1.3.2 Landwirtschaftliche Beratung bei der Transformation

Die Transformation brachte einen sehr großen Beratungsbedarf hervor, weil neue Maßnahmen umgesetzt und Verhaltensweisen praktiziert wurden, die durch Privatisierung, Liberalisierung von Preisen und Restrukturierung angestoßen wurden. Der Agrarbereich war hierbei keine Ausnahme. Bei diesem Prozess standen die Betroffenen der Situation gegenüber, von nun an selbst alle Entscheidungen treffen zu müssen. Dies waren vor allem Fach- und Führungskräfte der privatisierten ehemaligen Gemeinschaftsbetriebe, selbstständige Landwirte und Akteure der Organisationen im vor- und nachgelagerten Bereich der landwirtschaftlichen Produktion. Die damaligen landwirtschaftlichen Behörden, die für den Wissens- und Informationstransfer der Forschungszentren der Agrarbetriebe zuständig waren, waren nicht mehr funktionsfähig oder hatten ihre Aktivitäten sehr stark verringert. Diese Organisationen wurden den neuen Rahmenbedingungen entsprechend völlig umstrukturiert oder aufgelöst. Um die Beratungsbedürfnisse für die landwirtschaftliche Umwandlung zu erfüllen, mussten aber auch völlig neue Einrichtungen errichtet bzw. neue Beratungsinhalte entwickelt werden. In den meisten Transformationsländern jedoch blieb die Errichtung solcher Einrichtungen bis 1997 aus (vgl. BÖTTCHER, 1997, S. 23). Unter diesen erschwerten Bedingungen musste die landwirtschaftliche Beratung in den Transformationsländern durchgeführt werden. Einige Maßnahmen wurden von den jeweiligen Regierungen aufgelegt und/oder von speziellen, extern finanzierten Unterstützungsprogrammen übernommen. Im Allgemeinen kann man die Eigenschaften der landwirtschaftlichen Beratung während eines Transformationsprozesses wie folgt zusammenfassen (vgl. BÖTTCHER, 1997, S. 24ff.):

- Erstens, die Privatisierung brachte eine umfangreiche Strukturumwandlung der Landwirtschaft mit sich. Dabei entsteht ein großer Beratungsbedarf sowohl auf der individuellen als auch auf der agrarpolitischen Ebene.
- Zweitens, in den Transformationsländern kann eine landwirtschaftliche Beratung ohne jegliche Hilfe von außen kaum effektiv erbracht werden, weil es schon zu Beginn an adäquaten Trägern fehlte. Daher müssen an erster Stelle die Maßnahmenträger verfügbar sein. Seit Anfang der 90er Jahre wurden die Wissens- und Informationsträger für landwirtschaftliche Betriebe und ländliche Räume in den MOEL durch den Aufbau von Beratungseinrichtungen von bi- und multilateralen Geberorganisationen gefördert.
- Drittens, die Beratungszielgruppe, die eine Beratung benötigt, besteht aus Fach- und Führungskräften der privatisierten ehemaligen Gemeinschaftsbetriebe, selbstständigen Landwirten und Akteuren der Organisationen im vor- und nachgelagerten Bereich der Agrarproduktion. Hierbei haben besonders die landwirtschaftspolitischen Entscheidungsträger einen hohen Beratungsbedarf. Weil die Zielgruppen ganz unterschiedliche Bedingungen und Probleme aufweisen, müssen die Beratungsinhalte je nach Beratungsnehmer unterschiedlich sein. So unterscheiden sich zum Beispiel die Beratungsinhalte für selbstständige Landwirte und ehemalige Gemeinschaftsunternehmen erheblich voneinander. Die Beratungsinhalte umfassen vor allem Wissen über Produktionstechniken, Betriebswirtschaft, Buchhaltung, Kostenrechnung und Marketing sowie über Rechts-, Steuer- und Managementangelegenheiten.
- Viertens, es waren situationsspezifische Beratungsmaßnahmen zur Begleitung des Privatisierungsprozesses notwendig, um die Umstrukturierung in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen anzustreben. Landesweite "Blaupausen" wären hierbei wenig hilfreich gewesen.
- Fünftens, durch die angespannte wirtschaftliche Lage in den Betrieben war die Lösung der Finanzierung der Beratungsleistungen eine große Belastung für die Betriebe. Dies trifft besonders für jene Länder zu, wo die Leistungsverrechnung durch den Mangel von Bargeldeinkommen häufig in Form von Tauschgeschäften erfolgen musste.

Die landwirtschaftliche Beratung war mehr denn je gefragt, um den schwierigen Umstrukturierungsprozess in den Transformationsländern (MOEL) erfolgreich zu begleiten und zu gestalten. Aber trotz ihrer Wichtigkeit waren und sind die aktuellen Zustände hinsichtlich der Beratung sehr beklagenswert (BÖTTCHER, 1997, S. 23).

Die landwirtschaftliche Umwandlung in Ostdeutschland erfolgte, bis auf ein paar Ausnahmen und im Gegensatz zu den anderen Transformationsländern, durch Unterstützungen aus Westdeutschland sehr zügig. Weil Ostdeutschland durch die Vereinigung bei der Umwandlung der sozialistisch orientierten Landwirtschaft intensiv begleitet wurde, lassen sich die wichtigsten Merkmale der landwirtschaftlichen Beratung wie folgt ableiten:

- Bereits vor der Vereinigung wurden in Westdeutschland – wenn auch im eingeschränkten Rahmen – die ostdeutsche Landwirtschaft analysiert und die Nachteile der sozialistischen Planwirtschaft und Agrarproduktion aufgedeckt.
- Die Beratungstätigkeit bei der Transformation in Ostdeutschland wurde mit der Wende von der westdeutschen Regierung intensiv finanziell und logistisch unterstützt. Die Unumstößlichkeit des Systemwandels stand ja nach kurzer Zeit bereits fest. Die westdeutschen Berater ("Exporteure") begünstigten den Transfer von Institutionen aus Westdeutschland, weil sie durch die Übertragung ihnen vertrauter Einrichtungen ihre Kompetenzen in einer schwer überschaubaren Situation sicherstellen konnten (BEER, 2005, S. 38). Allerdings unterschied sich die Agrarstruktur der ehemaligen DDR sehr erheblich von der in Westdeutschland.¹³ Diese Unterschiede waren vielen Politikern in Westdeutschland ein Dorn im Auge, da eine einheitliche Identität durch den Institutionstransfer bei der Vereinigung unbedingt bewahrt werden sollte (LEHMBRUCH, 1996, S. 68). Die spezielle politische Bedeutung der Wiedervereinigung führte dazu, dass im Rahmen des Umwandlungsprozesses z.T. überhastete, z.T. unvernünftige Maßnahmen durchgeführt wurden. Dieser Missstand traf auch den Agrarbereich während der Wendephase. So versuchte zum Beispiel die westdeutsche Politik gerade in der Anfangsphase der Transformation das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes in Ostdeutschland zu etablieren (CZADA, 1996, S. 340).
- Die Landwirtschaft und der gesamte ländliche Raum der damaligen DDR wurden nach der Öffnung der Mauer schlagartig mit völlig anderen Rahmenbedingungen konfrontiert. Auf diese neue Situation war niemand vorbereitet (JÄHNICHEN, 1998, S. 14). Die Landwirte sahen sich vielen offenen Fragen und Problemen gegenüber. Der Markt war übersättigt und die einheimischen Produkte wurden von den Konsumenten im

¹³ Dies galt besonders für die Betriebsgröße, Organisationsform und Spezialisierung. Ein großer Kontrast bestand auch zwischen der Agrarpolitik der DDR und der aus Westdeutschland bzw. der Europäischen Union (vgl. WEBER, 1990).

Lande verschmäht. Die Betriebe verfügten über veraltete Technologien und waren bedingt durch die sich schlagartig veränderten Rahmenbedingungen mit Arbeitskräften überbesetzt. Die Betriebe erbrachten unzureichende Leistungen in der Tier- und Pflanzenproduktion und die wirtschaftliche Leistungskraft war plötzlich das entscheidende Kriterium. Gleichzeitig wurde das Privateigentumsrecht wiederhergestellt und die LPGen, die auch Träger anderer wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen waren, mussten neu strukturiert oder aufgelöst werden. Außerdem konnten die Wiedereinrichter ihre Betriebe wieder selbstständig bewirtschaften. Dadurch stieg das Beratungsbedürfnis erheblich. Die Auswirkungen der transformationsbedingten Veränderungen im Agrarbereich Ostdeutschlands blieben natürlich nicht auf den Agrarsektor beschränkt, sondern beeinflussten generell die Lage in den ländlichen Räumen (HAGEDORN et al., 1997, S. 360).

- Während die Transformation in den anderen Transformationsländern über einen relativ langen Zeitraum, aber mit bescheidenen finanziellen Mitteln durchgeführt wurde, konnte bzw. musste dieser Prozess in Ostdeutschland in sehr kurzer Zeit beendet sein. Die politischen, institutionellen und gesetzlichen Unsicherheiten wurden mit Hilfe der westdeutschen Unterstützung schnell beseitigt. In dieser Phase nahm das Interesse der westdeutschen Akteure (z.B. Berater, Kapitalinvestoren usw.) stark zu, so dass sie sich aktiv an der ostdeutschen landwirtschaftlichen Umwandlung beteiligten. Da in Ostdeutschland noch keine ausgebildeten Experten vorhanden waren, waren dies für die westdeutschen Akteure ideale Voraussetzungen, aktiv an dem Umwandlungsprozess teilzunehmen, gerade weil sie mit den gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vertraut waren. Erst später konnten die bestehenden Beratungsorganisationen der DDR erfolgreich reorganisiert und die lokalen landwirtschaftlichen Berater auf das System der Marktwirtschaft vorbereitet werden.
- Wie in den anderen Transformationsländern, blieben auch hier, trotz einer formellen Systemwandlung, die alten und informellen Verhaltensweisen unverändert. Besonders die Landwirtschaft und die ländlichen Räume waren von dieser Pfadabhängigkeit stark gezeichnet. In der Landwirtschaft herrschte eine sogenannte "DDR-Mentalität", die die Solidarität, das soziale Denken, eine Bescheidenheit bei Lohn- und Pachtforderungen und Verzicht auf Dividende hervorrief. Deswegen herrschte in Ostdeutschland ein unterentwickeltes Renditedenken und eine Abschottung gegenüber Fremden vor (HELLER, 1998, S. 35). So vertraten viele das Motto: "Lieber bleiben wir arm unter uns, als uns teuer zu verkaufen." (HELLER, 1998, S. 35). Deshalb war es nur schwer einzuschätzen, wie sich die DDR-Landwirtschaft weiterentwickeln würde.

- Durch die Wiedervereinigung konnten westdeutsches Kapital und Finanzdienstleistungen für Investitionen genutzt werden. Auch wurden verschiedene agrarpolitische Programme durchgeführt, um die landwirtschaftliche Umwandlung zu beschleunigen. Im Gegensatz zu den anderen Transformationsländern war das von großem Vorteil, da so das Finanzierungsproblem relativ schnell gelöst werden konnte.

Anhand dieser Merkmale lassen sich die landwirtschaftlichen Beratungstätigkeiten für die landwirtschaftliche Umwandlung in Ostdeutschland auf folgende drei Handlungsebenen reduzieren. Diese sind 1) die institutionelle und gesetzliche Ebene, 2) die Reorganisationsebene von Beratungseinrichtungen bzw. Produktionsorganisationen und 3) die Anpassungsebene. Die Beratungstätigkeit auf der institutionellen und gesetzlichen Ebene bezieht sich hauptsächlich auf die Umwandlungskonzepte Westdeutschlands und gesetzlichen Rahmenbedingungen wie das Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG). Bei der zweiten Ebene handelt es sich um die Entstehung von landwirtschaftlichen Beratungsorganisationen in Ostdeutschland und die organisatorische Umwandlung der LPGen. Diese beinhaltet auch die Tätigkeit der westdeutschen Berater bei der Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. beim Aufbau und Anpassung der ostdeutschen Beratungsorganisationen. Die letzte Beratungsebene umfasst die Prozesse der Lösungssuche bei vorhandenen Problemen in der Anpassungsphase, wie z.B. nach der Umwandlung von LPGen.

Bei der landwirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland scheint es so, als würde dieser Anpassungsprozess bis heute noch fort dauern, weil sich immer wieder die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft verändern (KRAMBACH und WATZEK, 2002, S. 9ff.). Allerdings kann man feststellen, dass nach Abschaffung der unterschiedlichen Bedingungen bei der Investitionsförderung zwischen West- und Ostdeutschland im Januar 1997 die Umwandlung der ostdeutschen Landwirtschaft bis Ende 1996 abgeschlossen war. Deshalb ist es im Rahmen dieser Arbeit sinnvoll, zwischen zwei Zeiträumen bei dem Umwandlungsprozess der ostdeutschen Landwirtschaft zu unterscheiden: ein erster Zeitraum von 1989 bis Ende 1991 und ein zweiter Zeitraum von 1992 bis Ende 1996. Der erste Zeitraum ist durch eine drastische Änderung der politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Dagegen wurden dieselben Rahmenbedingungen in dem zweiten Zeitraum relativ langsam verändert und die Anpassungsprobleme werden als wichtigste Merkmale angesehen (HAGEDORN et al., 1997, S. 373). Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf dem ersten Zeitraum, weil die deutschen Erfahrungen aus der ersten Transformationsphase im Rahmen dieser Arbeit von großer Bedeutung sind, da anhand dieser entsprechende Vorkehrungen gegen einen schnellen Zusammenbruch Nordkoreas getroffen werden können.

Nach diesen theoretischen Grundlagen wird diese Arbeit die Beratungstätigkeit während der Transformationsphase in Ostdeutschland analysieren. Diese

Analyse basiert neben einer allgemeinen Diskussion der landwirtschaftlichen Umwandlung Ostdeutschlands an Hand der verfügbaren Literatur primär auf der Sichtweise der betroffenen Agrarproduzenten, die in Form einer empirischen Erhebung im Bundesland Sachsen-Anhalt erfasst wurde.

2.2 Empirische Untersuchung

Eine empirische Untersuchung bedeutet, dass man nach Erkenntnissen durch systematische Auswertung von Erfahrungen sucht. Ihre Hauptaufgabe ist die Erkundung bzw. Überprüfung von Hypothesen (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 34ff.). Und die Grundfragen einer empirischen Untersuchung bestehen aus folgenden drei Fragen: Was soll erfasst werden? Warum soll erfasst werden? Wie soll erfasst werden? (ATTESLANDER et al., 1995, S. 12) Hinsichtlich der letzten Grundfrage, worauf die Methoden der Untersuchungsplanung, Datenerhebung, Hypothesenprüfung und Evaluation beruhen, unterteilt sich eine empirische Untersuchung in eine quantitative- oder qualitative Untersuchung. Während die quantitative Untersuchung auf Quantifizierungen der Beobachtungsrealität beruht, operiert die qualitative Untersuchung mit Interpretationen von verbalem Material (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 295). Obwohl die Anwendung der Methoden der qualitativen Untersuchung in der Naturwissenschaft sowie in den Agrarwissenschaften eine untergeordnete Bedeutung hat, werden seit Mitte der siebziger Jahre die Methoden der qualitativen Untersuchung zunehmend in weiten Teilen der Erziehungs- und Sozialwissenschaften eingesetzt (KLISCHAT, 1998, S. 8). Historisch entwickelt sich der qualitative Ansatz aus der Kritik am quantitativen Vorgehen.¹⁴ Aber mit dem Zeitablauf wurde die qualitative Untersuchung als eigene Disziplin behandelt (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 301). Die zentralen Prinzipien der qualitativen Untersuchung werden wie folgt geprägt (LAMNEK, 1995, S. 21ff.; KLISCHAT, 1998, S. 9ff.):

- Das erste Prinzip ist die **Offenheit**. Der Begriff der Offenheit besagt, dass der Forscher gegenüber den Untersuchungspersonen, den Untersuchungssituationen und auch den anzuwendenden Untersuchungsmethoden offen sein soll. Das Prinzip der Offenheit kann ermöglichen, dass der Forscher den Wahrnehmungstrichter möglichst weit offen hält und damit unerwartete instruktivere Informationen erhalten kann. Das ist im Wesen ein unterschiedliches Merkmal im Vergleich zu Untersuchungsverfahren, bei denen standardisierte Erhebungsinstrumente eingeführt und festgelegte Hypothesen überprüft werden.

¹⁴ Hinsichtlich der wichtigen Kritikpunkte an der traditionellen quantitative Untersuchung siehe LAMNEK (1995, S. 8ff.).

- Eine empirische Untersuchung bedeutet immer auch eine **Kommunikation** und Interaktion zwischen Forscher und Erforschendem. Diese Kommunikationsbeziehung kann als die Voraussetzung des Forschungsprozesses angesehen werden. Im Gegensatz zu naturwissenschaftlich orientierter Methodologie, gibt es jedenfalls keine Unabhängigkeit zwischen dem Forscher und den Untersuchten als den Produzenten der Daten. Deshalb sind die alltäglichen Regeln der Kommunikation im ganzen Forschungsprozess zu beachten.
- Die empirische Untersuchung hat auch **Prozesscharakter**. Das heißt, die Forschung sowie das zu erforschende Feld sind in ihrem Ablauf veränderbar. Die vom Forscher dargestellten Handlungsmuster existieren nicht isoliert, wie von ihm dargestellt, sondern werden durch ihre Anwendung immer wieder reproduziert und modifiziert.
- Bei der empirischen Untersuchung ist das **Reflexivitätsprinzip** ein zentraler Bestandteil der theoretischen Konzeptualisierung des Gegenstandsbereichs. Jede Bedeutung von menschlichen Verhaltensprodukten sowie Sprechakten, Gesten, Handlungen usw. ist kontextgebunden. Jede Bedeutung verweist reflexiv auf das Ganze. Deswegen werden die Bedeutungen einzelner Handlungen oder eines sprachlichen Ausdrucks nur verständlich sein, wenn sie durch den Rekurs auf den Kontext seiner Erscheinung dechiffriert und damit verstanden werden. Die empirische Untersuchung ist auch reflexiv in der Sinnzuweisung von Handlungen, also auch im Prozess der Analyse.
- Die einzelnen Untersuchungsprozesse sind so weit wie möglich offen zu legen. Der Begriff der Explikation bedeutet, dass ein alltagssprachlicher Begriff für wissenschaftliche Zwecke durch eine Bedeutungsanalyse oder durch die Angabe von Operationalisierungen präzisiert wird (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 64). Neben des technischen Ablaufs der Felderkundung sollen die Regeln zur Interpretation von erhobenen Daten diesem Prinzip gemäß expliziert werden. Aber diese Regeln sind meist implizit vorhanden und dem Forscher nicht bewusst.
- Im gesamten Prozess muss die empirische Untersuchung flexibel auf die Situation und die Relation reagieren. Ein flexibleres Verfahren ermöglicht, dass Zwischenergebnisse in die Erhebungsinstrumente integriert werden können. Damit kann man tiefgreifende Konstrukte erkennen, verstehen und auch verknüpfen. Aber dieser Begriff der **Flexibilität** bedeutet nicht die richtungslose Untersuchung. Sie bezieht sich auf die flexible Anwendung der Definition, was relevante Daten sind.

Die wichtigsten Grundtechniken der qualitativen empirischen Untersuchung sind qualitative Befragungen, Beobachtungen und nonreaktive Verfahren

(BORTZ und DÖRING, 2002, S. 307). Jede Datenerhebungstechnik hat wie folgt ihr eigenes Merkmal:

- Die qualitative Befragung einer Datenerhebungsmethode, wodurch man die subjektive Sichtweise von Akteuren über vergangene Erfahrungen, Zukunftspläne, Beziehungsprobleme, Erfahrungen in der Arbeitswelt usw. ermitteln kann (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 308). Dabei werden offene Fragen behandelt und den Befragten viel Spielraum beim Antworten erlaubt. Besonders in der qualitativen Befragung sind die Informationsquellen die Interaktion zwischen Befragtem und Interviewer sowie die Eindrücke und Deutungen des Interviewers.
- Im Unterschied zur Befragung versteht man unter dem Begriff der Beobachtung, dass man das sinnlich wahrnehmbare Verhalten zum Zeitpunkt seines Geschehens systematisch erfasst, festhält und deutet (ATTESLANDER et al., 1995, S. 87). In einer qualitativen empirischen Untersuchung findet eine Beobachtung in der natürlichen Lebensumwelt (d.h. keine künstliche Laborbedingungen und ohne Störungen des Alltagslebens der Beforschten) bei meist aktiver Teilnahme des Forschers am Geschehen statt (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 321).
- "Nonreaktive Verfahren" bezeichnen eine Datenerhebungsmethode, die in dem Untersuchungsprozess keinerlei Einfluss auf die untersuchten Personen, Ereignisse oder Prozesse ausübt. Dabei gibt es keinen Kontakt zwischen Forscher und Untersuchungsobjekte. Im Zuge der Durchführung dieser Methode wird die Datenerhebung nicht bemerkt, stattdessen werden nur Verhaltensspuren betrachtet. Zum Beispiel kann man diese Methode in einer Untersuchung über abgetretene Teppichbeläge in Museen als Indikator für häufig gewählte Besucherwege finden (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 325).

2.2.1 Begründung zur Wahl des qualitativen Forschungsansatzes

Viele Studien wurden über die Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Transformation veröffentlicht. Ebenso ist bereits eine Reihe von Abhandlungen zu Fallbeispielen vorhanden. Allerdings gibt es nur eine geringere Anzahl an wissenschaftlichen Untersuchungen über die Umwandlung der LPGen und dem Aufbau von Einzelbetrieben, die die persönlichen Meinungen und Erfahrungen der betroffenen Betriebsleiter in den Mittelpunkt stellen. Besonders fehlt es an Untersuchungen, die die externe Beratung und die Bewertung der Hauptthemen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Umgestaltung in Ostdeutschland zum Gegenstand haben. Um aus den deutschen Erfahrungen einige Empfehlungen für Nordkorea abzuleiten, ist es jedoch notwendig, zunächst die Erfahrungen kennenzulernen und zu verstehen, was eine entsprechende Forschungsmethode unterstützen soll. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist der qualitative Forschungsansatz für diese Untersuchung geeignet. Im Gegenteil zum quantitativen

Ansatz operiert der qualitative Ansatz mit Verbalisierungen der Erfahrungswirklichkeit, die interpretativ ausgewertet werden. Diese qualitative Verbalisierung enthält demzufolge viel mehr Details (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 295f.).

Vor allem kann das menschliche Erleben und Verhalten besser nachvollzogen werden, wenn diese nicht durch die äußeren, objektiv beobachtbaren Wirkfaktoren "erklärt", sondern nur durch kommunikatives Nachvollziehen der subjektiven Bewertungen und der inneren Gründe der Akteure "verstanden" werden (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 301.). Im Bezug darauf hat der qualitative Forschungsansatz einen großen Vorteil. Ein tief greifendes Verständnis für die deutschen Erfahrungen ist eine wichtige Voraussetzung, um die deutschen Erfahrungen auf Korea zu übertragen.

Außerdem sind die Fragen der sozialistischen Transformation umfangreich. Die Transformation jedes Landes ist so unterschiedlich, dass nicht problemlos verallgemeinert werden kann. Vor allem ist es im Falle Nordkoreas noch unklar, wie eine Systemtransformation durchgeführt wird. Aufgrund dessen ist zu betonen, dass der bekannte Bewertungsrahmen aus den deutschen Erfahrungen für eine nordkoreanische Transformation unter Umständen erweitert werden muss. Dafür ist es wichtig, die Sphäre des sogenannten "Wahrnehmungstrichters" möglichst weit offen zu halten (KLISCHAT, 1998, S. 9). Dies ist ein wichtiger Anhaltspunkt dieser Forschung, weil der Ablauf und die Erfahrungen in der ehemaligen DDR wertvolle Hinweise für eine mögliche Transformation in Nordkorea geben können.

Wie oben diskutiert, stellen der geringe Umfang an Vorstudien sowie der Sammlungsbedarf an ostdeutschen ausführlichen Erfahrungen für eine mögliche Transformation in Nordkorea an die Untersuchungsmethoden besondere Anforderungen, die in den Methoden der qualitativen empirischen Untersuchung Berücksichtigung finden.

Besonders unter der oben dargestellten Methode scheint die qualitative Befragung für diese Untersuchung geeignet zu sein. Denn die Befragung als eine qualitative Forschungsmethode ermöglicht den "Wahrnehmungstrichter" weit offen zu halten, damit auch unerwartete Informationen erfasst werden können. Hierdurch konnten viele Aspekte auf persönlicher Ebene vertieft werden, die nicht direkt mit den Themenbereichen des Interviewleitfadens zusammenhängen, aber zum besseren Verständnis der damaligen Situation beitragen.

Um die landwirtschaftliche Umwandlung in Ostdeutschland aus heutiger Sicht zu analysieren, ist neben der Literaturanalyse die Befragung die beste Forschungsmethode. Aufgrund ihrer folgenden Kennzeichen wird die qualitative Befragung als der "Königsweg" innerhalb von qualitativen empirischen Untersuchungen gesehen (LAMNEK, 1995, S.35). Die charakterisierenden

Kennzeichen der qualitativen Befragung können wie folgt dargelegt werden¹⁵ (KLISCHAT, 1998, S. 11).

- Die qualitativen Befragungen erfolgen im mündlichen, persönlich-direkten Gespräch: Die qualitativen Befragungen zielen darauf ab, die Erfahrungen der Befragten kennenzulernen. Dabei spielen sprachliche Aspekte eine wichtige Rolle, denn die Erfahrungen der Befragten werden dadurch verbalisiert. Durch diese Verbalisierung werden die qualitativen Daten reichhaltiger als ein Messwert (BORTZ und DÖRING, 2002, S. 296). Außerdem können die Rahmenbedingungen des Gespräches wichtige Information liefern. Andere Methoden wie die schriftliche Befragung reduzieren den Informationsgehalt, was zu anderen Ergebnissen führen würde.
- Die qualitativen Befragungen sind nicht standardisiert: Das heißt, dass die Reihenfolge und die Fragen selbst nicht fest vorgegeben sind. Diese Flexibilität ermöglicht eine situative Anpassung an den Gesprächsverlauf. Aufgrund dieser Kennzeichen kann man durch die qualitativen Befragungen die Aussagen der Befragten erfassen, die zu neuen Erkenntnissen führen.
- Die Frageform beschränkt sich vorwiegend auf offene Fragen: Nur offene Fragen ermöglichen Erkenntnisse, die über die Sichtweise des Interviewers hinausgehen.
- Da die qualitativen Befragungen in der Regel in Form von Einzelgesprächen durchgeführt werden, können auch intime und persönliche Themen erfasst werden.

Diese Kennzeichen der qualitativen Befragung, wie bereits oben diskutiert, sind die wichtigen Hintergründe dafür, dass im Rahmen dieser Untersuchung die qualitative Befragung als Forschungsmethode angewendet wird.

2.2.2 *Befragung als Forschungsmethode*

Eine Befragung findet in unserem Alltagsleben sehr häufig statt. ATTESLANDER und KOPP (1995, S. 148) unterscheiden auf Grund der Kontrolliertheit jeder einzelnen Befragungsphase die "wissenschaftliche Befragung" von der "alltäglichen". Eine Befragung soll folgende zwei Aufgaben erfüllen, um wissenschaftlich zu fungieren. Zum einem soll sie sich als wissenschaftliches Messinstrument um die Überprüfung allgemeiner theoretischer Zusammenhänge kümmern.

¹⁵ Außerdem sind die folgenden wichtigen Kennzeichen der qualitativen Befragung: Der Befragungsstil ist neutral bis weich; bezüglich der Intentionen des Interviewers handelt es sich um vermittelnde aber auch um ermittelnde Interviews (vgl. LAMNEK, 1995, S.59f.).

Zum anderen sollen die Bedingungen, unter denen die Informationsübermittlung stattfindet, erfasst werden, um deren Einfluss auf die Antwort bestimmen zu können.

Um die Erfahrungen mit der landwirtschaftlichen Beratung nach dem schnellen Zusammenbruch der kollektiven Landwirtschaft in Ostdeutschland aus der Sichtweise der ostdeutschen Landwirte zu evaluieren, war es notwendig, qualitative Befragungen mit verschiedenen Gruppen von Betriebsleitern sowie Experten in landwirtschaftlichen Verwaltungen durchzuführen. Aber es gibt auch verschiedene Erhebungsverfahren in der qualitativen Befragung. ATTESLANDER und KOPP (1995) unterteilen die Befragungsverfahren in die mündliche Befragung, schriftliche Befragung und telefonische Befragung. Nach Ziel und Methodik unterteilen BORTZ und DÖRING (2002, S. 314) die Varianten qualitativer Befragungen ausführlicher: z.B. Leitfaden-Interview, narratives Interview, biographisches Interview, problemzentriertes Interview, usw.

In dieser Arbeit wurde das Instrument eines mündlichen Interviews (in Befragungsformen nach ATTESLANDER und KOPP (1995)) und gleichzeitig eines Leitfaden-Interviews (in Befragungsformen nach BORTZ und DÖRING (2002)) gewählt. Unter einer mündlichen Befragung wird im Allgemeinen eine verbale Kommunikation verstanden. Eine mündliche Befragung hat folgende Vorteile:

- Es ist relativ leichter, einzelne Personen zu einem Interview zu bewegen. Obwohl die teilnehmende Beobachtung als die qualitative Methode schlechthin genauer ist, ist der Zugang mit der Absicht zu beobachten zunehmend schwieriger.
- Die Informationen können im Augenblick des Entstehens aufgezeichnet werden und diese sind unverzerrt authentisch.
- Die Informationen können intersubjektiv nachvollziehbar und beliebig oft reproduziert werden.

Das Leitfaden-Interview ist eine allgemeine Technik des Fragens anhand eines Fragenkatalogs, der halbstrukturiert (d.h. vorbereitet aber flexibel einsetzbar) ist. Durch den Leitfaden kann man eine Konstruktion für die Datenerhebung und Datenanalyse erhalten. Dennoch ist für Befragte ausreichend Spielraum vorhanden und zudem ist es möglich, spontan aus der Befragungssituation heraus neue Fragen zu stellen oder bestimmte Themen herauszufiltern.

Bei der qualitativen Befragung als Forschungsmethode erweist es sich als besondere Herausforderung, wie der Forscher mit der Subjektivität der Befragten umgeht. Während bei der quantitativen Befragung subjektive Einflüsse der Befragten auf die Ergebnisse mittels methodischer Maßnahmen eliminiert werden (FLICK, 1995), gibt es bei der qualitativen Befragung keine absolute Sicherheit über den ermittelten Sinn. Dies beruht darauf, dass das hermeneutische

Wissenschaftsverständnis den Menschen als sinnkonstituierendes Wesen betrachtet (LAMNEK, 1995, S. 59f.). Der Mensch, als sinnkonstituierendes Wesen, bringt seine Lebensentwürfe und seine Situationsdeutungen in sozialen Beziehungen hervor und diese verändern sich in fortwährenden sozialen Aushandlungsprozessen. Bedeutungen von Aussagen bzw. Bewertungen über einen bestimmten Sachverhalt variieren von Person zu Person (SPÖHRING, 1995, S. 13; HOHL, 2000, S. 143). Deswegen wird die Objektivität der Datenerhebung bei der qualitativen Befragung nicht darin gesehen, alle Probanden demselben standardisierten Vorgehen zu unterziehen. Stattdessen wird sie dadurch gewährt, die Befragung flexibel der jeweiligen Situation und der unterschiedlichen Subjektivität der Befragten anzupassen (HOHL, 2000, S. 143).

Die befragten Interviewpartner, die die Transformationsphase erlebt und auf ihrem jeweiligen Betrieb mit gestaltet haben, befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung unmittelbar vor dem Rentenalter. So wird der Blickwinkel in dieser Analyse vor allem auf die Bewertungen und Meinungen der jetzigen Betriebsleiter gelegt. Der Vorteil dieser Art der Analyse kann wie folgt zusammengefasst werden (vgl. MARR, 1994):

- Die Betriebsleiter sind die Hauptträger, die mit dem Umwandlungsprozess von Anfang an, und bis zum heutigen Zeitpunkt, direkt konfrontiert waren. Auch den Politikern und Beratern kann eine wichtige Rolle zugesprochen werden, aber diese haben nur teilweise oder kurzfristig bei der Transformation mitgewirkt. Daher ist zu erwarten, dass gerade die Betriebsleiter auf Grund ihrer Erfahrungen, den Umwandlungsprozess ehrlicher und aus sachkonkreter Sicht betrachten können. Der Interviewer, als Außenstehender und Fremduntersucher, kann somit die Grenze der schriftlichen Literatur überschreiten und den Sachverhalt der damaligen Situation genauer untersuchen.
- Die jetzigen Betriebsleiter in östlichen Teilen Deutschlands bestehen nicht nur aus den ehemaligen LPG-Managern in den LPG-Nachfolgebetrieben, sondern auch aus ehemaligen LPG-Mitgliedern oder aus Westdeutschland gekommenen Landwirten, die einen individuellen Betrieb aufgebaut haben. Diese Tatsache wird dazu beitragen, verschiedene Sichtweisen zu erfassen und den Umwandlungsprozess aus vielfältiger Sicht zu bewerten.
- Die Reaktion der Landwirte und der ländlichen Bevölkerung auf die Transformation ist ein Schwerpunkt dieser Forschung, um Empfehlungen für die Umwandlung der nordkoreanischen Landwirtschaft abzuleiten. Die vorhandenen Betriebsleiter machen eine relativ leicht zu erfassende Zielgruppe aus, die die damalige Reaktion der ländlichen Bevölkerung repräsentiert.

- Die meisten Befragten hatten Erfahrung mit der landwirtschaftlichen Produktion in einem sozialistischen System. Dies ist eine Gemeinsamkeit mit den Agrarproduzenten in Nordkorea, die eine Ableitung von Empfehlungen erleichtert. Die Betriebsleiter haben sowohl positive als auch negative Erfahrungen bei der Transformation und den entsprechenden politischen Vorgaben gemacht. Sie stellen eine besondere Referenzgruppe zur Ableitung von Empfehlungen für Nordkorea dar.

2.2.3 Vorbereitung der Befragung

Im Folgenden werden die Kriterien zur Auswahl der Befragungspartner erläutert. Danach werden kurz die Vorgehensweise und die Atmosphäre bei der Befragung geschildert.

2.2.3.1 Auswahlkriterien der Interviewpartner und dessen Hintergründe

Bedingt durch zeitliche und finanzielle Grenzen wurde ein mehrstufiges Auswahlverfahren zur Eingrenzung der Interviewpartner vorgenommen. Dabei standen folgende Kriterien im Vordergrund: Zuerst wurde die regionale Auswahl auf das Bundesland Sachsen-Anhalt begrenzt. Diese Entscheidung wurde vor allem auf Grund des Forschungsstandortes (Halle/Saale) des Forschers getroffen. Allerdings ist hierbei zu bedenken, dass die transformationsbedingten Änderungen in den östlichen Regionen Deutschlands unterschiedlich wirkten. Dies ist zum einen in den unterschiedlichen natürlichen Bedingungen und historischen Entwicklungen bedingt. Zum anderen sind die verschiedenen Regionen durch die Transformationspolitiken des Staates in unterschiedlicher Weise betroffen. Dabei ist der regional unterschiedliche Anteil an volkseigenem Land ein gutes Beispiel. Die Gebiete mit einem hohen Anteil an volkseigenem Land wurden von der politischen Entscheidung für Nutzung des volkseigenen Landes stark beeinflusst (HAGEDORN et al., 1997, S. 361).

Um die Beratungstätigkeit bei der landwirtschaftlichen Umwandlung im Falle Deutschlands repräsentativ zu analysieren, wäre es natürlich vorteilhafter, das Untersuchungsgebiet auf die gesamten NBL auszuweiten. Aufgrund der dem Forscher gegebenen Begrenzungen war ein regional übergreifender Ansatz nicht möglich.

In Sachsen-Anhalt wurden im 2. Halbjahr 1992 2.764 Einzelunternehmen, 416 Personengesellschaften, 335 eingetragene Genossenschaften und 173 Kapitalgesellschaften etabliert. Aber die eingetragenen Genossenschaften hatten mit etwa 50 % den größten Anteil an der Fläche. Einzelunternehmen hatten 20 %, Personengesellschaften 15 %, Kapitalgesellschaften 12 % (ROST, 1993, S. 8). Sachsen-Anhalt ist ein Gebiet, in dem die landwirtschaftliche Produktion als sehr leistungsfähig eingeschätzt wird. So wurde im Jahr 2003/2004 ein Gewinn pro Unternehmen von 58.997 Euro verzeichnet, das dem zweitbesten Betriebsergebnis aller Bundesländer entspricht (BMELV, 2006). Sachsen-Anhalt führte als erstes NBL die Privatberatung in das Beratungssystem ein. Das war

ein sogenannter Sonderweg im Vergleich zu anderen Bundesländern.¹⁶ Während Thüringen und Sachsen die klassischen Offizialberatungen ihren Landwirtschaftsämtern zufügten, und Mecklenburg-Vorpommern sowie Brandenburg sich für den Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Beratungssysteme entschieden, wurde in Sachsen-Anhalt der Aufbau privater Beratungsstrukturen gefördert. Die Beratungsanbieter waren somit im stärkeren Wettbewerb untereinander als in anderen Bundesländern.

Ein zweites einschränkendes Kriterium war die Wahl des Befragungszeitraums. Für die Befragung musste ein passender Zeitraum gewählt werden, um die landwirtschaftlichen Produzenten möglichst wenig zu belasten und die Effektivität der Befragung zu erhöhen. Entsprechend dieser Überlegung wurden die Befragungen im Winter, d.h. im Zeitraum von Oktober 2005 bis Januar 2006, durchgeführt.

Ebenso wurden die Interviewpartner nach gewissen Kriterien ausgewählt, um das Forschungsziel zu erreichen. Diese Kriterien waren vor allem:

- Die Befragten sollten mindestens seit der Wendezeit bis zum heutigen Zeitpunkt in der Landwirtschaft tätig gewesen sein.
- Ein großer Teil von ihnen sollte schon in der ehemaligen DDR das Amt eines LPG-Vorsitzenden inne gehabt haben.
- Die Befragten sollten in einem fortgeschrittenen Alter sein, weil sie somit über längere Berufs- und Lebenserfahrungen verfügen.
- Die Befragten sollten die verschiedenen Betriebsrechtsformen repräsentieren. Da aber die LPG-Nachfolgebetriebe in Ostdeutschland weiterhin von großer Bedeutung sind, sollten ihre Vertreter in der Auswahl stärker vertreten sein.
- In den Fällen von Einzelbetrieben und Personenbetrieben war es wünschenswert, neben den Aussteigern aus der LPG ("Neueinrichter") auch die westdeutschen Wiedereinrichter in die Auswahl zu nehmen.

Bezüglich der Auswahl der Interviewkandidaten wurden die obigen Kriterien vornehmlich beachtet. Außer diesen Kriterien wurden andere Merkmale wie Betriebsgröße, Produktionsausrichtung und Standort ebenfalls in Betracht gezogen. 15 Jahre nach der Transformation ist es am wichtigsten, vor allem diejenigen Personen als Interviewpartner zu gewinnen, welche die Wendezeit in vollem Umfang erlebt haben. Die Auswahl nach den jeweiligen Kriterien der jetzigen Betriebsmerkmale stellt ein zweites Anliegen dar. Diese Absicht bedeutet nicht, dass die anderen zusätzlichen Auswahlkriterien bei dem Beratungsbedarf/

¹⁶ Später wurde auch in Brandenburg und im Freistaat Thüringen eine privatrechtlich organisierte Beratung für die Landwirtschaftsbetriebe eingeführt (ADLER, 2003, S. 28).

Anpassungsdruck keine Rolle spielen. Der Anpassungsdruck eines Betriebs war je nach Produktionsausrichtung sehr unterschiedlich. Wie bereits oben erwähnt, hatten Tierproduktionsbetriebe während der Transformationsphase größere Schwierigkeiten zu bewältigen als Pflanzenproduktionsbetriebe. Es ist auch leicht nachvollziehbar, dass der Beratungsbedarf von der jeweiligen Betriebsgröße abhängig war. Außerdem stellt der Standort einen weiteren wichtigen Faktor dar, der die Chance einer westlichen Beratung beeinflussen kann.

Auf diesen Erkenntnissen basierend, wurden die Gruppen der Interviewkandidaten zuerst nach den obigen fünf Kriterien ausgewählt. Danach wurden die Faktoren Betriebsgröße, Standort und Produktionsausrichtung von Kandidatenbetrieben im Bereich der ausgewählten Gruppe beachtet, um die Varianten zu vergrößern. Aber die letzten Auswahlkriterien konnten dabei nicht ausreichend betrachtet werden, weil es nicht möglich war, konkrete Informationen über die Kandidatenbetriebe vor der Befragung zu erhalten.

Bei der Auswahl der Befragten konnte die Unterstützung von Herrn Dr. Anz, einem erfahrenen landwirtschaftlichen Betriebsberater aus Halle (Saale), gewonnen werden. Dr. Anz, der auch als Schlüsselperson wertvolle Hintergrundinformationen zur Verfügung stellte, empfahl eine Liste von etwa fünfzig Interviewkandidaten, die im südlichen Sachsen-Anhalt tätig waren. Diese Gruppe war an Hand der oben genannten Kriterien sorgfältig ausgewählt worden. Nach dem Erhalt der Liste wurde jeder Einzelne der fünfzig Kandidaten schriftlich um ein Interview gebeten. In dem entsprechenden Anschreiben wurden die Befragungshintergründe und das Ziel erklärt. Ein Besuchstermin wurde dann telefonisch vereinbart. Nicht alle standen für ein Interview zur Verfügung. Insgesamt konnten 21 Interviews durchgeführt werden.

2.2.3.2 Hauptthemen der Befragung

Für die Befragung wurde ein strukturierter Interviewleitfaden entworfen. Hierbei standen fünf Themenkomplexe im Vordergrund, die im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Transformation von Bedeutung waren (siehe Anhang 2: Leitfaden für Interviews bei den Betriebsleitern). Jeder Themenkomplex beinhaltete eine Reihe von Folgefragen, die von den Betriebsleitern beantwortet werden sollten. Bei den fünf Themenkomplexen handelt es sich um folgende Bereiche:

- Restitution (Wiederherstellung von Privateigentum);
- Umwandlung oder Auflösung der LPG sowie Aufbau eines individuellen landwirtschaftlichen Betriebes;
- Anpassungsprobleme;
- die Beratungsinhalte und Einschätzung der Berater;
- Meinungen zu den politischen Konzepten der Agrartransformation.

Im Einzelnen können diese fünf Themenkomplexe wie folgt zusammengefasst werden. Der erste Teil "Restitution" beinhaltete Fragen, die mit dem Privatisierungsprozess verbunden waren. Diese wurden mit der Absicht gestellt, die damalige Reaktion zum Privatisierungsprozess von Boden und sonstigem Inventar zu erfassen und von den Betriebsleitern zu hören, wie sie diesen Prozess bewerteten. Der zweite Teil "Auflösung oder Umwandlung der LPG bzw. Aufbau eines individuellen Betriebes" behandelte den Prozess der Auflösung oder Umwandlung der LPG. Für die Neu- und Wiedereinrichter aber sollte der Teil dazu dienen, die Gründe für ihre Betriebsgründung zu erklären. Der dritte Teil sollte zur Erkenntnis bringen, welche Probleme nach der Umwandlung oder Neugründung auftauchten. Dabei lag der Schwerpunkt darauf, welche Probleme besonders in der Anpassungsphase zu lösen waren und wie weit sich der Staat damit auseinandersetzte, um entsprechende Unterstützungen zu leisten. Der vierte Teil "Beratung" ist im Rahmen von dieser Arbeit von großer Bedeutung. Hier wurden hauptsächlich Fragen formuliert, wie groß der Beratungsbedarf vor und während der Transformation war und wie die Betriebsleiter die damaligen Beratungstätigkeiten aus heutiger Sicht bewerten. Die Meinungen über die Beratungstätigkeiten der westdeutschen Berater standen hierbei besonders im Mittelpunkt. Der letzte Teil behandelte die grundsätzlichen politischen Konzepte bei der landwirtschaftlichen Umwandlung in Ostdeutschland und wie diese von den Befragten bewertet wurden. Diese grundsätzlichen Konzepte können mit folgenden Schlagworten zusammengefasst werden: "Wiederherstellung des Rechtes an Privateigentum", "Veränderung der Agrarverfassung in Ostdeutschland nach westdeutschem Vorbild" und "die Notwendigkeit von staatlichen Unterstützungen". Anhand der Analyse von HAGEDORN und KLARE (1993) waren diese drei Konzepte die grundsätzlichen Konzepte der westdeutschen Regierung, um die Landwirtschaft in Ostdeutschland umzuwandeln bzw. zu restrukturieren. Die jetzige Bewertung der Betriebsleiter über diese drei Grundkonzepte ist bei dieser Befragung von großer Bedeutung.

Bei den Befragungen wurden die Themenkomplexe der Reihe nach abgefragt. Allerdings gab es keine strikte Bindung an diese Reihenfolge. Je nach Ablauf der Befragungen und der Situation wurden manche Fragen bewusst weggelassen, andere Fragen viel intensiver diskutiert sowie weitere Fragen spontan gestellt und diskutiert. Eine Befragung dauerte im Durchschnitt ca. 2-3 Stunden.

2.2.4 Befragungspartner

Insgesamt konnten mit einundzwanzig landwirtschaftlichen Betriebsleitern Interviews durchgeführt werden. Die Betriebsleiter unterteilen sich in eine Gruppe von sechzehn Personen, die einen LPG-Nachfolgebetrieb leiteten sowie eine Gruppe von fünf Personen, die Einzelbetriebe (inkl. drei Personengesellschaften mit Betriebsrechtsformen der GbR) bewirtschafteten. Die Gruppe der

LPG-Nachfolgebetriebe besteht aus verschiedenen Betriebsrechtsformen. Sie unterteilt sich in elf Genossenschaften (e.G.) und fünf andere Kapitalgesellschaften (davon zwei GmbH und drei GmbH & Co.KG). Dass die Bewertungen über die Transformation je nach Betriebsrechtsform unterschiedlich sein können, wurde somit berücksichtigt. Neben den Betriebsleitern wurde eine Gruppe von Experten ("Schlüsselpersonen") zum Hintergrund der landwirtschaftlichen Transformation befragt. Daher können die Befragten in insgesamt vier Gruppen unterteilt werden (Tabelle 1). Die Liste der entsprechenden Personen ist im Anhang beigefügt (vgl. im Anhang: Liste der Befragungspartner).

Tabelle 1: Gruppierung der Beratungspartner

Gruppe	Befragungspartner
A	LPG-Nachfolgebetriebe (11 e.G.)
B	LPG-Nachfolgebetriebe (2 GmbH, 3 GmbH & Co. KG)
C	Neu-und Wiedereinrichter (3 GbR, 2 Einzelbetriebe)
D	5 Schlüsselpersonen (davon 2 Betriebsberater, 1 Politiker, 2 Ministerialbeamte)

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Gruppen A, B und C umfassen die landwirtschaftlichen Betriebsleiter. Gruppe D besteht aus fünf Schlüsselpersonen. Die wichtigsten Informationen über die Gruppe A sind in der Tabelle 2 wiedergegeben. Diese Gruppe setzt sich aus 11 Vorsitzenden von eingetragenen Genossenschaften (e.G.) zusammen. Der Zustand der ehemaligen LPGen als Vorgänger der gegenwärtigen Betriebe und deren Entwicklungsprozesse sind in der Tabelle 2 kurz zusammengefasst. Zehn Befragungspartner waren bereits vor der Wende Vorsitzende der ehemaligen LPG und einer war Produktionsleiter.

Die Gruppe B besteht aus fünf Betriebsleitern von Kapitalgesellschaften. Davon sind zwei Leiter einer GmbH und die anderen drei sind Betriebsleiter einer GmbH & Co.KG. Die Situation der damaligen LPG und deren Entwicklungsprozess kann wie folgt dargestellt werden. Vier der Befragungspartner waren damals LPG-Vorsitzende und einer befand sich vor der Wende noch im Studium.

Tabelle 2: Übersicht der Gruppe A

	1989			Gründung der e.G. (Jahr)	2005		
	Damalige Position der Befragten	LPG- Form (P/T)	Mit- glieder (Pers.)		Mit- glieder (Pers.)	LF (ha)	AK
A1	Vorsitzender	P	542	Dez.1990	10	1.733	7
A2	Vorsitzender	P + T	645	Dez.1990	115	3.010	38
A3	Vorsitzender	P + 4T	350-380	Juli 1991	36	4.800	68
A4	Vorsitzender	P + T	730	Mai 1991	64	3.644	121
A5	Vorsitzender	P + T	230	Juni 1991	30	k.A.	26
A6	Vorsitzender	P + T	130	Dez 1991	50	k.A.	24
A7	Produktionsleiter	P	180	1991	31	2.178	20
A8	Vorsitzender	2P + 4T	250	1991,1994 ¹⁾	48	k.A.	9
A9	Vorsitzender	T	120	1991	8	k.A.	12
A10	Vorsitzender	P	550	Juli 1991	15	k.A.	10
A11	Vorsitzender	P	180	1991	9	730	8

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Befragung.

Anm.: 1) 1991 hat sich jede LPG in eine eigene e.G. umgewandelt. 1994 wurden alle e.G.s zusammengeschlossen.

Tabelle 3: Übersicht der Gruppe B

	1989			Gründung des neuen Betriebes (Betriebsform/Jahr)	2005	
	Damalige Position der Befragten	LPG- Form (P/T)	Mit- glieder (Pers.)		LF (ha)	AK
B1	Vorsitzender	P	350	GmbH & Co.KG/ Juli 1991	k.A.	19
B2	Vorsitzender	T	800	GmbH & Co.KG/1995	k.A.	25
B3	Vorsitzender	P + 2T	807	GmbH/ 1991	4.112	150
B4	Vorsitzender	P	133	e.G./1991 ⇒ GmbH/1998	2.000	7
B5	Uni-Student	P	450	GmbH & Co.KG/1991	2.300	8

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Befragung.

Die Gruppe C setzt sich aus drei GbR und zwei Einzelbetrieben zusammen. Drei der Befragungspartner kamen aus Westdeutschland. Zwei von ihnen waren ehemalige DDR-Flüchtlinge, während der dritte erst nach der Wende nach Ostdeutschland kam. Zwei Befragungspartnerinnen waren Mitglieder der damaligen LPG. Die eine Befragungspartnerin war als Buchhalterin und die andere als Abteilungsleiterin tätig.

Tabelle 4: Übersicht der Gruppe C

	1989		Gründungsjahr des Betriebes (Betriebsform/Jahr)	2005	
	Damalige Position der Befragten	Bemerkung		LF (ha)	AK
C1	Landwirt in der BRD	1952 geflüchtet	Einzel./1992 ⇒ GbR/2003	303	2
C2	Landwirt in der BRD	Keine Flüchtlinge	Einzel./1992 und GbR/k.A.	600	k.A.
C3	Mitglied der LPG (P)	Buchhalterin	Einzel./Juni 1991	270	1
C4	Mitglied der LPG (T)	Abteilungsleiterin	Einzel./1990	45	2
C5	Landwirt in der BRD	1953 geflüchtet	Einzel./Herbst 1990 ⇒ GbR/1993	800	2

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Befragung.

Gruppe D besteht aus Beratern, Politikern und Beamten. Zwei Berater sind Ostdeutsche und sie waren als Berater in der Wendezeit tätig (D2, D3). Die Politiker und die Beamten vertreten vor allem politisch-legale Positionen während der Wendezeit. Hervorzuheben ist dabei Dr. WATZEK (D1), der als ehemaliger Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft in der DDR während der Anfangsphase der Transformation die politische Verantwortung trug. Er war an dem Entwurf sowie der Vorbereitung und Durchführung des Gesetzgebungsverfahrens zum LAG I maßgeblich beteiligt. D4 und D5 waren bzw. sind Mitarbeiter im BML, Bonn, die sich damals besonders mit der Revision des LAG befasst haben.

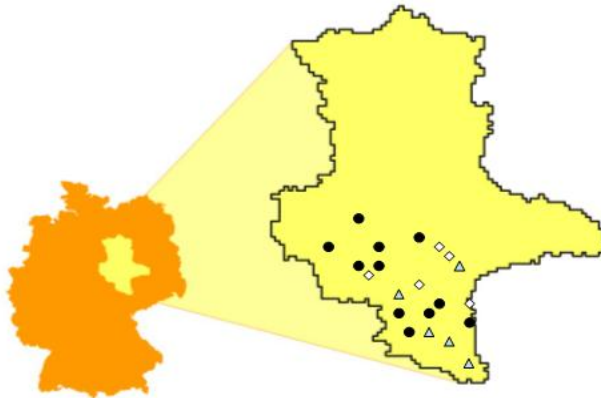
Tabelle 5: Übersicht der Gruppe D

	Beruf	Bemerkung
D1	Dr. Hans Watzek	Ehemaliger Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft in der Modrow-Regierung
D2	Dr. Jürgen Kranz	Berater, Geschäftsführer der GAST-OST
D3	Dr. Anz Siegfried	Berater, Geschäftsführer der GUUB Halle m.b.H.
D4	Dr. Dieter Schweizer	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Bonn
D5	Dr. Manfred Lückemeyer	Ehemaliger Unterabteilungsleiter im BMELV, Bonn

Quelle: Eigene Darstellung.

Alle Befragungen für diese Untersuchung, außer D4, D5, wurden im Zeitraum von Oktober 2005 bis Januar 2006 durchgeführt. Meistens fanden die Befragungen im Büro des Befragten statt. Jede Befragung dauerte durchschnittlich 2 bis 3 Stunden. Einige der befragten Betriebsleiter verbanden die Befragung mit einer Besichtigung ihrer Betriebe. Alle Befragungen wurden mit Zustimmung der Befragten auf Tonband aufgezeichnet. Alle Befragungsteilnehmer waren sehr kooperativ und unterstützten diese Analyse. Einige hatten sich sogar die Mühe gemacht, zum Interview Notizen bereitzuhalten, um somit die wichtigsten Informationen korrekt wiederzugeben. Ein Großteil der Befragten war sehr darauf bedacht, die eigenen Erfahrungswerte über die Transformation so genau wie möglich zu schildern. Sie fügten oft Ratschläge und eigene Verbesserungsvorschläge hinzu und betonten bei ihrer Aussage, dass sich in Nordkorea nach ihrer Meinung misslungene Aspekte nicht wiederholen dürfen. Die Befragung mit D4 und D5 wurde im März 2007 durchgeführt, um die Sicht der westdeutschen politischen Diskussion über die Transformation in der Landwirtschaft in der DDR/NBL 1990/91 zu erfassen. Die folgende Abbildung 2 zeigt die räumliche Verteilung der Untersuchungsbetriebe in Sachsen-Anhalt an.

Abbildung 2: Räumliche Verteilung der Untersuchungsbetriebe in Sachsen-Anhalt



2.3 Zusammenfassung

In Kapitel 2 wurden die Begriffe "Beratung" und "Transformation" definiert und die Merkmale der Beratung in dem Transformationsprozess erläutert. Die Beratung hat sowohl bei der Einführung gesetzlicher und institutioneller Rahmenbedingungen als auch bei ihrer Umsetzung eine enorme Bedeutung.

Da es aber in der Anfangsphase an angepasstem Wissen und Techniken, aber auch an finanziellen Möglichkeiten zu ihrer Bezahlung bei den potentiellen Klienten mangelt, ist eine adäquate Beratung meistens von externen Unterstützungen abhängig. Die landwirtschaftliche Beratung stellt hierbei keine Ausnahme dar. Die Beratung zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Transformation beinhaltet andere Merkmale als eine allgemeine landwirtschaftliche Beratung. Hinzu kommt die Tatsache, dass die lokalen Berater diese Aufgaben (noch) nicht wahrnehmen können und daher die Berater selbst aus einem anderen wirtschaftlichen und sozialen Kontext kommen.

Eine Transformation, die aus einer Vereinigung zweier vorher politisch getrennten Landesteilen hervorgeht, wie es in Deutschland der Fall war, ist ein Sonderfall. Wenn auch auf einer der beiden Seiten bereits ein gut entwickeltes marktwirtschaftliches System vorhanden ist und es zwischen den beiden Seiten keine sprachlichen Kommunikationsprobleme gibt, wird eine Transformation stark von der wirtschaftlich stärkeren Seite beeinflusst. In Deutschland wurde die Politik der Wiedervereinigung von politischen Vorgaben, Zielen und Maßnahmen bestimmt. Im Hinblick auf die Beratung bedeutete dies, dass es ein Problem "Transformation" gab und dieses Problem möglichst schnell gelöst werden sollte. Im Falle Deutschlands kann man die Transformationsberatung im Agrarbereich in drei Ebenen unterteilen: die Beratung bei dem Gestaltungsprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Beratung bei dem organisatorischen Umwandlungsprozess und die Beratung in der Anpassungsphase.

Die erste Ebene hat hierbei die wichtigste Stellung, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen den Umwandlungsprozess beeinflussen. Aber da die Wiedervereinigung dem Gedankengut "Einheit" und "Identität" verbunden war, kam es in Deutschland dazu, dass man auf beiden Seiten nur wenig über die andere wusste bzw. nicht richtig verstand. Die Beratung in der zweiten Ebene steht im Zusammenhang mit der Einrichtung des Beratungssystems in Ostdeutschland und der organisatorischen Umwandlung der LPG. Bei der dritten Ebene entwickelt sich die Beratung zu einer allgemeinen landwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung. Anhand dieser drei Ebenen wird die Beratungstätigkeit in dieser Arbeit untersucht.

Befragungen in Form von Leitfadengesprächen wurden bei dieser Arbeit als Forschungsmethode benutzt. Nur auf diese Weise konnten die persönlichen Bewertungen und Erfahrungen der Betriebsleiter genau erfasst werden. Insgesamt konnten 21 Betriebsleiter interviewt werden. Diese unterteilten sich in elf Leiter von transformierten Agrargenossenschaften (e.G.), fünf Leiter von Kapitalgesellschaften sowie Leiter von Einzelbetrieben. Außerdem wurden fünf Schlüsselpersonen (Berater, ehemalige Politiker und Beamte) zur vertiefenden Bewertung der damaligen Situation befragt. Die Antworten dienten vor allem dazu, die deutschen Erfahrungen nicht nur aus einem objektiven, sondern auch einem subjektiven Blickwinkel zu analysieren, um realistische

Empfehlungen für Nordkorea abzuleiten. Obwohl sich die Situation in Nordkorea in vielen Bereichen von der der ehemaligen DDR unterscheidet, ist es das Ziel dieser Arbeit, realistische Empfehlungen für eine Agrartransformation in Nordkorea abzuleiten.

3 ÜBERSICHT ÜBER DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND SEIT 1989

Die politische Wende in der DDR im Jahr 1989 und die ein Jahr später darauf folgende Wiedervereinigung Deutschlands haben eine grundlegende Umgestaltung in Ostdeutschland hervorgerufen. Das über vierzig Jahre lang bestandene sozialistische System in der DDR musste sich, sowohl politisch und ökonomisch als auch sozial und kulturell, erheblichen Änderungen unterziehen. Dabei konnte auch die sozialistische kollektive Landwirtschaft keine Ausnahme bilden. Unter den Rahmenbedingungen eines völlig neuen Systems, das von Westdeutschland übernommen wurde, mussten erhebliche Änderungen und Entwicklungsmaßnahmen vorgenommen werden. Auch in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern wurde das marktwirtschaftliche System über einen Transformationsprozess in der Landwirtschaft eingeführt. Allerdings stellt die Transformation in Deutschland, die mit der Vereinigung von West- und Ostdeutschland gekoppelt war, ein bis heute einmaliges historisches Ereignis dar (HENRICHSMEYER, 1990, S. 233).

Aus diesem Grund werden in diesem Kapitel der Umwandlungsprozess und dessen Resultate in der ostdeutschen Landwirtschaft genauer betrachtet. Im Kapitel 3.1 werden zunächst die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Gegebenheiten der DDR und der Bundesrepublik vor der Transformation gegenübergestellt. In Kapitel 3.2 werden die Maßnahmen untersucht, die nach der Abwahl der sozialistischen Regierung von der neuen Regierung bzw. nach der Vereinigung von der gesamtdeutschen Regierung durchgeführt wurden. Der Schwerpunkt liegt hierbei besonders auf dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG), das für die Umwandlung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) verantwortlich war. In diesem Zusammenhang werden auch die westdeutschen Interventionen bei der Landwirtschaftsumwandlung in Ostdeutschland untersucht. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der Umwandlung aus der heutigen Sicht betrachtet und zusammengefasst.

3.1 Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR

Die landwirtschaftliche Entwicklungsgeschichte in der DDR kann grob in drei Ereignisphasen aufgeteilt werden (LEHMBRUCH und MAYER, 1997, S. 77 ff.):

- Die Bodenreform im Jahr 1946;
- Die seit 1952 allmählich einsetzende Kollektivierung;
- Der Kooperations- und Konzentrationsprozess seit 1968.

Die Bodenreform im Jahr 1946, die die Enteignung des Großgrundbesitzes und der großbäuerlichen Güter (ab hundert Hektar) durchsetzte und davon zwei Drittel an die Privatbetriebe verteilte, veränderte die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in der damaligen sowjetischen Besatzungszone tiefgreifend. Im gewissen Umfang wurden auch kleinbäuerliche Betriebe aufgestockt. Aber die seit 1952 allmählich einsetzende Kollektivierung führte dazu, dass die klein- und mittelbäuerlichen Familienbetriebe ihre Selbständigkeit aufgeben mussten. Seither dominierte die Betriebsform der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG). Der Beitritt in die LPGen war zwar formalrechtlich freiwillig, sodass die beigetretenen Einzelbauern auch das Besitzrecht ihrer eingebrachten Grundstückflächen behalten konnten, aber die eigentliche Verfügungsgewalt und das individuelle Nutzungsrecht wurden den LPGen zugesprochen. Dadurch veränderte sich die Agrarstruktur von klein-strukturierten bäuerlichen Familienbetrieben zu groß-strukturierten Formen der Landwirtschaft.

Seit 1968 und verstärkt seit 1972 ergab sich ein weiterer Strukturwandel in der Landwirtschaft, der durch den Kooperations- und Konzentrationsprozess verursacht wurde. Die dörflichen LPGen wurden zu wesentlich größeren Einheiten fusioniert. Gleichzeitig wurde eine extrem hohe Spezialisierung, entweder auf Tier- oder auf Pflanzenproduktion vorgenommen. Damit sollte eine industrieförmige landwirtschaftliche Massenproduktion die Vorherrschaft gewinnen, die sich besonders durch Arbeitsteilungen und größere Betriebe auszeichnete.

Bis 1989 beabsichtigte die damalige DDR-Regierung durch diesen sogenannten Entwicklungsprozess die folgenden Ziele zu erreichen (OERTZEN-HAUPT et al., 1991, S. 3f.):

- weitgehende Eigenversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen
 - vollständige Bewirtschaftung der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzflächen unter allen Standortbedingungen
 - Steigerung der Leistungen pro Tier unter Beibehaltung der hohen Tierbestände,
- Erhöhung bzw. mindestens Beibehaltung der Exporterlöse der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft als Beitrag zur Entlastung der angespannten Devisenlage,
- Übergang zu einer verstärkten Intensivierung in der Landwirtschaft, einhergehend mit einer starken Vergrößerung und Spezialisierung.

Im Laufe der Entwicklung der DDR gewannen die LPGen für die Agrarproduktion immer mehr an Bedeutung. Im folgenden Unterkapitel soll ein Überblick über die Lage der Landwirtschaft zum Ende der DDR gegeben werden.

3.1.1 Lage der Landwirtschaft in der DDR im Jahre 1989

Im Jahre 1989 stellten sich die wichtigsten Indikatoren zur landwirtschaftlichen Produktion in beiden Teilen Deutschlands wie folgt dar (Tabelle 6):

Tabelle 6: Die landwirtschaftlichen Indikatoren der DDR und BRD (1989)

Indikatoren	DDR	BRD
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN, 1.000 ha)	6.171	11.886
- Ackerfläche (%)	81	62
- Grünland (%)	19	38
Landwirtschaftliche Beschäftigte (1.000 Personen)	859	1.432
- % von Gesamtbeschäftigten	10,6	4,9
Anzahl der Betriebe	10.305 ¹⁾	648.800
Durchschnittliche Betriebsgröße (ha)	4.742 ²⁾	18,7

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) 1991, Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, S. 154ff.; BML 1990, Statistisches Jahrbuch über ELF, S. 383.

Anm.: 1) Davon betrug die Anzahl der LPGen und VEGen 4.226.

2) Ohne Tierproduktionsbetriebe.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche der DDR war mit nur 6,17 Mill. ha etwa halb so groß wie die in der Bundesrepublik. Allerdings lag der Ackerflächenanteil der DDR mit über 81 % deutlich höher als der des Nachbarlandes. Darin spiegelte sich das bereits erwähnte politische Ziel "Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln" konsequent wider. Insgesamt 859.000 Personen waren damals in der DDR in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten war im Verhältnis zu allen Berufstätigen rund 10,6 %. Stellt man diesen Anteil der DDR dem der Bundesrepublik mit 4,9 % gegenüber, so wird ein hoher Arbeitskräfteüberhang in der Landwirtschaft der DDR deutlich. Hierbei ist aber anzumerken, dass auch nicht-landwirtschaftlich Beschäftigte in diese Gruppe eingeschlossen wurden (siehe Tabelle 9). Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR belief sich auf 10.305, in der Bundesrepublik dagegen auf 648.800. Während die durchschnittliche Größe der Pflanzenproduktionsbetriebe in der DDR 4.742 ha betrug, verfügte ein landwirtschaftlicher Pflanzenproduktionsbetriebe in der Bundesrepublik über ungefähr 18,7 ha. Im Hinblick auf das landwirtschaftliche Vermögen in der DDR wurden folgende Anteile geschätzt (Tabelle 7):

Tabelle 7: Vermögensstruktur im Agrarsektor der DDR vor dem 03.10. 1990 (%)

	LN	Anlagevermögen (ohne Vieh)	Umlaufvermögen (inkl. Vieh)
Privateigentum	N.V.	–	5-10
Genossenschaftliches Eigentum	N.V.	85	75-80
Staatliches Eigentum	28	15	10-15

Quelle: JASTER und FILLER, 2003, S. 7.

Der Boden war als staatliches Eigentum mit 28 %¹⁷ von der gesamten LN belegt. Obwohl private Nutzungsrechte nicht verfügbar waren, herrschte *de jure* weiterhin Privateigentum vor. JASTER und FILLER (2003) erklären dazu: "Die Differenz zwischen der landwirtschaftlichen Nutzfläche insgesamt und dem staatlichen Flächenanteil von ca. 72 % macht deutlich, dass zum Zeitpunkt der politischen Wende das Privateigentum die überwiegende Eigentumsform an dem landwirtschaftlich genutzten Boden war." Die Genossenschaften hatten aber das uneingeschränkte Nutzungsrecht der von den Mitgliedern eingebrachten Flächen. Deswegen hatten private Personen kein Recht, ihr Eigentumsrecht zu nutzen. Tatsächlich wurden in der DDR seit Anfang der 1960er Jahre die Kataster nicht weiter aktualisiert (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 11). 85 % des Anlagevermögens und 75-80 % des Umlaufvermögens in der DDR waren genossenschaftliches Eigentum.

Aus Tabelle 8 geht hervor, dass LPGen und volkseigene Betriebe (VEGen) über den größten Anteil der Betriebe, Arbeitskräfte und Nutzflächen verfügten. Im Jahr 1989 bewirtschafteten 3.829 LPGen (davon 1.164 LPG (P), 2.665 LPG (T)) sowie 397 VEGen etwa 90 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug 4.521 ha LN für den Fall der LPG (P). Dagegen lag die durchschnittliche Betriebsgröße der LPG (T) etwa bei 30 ha. Bei den kollektiven landwirtschaftlichen Organisationen waren fast 86 % der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beschäftigt. Weitere 14 % waren in den VEGen angestellt, während die wenigen privaten Landwirte in der DDR bei dieser Zahl nicht erfasst sind. Diese hatten aber eine stark eingeschränkte unternehmerische Freiheit und waren sehr eng mit den staatlichen vor- und nachgelagerten Sektoren verbunden (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 6). Auf der anderen Seite wurde auch landwirtschaftliche Flächen von etwa 375.000 Freizeitgärtnern (z.B. Kleingarten, Schrebergarten) bewirtschaftet. Die durchschnittliche Größe dieser Fläche betrug etwa 0,25 ha (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 6).

¹⁷ Die landwirtschaftliche Nutzfläche in der ehemaligen DDR umfasste ca. 6,17 Mill. ha. Davon waren ca. 1,7 Mill. ha staatliches Eigentum.

Tabelle 8: Betriebsformen und Flächennutzung in der DDR (1989)

	Durchschnittsgröße in ha	Anzahl der Betriebe	Anteil (%)		
			Betriebsanzahl	Arbeitskräfte	Flächennutzung
VEG	706	397	4	14	4,6
LPG (P)	4.521	1.164	11	37	85,8
LPG (T)	30	2.665	26	38	1,3
Sonstige ¹⁾ (z.B. GPG, ZBE)	368	475	5	11	2,8
Private Güter ²⁾	60	5.604	54	–	5,5
Insgesamt	510	10.305	100	100	100

Quelle: BML 1990, Statistisches Jahrbuch über ELF, S 383.

Anm.: 1) GPG: Gärtnerische Produktionsgenossenschaften, ZBE: Zwischenbetriebliche Einrichtung.

2) Einschließlich der kirchlichen, gärtnerischen Güter.

Im Jahr 1989 umfasste die landwirtschaftliche Bevölkerung in der DDR insgesamt 859.205 Personen, die 10,6 % aller Beschäftigten der DDR ausmachten (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 6; WEBER, 1990, S. 129). Dies entsprach einem Arbeitskräftebesatz von 14,7 AK pro 100 ha LN. Der Anteil der Beschäftigten, die direkt in der Produktion (inkl. Nicht-Landwirtschaft) tätig waren, lag bei etwa 74 % (Tabelle 9).

Tabelle 9: Die Beschäftigtenstruktur nach Arbeitsbereichen (1989)

Arbeitsbereich	Beschäftigte	%
Leitung	40.887	4,76
Verwaltung	44.823	5,22
Berufsausbildung	6.045	0,70
Brigadeleiter	39.748	4,63
Produktionsvorbereitung	9.468	1,10
Produktion	635.637	73,98
Kultur/sonstiges	43.106	5,01
Zwischensumme Pflanzen- und Tierproduktion	819.714	95,40
Agrochemisches Zentrum	27.000	3,14
Pflanzenschutz	1.465	0,17
Veterinärwesen	11.026	1,28
Zwischensumme	39.491	4,60
Summe sozialistische Landwirtschaft	859.205	100,00

Quelle: JASTER und FILLER, 2003, S.9.

Der größte Teil von ihnen arbeitete direkt in der landwirtschaftlichen Produktion. Allerdings war ein hoher Anteil von ca. 15 % in den Werkstätten für Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen zuständig. Der hohe Anteil an Reparaturpersonal ist auf den hohen Verschleißgrad der technischen Basis der Betriebe zurückzuführen (JASTER und FILLER, 2003, S.8). Auch war ein gewisser Teil der Mitarbeiter in der Produktion in dem Tischlerei- und Nähereihandwerk etc. beschäftigt. Generell ist zu erkennen, dass die Beschäftigten in der Leitung und Verwaltung einen großen Anteil einnehmen. Etwa. 5 % der Beschäftigten

waren im Kultur- und Sozialbereich tätig (z.B. Kultur- und Sportstätten, Betriebsküchen, Ferienorganisation und Ferienobjekte etc.).

Die natürlichen Boden- und Klimabedingungen der DDR waren im Gegensatz zu der BRD sehr ungünstig (JASTER und FILLER, 2003, S. 9). Trotzdem gab es mit 0,37 ha eine größere Flächenausstattung pro Kopf der Bevölkerung als es in der BRD mit 0,19 ha pro Kopf der Fall war¹⁸. Die landwirtschaftlichen Flächenproduktivitäten und Arbeitsproduktivitäten waren in der DDR jedoch deutlich niedriger als in der BRD. Im Vergleich zur BRD machte die Flächenproduktivität der DDR kurz vor der Wende 60 % aus und die Arbeitsproduktivität nur etwa 40 % (Tabelle 10). Auf Grund der größeren Flächenausstattung pro Kopf der Bevölkerung war es der DDR trotz der niedrigen Produktivität möglich, die Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten (JASTER und FILLER, 2003, S. 10).

Tabelle 10: Vergleich der landwirtschaftlichen Produktivität zwischen der DDR und BRD (1980-1988)

Jahr	Flächenproduktivität (dt GE) ¹⁾		Arbeitsproduktivität (dt) ¹⁾	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1980	42.1	61.8	30.1	57.2
1984	49.2	70.1	33.6	67.9
1988	45.7	74.5	30.4	78.6

Quelle: WEBER, 1991, S. 69.

Anm.: 1) Bruttobodenproduktion bzw. pflanzliche Produktion je nach ha LN bzw. nach Erwerbs- oder Berufstätigen in der Landwirtschaft.

Die Tabelle 11 zeigt, dass die Selbstversorgung in der DDR mit Nahrungsmitteln aus eigener Erzeugung bei vielen wichtigen Produkten wie Fleisch, Milch, Eiern, Butter, Kartoffeln usw. erreicht wurde. Dieses hohe Selbstversorgungsniveau beruhte im Wesentlichen auf sehr hohen Subventionen der Regierung, da die hohen Erzeugerpreise und niedrigen Verbraucherpreise ausgeglichen werden mussten. So wurden im Jahr 1988 13,4 % des Staatshaushaltes für die Preisunterstützung von Nahrungsmitteln verwendet (OERTZEN-HAUPT et al., 1991, S. 6). Weil bei den administrativen Preisentscheidungen unter zentraler Planwirtschaft die Begrenztheit von Ressourcen nicht berücksichtigt wurde, geriet die DDR seit Mitte der 80er Jahre immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten (OERTZEN-HAUPT et al., 1991, S. 4). Die Subventionen der Regierung führten aber auch dazu, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu einem effektiven Umgang mit Betriebsmitteln verpflichtet wurden (GOLLNICK et al., 1990, S. 20ff.; SCHULZE, 1995, S. 240).

¹⁸ Während in der DDR das Ackerland 4,7 Mill. ha und das Grünland 1,3 Mill. ha betragen, waren es in der BRD jeweils 7,3 Mill. ha und 4,4 Mill. ha.

Tabelle 11: Selbstversorgungsgrade im Vergleich (Durchschnitt 1986-1988)

	DDR	BRD	EG
Getreide insgesamt	84	100	115
- Weizen	95	111	121
- Gerste	85	103	121
- Roggen	98	106	-
- Hafer	102	96	-
- Mais	-	55	-
Kartoffeln	102	93	-
Zucker	100	137	126
Ölsaaten	112	52	-
Hülsenfrüchte	92	32	-
Milch	118	107	110
Fleisch insgesamt	110	91	102
- Rindfleisch	108	120	106
- Schweinefleisch	112	87	103
- Geflügelfleisch	102	61	105
Eier	107	72	102

Quelle: OERTZEN-HAUPT et al., 1991, S. 31.

3.1.2 Die Rolle der Landwirtschaftlichen

Produktionsgenossenschaften in der Agrarproduktion der DDR

Wie bereits oben erwähnt, hatten die 3.855 LPGen, die 86 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen der DDR verwalteten und 75 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beschäftigten, eine wichtige Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion (siehe obere Tabelle 8). Die LPG war auch häufig der Träger anderer wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen, wie z.B. von gewerblichen Nebenbetrieben und Kindergärten (HAGEDORN et al., 1997, S. 361). LEHMBRUCH und MAYER (1997, S. 79) schreiben darüber, dass sich die LPGen in der DDR häufig über vier oder mehr Dörfer erstreckten. Deswegen übernahmen sie außer der landwirtschaftlichen Produktionstätigkeit für diese Dörfer soziale, kulturelle und infrastrukturelle Aufgaben. Die LPG war im Gesellschaftssystem der DDR der zentrale und multifunktionale Ort der Lebensorganisation. Hierunter fallen besonders die folgenden Bereiche (LEHMBRUCH und MAYER, 1997, S. 79):

- Technikabteilungen wie Werkstätten und Reparatureinheiten (insbesondere von Landmaschinen);
- Baubrigaden (auch für den Bau von Wohnhäusern);
- Lagerung;
- Tankstellen;
- Tischlerei- und Nähereihandwerk,
- kulturelle Einrichtungen und Sportsstätten;
- Sozialbereich mit Betriebsküchen und Kindergärten.

Auf der lokalen Ebene waren die Betriebe wichtige Akteure. Sie hatten sich um die lokale Infrastruktur und ebenso um die Dorferneuerung gekümmert wie auch um die Versorgung der Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen (ARLT, 1988). Auch deckten die Landwirtschaft und Ernährungsindustrie 75 % ihres Wasserbedarfs und 35 % ihres Stromverbrauchs durch eigene Anlagen, und 58 % des landwirtschaftlichen Transportes erfolgte auf eigenen Wegen (WARTH, 1988). Diese LPGen, die verschiedene Funktionen aufwiesen, können nur bedingt mit den genossenschaftlichen Organisationen in den westlichen Ländern verglichen werden. MÜNKNER (2000) weist auf die wichtigsten Unterschiede hin, die in der folgenden Tabelle 12 zusammengefasst sind:

Tabelle 12: Die Unterschiede zwischen sozialistischen und kapitalistischen Genossenschaften im Fall von Deutschland

	BRD	DDR
Gründung	selbstregulierende Gründung von den Mitgliedern	Errichtung durch den Plan und auf Befehl des Staates
Zweck	Gewinne der Mitglieder zu steigern, freie Entscheidung	Verfolgung der vom Staat aufgestellten Ziele
Verwaltung	Selbstregulierungsverwaltung	Verwaltung durch den zentralen Plan
Eigentumsrecht	Privateigentumsrecht mit sozialer Verantwortung	öffentliches genossenschaftliches Eigentumsrecht
Funktionen	wirtschaftliche Funktion (Gewinnverbesserung des Mitgliedes)	politische Funktion wirtschaftliche Funktion soziale Funktion

Quelle: MÜNKNER, 2000, S. 32.

Nach Erklärung von MÜNKNER (2000) hatte die Genossenschaft in der DDR vielfältigere Funktionen im Vergleich zu denen in der BRD. Bezüglich der politischen Ebene fungierte sie als eine Ausbildungsorganisation, in der man das sozialistische Bewusstsein der Mitglieder zu erweitern versuchte. Dazu spielte sie eine zentrale Rolle, die Mitglieder zu dem sozialistischen gemeinsamen Lebensstil anzuleiten (politische Funktion). Auf der wirtschaftlichen Ebene war es die Aufgabe der Genossenschaft in der DDR, das wirtschaftliche System vom privaten zum sozialistisch-kollektiven umzuwandeln. Durch das gemeinschaftliche Eigentumsrecht über den Überschuss versuchte man die Produktivität zu erhöhen. Außerdem hatte die Genossenschaft in der DDR auch eine Koordinierungsfunktion, die wirtschaftliche Planung der DDR-Regierung der Realität anzupassen (wirtschaftliche Funktion). Darüber hinaus hatte sie im Dorf verschiedene soziale Dienste für das Mitglied und dessen Familien angeboten (soziale Funktion) (MÜNKNER, 2000, S. 32).

Dieses, unter der zentralen Planwirtschaft agierende Genossenschaftssystem der DDR war bereits vor der Wiedervereinigung mit Problemen konfrontiert (STEDING, 1991, S. 92). Die unzureichende "kooperative Identität" führte bei den Arbeitskräften zu Motivationsverlusten (BAMMEL, 1991 S. 73). Außerdem

erforderten große, unübersichtliche Strukturen und extreme Spezialisierungen einen erheblichen Planungs- und Koordinationsaufwand (GOLLNICK et al., 1990, S. 2). Bei extrem großen Betriebsstrukturen wurde eine niedrige Produktivität mit stagnierender bzw. sinkender Tendenz beobachtet (siehe Tabelle 10). Der Zugang zu Investitionsgütern war erheblich eingeschränkt. Dies verursachte in den Arbeitsabläufen zunehmende Effizienz- und Qualitätsverluste. Mangelnde und nicht bedarfsgerechte Verfügbarkeit über Produktionsmittel verhinderte die Ausnutzung des Leistungspotentials in der Tier- und Pflanzenproduktion. So können die Gründe für die ökonomische Schwäche der LPGen zum Ende der DDR wie folgt zusammengefasst werden (vgl. BAMMEL, 1991 S. 73; HENRICHSMEYER, 1990, S. 234):

- mangelndes Eigentumsbewusstsein der Mitglieder;
- Überbesatz an Arbeitskräften durch falsche Arbeitsorganisation;
- erheblicher Planungs- und Koordinationsaufwand wegen unübersichtlicher Strukturen und extremen Spezialisierungen;
- mangelnde Arbeitsmotivation der Mitglieder;
- schwerfälliges Management;
- Behinderung bei der Nutzung von technischen Fortschritten durch das starre Lenkungs- und Planungssystem;
- mangelnde und nicht bedarfsgerechte Verfügbarkeit über Produktionsmittel.

3.2 Rahmenbedingungen zur Transformation der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Der Mauerfall am 9. November 1989 leitete politische und rechtliche Veränderungen in Ostdeutschland ein, die zu der Vereinigung mit Westdeutschland führten. Schon bald nach dem Mauerfall wurde eine reform-orientierte Regierung (Modrow Regierung) in der DDR ernannt. Am 18. März 1990 wurden die ersten freien Parlamentswahlen abgehalten. Kurz darauf wurde die erste demokratisch gewählte Regierung (de Maizière-Regierung) vom Parlament bestätigt. Bedingt durch den hohen Bedarf wurden vom letzten Parlament der DDR erste transformationspolitische Maßnahmen gesetzlich eingeleitet. Hierzu gehörten verschiedene Gesetze wie das Landwirtschaftsanpassungs-, das Marktorganisations-, das Förder- sowie das Treuhandgesetz usw. (WIEGAND, 1994, S.39). Dadurch wurde vor allem der spezifische Rahmen für die Umwandlung der LPGen vorgegeben.

3.2.1 Die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Zu jener Zeit war das Ziel einer Wiedervereinigung bereits abzusehen. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden Staaten wurde im Staatsvertrag vom 18. 5. 1990 festgelegt. Er trat ab dem 1. Juli 1990 in Kraft. Außerdem wurde die Einheit Deutschlands im Einigungsvertrag vom

31. August 1990 mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 besiegelt. Die wichtigen Ereignisse für den landwirtschaftlichen Sektor in der DDR kurz vor der Währungsunion können wie folgt zusammengefasst werden (THIELE, 1998, S. 25; WIEGAND, 1994, S. 39 ff.; WIELAND, 1996, S. 29):

- Fall der Berliner Mauer und damit der starren Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (09.11.1989).
- Privatbesitz an Produktionsmitteln wurde in der DDR erlaubt (12.01.1990).
- Die Privatisierungsorganisation "Treuhandaanstalt (THA)" wurde gegründet (01.03.1990). In der Landwirtschaft sollten durch Verkauf und Verpachtung 465 VEGen und 1,5 Mill. ha Staatsland privatisiert werden. Das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) wurde beschlossen (17.06.1990).
- Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG I), als Gesetzesgrundlage für die Umstrukturierung von LPGen, wurde von der DDR-Volkammer beschlossen (29.06.1990).
- Die in der DDR geltende "Rechnungslegung und Statistik der Betriebe" wurde auf das bundesdeutsche Rechnungswesen umgestellt. Sie wurde von dem DM-Bilanzgesetz¹⁹ (DMBilG) geregelt. Gemäß dem DMBilG mussten alle Wirtschaftseinheiten der sozialistischen Wirtschaft zum Stichtag, dem 01.07.1990, ihre Betriebsvermögen neu bewerten und eine sogenannte DM-Eröffnungsbilanz aufstellen.

Das LAG I ordnete direkt die Umwandlung der LPGen an, während das Treuhandgesetz die Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens beinhaltete. Da das LAG I die notwendigen Basisbedingungen und die Vorgehensweisen sowie die Methoden zur Umwandlung der LPGen regelte, wird der Inhalt des LAG I kurz dargestellt.

Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG I) beinhaltete drei wichtige Grundsätze, d.h. die Gewährleistung des Eigentums, die Gleichheit der Eigentumsformen und die Zielsetzung des Gesetzes. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Gewährleistung des Eigentums: Privateigentum an Grund und Boden und die auf ihm beruhende Bewirtschaftung wird in der Land- und Fortwirtschaft im vollen Umfang wiederhergestellt und gewährleistet.
- Gleichheit der Eigentumsformen: Alle Eigentums- und Wirtschaftsformen, die bäuerlichen Familienwirtschaften und freiwillig von den

¹⁹ Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung.

Bauern gebildeten Genossenschaften erhalten im Wettbewerb Chancengleichheit. Andere Rechtsformen zur Organisation der landwirtschaftlichen Produktion sah das Gesetz nicht vor.

- Zielsetzung des Gesetzes: Dieses Gesetz dient der Entwicklung einer vielfältig strukturierten Landwirtschaft und der Schaffung von Voraussetzungen für die Wiederherstellung leistungs- und wettbewerbsfähiger Landwirtschaftsbetriebe, um die beschäftigten Menschen an der Einkommens- und Wohlstandsentwicklung zu beteiligen.

Wichtige Anmerkungen zur ersten Fassung des LAGs (LAG I) vom 29. Juni 1990 lassen sich im Hinblick auf seine reale Umsetzung bei der Restrukturierung der LPGen wie folgt zusammenfassen:

- Die Teilung, der Zusammenschluss und die Auflösung von LPGen wurden ermöglicht. Aber sie bedurften einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen in der Mitgliederversammlung (Abschnitt 1,2,5).
- Die LPG konnte nur in eine eingetragene Genossenschaft (e.G.) umgewandelt werden (Abschnitt 4).
- Ein Kündigungsrecht der Mitglieder der LPG wurde eingeführt, verbunden mit dem Anspruch auf eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung (Abschnitt 6). Die Aufteilung der Anteile der einzelnen Mitglieder am Vermögen der LPG und die Entscheidungen der LPG Mitglieder wurden ihnen weitgehend selbst überlassen.

Somit wurde die Privatisierung der LPGen nicht einer staatlichen Stelle übertragen, sondern den Beteiligten selbst auf privatrechtlicher Grundlage. Die vermögensmäßige Auseinandersetzung zwischen ausscheidenden Mitgliedern und der LPG aber wurde keinen genauen Vorschriften unterworfen (HAGEDORN et al., 1997, S. 372).

In Ostdeutschland wurden die Institutionen und Strukturen nahezu aller rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereiche an die Verhältnisse, die in Westdeutschland bereits bestanden, angepasst (KALLFASS, 1991, S. 305). Obwohl man befürchtete, durch eine schnelle Transformationsstrategie könnten soziale Probleme entstehen, entschied man sich trotzdem für die Einführung von Politikmaßnahmen, die zur schnellen Transformation führen sollten. (vgl. SINN und SINN, 1992, S. 108ff.). Die Einführung der Währungsunion zwischen BRD und DDR war eine typische Maßnahme für die schnelle Transformation der DDR. Aus Anlass des Vollzugs der Währungsunion wurden die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Umwandlung in der DDR drastisch neu verändert (HENRICHSMEYER und SCHMIDT, 1991, S. 1). Einige Gesetze wurden aufgrund der Währungsunion neu beschlossen, dadurch wurden zahlreiche Maßnahmebündel zur Unterstützung der Transformation des

ostdeutschen Agrarsektors von der Bundesregierung angeboten. Die wichtigen Ereignisse für den landwirtschaftlichen Sektor kurz nach der Währungsunion können wie folgt zusammengefasst werden (THIELE, 1998, S. 25; WIEGAND, 1994, S. 39ff.; WIELAND, 1996, S. 29):

- Der Wechselkurs wurde durch die Währungsunion zwischen DDR und BRD mit einem fixen Wechselkurs (1 DM = 1 Ostmark) festgelegt. Mit der Bildung der Agrarunion zwischen DDR und BRD wurde die EU-Agrarmarktpolitik quasi "über Nacht" auf das DDR-Gebiet angewendet (z.B. die Gültigkeit der EU-Agrarpreise und Milchquotenregelung für die DDR ab 01.08.1990).
- Das Marktorganisationsgesetz wurde nach dem Vollzug der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion von der Volkskammer in der DDR verabschiedet, um ein Marktordnungssystem analog dem der Europäischen Gemeinschaft einzuführen (06. 07. 1990).
- Ebenfalls wurde das Fördergesetz verabschiedet, um die Entflechtung und Neuordnung der Landwirtschaft in der DDR zu fördern. Dabei wurden die grundsätzlichen Fördermöglichkeiten in der Übergangszeit geregelt (06.07.1990).

Unter den obigen gesetzlichen Rahmenbedingungen mussten die LPGen der damaligen DDR ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Aber unmittelbar nach der Verabschiedung des LAGs wurde dann ab dem 1. Juli 1990 die DDR-Landwirtschaft durch die Wirtschafts- und Währungsunion schockartig den Bedingungen des westdeutschen Marktes ausgesetzt. Infolgedessen änderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die LPGen drastisch. Vor allem hatte die freie Preisbildung auf den Agrarmärkten einen erheblichen Preiseinbruch zur Folge. Wie in der Tabelle 13 dargestellt, sanken die Erzeugerpreise bei pflanzlicher Produktion um ca. 50 % und bei tierischer Produktion um ca. 70 %.

Tabelle 13: Index der Erzeuger- und Betriebsmittelpreise in Ostdeutschland

Erzeugnisse bzw. Betriebsmittel	1992/93	1993/94 (1989=100 %)	1994/95
Lw. Produkte insgesamt	36,5	33,8	36,5
- pflanzliche Produkte insgesamt	51,2	47,7	56,7
- tierische Produkte insgesamt	29,7	28,7	29,1
Lw. Betriebsmittel insgesamt	82,3	84,8	89,4

Quelle: HAGEDORN et al., 1997, S. 370.

Die Produktionsmittelpreise fielen nicht im gleichen Ausmaß wie die Erzeugerpreise. Weitere Faktorpreise erhöhten sich sehr stark, insbesondere erhöhten sich die Löhne drastisch. Die rasante Lohnsteigerung hat die Unternehmen unter enormen Anpassungsdruck im Sinne einer Reduktion des Arbeitskräfteeinsatzes gesetzt (HAGEDORN et al., 1997, S. 369).

Viele LPGen waren dieser Situation nicht gewachsen. Die Verarbeitungsindustrie in Ostdeutschland war bereits veraltet, und die Vermarktungsstrukturen waren nicht wettbewerbsfähig. Die wettbewerbsfähigen Güter strömten aus Westdeutschland hinein, auch bedingt dadurch, dass die Konsumentennachfrage nach ostdeutschen Produkten rasch zurückging und westdeutsche bevorzugt wurden. Die osteuropäischen Absatzmärkte brachen nach und nach weg und die Handelsketten wurden von den westdeutschen Unternehmen übernommen. Diese enormen Veränderungen stellten die LPGen vor existenzbedrohende Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme. Noch bevor die LPGen mit einer Umwandlung überhaupt beginnen konnten, standen sie praktisch vor dem Ende ihrer Existenz. In dieser Phase konnte die Zahlungsfähigkeit vieler Betriebe nur durch finanzielle Anpassungshilfen der Bundesregierung aufrechterhalten bleiben (vgl. JASTER und FILLER, 2003, S. 11).

Durch die Mitgliedschaft in der Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft sollte das bestehende Gemeinschaftsrecht der EG durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 auf Ostdeutschland übertragen werden (HAGEDORN et al., 1997, S. 365). Seit 1. August 1990 galten in Ostdeutschland die gleichen Regeln der EG über die Marktpolitik und Preispolitik wie in Westdeutschland und damit auch die entsprechenden gemeinsamen Ziele. Die damalige Agrarpolitik²⁰ der EG schlug schon 1988 durch die ersten Reformen einen neuen Weg ein, indem für den Anstieg der Agrarausgaben ein jährliches Höchstmaß festgesetzt wurde und die Bauern anfangen, ihre Produktion zu drosseln (GIERING, 2006). Der EG-Ministerrat beschloss die erste EG-Agrarreform im Jahr 1992 und senkte die garantierten Ankaufpreise erheblich. Als Kompensation für die dadurch verursachten Einkommenseinbußen wurden den Erzeugern Prämien gewährt. Bei der Übertragung dieses Gemeinschaftsrechts der EG auf Ostdeutschland wurden spezielle Übergangsregelungen geschaffen, die eine Rückführung der Produktion und eine Stabilisierung der Erzeugerpreise zum Ziel hatten. Als Kompensation wurden an die Produktion gebundene Ausgleichszahlungen oder Prämien für Flächenstilllegungen gewährt (HAGEDORN et al., 1997, S. 370).

²⁰ Ende der 1950er Jahre konnten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ihren Bedarf an Lebensmitteln noch nicht selbst decken. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hatte deshalb bis in die 1980er Jahre das Ziel, die Produktion zu erhöhen – Stützungsmaßnahmen hielt die EWG dabei für ein geeignetes Mittel. Produzierten die Bauern mehr als sie verkaufen konnten, kaufte die Gemeinschaft die Produkte zu jährlich neu festgelegten Preisen auf. In den 1980er Jahren zeigten sich dann die negativen Auswirkungen dieses Handelns. Die EG musste versuchen, die so entstandenen "Butterberge" und "Milchseen" durch den Verkauf zu stark reduzierten Preisen abzutragen (GIERING, 2006).

3.2.2 *Die Grundprinzipien der landwirtschaftlichen Umwandlung in Ostdeutschland*

Die Grundrichtung der landwirtschaftlichen Transformation, die sowohl das LAG I als auch dessen spätere Novellierung bestimmte, können zu den folgenden drei Grundprinzipien der Politik zusammengefasst werden, d.h. Dekollektivierung, Restitution und Entschädigung, Privatisierung (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 11ff.).

Dekollektivierung: Alle LPGen mussten sich unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bis zum 31. 12. 1991 neu umstrukturieren. Daraus resultierten zwei verschiedene Alternativen. Diese waren zum einen die totale Auflösung der LPGen durch eine Liquidation und zum anderen die Umwandlung in andere Rechtsformen, die einem Marktwirtschaftssystem entsprachen. Hierzu gehörten beispielsweise die Einzelunternehmen (Familienbetrieb), die GbR (Gesellschaft des bürgerlichen Rechts), die OHG (Offene Handelsgesellschaft), die KG (Kommanditgesellschaft) oder die e.G. (Eingetragene Genossenschaften), die GmbH, die AG oder GmbH & Co. KG (eine Mischform zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften). Die dem marktwirtschaftlichen System angemessenen Rechtsformen können wie folgt kurz beschrieben werden (vgl. HAGEDORN et al., 1997, S. 384ff.): Die Betriebsrechtsformen in Westdeutschland lassen sich in zwei verschiedene Gruppen unterteilen. Diese sind zum einem die sogenannten natürlichen und zum anderen die juristischen Personen. Zur Gruppe der natürlichen Personen gehören die Einzelunternehmen und Personengesellschaften, während die juristischen Personen aus Kapitalgesellschaften und Genossenschaften bestehen. Die Personengesellschaften in Form der GbR, OHG und der KG erfordern zu ihrer Gründung lediglich zwei Personen. Diese unterscheiden sich jedoch bei der Berechtigung der Gesellschafter und bei der Bruchteilbarkeit des Vermögens. Ein besonderer Vorteil von Personengesellschaften in der Land- und Forstwirtschaft besteht darin, dass sie nicht gewerbesteuerpflichtig sind. Die Kapitalgesellschaften wie die GmbH und die AG benötigen zu ihrer Gründung ein Anfangskapital. Zur Gründung einer Genossenschaft sind mindestens sieben Mitglieder erforderlich. Bei den Genossenschaften hat jedes Mitglied gleiches Stimmrecht, während es bei Kapitalgesellschaften entsprechend den Kapitalanteilen gewichtet ist. Juristische Personen sind gewerbesteuer- und körperschaftsteuerpflichtig. Die Rechtsform der GmbH & Co. KG bietet eine Möglichkeit, die Vorteile der Personengesellschaft in steuerlicher Hinsicht und bezüglich der Vertragsgestaltung mit den Vorteilen der Kapitalgesellschaft bei beschränkter Haftung zu verbinden.

Die Umwandlung musste über einen Vollversammlungsbeschluss in den LPGen eingeleitet werden. Die ausscheidenden Mitglieder mussten den LPG-Nachfolgeunternehmen schon im Voraus eine Kündigung erteilen. Die Kündigungsfrist betrug im Jahre 1990 einen Monat, und in den Jahren 1991 und 1992 drei Monate. Nach dieser Frist musste der LPG-Vorstand dem Mitglied

seinen Bodenanteil und über einen längeren Zeitraum hinweg die sonstigen Vermögenswerte übergeben (LAG I, § 43-44). Die ausscheidenden Mitglieder konnten sowohl private Betriebe bzw. Familienbetriebe neu gründen als auch an andere Personen (Betriebe) verpachten.

Im Gegenteil zu den LPGen wurden die VEG in der Landwirtschaft durch das Treuhandgesetz von 1990 als Sondervermögen in der Land- und Forstwirtschaft ausgewiesen und zur Privatisierung durch die Treuhandanstalt (THA)²¹ übergeben. Über die THA wurde fast alles staatliche Vermögen verkauft bzw. verpachtet.

Restitution und Entschädigung: Für die Umwandlung war die Wiederherstellung des Privateigentumsrechts von Grund und Boden eine Grundvoraussetzung. Um klare Eigentumsverhältnisse zu schaffen, waren zwei Möglichkeiten denkbar: entweder die Zustände vor der Kollektivierung wieder herzustellen (die Restitution) oder an die gegenwärtigen Besitzer bei gleichzeitiger Entschädigung der Alteigentümer zu verkaufen bzw. zu übertragen (WIEGAND, 1994, S. 36). In Deutschland hat der Einigungsvertrag festgelegt, dass die Flächen aus Enteignungen nach 1949 an die Alteigentümer nach dem Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" zurückgegeben wurden. Dagegen durften die Flächen, die im Zuge der Bodenreform 1945-49 enteignet wurden, nicht an die ehemaligen Eigentümer zurückgegeben werden.

Infolgedessen war bei der Transformation der LPGen die Restitution des Bodens zum früheren Besitzer das grundsätzliche Prinzip. Die früheren Besitzer des sonstigen Vermögens (d.h. Boden, Gebäude, Tieren, und Maschinen usw.), die in den 1950er Jahren zwangsweise kollektiviert wurden, hatten den Rechtsanspruch, das eigene Vermögen zurückzubekommen. Weil die Flächen der LPGen dem Gesetz nach privaten Personen, also meistens den Mitgliedern, gehörten, wurde dieser Restitutionsprozess relativ reibungslos durchgeführt. Aber es kam bei vielen volkseigenen Flächen zu großen Problemen, die Eigentümer zu ermitteln. Weil das Land jederzeit an Alteigentümer zurückgehen konnte, vergab die Treuhandanstalt zunächst einjährige Pachtverträge für das entsprechende Land. Da diese auch große Unsicherheiten für die landwirtschaftliche Produktion verursachten und der Privatisierungsprozess des Bodens sich noch länger hinziehen würde, ging die BVVG ab Herbst 1992 dazu über, langfristige (12 Jahre) Pachtverträge abzuschließen. Am 01.12. 1994 trat das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) zur Entschädigung von nicht restitutionsberechtigten Landeigentümern in Kraft, d.h. für diejenigen, die im Zeitraum 1945-1949 enteignet wurden. Außerdem konnten durch dieses Gesetz

²¹ Weil die Veräußerung der staatlichen landwirtschaftlichen Flächen längere Zeit in Anspruch nehmen würde, wurde diese Aufgabe von der THA an die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG) übertragen.

diese Gruppe, aber auch andere Betriebe zu vergünstigten Bedingungen Land erwerben.

Privatisierung: Der Staat ist nicht mehr Eigentümer und Entscheidungsträger in der landwirtschaftlichen Produktion. Die landwirtschaftlichen Flächen sollten durch Restitution an die individuellen Eigentümer zurückgegeben werden. Neben dem Boden sollten auch die anderen Vermögensteile der LPGen individualisiert werden. Das den LPGen verbleibende Vermögen, d.h. nach Restitution und Entschädigung, sollte auf drei Gruppen verteilt werden. Diese waren die Inventareinbringer bei der Kollektivierung, die Bodeneigentümer und die Arbeiter der LPGen. Nach dem LAG I wurde die Vermögensauseinandersetzung weitgehend den LPGen selbst überlassen. Für diese Vermögensauseinandersetzung hat das DM-Bilanzgesetz eine Richtlinie zur Verfügung gestellt. Gemäß dem DM-Bilanzgesetz war das Betriebsvermögen neu zu bewerten und eine DM-Eröffnungsbilanz aufzustellen. Das Problem bei der Vermögensauseinandersetzung war nicht einfach, weil die Gruppen Interessensgegensätze zeigten. Da das LAG I allerdings die Kriterien hinsichtlich der Vermögensverteilung der LPGen nicht konkret festgelegt hat, entstanden viele Konflikte zwischen den Interessensgruppen. Einbringer von Sachmitteln wollten nicht nur einen Bruchteil des Wertes, den sie eingebracht hatten, wieder ausgezahlt bekommen. Im Gegensatz dazu wollten die LPG-Nachfolgerbetriebe den Mitgliedern, die aus der LPG ausscheiden wollten, wenig bezahlen. Aus diesem Grund hatte das LAG II²² die Abstimmungsregeln und die Art der Vermögensauseinandersetzungen fest vorgeschrieben.

Anhand der bereits erwähnten Richtlinie der landwirtschaftlichen Umwandlung konnten die LPGen in der ehemaligen DDR sich umwandeln bzw. in die Liquidation gehen. Die Umwandlung bzw. Liquidation einer LPG war in sechs Schritten zu vollziehen, wie in der Tabelle 14 dargestellt ist.

Tabelle 14: Schrittfolgen bei der Restrukturierung einer LPG

1	Bestandsaufnahme der Schulden und des Vermögens: Aufstellen der Mark-Schlussbilanz und der DM-Eröffnungsbilanz
2	Personifizierung des Eigenkapitals
3	Analyse des Produktions- und Marktpotentials, Entscheidungen über Teilungen und Zusammenschlüsse, Struktur des/der neuen Unternehmen(s)
4	Plan zur Aufteilung des Vermögens (Anteile, Beteiligungen) und des Faktorbestandes (Arbeit, Boden) auf die/das neue Unternehmen
5	Rechtsformwahl
6	Einigung und Beschlussfassung in der LPG über die neue Struktur

Quelle: WIELAND, 1996, S. 32.

²² Das LAG I wurde am 7. Juni 1991 novelliert, um die Stellung der Boden- und Inventareinbringer der LPGen zu verbessern und um den Entscheidungsspielraum für die Vollversammlung der LPGen zu verringern (WIELAND, 1996, S. 27).

Bei diesem Restrukturierungsprozess entstand ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf, weil sich Informationsdefizite aus der Unkenntnis über marktwirtschaftliche Prinzipien ergaben. Ferner verursachte die Flut neuer rechtlicher Rahmenbedingungen auch Unsicherheiten in den landwirtschaftlichen Betrieben. Für jeden Schritt zur Umwandlung brauchte es der Beratung. Zum Beispiel war der erste Schritt, die Bestandsaufnahme über die Vermögenssituation, von Bedeutung, weil der weitere Verlauf der Restrukturierung davon abhängig war. Aber es war schwierig, die Schulden und das vorhandene Vermögen zu ermitteln, weil es erhebliche Unsicherheiten über den Wert der Wirtschaftsgüter sowie die Behandlung der Altschulden gab. Im Hinblick auf das Vermögen der LPG war das Auseinanderfallen von Boden- und Gebäudeeigentum problematisch. Besonders hinsichtlich der Altschulden war es unklar, wie sie von dem Gesetz behandelt würden. Unter Altschulden versteht man die Schulden, die die LPGen aufgrund der staatlichen Planung in der DDR-Zeit aufnehmen mussten. Mit der Einführung der DM wurden sie zu Krediten gegenüber den Banken. Zum Zeitpunkt der Erstellung der DM-Eröffnungsbilanzen war eine Entschuldung durch die Treuhand oder eine bilanzielle Entlastung zu erwarten (WIELAND, 1996, S. 32ff.). Wenn die Höhe des Eigenkapitals nicht festgestellt wurde, dann konnte die weitere Schrittfolge nicht gemacht werden.

3.3 Ergebnisse der Transformation der kollektiven Landwirtschaft

Die Transformationsbedingungen, die sich vor und mit der Wiedervereinigung entwickelt haben, sollten das Ende der damaligen kollektiven Landwirtschaft in Ostdeutschland herbeiführen. Die LPGen sollten dadurch in eine Liquidation gehen oder sich in neue Rechtsformen umwandeln. Die soziale und wirtschaftliche Funktion der LPGen, die bis dahin von sozialistischen Bedingungen geprägt waren, mussten somit reorganisiert werden. Infolgedessen bildeten sich in Ostdeutschland ganz neue Agrarstrukturen und in den ländlichen Räumen entstanden neue Rahmenbedingungen. Diese Ergebnisse der Transformation, die aus der Wiedervereinigung resultierten, werden hier kurz zusammengefasst. Die Ergebnisse in der landwirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands können mit dem Eigentumsverhältnis, der Herausbildung von neuen Betriebsstrukturen, dem Arbeitsplatzabbau, der Produktion und der Produktivität veranschaulicht werden.

3.3.1 *Veränderung des Eigentumsverhältnisses von Boden*

Mit der Restitution der landwirtschaftlichen Flächen wurde das Bodeneigentumsrecht unter einer großen Zahl von individuellen Eigentümern aufgeteilt. Ihre Zahl wird auf 800.000 geschätzt. Während die meisten Bodeneigentümer relativ leicht ausfindig gemacht werden konnten, stand aber noch bis Mitte der 1990er Jahre über ein Sechstel der gesamten Fläche unter der öffentlichen Verwaltung. Die Hauptgründe lagen darin, dass es entweder mehrere

Eigentumsrechtsansprüche auf dasselbe Grundstück gab oder die landwirtschaftlichen Flächen bereits für andere Zwecke umgewidmet waren, wie z.B. durch die Errichtung von Wohngebäude. Mehr oder weniger war es aber auch oft der Fall, dass kein Anspruch auf das Grundstück erhoben wurde (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 11). Dieser Boden konnte durch die öffentliche Versteigerung verkauft werden, wenn überhaupt kein individueller Eigentümer ausfindig gemacht werden konnte. Ein großer Teil dieser Flächen wurde von der Verwaltung der Treuhandanstalt verwendet, um sie an andere Bauern oder landwirtschaftliche Betriebe zu verpachten. Aber während der Anfangsphase waren diese Pachtverträge nur kurzfristig ausgelegt (WELSCHOF et al., 1993, S. 29).

Die Restitution und der Privatisierungsprozess haben zu einer hochgradigen Zersplitterung der Bodenflächen²³ geführt. Trotz dessen wurden die traditionellen Bewirtschaftungseinheiten im Lande nur bedingt aufgelöst. Der bis zum heutigen Tage noch sehr hohe Anteil von Pachtflächen an der bewirtschafteten Fläche in ostdeutschen Unternehmen ist ein Beweis für diese Tatsache. Wie in der unteren Tabelle 15 dargestellt, stieg Anfang der 1990er Jahre der Anteil an Pachtflächen unter den Einzelbetrieben auf bis zu 90 % und der von Personengesellschaften und anderen juristischen Gesellschaften auf fast 100 %. In den letzten Jahren ist der prozentuale Anteil von Pachtflächen nur wenig gesunken. Im Jahr 2003 erreichte der Anteil von Pachtflächen in Ostdeutschland 85 %, dagegen betrug sein Anteil in Westdeutschland im Jahr 2003 etwa 53 % (BMELV, 2006). Anfang der 1990er Jahre hatte dieses hohe Pachtverhältnis negative Wirkungen auf den Zugang zu neuen Krediten, um Investitionen aufzunehmen. Vor allem waren die juristischen Personen in der Regel keine Eigentümer der von ihnen bewirtschafteten Flächen und konnten folglich den Kreditinstituten keinerlei Böden als Sicherheit anbieten (WELSCHOF et al., 1993, S. 31). Aber weil die großen landwirtschaftlichen Betriebe ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit im Laufe der Jahre bewiesen haben, stellte der Zugang zu den Finanzdienstleistungen durch die Banken bald kein Hindernis mehr dar (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 13).

²³ Das Privateigentumsrecht an Boden wurde wiederhergestellt mit der Einschränkung, dass kein unbeschränkter Anspruch auf die originäre Fläche besteht. Damit wurde versucht, einer Zersplitterung der Fläche vorzubeugen (HAGEDORN et al. 1997, S. 390).

Tabelle 15: Pachtanteil in Ostdeutschland in Bezug auf die Betriebsformen (%)

	'91/'92	'93/'94
Einzelbetrieb	86,8	89,8
Personengesellschaften	94,8	97,0
Juristischen Gesellschaften	99,1	99,7

Quelle: KOESTER und BROOKS, 1997, S. 29.

3.3.2 Veränderung der Betriebsstrukturen

Durch die Bodenrestitution, Vermögensauseinandersetzungen und die Umwandlung der LPG entstanden verschiedene Typen landwirtschaftlicher Betriebe. Die Transformation lief zuerst auf die Wiederherstellung der privaten Landwirtschaft in Ostdeutschland hinaus. Zusätzlich schlossen sich viele private Bauern zusammen, um eine Personengesellschaft zu bilden. Im Allgemeinen bestand diese Gemeinschaft aus Bauern, die zueinander im Verwandtschaftsverhältnis standen. (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, 13ff.). Wie in der unten aufgeführten Tabelle 16 dargestellt, dominieren seit 1992 die Einzelunternehmen die Unternehmensstruktur. Aber nach der Flächenausstattung stellt sich die Lage anders dar. Im Jahr 1992 bewirtschafteten diese nur 14 % der LF. Im weiteren Zeitverlauf nimmt ihre Flächenausstattung zu und ihr Anteil steigt im Jahr 2005 auf 26 % der gesamten LF. Die damalige LPG wurde, wenn nicht liquidiert, in die Rechtsform von juristischen Personen, wie z.B. die eingetragene Genossenschaft, die GmbH und die Aktiengesellschaft, teilweise aber auch in Form einer Personengesellschaft neu umgestaltet. Bis Herbst 1992 waren von ursprünglich etwa 4.500 LPGen etwa 3.000 LPG-Nachfolgebetriebe übrig gebliebenen (LEHMBRUCH und MAYER, 1997, S. 84).

Der Anteil der LPG-Nachfolgebetriebe²⁴ an den bewirtschafteten Flächen sank bereits kurz nach der Vereinigung auf 72 % der gesamten LF. Im Verlaufe der Jahre nahm ihr Anteil immer mehr ab und im Jahr 2005 betrug dieser Anteil nur noch 52 %. Der Anteil der e.G. erfuhr hierbei einen erheblich stärkeren Rückgang als der der anderen juristischen Personen.

²⁴ Im engeren Sinn wurden sie in der Rechtsform der juristischen Personen geführt.

Tabelle 16: Die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Unternehmensrechtsform in Ostdeutschland (1992 und 2005)

	Betriebsanzahl in 1000 Stück und (%)		Bewirtschaftete Fläche in 1000 ha LF und (%)	
	1992	2005	1992	2005
<i>Natürliche Personen</i>	15,7	26,3	1.380,3	2.684,7
Einzelunternehmen	14,6 (78)	23,1 (78)	674,0 (13)	1.440,7 (26)
Personengesellschaften	1,1 (6)	3,2 (11)	706,3 (14)	1.244,0 (22)
GbR	0,8	2,6	320,9	861,4
GmbH & Co.KG	0,3	0,5	379,7	375,3
sonst. natürl. Pers.	0,1	0,1	5,6	7,3
<i>Juristische Personen</i>	2,7 (15)	3,3 (11)	3.679,5 (72)	2.886,4 (52)
e.G.	1,4	1,1	2.250,6 (44)	1.515,3 (27)
GmbH	1,2	2,0	1.314,2 (26)	1.266,0 (23)
AG	0,1	0,1	97,4	97,2
sonst. Jur. Personen	0,0	0,2	17,3	7,9
<i>Jur. Personen d.ö.R</i>	0,1	0,1	48,7	10,4
Insgesamt	18,6 (100)	29,6 (100)	5.108,6 (100)	5.581,5 (100)

Quelle: BML 1994, Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, S. 14; BMELV 2006, Agrarbericht der Bundesregierung, S. 94.

Die landwirtschaftliche Betriebsstruktur in Ostdeutschland, die durch die Transformation umgestaltet wurde, unterscheidet sich von der in Westdeutschland sehr deutlich. Dies ist auch noch nach einem Zeitverlauf von 15 Jahren seit der Wiedervereinigung augenfällig. Wie Tabelle 17 zeigt, unterscheidet sich die Betriebsstruktur in Ostdeutschland von der in Westdeutschland auch im Jahr 2005 erheblich. Während die landwirtschaftliche Produktion in Westdeutschland weiterhin durch die Einzelunternehmen bestimmt wird, wird diese in Ostdeutschland primär durch die Gruppe der juristischen Personen mit dem Flächenausstattungsanteil von etwa 52 % durchgeführt. LUFT (2000) beschreibt dieses Phänomen mit dem Satz "die LPG überlebt die DDR". LEHMBRUCH und MEYER (1997) machten auf dies wie folgt aufmerksam: "Es ist nun sehr auffallend, dass sich unter den Bedingungen eines außerordentlich starken marktgesteuerten Selektionsdrucks trotz der ihnen gebotenen Vergünstigungen nur ein relativ begrenzter Teil der restitutionsberechtigten ehemaligen LPG-Mitglieder dafür entschied, von der Restitutionsmöglichkeit Gebrauch zu machen, aus der Kollektivwirtschaft auszusteigen und als "Wiedereinrichter" einen bäuerlichen Hof zu begründen." Obwohl die Anzahl der Einzelunternehmen und Personengesellschaften in Ostdeutschland rapide zunahm, ist die fortbestehende Existenz der LPG-Nachfolgebetriebe beachtenswert. Die durchschnittliche Größe der einzelnen Betriebe in beiden Landesteilen ist auch bis heute unterschiedlich. Die durchschnittliche Betriebsgröße in Ostdeutschland macht etwa das Sechsfache der in Westdeutschland aus.

Tabelle 17: Die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Rechtsform in Ost- und Westdeutschland (2005)

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Zahl der Betriebe in 1000	Anteil von LF In %	Durchschnittl. Größe (ha LF)	Zahl der Betriebe in 1000	Anteil von LF in %	Durchschnittl. Größe (ha LF)
Einzelunternehmen	23,1	25,8	62,4	347,1	89,8	29,6
Personengesellschaften e.G.	3,2	22,3	386,7	15,4	9,2	68,3
GmbH	1,1	27,1	1.404,4	0,1	0,1	77,4
Aktiengesellschaft	2,0	22,7	645,6	0,7	0,2	32,2
sonst. jur. Personen	0,1	1,7	1.278,6	0,0	0,1	274,6
	0,2	0,1	50,5	0,5	0,2	52,6
Insgesamt	29,6	100,0	188,4	364,5	100,0	31,3

Quelle: BMELV 2006, Anhang S. 94.

3.3.3 Veränderung bei den Arbeitsplätzen

Im Jahr 1989 waren ungefähr 850.000 Personen im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt. Ihre Anzahl ging jedoch innerhalb weniger Jahre rapide zurück. So kam es bereits im Jahr 1991 zu einer Halbierung des Personalbestandes des Jahres 1989. Im Jahr 2005 betrug ihre Anzahl nur noch 165.000 Personen. Somit reduzierte sie sich auf ein Fünftel im Vergleich zum Jahr 1989 (Tabelle 18). Im gleichen Zeitraum reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland um etwa ein Drittel. Dort waren im Jahre 2005 ungefähr eine Million Personen in der Landwirtschaft beschäftigt.

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum die Anzahl der Arbeitskräfte so schnell in den ersten und auch in den darauf folgenden Jahren gesunken war.

- Erstens, machten die stark steigenden Lohnansprüche aus Sicht des Unternehmens einen Arbeitskräfteabbau unabdingbar (HAGEDORN et al., 1997, S. 387). Löhne nahmen wegen der Währungsunion stark zu. Die Bundesregierung hatte das Ziel, so schnell wie möglich die Löhne im Osten denen im Westen anzupassen. Das LAG ermöglichte es dem Vorstand der Genossenschaften zur strukturellen Anpassung, die Kündigungen der Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Wären die Löhne stattdessen auf dem gleichen Niveau von 1989 geblieben, das nur 30 % des Westniveaus ausmachte, wäre das Beschäftigungsverhältnis viel stabiler geblieben (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 26).
- Zweitens, gab es verschiedene Programme für soziale Abfederungsmaßnahmen und Kreditsubventionen. Besonders resultierten aus den Kreditsubventionen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe Arbeitskräfte sparende Technologien einsetzten. In Bezug auf diese sozialen Maßnahmen wurden beispielsweise Vorruhestandsregelungen,

Altersübergangsgelder oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt. Die sozial negative Auswirkung der landwirtschaftlichen Transformation, die auf eine enorme Kürzung von Arbeitsplätzen hinauslief, wurde größtenteils durch diese sozialen Maßnahmen für die Arbeitslosen abgemildert (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 26).

- Drittens, nahmen die Löhne in den nichtlandwirtschaftlichen Sektoren sogar mehr zu als in der Landwirtschaft (HAGEDORN et al., 1997, S. 387).
- Viertens, verursachten besonders die drastische Reduzierung von Tierbeständen und die rasche Einführung von technischen Neuerungen einen schnellen Abbau von Arbeitskräften (HAGEDORN et al., 1997, S. 389).

**Tabelle 18: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft
(in 1000 Pers., 1989-2005)**

Arbeitskräfte	1989	1991	1993	1995	2001	2005
Ostdeutschland	819,7 ¹⁾	361,9	179,1	161,4	161,7	164,4
Westdeutschland	1.569,7	1.455,7	1.397,3	1.248,4	1.161,1	1.099,7

Quelle: BMELV 2006, Anhang S. 96.

Anm.: 1) Beschäftigte in der sozialistischen Landwirtschaft.

3.3.4 Veränderung bei der Produktion und Produktivität

Der Transformationsprozess verursachte in allen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern starke Rückschläge in der landwirtschaftlichen Produktion.²⁵ Auch Ostdeutschland befand sich während der Anfangsphase in einer ähnlichen Situation, indem es Absatzprobleme, wie z.B. für tierische Erzeugnisse, gab und den Betrieben das Kapital für notwendige Investitionen fehlte (HAGEDORN et al., 1997, S. 369). Diese Probleme waren jedoch in Ostdeutschland nicht von langer Dauer. Den Bauern in Ostdeutschland standen schnell die notwendigen finanziellen Mittel für die Produktion zur Verfügung, um die passenden Produktionsmittel einzusetzen. Auch waren die Betriebsmittelpreise günstiger als vorher (siehe Tabelle 13 im Kapitel 3.2.1). Folglich war der Rückschlag in der Getreideproduktion gering. Nach einer kurzen Phase des Einbruchs fanden die Bauern in Ostdeutschland schnell zurück zu dem alten Niveau und verzeichneten darüber hinaus stetige Verbesserungen (HAGEDORN et al., 1997, S. 371 und siehe Tabelle 19). Im Jahr 1989 waren die Erträge der Hauptgetreidearten in Ostdeutschland von denen in Westdeutschland weit

²⁵ Nach der Transformation gab es einen scharfen Niedergang bei den Erträgen. Der Hauptgrund war, dass die Düngermittelpreise gestiegen waren, die meisten Farmen aber keinen Überschuss an Geldern hatten. Dies führte dazu, dass die Bauern eine Strategie von "low input – low output" verfolgten (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003).

entfernt, aber bereits 1994 näherte sich der Osten dem Niveau der Westens an (KOESTER und BROOKS, 1997, S.24). In den letzten Jahren waren die Erträge auf den größten privaten Betrieben im Osten durchschnittlich höher als die im Westen. Diese Ertragssteigerung beruht auf betriebswirtschaftlichen Zwängen wie die Stückkostendegression etc. und starken Fortschritten im Saatgutbereich sowie auch auf technischen Fortschritten in der Anbau- und Erntetechnik (JASTER und FILLER, 2003, S. 19).

Nach der Transformation wurde die Anbaustruktur in Ostdeutschland verändert (JASTER und FILLER, 2003, S. 18). Sie wurde hauptsächlich durch die Übertragung der Produktionsquoten und Prämienregelung beeinflusst. Beispielsweise konnte die Produktion von Zuckerrüben in Ostdeutschland um ca. 20 % gegenüber dem vorherigen Niveau erhöht werden. Unter Berücksichtigung seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit wurde der Zuckerrübenanbau somit zu einem wichtigen Standbein der pflanzlichen Produktion in Ostdeutschland. Rapsanbau wurde wegen der EU-Prämienregelung erheblich ausgedehnt. Dagegen wirkte sich die Quotenregelung bei Milch mit einer 30 % Absenkung entgegengesetzt aus (JASTER und FILLER, 2003, S. 18).

Tabelle 19: Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität in Ostdeutschland

		1989	1991	2001	2001 % zu 1989
Pflanzen- anbau in 1.000 ha (Ertrag dt/ha)	Weizen	777 (45)	789 (60)	1.170 (75)	151 (167)
	Gerste	895 (52)	891 (56)	637 (70)	71 (133)
	Winterraps	148 (28)	326 (29)	627 (38)	424 (133)
	Kartoffeln	431 (213)	116 (243)	53 (372)	12 (175)
	Zuckerrüben	217 (287)	159 (361)	117 (506)	54 (177)
Tierbe- stände in 1.000 Stück	Rinder	5.724	3.237	2.511	44
	Schweine	8.783	4.702	3.688	42
	Schafe	1.456	802	788	54
	Geflügel	19.018	9.761	11.811	62

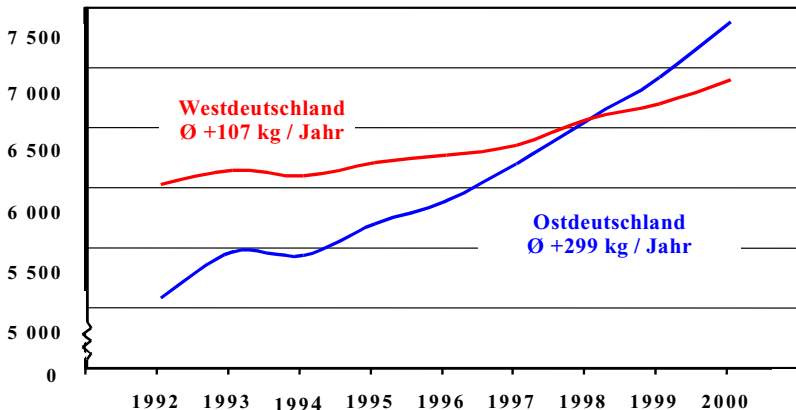
Quellen: Statistisches Jahrbuch über ELF von 1991, ZMP-Bilanz Getreide 1992, ZMP Vieh und Fleisch 1992, ZMP Milch 2002, ZMP Geflügel 2002, ZMP-Bilanz Getreide 2002, ZMP Vieh und Fleisch 2002, zitiert darin: JASTER und FILLER, 2003, S. 19f.

Die tierische Produktion war jedoch von einem enormen Tierbestandsabbau gekennzeichnet. Bereits im Jahr 1991 hatte sich der Tierbestand insgesamt auf zirka 50 % halbiert. Bis heute konnte dieser Abbau nicht wieder ausgeglichen werden. Die Tierproduktion stand unter einem größeren Druck der Anpassung, als es bei der Pflanzenproduktion der Fall war. Anhand einer Bewertung von Preisen der beiden Länderteile war die Tierproduktion deutlich ineffizienter als die Pflanzenproduktion (BÖSE et al., 1991, S. 72). Zu Preisen der Bundesrepublik war der Reinerlös der ostdeutschen Landwirtschaft sowohl bei der Tierproduktion als auch bei der Pflanzenproduktion negativ. Hinsichtlich

der Bruttowertschöpfung, während es bei der Pflanzenproduktion positiv war, war sie bei der Tierproduktion negativ. Das heißt, dass Ostdeutschland besser daran gewesen wäre, die ostdeutsche Tierproduktion aufzugeben. Innerhalb von nur zwei Wochen nach der Währungsunion wurde der Bestand von Rindern um 43 %, Schweinen um 50 % und Schafen um 55 % reduziert (HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 17). Die Produktivität in der Tierproduktion nahm jedoch seit Anfang der 1990er Jahre rapide zu. Bei der Milchproduktion holten die Bauern aus Ostdeutschland bereits Ende der 1990er Jahre ihre Kollegen aus Westdeutschland ein (Abbildung 3), indem der durchschnittliche Milchertrag pro Kuh den Ertrag aus dem Westen überschritt.

Abbildung 3: Milchleistung von Kühen in Ost- und Westdeutschland (1992-2000)

Kg/Kuh und Jahr



Quelle: ZMP, Agrarmärkte in Zahlen: In Mittel- und Osteuropa von 1992 bis 2000, zitiert in: HINNERS-TOBRÄGEL et al., 2003, S. 19.

4 GEGENWÄRTIGE LAGE IN DER LANDWIRTSCHAFT UND ERSTE REFORMVERSUCHE IN NORDKOREA

Dieses Kapitel ist eine Einführung in die Agrarentwicklung Nordkoreas seit der Teilung der koreanischen Halbinsel. Zunächst werden allgemeine Charakteristiken der nordkoreanischen Landwirtschaft dargestellt. Dabei sollen insbesondere die verschiedenen Mechanismen und Prozesse in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Nordkorea betrachtet werden (Verwaltung, Organisation, Arbeitsweise und Verteilung usw.). Ausgehend von dieser Betrachtung werden die Wirtschaftskrisen in Nordkorea seit dem Ende der 1980er Jahre und ihre Folgen für den Agrarbereich thematisiert. Der letzte Abschnitt dieses Kapitels beschäftigt sich mit den Gegenmaßnahmen, die "7.1 Wirtschaftsreform" und ihre Wirkungen im Agrarbereich. Durch diese Darstellung kann die gegenwärtige Situation erklärt werden.

4.1 Die Teilung Koreas und das Entstehen der sozialistischen Landwirtschaft in Nordkorea

Seit der überlieferten Entstehungszeit Koreas vor 4000 Jahren hat die koreanische Bevölkerung versucht, ihre traditionellen Ideen und Werte zu bewahren. Im 19. Jahrhundert wurde Korea das "Einsiedler-Königreich" genannt, das westliche Forderungen nach diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen ablehnte. Asiatische und europäische Länder konkurrierten um die Durchsetzung ihrer kolonialen Interessen und um die Einflussnahme auf der koreanischen Halbinsel. Nachdem Japan seine Kriege gegen China und Russland gewonnen hatte, wurde Korea 1910 annektiert und offiziell unter die japanische Kolonialherrschaft gestellt. Die Kolonialzeit markiert in der neueren Geschichte des 20. Jahrhunderts und in dem kulturellen Gedächtnis Koreas die Erfahrung des Leidens und der Unterdrückung. Am 15. August 1945, nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in Japan, ergab sich das japanische Kaiserhaus bedingungslos den alliierten Streitkräften. In der Folge gewann Korea seine Unabhängigkeit nach 35 Jahren Kolonialherrschaft wieder.

Der politischen Unabhängigkeit folgte aber direkt der ideologische Konflikt des Kalten Krieges, der sowohl zur internen als auch externen Grenzziehung führte. Nach den getroffenen Abkommen der Potsdamer Konferenz im Juli 1945, wurde der nördliche Teil der koreanischen Halbinsel zügig von sowjetischen Streitkräften besetzt, während die US-Streitkräfte in den südlichen Teil einmarschierten. Trotz des öffentlichen Widerstands gegen die Teilung wurden

am 10. Mai 1948 im Süden die ersten allgemeinen Wahlen abgehalten und am 15. August die Republik Korea (Südkorea) offiziell gegründet. Fast zur gleichen Zeit wurde im Norden ein kommunistisches Regime unter Il-Sung Kim als "Führer" mit absolutem Machtanspruch etabliert. Am 9. September 1948 wurde die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) offiziell gegründet. So wurde die koreanische Halbinsel nach einer mehr als tausend Jahre währenden territorialen Einheit in zwei Staaten geteilt (vgl. KOREANISCHER INFORMATIONSDIENST, 2003a, 2003b).

Der Koreakrieg, von Juni 1950 bis Juli 1953, wurde als der erste "heiße Konflikt" des Kalten Krieges und als ein Vertretungskrieg für den globalen Ost-West Konflikt bezeichnet (vgl. KERN und KÖLLNER, 2005, S. 280f.). Während der drei Kriegsjahre, die zu einem nahezu vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft führten, wurde das ganze Land verwüstet. Da in diesem Krieg "Koreaner gegen Koreaner" gekämpft hatten, festigte sich vor allem ein Bewusstsein der Teilung zwischen Nord und Süd in der koreanischen Erinnerungskultur. Die gesellschaftspolitischen Nachwirkungen des Krieges sind bis heute spürbar. Dies zeigt sich insbesondere in den sicherheitspolitischen Maßnahmen, die auf die Waffenruhe ohne Friedensvertrag zwischen beiden Staaten zurückgehen. Dennoch gilt nach wie vor die Überwindung der Teilung als die größte Herausforderung Koreas, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges weiterhin ungelöst ist.

Nach der Machtübernahme durch Il-Sung Kim wurde in den Jahren 1945 und 1946 eine Bodenreform durchgeführt. Landflächen, die sich einst die japanische Besatzungsmacht angeeignet hatte und Flächen über fünf ha wurden enteignet und zugunsten der landlosen Bevölkerung und kleinbäuerlichen Familien verteilt. Diese Reform fand großen Anklang unter der nordkoreanischen Bevölkerung, da sie unter der japanischen Kolonialherrschaft als Arbeiter und Pachtbauern ausgebeutet wurden.²⁶ Durch die Bodenreform unter dem kommunistischen Führer, Il-Sung Kim, wurde eine Million ha Ackerland, etwa 50 % des gesamten Ackerlandes, unentgeltlich den 720.000 Bauernfamilien zugeteilt.

Die Bodenreform war der Vorbereitungsprozess zur sozialistischen Rekonstruktion. Vollkommene Eigentumsrechte für Böden, welche sich im Verkehr befanden oder durch Hypotheken belastet waren, wurden nicht freigegeben. Die Bodenreform beschränkte sich vor allem auf das Nutzungsrecht. Nach dem Koreakrieg übernahm die kommunistische Regierung die Verteilung von Lebensmitteln, um die situative Nahrungsknappheit zu überwinden. Dadurch wurde

²⁶ Nach dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft waren 80 % der Bauern in Korea landlos oder kleinbäuerliche Pächter (NAM, 2003, S. 52).

die private Produktion und der Handel mit landwirtschaftlichen Gütern beträchtlich eingeschränkt (vgl. NAM, 2003, S. 52f.).

Bereits 1954 begann dann schließlich die vollständige Kollektivierung der Bauernhaushalte in Nordkorea. Somit wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in Nordkorea im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern relativ früh durchgesetzt. Für diesen frühen Anfang sind zwei Motive zu nennen.

Erstens, sollten die ländlichen Räume wiederhergestellt werden, die durch den Krieg ruiniert wurden, um zur Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten beizutragen. Dabei wurde die kollektive Arbeit im Kontrast zur individuellen Arbeit für die effektivste Maßnahme gehalten. Dieses Motiv kann der folgenden Rede des damaligen nordkoreanischen Führers, Il-Sung Kim, entnommen werden, die 1954 auf der Vollversammlung der nordkoreanischen Arbeiterpartei gehalten wurde:

"It is most important to solve the problem of food, clothing and housing for the people in the postwar reconstruction of the national economy [...] Impoverished peasants who now represent 30-40 per cent of the total, have received enormous benefits from the government ever since the land reform. But so long as they were engaged in individual farming on poor land, using backward farming methods and antiquated implements of production, their condition could hardly be improved. For the purpose of solving the problem of the impoverished peasants, we moved them down to plain areas where they are vast tracts of fertile land and took various other measures. However, such measures are not sufficient to solve this question completely. We must once and for all solve the question of impoverished peasants in the shortest time. Only then will the worker-peasants alliance be further consolidated. The final solution to the problem of the impoverished peasants is agricultural co-operation." (Concluding Speech Delivered at the Plenum of the C.C. of the Workers' Party of Korea, November 1954. In: KIM, 1964 b, S. 1 und 13 f.).

Das zweite Motiv ergab sich aus der Situation, dass nach der Bodenreform immer mehr wohlhabende Bauern Rechtsansprüche stellten (KIM, 1964b, S. 14). Des Weiteren hatten Bauern in ländlichen Gegenden mit der südkoreanischen Armee zusammengearbeitet, ohne an der kommunistischen Revolution teilzunehmen und waren daher über die Grenze in den Süden Koreas geflüchtet. Aus diesen Gründen versuchte die damalige nordkoreanische Regierung durch die Kollektivierung auf der einen Seite das Entstehen feudaler Strukturen durch die "Klasse der Großgrundbesitzer", dem Klassenfeind der sozialistischen Revolution, zu verhindern. Auf der anderen Seite sollte das "landwirtschaftliche Dorf" als Modell der Revolution schnell eine Stabilisierung erfahren (NAM, 2003, S. 53). Vor diesem Hintergrund wurde der Kollektivierungsprozess im August 1958 abgeschlossen nachdem er nur vier Jahre zuvor begonnen

hatte.²⁷ Das Ergebnis war, dass im August 1958 die Bildung von 3.843 "vollkommenen sozialistischen Genossenschaften"²⁸ registriert werden konnte, die aus einer Durchschnittsgröße von 300 Haushalten und einer Durchschnittsfläche von 500 ha bestanden (RIM, 1992, S. 22ff.).

Nach der Kollektivierung der Landwirtschaft als staatliches Grundproduktionssystem²⁹ setzte sich die nordkoreanische Regierung im Agrarbereich zwei weitere Hauptziele: Zum einen die "Vermehrung der Getreideproduktion" zur Sicherung der Selbstversorgung und zum anderen die "Ausarbeitung der Sozialisierung des Dorfes" (vgl. KIM, 1964a).

Das erste Ziel, die Steigerung der Getreideproduktion für die Selbstversorgung, war zu dieser Zeit ein weit verbreitetes Ziel unter den sozialistischen Ländern. Im nordkoreanischen Fall kann angenommen werden, dass die Regierung die Lebensmittelselbstversorgung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit für besonders wichtig hielt, da die natürlichen Bedingungen für die Landwirtschaft ungünstig waren, sie zusätzlich durch die Nachwirkungen des Krieges und die Dissonanzen zwischen der Sowjetunion und China in den 1960er Jahren verstärkt wurden. Verschiedene Maßnahmen wurden zur Steigerung der Lebensmittelproduktion eingeführt:

- "Vier Modernisierungen" im Agrarbereich (1960er Jahre);
- Naturumgestaltung (1970er Jahre);
- Systematisierung und Intensivierung der Produktionsmethode (1980-er Jahre).

Die Politik der "Vier Modernisierungen" in der kollektivierten Landwirtschaft umfasste Mechanisierung, Elektrifizierung, Bewässerung und den Einsatz von

²⁷ Hinsichtlich des schnellen Vollzugs der Kollektivierung schreibt GEY (2004, S. 118, Fußnote): "Gegenüber allen anderen kommunistischen Führungen hatte diejenige Nordkoreas einen einzigartigen Standortvorteil, der es ihr erlaubte, die Kleinbauern rasch und dauerhaft in Genossenschaften zu zwingen. Im Norden war die Grenze zu den sozialistischen Bruderstaaten Sowjetunion und China, im Osten und Westen war das offene Meer und im Süden lag seit 1953 die für Flüchtlinge unüberwindbare "entmilitarisierte Zone". Etwas Vergleichbares musste Walter Ulbricht in der DDR mit dem Bau der Mauer im August 1961 erst noch errichten lassen, bevor hier die Kollektivierung abgeschlossen werden konnte".

²⁸ Zu Beginn des Kollektivierungsprozesses schlug Nordkorea drei Kollektivierungsformen vor, zwischen denen die bäuerliche Bevölkerung wählen konnte: die "Brigaden gegenseitiger Hilfe", "halbsozialistische Genossenschaften", "vollkommen sozialistische Genossenschaften". Diese Formen folgten dem sowjetischen Vorbild und ähnelten der Unterscheidung der LPG in Typ 1, 2, 3 in der DDR.

²⁹ Sozialistische Regierungen betrachteten die Kollektivierung der Landwirtschaft als Produktionsgrundsystem des Staates, so auch in der Sowjetunion, Vietnam, China und anderen sozialistischen Ländern in Mittel- und Osteuropa (KORNAI, 1992).

chemischen Düngemitteln. Die Naturumgestaltung beinhaltete die Trockenlegung von Flächen, das schachbrettartige Anlegen von Ackerland und die Herstellung von terrassenförmigem Ackerland an steilen Bergabhängen. Diese Maßnahme wurde durchgeführt, um die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in Nordkorea zu vergrößern. Die letzte Maßnahme bezog sich auf die Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die zweimal im Jahr geerntet werden konnten, die Erhöhung des Einsatzes von chemischem Dünger in der Landwirtschaft und die Entwicklung ertragreicheren Saatgutes durch die Konsolidierung der biologischen Forschungsarbeit. Bereits zu Beginn der 1970er Jahre wurde ein Großteil der Bewässerungsanlagen durch elektrischen Strom betrieben. In der Maiszüchtung befand sich Nordkorea zudem auf Weltniveau. Chemischer Dünger wurde in sehr hohen Mengen eingesetzt und war vermutlich zu dieser Zeit im weltweiten Vergleich am höchsten (CUMINGS, 2004, S. 186). Diese Maßnahmen hatten sich zumindest kurzfristig vorteilhaft auf die Steigerung der Lebensmittel ausgewirkt.

Auf langfristige Sicht jedoch erzeugten diese Maßnahmen negative Ergebnisse. Der intensive Einsatz von chemischem Dünger hatte den Boden übersäuert. Der Betrieb von Bewässerungsanlagen durch elektrischen Strom hat ein landwirtschaftliches Produktionssystem hervorgebracht, das stark von Strom abhängig war. Die radikale Form der Naturumgestaltung bildete darüber hinaus Umweltbedingungen aus, die bereits bei kleinen Naturkatastrophen zusammenbrechen mussten.

Das zweite Ziel, die "Ausarbeitung der Sozialisierung des Dorfes", hatte seinen Ausgangspunkt in den folgenden Annahmen (vgl. KIM, 1964a):

- Im ländlichen Raum war der Anteil der Privatwirtschaft weitaus höher als in den Städten.
- Die bäuerliche Bevölkerung stellt ein kritisches Moment im Aufbau des Sozialismus dar.

Nordkorea hatte historisch bereits eine Phase der Industrialisierung erfahren³⁰ und ist auch heute noch stark verstädtert (CUMINGS, 2004, S. 188). Nachdem ein Großteil der Industrieanlagen durch den Koreakrieg zerstört waren, konzentrierte sich Nordkorea, wie die meisten sozialistischen Länder, auf die Schwer- und Chemieindustrie (vgl. FRANK, 2005, S. 238). Die Industrialisierung, die in den ersten Jahrzehnten wiederhergestellt wurde, wurde durch die Unterstützung (oder Ausbeutung) des ländlichen Raumes ermöglicht, was

³⁰ Neben den ungünstigen Naturbedingungen stand die starke Industrialisierung im Zusammenhang mit der japanischen Kolonialpolitik, die versuchte den Norden Koreas zu einer zentralen industriellen Basis für die militärische Expansion in Asien zu machen (vgl. FRANK, 2005, S. 238).

selbst von Il-Sung Kim bestätigt wurde.³¹ Dies führte dazu, dass Dörfer in Nordkorea der Stadt in ihrer sozialistischen Entwicklung nachstanden und der Lebensstandard von Bauern sehr niedrig blieb. Die nordkoreanische Führung ging davon aus, dass gemeinschaftliche Eigentumsverhältnisse in den Dörfern zu Volkseigentumsverhältnissen geändert werden müssten, um den Lebensstandard zu erhöhen. Weiter ging man davon aus, dass dadurch feudale Strukturen in der ländlichen Bevölkerung beseitigt werden könnten. Daher versuchte die nordkoreanische Regierung zu diesem Zeitpunkt (bis in die Gegenwart hinein), landwirtschaftliche Genossenschaften in Volkseigentum umzuwandeln.

Um dieses Ziel zu erreichen, initiierte die Führung um Il-Sung Kim verschiedene Maßnahmen wie die kulturelle Revolution des Dorfes, Verstärkung der "ideologischen Kampagnen" für Bauern, die städtische Unterstützung von Dörfern, die Verbesserung des Genossenschaftsmanagements und die Verstaatlichung der Genossenschaften (KIM 1964a). Die nordkoreanische Kulturrevolution und die Verstärkung der "ideologischen Kampagne" zielten auf der einen Seite zur Verbesserung der allgemeinen Kenntnisse und des technologischen Niveaus der Bauern ab. Auf der anderen Seite ging es um die kommunistische Erziehung der bäuerlichen Bevölkerung. "Die städtische Unterstützung des ländlichen Raums" bestand aus den folgenden Maßnahmen:

- Materielle Unterstützung: Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen bzw. Verbrauchswaren.
- Technologische Unterstützung: Ingenieure wurden in den ländlichen Raum geschickt, um den Aufbau von dörflichen Infrastrukturen zu fördern.
- Umwandlung der landwirtschaftlichen Steuer in Naturalien.
- Erhöhung des Kaufpreises für Getreide und die Reduktion der Mietpreise von Maschinen und Bewässerungssystemen.
- Entsendung³² von Arbeitskräften in die dörflichen Regionen insbesondere zur Erntezeit.
- Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Dabei wurde betont, dass die Genossenschaften sowohl zentralisiert werden mussten als auch wie ein Unternehmen betrieben

³¹ KIM (1964a, S. 10) schreibt: "In a formerly backward agrarian country like ours, the rural districts, needless to say, have to provide a certain amount of funds for a certain period for socialist industrialization following the victory of the revolution. "

³² Solche Kampagnen und Massenmobilisierungen gab es auch in anderen sozialistischen Ländern. Aber in den mittel- und osteuropäischen Ländern war das Ausmaß dessen nicht vergleichbar mit der nordkoreanischen Politik. Da man dadurch den normalen Produktionsablauf in den Betrieben unterbrochen und damit die Planerfüllung gefährdet hätte (GEY, 2004, S. 118).

werden sollten. Damit sollten die Genossenschaften allmählich zu Volkseigentum umgewandelt werden.

Infolge dieser Maßnahmen wurden tatsächlich viele junge Mitglieder der kommunistischen "Arbeiterpartei (*Jo-seon Ro-dong-dang*)" in die Dörfer der ländlichen Regionen geschickt, um die Landbevölkerung umzuerziehen. Tatsächlich handelte es sich um eine Ausweitung der Kontrollmechanismen über die Landbevölkerung und um eine Gleichschaltung von traditionellen Formen der landwirtschaftlichen Produktion (GEY, 2004, S. 120).

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften wurden verstärkt zentralisiert und gleichzeitig differenziert, so auch die Trennung der Pflanzenproduktion von der Tierproduktion. Demgegenüber wurden aber die Versprechen von Il-Sung Kim, die Entwicklung von landwirtschaftlichen Dörfern finanziell zu unterstützen, nicht eingehalten. Die Ausgaben im militärischen Bereich begannen bereits 1962 zu steigen. Die Aufgabe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Volkseigentum umzuwandeln, scheint nach Medieninformationen bis heute noch eine offene und verhandelbare Frage in den politischen Debatten Nordkoreas zu sein (vgl. NAM, 2003, S. 96). Trotz der politischen Einflussnahme (oder gerade wegen der politischen Einflussnahme) begann die landwirtschaftliche Produktion in Nordkorea bereits ab Mitte der 1970er Jahre zu stagnieren.³³ Dieses Phänomen im Agrarbereich ist auf das grundlegende Problem im sozialistischen Planwirtschaftssystem zurückzuführen³⁴ – als eine prinzipielle Schranke einer "Politik der Produktionssteigerung".

Der Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 1980er Jahre verursachte einen Energie- und Devisenmangel in Nordkorea. Nordkorea behielt vor allem auf der Importseite (Erdöl, Maschinen und Ersatzteile, Technologie, Lebensmittel) eine enge Bindung an die Sowjetunion. Mit den Reformen begannen die ehemaligen Partner, Devisen für ihre Güter zu verlangen, welche Nordkorea nicht bieten konnte (FRANK, 2005, S. 242). In der Folge nahm die Produktion in der Landwirtschaft radikal ab. Schließlich wurden Mitte der 1990er Jahre zwischen 600.000 und einer Million Opfer der Hungerkatastrophen in Nordkorea

³³ Nordkoreas wirtschaftliche Stagnation begann Mitte der 1970er Jahre und verschärfte sich durch den Zusammenbruch in den anderen sozialistischen Ländern. Cumings begründet die wirtschaftliche Stagnation Mitte der 70er Jahren mit "Dogmatismus" und einer "intoleranten Natur der alten Elite" (vgl. CUMINGS, 2004, S. 187). Er schreibt dazu: "... after midseventies the North locked itself into an aging industrial infrastructure that embodies generally obsolescent technologies. The best explanation for his curious failure is the dogma of self-reliance, and the hidebound nature of an aging elite whose best days were disappearing in the rearview mirror."

³⁴ In den sozialistischen Ländern wird die zentralistische und detaillierte Wirtschaftslenkung bei zunehmender Komplexität immer ineffizienter (KORNAI, 1992).

öffentlich (vgl. GEY, 2004, S.115). Diese Situation zwang die nordkoreanische Regierung, die von ihren Werten stark überzeugt war, öffentlich um die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu bitten. Darüber hinaus wurde eine Reform der gegenwärtigen sozialistischen Wirtschaftspolitik einschließlich der Agrarpolitik nötig.

4.2 Aktuelle Situation von der Landwirtschaft in Nordkorea

4.2.1 *Wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Südkorea*

Die allgemeine wirtschaftliche Situation kann wie folgt in Tabelle 20 erfasst werden. Nordkoreas Bevölkerung erreichte im Jahr 2004 22,7 Millionen Einwohner, etwa die Hälfte der südkoreanischen Bevölkerung. Die Bevölkerungsgröße von Süd- und Nordkorea beläuft sich zusammen auf 70,8 Millionen, und befindet sich im weltweiten Vergleich auf dem 18. Platz. Nordkoreas Bruttovolkseinkommen (BVE) betrug 20,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004 und steht in einem Zunahmetrend. Aber im Vergleich mit Südkorea wird der Abstand seit den 1990er Jahren immer größer. Im Jahr 2004 betrug das Pro-Kopf-Einkommen Nordkoreas 914 US-Dollar und war 16-mal niedriger als in Südkorea. Im Bezug auf die Rolle der Landwirtschaft in der gesamten Wirtschaftsstruktur beträgt der nordkoreanische Anteil 26,7 %, während in Südkorea die Landwirtschaft nur noch 3,7 % ausmacht. Der große landwirtschaftliche Anteil in Nordkorea beruht auf der oben erwähnten Politik, die auf Autarkie in allen wirtschaftlichen Bereichen abzielte. Wird die heutige Wirtschaftsstruktur mit der Situation vor der Teilung Koreas verglichen, können die großen Verschiebungen in beiden Teilen Koreas nachvollzogen werden. Vor der Teilung wurde Nordkorea umgangssprachlich "der industrialisierte Teil des Landes" genannt, während der Süden als die "Kornkammer" bezeichnet wurde. Vor 1945 produzierte der Norden des Landes nur 20 % der Konsumgüter, 35 % der Lebensmittel und 35 % leichte Maschinen, während aber 80 % der Kohle, 85 % der Chemikalien, 90 % der Energie aus Wasserkraft und 95 % des Eisen- und Stahlausstoßes aus dem Norden stammten (FRANK, 2005, S. 237). Im Fall des Gesamtvolumens des Außenhandels betrug das Gesamtvolumen in Südkorea im Jahr 1970 nur das 3,7-fache von Nordkorea. Der Abstand hatte sich 2004 um das 167-fache vergrößert. Dies beruht auf dem Wirtschaftswachstum in Südkorea, das einer exportorientierten Entwicklungsstrategie folgte, während in Nordkorea die staatliche Wirtschaft seit den 1980er Jahren stagnierte.

Tabelle 20: Wirtschaftliche Grunddaten Nordkoreas im Vergleich zu Südkorea (2004)

	Nordkorea			Südkorea
	2000	2002	2004	2004
Bevölkerung (Mill. Pers.)	22,2	22,4	22,7	48,1
BVE ¹⁾ (Mrd. US \$)	16,8	17,0	20,8	681,0
BIP ²⁾ -Wachstum (%)	1,3	1,2	2,2	4,6
Pro-Kopf-Einkommen (US \$)	757	762	914	14.162
Wirtschaftsstruktur (%)				
• Landwirtschaft u.A. ³⁾	30,4	30,2	26,7	3,7
• Bergbau	7,7	7,8	8,7	0,3
• Verarbeit. Gewerbe	17,7	18,0	18,5	28,7
(Leichtindustrie)	(6,5)	(7,0)	(6,7)	(5,1)
(Schwerindustrie)	(11,2)	(11,0)	(11,8)	(23,6)
• Strom, Gas, Wasser	4,8	4,4	4,4	2,4
• Bauwesen	6,9	8,0	9,3	9,3
• Dienstleistungen	32,5	31,6	32,3	55,5
(staatliche)	(22,6)	(22,0)	(22,6)	(6,1)
(andere)	(9,8)	(9,6)	(9,7)	(49,4)
Außenhandel (Mrd. US \$)				
• Gesamtvolumen	19,70	2,26	2,86	478,31
Exporte	0,56	0,73	1,02	253,85
Importe	1,41	1,53	1,84	224,46

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (National Statistical Office of Korea),
www. nso.go.kr.

- Anm.: 1) BVE: Bruttovolkseinkommen.
2) BIP: Bruttoinlandsprodukt.
3) Landwirtschaft, Forsten, Fischerei.

4.2.2 Darstellung der Landwirtschaft in Nordkorea

Natürliche Bedingungen: Die natürlichen Bedingungen eignen sich zwar für die landwirtschaftliche Nutzung, sind jedoch keineswegs als günstig zu bezeichnen. Mehr als 80 % des nordkoreanischen Territoriums, das ungefähr 12,3 Mill. Hektar umfasst, ist gebirgiges Land. Das Gebiet mit Hangneigungen von weniger als 5 Grad umfasst gerade 19,6 % der Gesamtfläche. 56,6 % des Landes haben eine Neigung von mehr als 15 Grad. Wegen der topographischen Komplikationen können Änderungen des Klimas nur schwer vorhergesagt werden. Des Weiteren gibt es je nach Region starke Unterschiede.³⁵ Die

³⁵ Der große Unterschied der klimatischen Bedingungen fällt auf der gesamten rechtsseitigen Halbinsel auf. Dies gilt insbesondere für den Winter. Z.B. findet man einen großen Unterschied in der mittleren Januartemperatur von zehn Grad vor. Wenn man die Extrempunkte berücksichtigt, steigt diese Differenz sogar auf 24 Grad Celsius. Der Norden ist mit Ausnahme der Ostküste wesentlich kälter als der Süden, an der sich jedoch nur wenige

Bestimmung der Wetterbedingungen nimmt daher eine sehr wichtige Rolle in der nordkoreanischen Landwirtschaft ein. Der Niederschlag, als ein weiterer wichtiger Faktor in der Landwirtschaft, ist im Norden und Süden Nordkoreas je nach Jahreszeit sehr unterschiedlich. Hinzu kommt, dass die Niederschlagsmengen je nach der Jahreszeit sehr stark variieren können.

Bodennutzung und Eigentumsverhältnis: Wegen den oben genannten topografischen Eigenschaften in Nordkorea werden nur 15 % des Gesamtterritori-ums für die Landwirtschaft genutzt. Die folgende Tabelle 21 gibt eine Übersicht der Bodennutzung in Nordkorea.

Tabelle 21: Bodennutzung in Nordkorea

Boden	ha	%
Gesamter Boden	12.276.000	100
A. Landwirtschaftliche Fläche	1.850.000	15 (100)
1) Jährliche Feldfrüchte	1.550.000	(84)
- Paddy und Mais	1.250.000	
2) Dauerkulturen	300.000	(16)
B. Weide	780.000	6
C. Wald	8.970.000	73

Quelle: KIM et al., 1996, S. 15.

Von diesen landwirtschaftlich nutzbaren Flächen werden ungefähr 600.000 ha (32 % von LF) für Reis verwendet, auf 650.000 ha (35 % von LF) wird Mais angebaut. Reis wird im Tiefland unter Überschwemmungsbewässerungen angepflanzt. Mais wird demgegenüber im Hochland mit der Furche oder Sprinkler-Bewässerung angebaut. Außerdem werden 200.000 ha mit Gemüse-pflanzen und 300.000 ha mit dauerhaften Feldfrüchten einschließlich Obstgär-ten und Maulbeerbäumen gepflanzt. Weitere 100.000 ha wechseln auf einer jährlichen Basis zwischen dem Anbau von Kartoffeln und Gerste (oder Weizen, Buchweizen). Weideflächen stellen ungefähr 6 % des gesamten Landes dar. Etwa 85 % von LF werden von landwirtschaftlichen Genossenschaften be-wirtschaftet. Die restlichen Flächen werden von staatlichen Betrieben genutzt. Eine Schätzung aus dem Jahr 2000 ergab, dass es 1,96 Mill. landwirtschaftliche Haushalte in Nordkorea gab. Die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzflä- che pro Bauernhaushalt beträgt daher 0,95 ha (im Vergleich: Südkorea 1,45 ha pro Bauernhaushalt). Der Privatbesitz von Boden ist in Nordkorea nicht er- laubt. Nach der Bodenreform in den Jahren 1945 und 1946 können nur noch über das Format des Grundbuches Aussagen getroffen werden. Darüber hinaus

landwirtschaftlich nutzbare Flächen befinden. Deswegen kann die Aussaat nicht im Winter, sondern erst im Frühling stattfinden (FRANK, 2005, S. 236).

ist unklar, wann die Grundbücher von der Regierung beseitigt wurden.³⁶ Während Bodeneigentumsrechte in den staatlichen Betrieben dem Staat zugesprochen wurden, gehörte das Land in den landwirtschaftlichen Genossenschaften rechtlich gesehen den jeweiligen Genossenschaften.³⁷ Die nordkoreanische Verfassung schreibt vor, dass das Eigentum von landwirtschaftlichen Genossenschaften im Besitz der arbeitenden Bevölkerung ist, die an der genossenschaftlichen Wirtschaft beteiligt sind. Nach der Verfassung gehört das Vermögen der LPG den Mitgliedern und ist nicht Staatseigentum (Verfassung von Nordkorea, Artikel 22). Diese verfassungsrechtliche Bestimmung wird durch den Zusatz "nur gemäß dem Gesetz entscheidet" aufgehoben. Obwohl Eigentumsrechte rechtlich den Genossenschaften zugesprochen werden, ist die Nutzung, Verfügung und Haltung des Bodens nur unter staatlicher Kontrolle möglich. Außerdem schreibt die nordkoreanische Wirtschaftstheorie vor, dass der Staat ein genossenschaftliches Wirtschaftssystem entwickelt, das sich gemäß dem Entwicklungsniveau des landwirtschaftlichen Wirtschaftssystems und der freiwilligen Zustimmung der Genossenschaftsmitglieder allmählich zu Volkseigentum wandelt (Verfassung von Nordkorea Artikel 22). Über das genaue Eigentumsverhältnis in Nordkorea können keine genauen Aussagen getroffen werden. Die Genossenschaft ist in Nordkorea als ein Übergangszustand zu verstehen. Aus dieser Annahme der politischen Führung kann die Vermutung angestellt werden, dass konträr zu dem genossenschaftlichen Eigentum an Ackerböden in der Praxis die Genossenschaft nicht frei über ihr Eigentum entscheiden kann. Schließlich soll das genossenschaftliche Eigentum irgendwann in Volkseigentum umgewandelt werden (JEON, 1999, S. 20).

Landwirtschaftliche Bevölkerung: Wie man in Tabelle 22 sieht, nahm der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Nordkorea von ungefähr 41,5 % im Jahr 1970 zu 38,2 % im Jahr 1990 ab. Die absolute Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat jedoch seit Mitte der 1970er Jahre kontinuierlich zugenommen.

³⁶ Nach Berichten wurden alle Grundbücher zwischen den 1960er und 1970er Jahren verbrannt. Dies diente zur Stärkung der nordkoreanischen sozialistischen Ideologie im ländlichen Dorf. Die schachbrettartige Anlegung der Böden wurde in den 1970er Jahren vollzogen, um jegliche Erinnerung an frühere Eigentumsverhältnisse auszulöschen.

³⁷ Nach NAM (2003) haben die nordkoreanischen Genossenschaften im Prozess der Kollektivierung (1954-1958) einen bestimmten Preis an jeden Bauern gezahlt und dadurch die Gegenstände (einschließlich des Bodens) als Eigentum der Genossenschaft festgestellt. Wenn diese Tatsache stimmt, würde das bedeuten, dass Grund und Boden von den Bauern nicht in Form von Inventaren eingebracht wurden, sondern von den Genossenschaften aufgekauft wurde.

Tabelle 22: Landwirtschaftliche Bevölkerung

Jahr	Südkorea		Nordkorea	
	Mill. Pers.	Anteil (%)	Mill. Pers.	Anteil (%)
1970	14,42	44,7	6,03	40,5
1980	10,83	28,4	6,73	38,2
1990	6,66	15,5	7,64	37,8
1995	4,85	10,8	7,86	36,5
2000	4,03	8,6	8,16	36,8
2002	3,59	7,5	8,23	36,8
2003	3,53	7,4	8,29	36,8
2004	3,42	7,1	8,36	36,8

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (*National Statistical Office of Korea*), www.nso.go.kr.

Im Vergleich zu Südkorea liegen wichtige Unterschiede vor. Außerdem stellt dieses Phänomen eine echte Ausnahme im Vergleich zu anderen Ländern dar, die eine Transformation von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft erfahren haben. Wird darüber hinaus mit in Betracht gezogen, dass die Industrialisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft von der nordkoreanischen Regierung seit langem offiziell angestrebt wurde, sollte eigentlich eine Abnahme der absoluten Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung erwartet werden können. Im Bezug auf die Hintergründe dieses Phänomens können die folgenden zwei möglichen Erklärungen in Betracht gezogen werden (BREM und KIM, 2002, S. 70):

- Die Bevölkerung in Nordkorea ist von dem städtischen Raum in den ländlichen Raum abgewandert, weil sich der städtischen Bevölkerung in Nordkorea wenig Gelegenheiten für die Lebensmittelversorgung bot und somit die Lebensbedingungen in der Stadt sich im Vergleich zum ländlichen Raum verschlechtert hatten.
- Seit Anfang der 1980er Jahre wurde die Nutzung der vorhandenen Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Produktionsmittel in kritischer Weise durch den Mangel an Treibstoff und Ersatzteilen für Maschinen eingeschränkt. In dieser Situation musste die Führung in Nordkorea zum einen die Migration in den städtischen Raum einschränken und zum anderen die städtische Bevölkerung in den ländlichen Raum als Arbeitskraftersatz schicken.

Die Migration der Bevölkerung ist in Nordkorea seit langem durch das Registrierungssystem von Haushalten stark kontrolliert worden. Dieses System steht für eine Regierungspolitik, die seinen Einwohnern Unterkunft und Arbeitsplatz zuweist, um die Vergabe der Lebensmittelrationen zu koordinieren. Die Einwohner Nordkoreas haben darüber hinaus einen innerstaatlichen Pass, welcher Reisen innerhalb des Landes ermöglicht. Daher scheint die zweite Erklärung überzeugender zu sein (BREM und KIM, 2002, S. 71), da Reisefreiheiten

stark eingeschränkt waren. Eine ungehinderte Migrationsbewegung würde ein Versagen der staatlichen Kontrollsysteme implizieren.

Die landwirtschaftliche Produktionsorganisationen: Bevor der Kollektivierungsprozess in Nordkorea begonnen wurde, waren private Familienbetriebe mindestens bis zum Jahr 1954 vorherrschend. Ab 1958 waren alle privaten Familienbetriebe in den neu geschaffenen kollektiven landwirtschaftlichen Organisationen absorbiert. So sind heute private Familienbetriebe in Nordkorea völlig verschwunden. Für die Familien im ländlichen Raum ist bis heute nur eine geringe Fläche Land in Form eines Hofes erlaubt ("Hofland"). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die landwirtschaftliche Produktion in Nordkorea in den folgenden drei Organisationsformen durchgeführt wird (vgl. BREM und KIM, 2002, S. 55f.):

- Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (*Hyeob-dong Nong-jang*);
- Staatlicher landwirtschaftlicher Betrieb (*Gug-yeong Nong-jang*);
- Private Parzellen ("Hofland") (*Teoss-bat*).

Die Eigenschaften jeder Produktionsorganisationsform sind in der Tabelle 23 festgehalten. Die Genossenschaft ist die dominanteste Organisationsform in der landwirtschaftlichen Produktion. Sie sind rechtlich autonome Organisationen, die aber in der Realität von der staatlichen Regulierung abhängen. Die Eigentumsverhältnisse in den Genossenschaften stellen eine Mischung aus gemeinschaftlichem und staatlichem Eigentum dar.³⁸ Die Hauptproduktion von Genossenschaften bezieht sich auf die Lebensmittelproduktion in Form von Pflanzenproduktion. Darüber hinaus ist die Genossenschaft in ländlichen Räumen eine soziale Form der Lebensgemeinschaft.

Die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe bestellen 20 % der gesamten landwirtschaftlichen Flächen und erwirtschaften fast 30 % der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion. Die staatlichen Betriebe sind produktiver als Genossenschaften. Im Fall der Tierproduktion kommen mehr als 70 % aus staatlichen Betrieben (BREM und KIM, 2002, S. 56). Die meisten staatlichen Betriebe fungieren als landwirtschaftliche Experimentstationen und Erweiterungsdienstleistungen für

³⁸ Viele landwirtschaftliche Genossenschaften liegen auf Waldflächen und haben Kohlenberge in Nordkorea. Das Vermögen und die Ressourcen werden in diesen Gebieten durch die Genossenschaften verwendet, jedoch besitzt der Staat offiziell dieses Vermögen. Zusätzlich werden Ressourcen für den Produktionsprozess durch den Staat finanziert, bleiben aber gesetzlich staatliches Eigentum. Genossenschaften haben nur das Recht diese Ressourcen zu nutzen. Im Fall von Obstgärten und Maulbeerenplantagen, stellte der Staat Obstbäume und Maulbeerenschösslinge den Genossenschaften kostenlos zur Verfügung. Die Bäume sind staatliches Eigentum. Die Früchte und die Maulbeerenblätter sind jedoch Eigentum der Genossenschaften (NAM, 2003, S.108).

die Tierzucht. Da die staatlichen Betriebe die Produktionsmittel vom Staat nach Vorzugsrechten erhalten können, sind ihre Bedingungen für die Produktion besser als in anderen Genossenschaften. Während die Arbeiter in Genossenschaften als Bauern klassifiziert werden, werden die Arbeiter in staatlichen Betrieben als "Arbeiterklasse" klassifiziert und auch dementsprechend behandelt. Während die Genossenschaftsmitglieder mit starken Beschränkungen konfrontiert sind, z.B. in der Bildung ihrer Kinder und in den Möglichkeiten des Berufswechsels, sind Arbeiter in den staatlichen Betrieben relativ gesehen von geringeren Beschränkungen betroffen.³⁹ Der Lebensstandard ist in Staatsbetrieben erheblich besser als in den Genossenschaften. Die privaten Parzellen ("Hofland") haben eine Fläche von 30 bis 50 *Pyeong*⁴⁰ (100 bis 170 qm), die von der Familiengröße abhängig verteilt wird. Familien im ländlichen Raum ist es erlaubt, Gemüse, Obstbäume und andere Anbaufrüchte für den Verkauf anzubauen und Geflügel, Schweine und Vieh zur subsistenzwirtschaftlichen Nutzung als auch für den Verkauf zu züchten. Etwa 22-30 % der gesamten Produktionsmengen werden in Nordkorea auf diesen Flächen mit relativ hoher Produktivität erwirtschaftet (CHOI, 2001, S. 149).

Tabelle 23: Landwirtschaftliche Formen der Produktionsorganisation in Nordkorea

	Produktionsgenossenschaft	Staatlicher Betrieb	Privatparzellen
Eigen-tums-verhältnis	<ul style="list-style-type: none"> Mischung von gemeinschaftlichem und staatlichem Eigentum 	<ul style="list-style-type: none"> Staatseigentum 	<ul style="list-style-type: none"> individuelles Nutzungsrecht
Arbeit und Zuteilung	<ul style="list-style-type: none"> Zusammenarbeit Einmaliger Ankauf durch die Regierung gemäß dem geplanten Zielbetrag, danach Zuteilung des Rests nach Arbeitsnoten 	<ul style="list-style-type: none"> Lohnarbeit Aufkauf der Produktion durch die Regierung 	<ul style="list-style-type: none"> Freiwillige Arbeit Verkauf auf den Bauernmärkten
Größe und Anzahl	<ul style="list-style-type: none"> Etwa 1,8 Mill. ha Durchschnitt: 550 ha Etwa 3.200 Betriebe, ein Betrieb besteht aus etwa 300 Haushalten 	<ul style="list-style-type: none"> Etwa 0,2 Mill. ha Durchschnitt: 200 ha Etwa 1.000 Betriebe 	<ul style="list-style-type: none"> Durchschnitt: 100-170 m² Etwa 1,8 Mill. Haushalten

Quelle: Eigene Darstellung.

Landwirtschaftliche Produktion: Wie Tabelle 24 veranschaulicht, hat die nordkoreanische Landwirtschaft relativ gute Ergebnisse bis zum Beginn der 1980er Jahre erwirtschaftet. Nach dieser erfolgreichen Periode hat sich das

³⁹ Aussage eines nordkoreanischen Flüchtlings (Feb. 1998, zitiert aus NAM, 2003, S. 108).

⁴⁰ "Pyeong" ist ein koreanisches Flächenmaß. 1 Pyeong beträgt etwa 3,306 qm.

landwirtschaftliche Produktionswachstum beträchtlich verlangsamt und somit wurde das innere Bedürfnis nach Nahrungsmitteln nicht befriedigt. Im Jahr 2000 verschlechterte sich die Produktivität in der Reisproduktion weiter.

Tabelle 24: Produktivität in der Reisproduktion

Jahr		1970	1980	1990	2000
Produktion pro ha (t)	Nordkorea	1,59	2,04	2,32	2,28
	Südkorea	2,55	2,66	3,94	4,45
Produktion pro Kopf (t)	Nordkorea	0,66	0,55	0,53	0,44
	Südkorea	0,48	0,49	1,00	1,47

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (*National Statistical Office of Korea*), www.nso.go.kr.

Obwohl eine genaue Bewertung der tatsächlichen Situation in der Lebensmittelversorgung mangels Produktions- und Verbraucherstatistiken schwierig ist, kann mit einiger Gewissheit festgestellt werden, dass die Bevölkerung in Nordkorea unter einer chronischen Lebensmittelknappheit leidet. Der Niedergang der Lebensmittelproduktion ist wahrscheinlich den folgenden drei Faktoren zuzuschreiben:

- Die anhaltende Wirtschaftsstagnation in Nordkorea verursachte die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft. Die Hintergründe der Wirtschaftskrise werden im nächsten Kapitel 4.3 genannt. Wegen der allgemeinen Wirtschaftsstagnation, die bereits seit dem Anfang der 1980er Jahre einsetzte, nahm der Einsatz von landwirtschaftlichen Produktionsmaterialien z.B. Chemikalien, Kraftstoff- und Maschinenersatzteile und sogar der häuslich erzeugte Dünger erheblich ab (vgl. BREM und KIM, 2002, S. 67).
- Wie in Kapitel 4.1 erwähnt, wurde seit den 1970er Jahren ein nationales Programm in Nordkorea implementiert, darin wurden viele Abhänge zu Terrassen umstrukturiert, um die landwirtschaftliche Nutzungsfläche zu erweitern. Diese so genannte Politik der Naturumgestaltung ging auf Kosten einer radikalen Abholzung der Wälder. Durch diese Abholzung wurde die natürliche Umwelt in Nordkorea schwer gestört. Als Folge werden die ländlichen Räume leicht überschwemmt. Besonders in der Regenzeit werden viele Ackerflächen durch Überschwemmung bzw. durch Erdbeben zerstört.
- Der wahrscheinlich wichtigste Faktor: Den Bauern fehlt der Anreiz zur Produktionssteigerung, weil das landwirtschaftliche Management übermäßig zentralisiert und kollektiviert wurde. Es ist bereits bekannt, dass die Produktivität auf den privaten Landflächen drei bis sechs Mal höher ist als in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LEE, 1998, S.150 ff.).

Rationierung der Lebensmittel und Handel mit landwirtschaftlichen Gütern:

Seit ihrer Machtübernahme hat die nordkoreanische Führung die Rationierung der Lebensmittel (Reis und Mais) als ein Grundsatz der Realisierung des Sozialismus angenommen. Die Voraussetzung war der planmäßige staatliche Kauf aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. In Nordkorea ergaben sich zwei Erwerbsformen von Agrarerzeugnissen; zum einen der "staatliche Kauf" und zum anderen der "freie Kauf". Der "staatliche Kauf" bezieht sich auf die Regulierung von staatlichen Ankauforganisationen und Genossenschaften durch einen Plan, nach dem landwirtschaftliche Produkte nach einem staatlichen Kaufpreis eingekauft werden. Der "freie Kauf" umfasst Formen wie den Austauschkauf, Übertragungskauf, Vertrauenskauf, Marktkauf. Marktkauf bedeutet, dass landwirtschaftliche Produkte auf einem so genannten "Bauernmarkt"⁴¹ an- und verkauft werden. Die nordkoreanische Führung schrieb vor, dass "Bauernmärkte" eine supplementäre und sekundäre Bedeutung unter den sozialistischen Handelsformen einnehmen sollten. Das heißt, die Führung toleriert offiziell seit längerem "Bauernmärkte". Während der "staatliche Kauf" sich auf die Lebensmittel z.B. Reis, Mais bezieht, werden andere Lebensmittel bzw. landwirtschaftliche Nebenprodukte (z.B. Stroh) über "freien Kauf" abgewickelt.

4.2.3 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Nordkorea

Wie oben erwähnt werden die landwirtschaftlichen Güter in Nordkorea durch 1.000 staatliche Betriebe, 3.200 Produktionsgenossenschaften und durch private Parzellen ("Hofland") produziert. Darunter sind die etwa 3.200 Produktionsgenossenschaften die Hauptorganisationen der nordkoreanischen Agrarproduktion, weil sie den Großteil der landwirtschaftlichen Flächen in Nordkorea bewirtschaften und dadurch auch den größten Anteil der Lebensmittel (mit etwa 90 % der Pflanzenproduktion) produzieren. Außerdem ist die landwirtschaftliche Genossenschaft eine Organisation, durch die das Alltagsleben der ländlichen Bewohner bestimmt wird. In Diskussionen über eine Agrarreform in Nordkorea nimmt die Frage der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine zentrale Rolle ein. In diesem Abschnitt wird daher die Genossenschaft ausführlicher dargestellt, um den gegenwärtigen Zustand ihrer Organisation, der Produktionstätigkeit, des Verteilungssystems und der Verbesserungsanstrengungen der Vergangenheit nachzuvollziehen.

⁴¹ Es gibt in Nordkorea drei Feiertage im Monat für Bauern (1. 11. 21. Tag in jedem Monat). An diesen Tagen ist die Öffnung der Bauernmärkte erlaubt. Die Bauernmärkte spielen seit der Lebensmittelkrise eine besondere Rolle (NAM, 2003, S. 140).

4.2.3.1 Organisation und Leitung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ist die Basis in dem hierarchischen landwirtschaftlichen System. Das hierarchische landwirtschaftliche System besteht aus den folgenden Organisationen (siehe Abbildung 4):

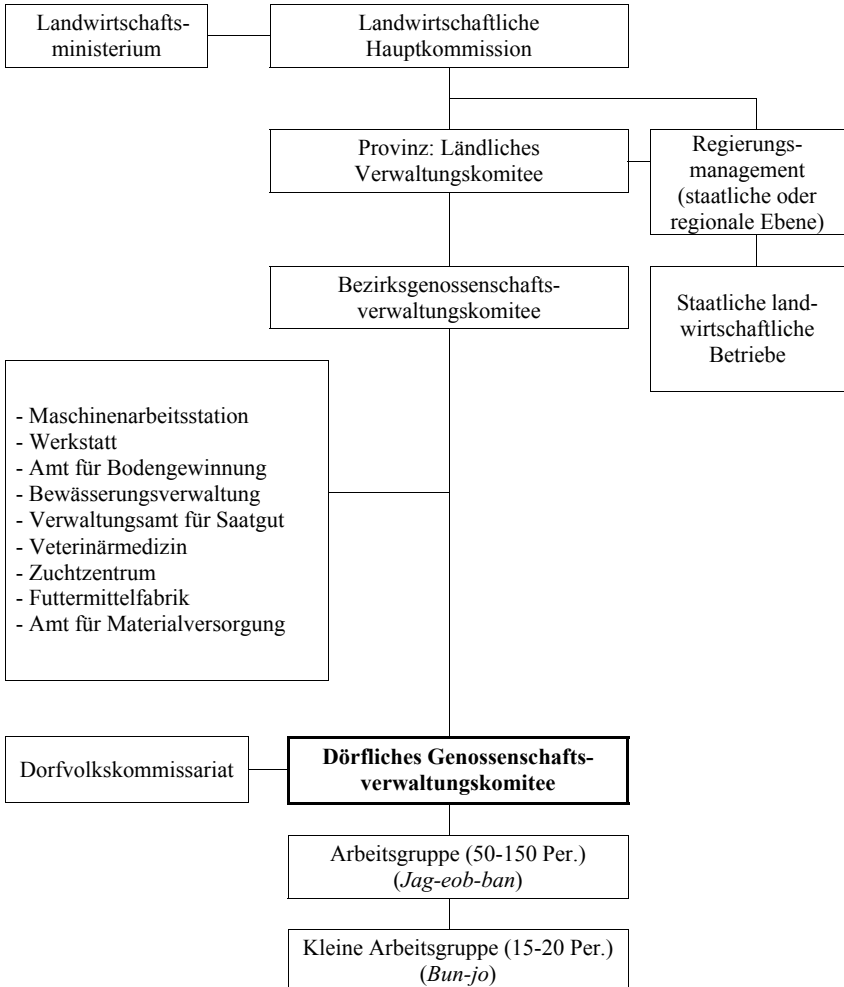
- Landwirtschaftliche Hauptkommission im landwirtschaftlichen Ministerium (*Nong-yeob-wi-weon-hoe*);
- ländliches Verwaltungskomitee in den Provinzen (*Do Nong-chong-yeong-ri-wi-weon-hoe*);
- Genossenschaftsverwaltungskomitee auf Bezirksebene (*Gun Hyeobdong-nong-jang Gyeong-yeong-wi-weon-hoe*);
- Genossenschaftsverwaltungskomitee auf dörflicher Ebene (*Hyeobdong-nong-jang Gwan-ri-wi-weon-hoe*).

Die gesamte Planung, das Management, die Produktion und die Lieferung in der Landwirtschaft werden in Nordkorea durch das obige Vier-Ebenen Organisationsmodell vollzogen. Die Regierung und die Hauptkommission unterstützen und beaufsichtigen jede Genossenschaft durch ihre Komitees auf Provinz- und Bezirksebene. Die Genossenschaft in Nordkorea wurde nach der Einheit des Dorfes (*Ri*) gebildet, welche die strukturell kleinste Einheit des staatlichen Verwaltungssystems in Nordkorea ist. Der Vorsitzende eines dörflichen Genossenschaftsverwaltungskomitees (*Hyeobdong-nong-jang Gwan-ri-wi-weon-hoe*) ist zugleich der Vorsitzende in dem dörflichen Volkskommissariat. Jede Genossenschaft stellt eine Arbeitsgruppe (*Jag-eob-ban*) unter ihrem Verwaltungskomitee. Jede Arbeitsgruppe differenziert sich weiter in kleine Arbeitsgruppen (*Bun-jo*).

Jedes Genossenschaftsmitglied wird einer Arbeitsgruppe und einer "kleinen Arbeitsgruppe (*Bun-jo*)" zugeordnet. Jeder "*Bun-jo*" werden spezifische Aufgaben zugeteilt. Die Größe einer "*Bun-jo*" ändert sich nach dem Lageplan der Genossenschaft und nach dem Typ der Arbeit. Die höchste Organisation einer Genossenschaft stellt die "Generalversammlung" oder auch "Vertretende Sitzung" dar. Eine Generalversammlung kann nur durch die Teilnahme von mehr als 50 % ihrer Mitglieder zustande kommen. Vertretende Sitzungen können durch die Teilnahme von mehr als zwei Drittel der Repräsentanten abgehalten werden. Repräsentanten werden von allen Mitgliedern gewählt und ihre Dienstzeit beträgt sechs Monate bis zu einem Jahr. Das Verwaltungskomitee ist für die gesamte Produktions- und Betriebstätigkeit verantwortlich, die aus 10 bis 25 Komitees besteht. Der Vorsitzende des Verwaltungskomitees wird für eine Dienstzeit von ein bis zwei Jahren gewählt. In der Praxis wird der Vorsitzende aber durch die Regierungspartei "*Jo-seon Ro-dong-dang*" berufen. Es werden "Überprüfungskomitees" zur allgemeinen Inspektion der gesamten Geschäftsgänge in den Genossenschaften installiert, welche aus 5 bis 10 Personen bestehen.

Außerdem gibt es auch andere Organisationen, die dem Management der Verwaltungskomitees unterstehen: z.B. die Kreditvereinigung, Arbeiterschulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Propagandaabteilung.

Abbildung 4: Landwirtschaftliches Führungs- und Verwaltungssystem in Nordkorea



Quelle: INSTITUTE OF NORTH KOREA STUDIES (1994), Overview of North Korea, S. 369.

4.2.3.2 Produktionstätigkeit und Verteilung

Der Produktionsplan wird von den Genossenschaftsmitgliedern nicht eigenständig erstellt. Die Partei schreibt den Plan vor, der nach unten weitergegeben wird. Die nordkoreanische Regierung gibt alljährlich im Juli die Produktionsziele für das nächste Jahr vor und gibt sie den Genossenschaftsverwaltungskomitees auf der unteren Ebene weiter. Anhand der Produktionsziele teilt das Genossenschaftsverwaltungskomitee auf Bezirksebene den jeweiligen Genossenschaften eine konkrete Aufgabe zu. Danach diskutiert die Genossenschaft über den zugeordneten Beitrag und die Methoden in den jeweiligen Arbeitsgruppen. Danach finden so genannte "Vereidigungsversammlungen" und Kundgebungen statt, um den Willen zu zeigen, mehr als die geplanten Produktionsziele zu produzieren⁴². Wenn ein Produktionsvorhaben bestimmt wird, werden technische Planungen der einzelnen Prozesse angefertigt. Nachdem die ausführlichen Produktionspläne in den einzelnen Arbeitsgruppen gebildet werden, sammelt das Genossenschaftsverwaltungskomitee alle Pläne und leitet sie an den Bezirksverantwortlichen weiter. Diese Berichte werden über Verwaltungskomitees auf Provinzebene dem zentralen Zuständigen weitergeleitet. Nachdem die Zentralstelle der landwirtschaftlichen Verwaltung erneut den Plan prüft und korrigiert, bestimmt die Regierung schließlich den endgültigen landwirtschaftlichen Produktionsplan für das nächste Jahr. Danach veröffentlicht die Regierung den Plan und leitet ihn über die Vorsitzenden an die jeweiligen Genossenschaften vertikal nach unten. Zusätzlich wird ein so genannter "Standard der Arbeitsmenge" angewandt, um die Qualität und Quantität der Arbeit von jedem Mitglied in der Genossenschaft auszuwerten. Der Standard wird als "*Norma*" bezeichnet.

"*Norma*" bezeichnet das Arbeitsvolumen, das ein landwirtschaftlicher Arbeiter mit normaler Arbeitsfähigkeit an einem Tag leisten kann. In dieser Standardisierung werden die landwirtschaftlichen Arbeiten nach Typ, Wichtigkeit und dem technischen Niveau in fünf Klassen unterschieden. Während die leichteste Arbeit mit dem Grad 1 klassifiziert wird, wird mit dem Grad 5 die härteste Arbeit bezeichnet. Wird an einem Tag eine Grad-5-Arbeit geleistet, bekommt der Arbeiter 1,5 "Arbeitstage (*Ro-dong-il*)"⁴³ anerkannt. Im Fall von Grad-1-Arbeit wird lediglich ein 0,5 "Arbeitstag" anerkannt. Der "Arbeitstag" als

⁴² Alle landwirtschaftlichen Produktionsplanbeträge werden höher festgesetzt als die realen Jahreserträge der Genossenschaften, weil die zentrale Partei die Beträge anhand der erforderlichen Menge plant. Deswegen unterscheiden sich die zentralen Pläne von den realen Kapazitäten der Genossenschaften bzw. deren Mitgliedern.

⁴³ Der Begriff des "Arbeitstages" bezeichnet nicht die Summe der Arbeitsstunden an einem Tag, die der Arbeiter in Form der natürlichen Zeit der Arbeit aufbringt, sondern die Summe des Tages, die nach dem Berechnungsstandard geschätzt wird.

"Anerkennungsnote" ermöglicht die Differenzierung unterschiedlicher Arbeiter, obwohl die Arbeiter ihre jeweilige Arbeit in einem bestimmten Zeitraum gemeinsam vollenden. Die Verteilung des Gewinns erfolgt in den Genossenschaften am Ende des Jahres in der Generalversammlung gemäß der gesammelten "Arbeitstage" in Form von Waren oder Bargeld. Der Verteilungsanteil für Bauern wird wie folgt bestimmt: Der Verteilungsanteil für einen Bauern wird durch die Differenz des produktiven Aufwandes vom gemeinschaftlichen Akkumulationsfonds bestimmt. Allgemein beläuft sich die Differenz bei der Endabrechnung⁴⁴ auf 55 % bis 60 % vom Jahresbruttoeinkommen. Der Anteil für ein Genossenschaftsmitglied beträgt dann 40-45 %. Als Entscheidungsverfahren für die Verteilung unter den Bauern werden folgende drei Verteilungssysteme⁴⁵ benutzt:

- Allgemeine Verteilung;
- Verteilung nach dem "Bevorzugungssystem nach Arbeitsgruppen (*Jag-eob-ban U-dae-je*)";
- Verteilung nach dem "Verwaltungssystem nach kleinen Arbeitsgruppen (*Bun-jo Gwan-ri-je*)".

Nach dem allgemeinen Verteilungssystem wird der Verteilungsanteil eines Individuums anhand seiner Arbeitstage bestimmt. Bei der Anwendung des zweiten bzw. dritten Systems wird die Verteilung individuell durchgeführt.

Seit 1960 hat Nordkorea dieses System in die Genossenschaft eingeführt, um Produktionsanreize für die Bauern zu schaffen. Als eine zusätzliche Zahlungsform beinhaltet das "Bevorzugungssystem von Arbeitsgruppen", dass die Mitglieder einer Arbeitsgruppe (50-150 Personen) den Überschuss untereinander aufteilen können, falls die Arbeitsgruppe mehr als den vorgeschriebenen Bevorzugungsstandard erreicht hat.

Wegen der Größe der Arbeitsgruppen blieb die Schaffung von Produktionsanreizen oftmals wirkungslos. Daher wurde das "Verteilungssystem nach kleinen Arbeitsgruppen" eingeführt, um die Zielgruppe für den Anreiz zu verkleinern. Nach diesem Verteilungssystem wurde der Verteilungsprozess wie folgt durchgeführt: Zuerst stellt das Verwaltungskomitee jeder "kleinen Arbeitsgruppe" (*Bun-jo*) eine bestimmte Ackerfläche und landwirtschaftliche

⁴⁴ Die Differenz beinhaltet Produktionskosten (28-30 % von Bruttoeinkommen), gemeinschaftliche Akkumulationsfonds (10 %), soziale und kulturelle Fonds (10 %), Beihilfe (3 %). Zu den Produktionskosten gehören die Kosten für Saatgut (2-3 %), Futter (0,7-1 %), Dünger (2-4 %), Maschinennutzung (7 %), Bewässerung (7 %), landwirtschaftliche Geräte (10 %) usw.

⁴⁵ Wenn das Produktionsergebnis nicht mehr als 90 % der geplanten Produktion erreicht, beträgt der individuelle Anteil bei allen drei Verteilungssystemen eine Verringerung von 5 bis 15 % seiner ursprünglichen Verteilungsmenge.

Produktionsmittel zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der staatlichen Vorgaben wird auch die konkrete Produktionsmenge von der jeweiligen Gruppe festgestellt. Danach werden die Arbeitstage bewertet und die Verteilung dem geplanten Leistungsgrad entsprechend durchgeführt.

Nachdem das Komitee jeder Gruppe Boden zuteilt, Produktionsmittel vergibt und Produktionsziele setzt, berechnet am Ende die Genossenschaft ihr Arbeitsvolumen und verteilt den Gewinn gemäß dem Ergebnis. Trotz der Erweiterung der Anreizsysteme wurde das Ziel verfehlt. Denn die Produktionsziele wurden unerreichbar hoch gesetzt, so dass die Gruppen die Ziele unmöglich realisieren konnten. Auf der anderen Seite war es problematisch, dass Produktionsergebnis von Arbeitsgruppen bestimmen zu lassen, da hier die Gefahr der Manipulation bestand. Obwohl die Produktionsziele in der allgemeinen Statistik einer Genossenschaft erreicht wurden, gab es in Wirklichkeit kaum Überschüsse, um die Leistung einer Gruppe richtig einschätzen zu können. Infolgedessen ist seit den 1970er Jahren dieses System eine statistische Fassade geblieben.

Im Jahr 1996 führte Nordkorea das so genannte "Vertrags-Arbeitssystem der *Bun-jo*" ein. Die Inhalte waren:

- Verkleinerung der Größe der *Bun-jo* und die Anwendung des Bevorzugungssystems für *Bun-jo*;
- Realistischere Anpassung an niedrigere Produktionsziele;
- Erlaubnis von Verfügungsrechten über den Überschuss.

Dadurch wurde die Größe der *Bun-jo* von 15-20 Personen auf 7-8 Personen verkleinert und das Bevorzugungssystem nicht auf die gesamte Einheit "*Jageob-ban*", sondern nur auf die verkleinerte "*Bun-jo*" angewandt. Damit verband sich die Absicht die materiellen Wünsche der Bauern zu maximieren und durch die Individualisierung der Verantwortung die Kontrolle auf die Produktionsvorgänge zu erhöhen. In diesem neuen Arbeitssystem in der Genossenschaft wurden auch die Produktionsziele nach unten angepasst. Die durchschnittliche Erntemenge, die man sonst für drei Jahre angesetzt hatte, wurde jetzt auf einen Zeitraum von zehn Jahren ausgedehnt. Eine weitere bedeutende Veränderung stellte die Einführung von individuellen Verfügungsrechten über Überschüsse in den "*Bun-jo*" dar, obwohl die nordkoreanische Führung zuvor jedwede private Lebensmitteltransaktion öffentlich untersagt hatte.

Trotzdem gelang es nicht durch die Maßnahmen die *Bun-jo* zu modernisieren, da nach wie vor das Einkommen sehr gering war. Die Ausgaben zur Deckung der Produktionskosten für landwirtschaftliche Mittel waren so hoch, dass oftmals auch diese Kosten nicht aufgebracht werden konnten. Auch wenn es sich um eine Anpassung der Produktionsziele handelte, basierten sie auf einer Überschätzung der Produktionsstatistiken und stellten immer noch zu hohe Ziele dar. Infolgedessen wandten sich Mitglieder der Genossenschaften von

den staatlichen Anreizsystemen ab und konzentrierten sich in der Praxis auf die Bewirtschaftung der privaten Parzellen ihres Hofes.

Im Wesentlichen ist das Entlohnungssystem in nordkoreanischen LPGen nicht anders als das stalinistische Entlohnungssystem der UdSSR in den 1930er Jahren (vgl. WÄDEKIN, 1972, S. 17ff.). In Nordkorea steht für Entlohnung nur der Überschuss nach aller "Abgaben" zur Verfügung. Die Menge der "Abgabe" ist viel zu hoch und somit wird der Lebensstandard der Bauern verschlechtert. Dieses stalinistische Entlohnungssystem in der nordkoreanischen kann als ein totales Ausbeutungssystem bezeichnet werden.

4.3 Wirtschaftliche Krise und Probleme der Landwirtschaft seit den 1990er Jahren

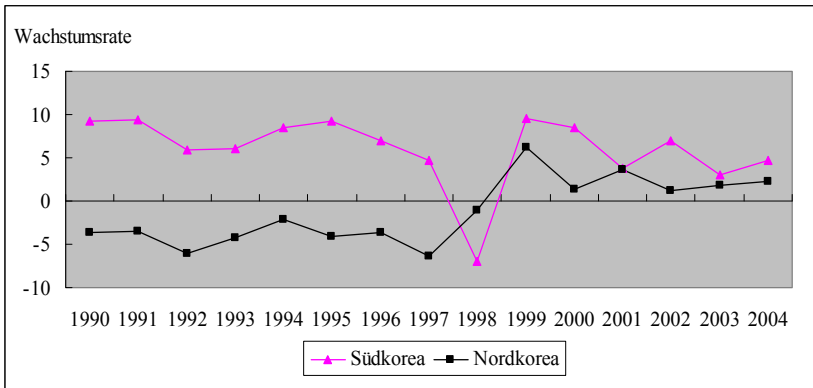
Das Wirtschaftssystem Nordkoreas beruhte seit den letzten Jahrzehnten auf der Säule der "planmäßigen Wirtschaftsführung", das jedoch zum Ende der 1980er Jahre in einer Wirtschaftskrise zusammenbrach.

Ein Großteil der Fabriken stellte die Produktionstätigkeit ein, die Lebensmittelproduktion nahm schnell ab und das nationale Finanzsystem litt unter starken Einbußen. Das Rationisierungssystem, wodurch in der Vergangenheit Lebensmittel direkt verteilt wurden, brach ebenfalls zusammen und wurde indirekt durch Bauernmärkte bzw. dem Schwarzmarkt ersetzt. Schließlich kam es Mitte der 1990er Jahre zu Hungerkatastrophen, denen mehr als eine Millionen Menschen zum Opfer fielen⁴⁶. Im Folgenden werden Situation und Ursachen der Wirtschaftskrise beschrieben. Im Anschluss werden die wichtigsten Inhalte und Resultate der wirtschaftlichen Reformen seit 2000 zusammengefasst.

4.3.1 *Wirtschaftliche Krise in den 1990er Jahren*

Wenn man auf den nordkoreanischen wirtschaftlichen Aufstieg und Niedergang zurückblickt, kann festgestellt werden, dass Nordkorea bis in die 1960er Jahre ein hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, das sich in den 1970er Jahren verlangsamte. Bis zum Ende der 1980er Jahre konnte zumindest ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum verzeichnet werden (PARK, 2004, S. 1). In den 1990er Jahren wurde Nordkorea durch den Zusammenbruch der sozialistischen Blockstaaten hart getroffen. In der Folge entstand eine negative Wirtschaftswachstumsrate. Im Jahr 1990 kam es nach Ende des Koreakrieges zum ersten Mal zu negativen Wachstumsraten. Sie hielt bis 1998 weiter an (Tabelle 25).

⁴⁶ Schätzungen über die Opfer der Hungerkatastrophen sind sehr unterschiedlich und bewegen sich zwischen 220.000 und 3,5 Millionen Opfern (GEY, 2004, S.115).

Tabelle 25: Rate des Wirtschaftswachstums Nordkoreas seit 1990

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (National Statistical Office of Korea), www.nso.go.kr.

Obwohl es offensichtlich war, dass sich die nordkoreanische Wirtschaftskrise zuspitzen musste, als die Einfuhr wichtiger Rohstoffe von den sozialistischen Nachbarstaaten wie der Sowjetunion unterbrochen wurde, war im Grunde die Grenze der wirtschaftlichen Entwicklung schon Ende der 1970er Jahre durch innere Diskrepanzen in der Planwirtschaft vorgezeichnet. Bei diesen inneren Diskrepanzen handelt es sich um allgemeine Probleme, die auch in den anderen sozialistischen Ländern angetroffen werden konnten. In Nordkorea sind diese Diskrepanzen wie folgt charakterisiert (vgl. PARK, 2004, S. 97ff.):

- Das Planwirtschaftssystem, welche den Faktor der Nachfrage außen vorlässt und lediglich die Produktionsmenge in Betracht zieht;
- Problem des Preissystems, zentralistische staatliche Kontrolle der Preise für alle Produkte;
- Misserfolge in der effektiven Allokation von Ressourcen, verursacht durch die sehr eingeschränkte Rolle des Bankwesens;⁴⁷
- Kollisionen der offiziellen Idee einer streng kollektiven Organisation der Wirtschaft mit der zunehmenden Betonung der individuellen Leistungsanreize;
- Probleme, die durch ein unabhängiges kommerzielles Gewinnsystem erzeugt wurden.

⁴⁷ KORNAI (1992, S. 140ff.) erklärt diese Phänomen in dem Sozialismus durch das Wort "soft budget constraint".

Diese inneren systematischen Diskrepanzen wurden durch die Unterstützung von außen verhüllt. Der Zusammenbruch des sozialistischen Blocks wurde demzufolge als ein Schock in Nordkorea aufgenommen. Die versteckten systembedingten Schwierigkeiten wurden durch den Wegfall der Unterstützung des sozialistischen Blocks offen gelegt und eine gravierende Wirtschaftskrise war die Folge. Die unmittelbaren, konkreten Ursachen der Krise sahen wie folgt aus: Nordkorea bezog die wichtigen Rohstoffe für die Produktion wie Erdöl, Maschinenteile, Kohle usw. bis zum Ende der 1980er Jahre zu großen Teilen ausschließlich aus der Sowjetunion. Die Sowjetunion hatte einen Anteil von 50-60 % am nordkoreanischen Importvolumen. Durch diese Lieferung konnte Nordkorea seine industriellen Hauptzweige betreiben und ausbauen. Die nordkoreanischen Schwerpunkte in der Industrie liegen in der Eisenverhüttung, chemischen Industrie, Kraftwerken usw. Nordkorea hatte durch diese Industrieanlagen, die von der sowjetischen Unterstützung abhängig waren, 65 % des Anlagevermögens der gesamten Elektrizität, 40 % der Eisenerzverarbeitung, 50 % von Petrochemie, 13 % des chemischen Düngers, 20 % von Textilwaren erzeugt (ROH et al., 2002, S. 666f.). Nachdem die ehemaligen Partner mit Wirtschaftsreformen begonnen hatten, gründete Russland den Handel von Gütern auf Devisen, welche Nordkorea nicht aufbringen konnte (vgl. FRANK, 2005, S. 241f.). In der Folge nahm das Importvolumen Nordkoreas aus Russland erheblich ab (von 1.520 Mill. US-Dollar im Jahr 1990 auf nur 180 Mill. US-Dollar im Jahr 1991). Die VR China verlangte ab 1992 ebenfalls statt des "Freundschaftspreises" die Abrechnung in Devisen (US-Dollar). Nordkorea hatte traditionell behauptet, dass es Rohstoffe und Brennstoffe, gemäß dem Weg der "wirtschaftlichen Unabhängigkeit" und dem "Prinzip von Regeneration durch eigene Anstrengungen", selbst erzeugen würde. Diese improvisierte Ausrichtung kam nur deshalb als öffentliches Motto der Politik zustande, weil die Führung Nordkoreas ihre Abhängigkeit von außen früh erkannt hatte.

Die nordkoreanische Führung war sich nach eigener Aussage über ihre Lage bewusst, nach welcher der maximale Grad ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit etwa 60 bis 70 % ausmachen würde (NORDKOREANISCHE ARBEITERPARTEI (*JO-SEON RO-DONG-DANG*) VERLAG 1999, S. 261). 30-40 % der Rohstoffnachfrage, die ohne Unterstützung von außen nicht mehr befriedigt werden konnten, haben signifikante Folgen für das Funktionieren des nordkoreanischen Wirtschaftssystems.⁴⁸ Diese Rahmenbedingungen waren aus nordkoreanischer Sicht eine eindeutige "wirtschaftliche Krisensituation", in der das Gesamtwirtschaftssystem wortwörtlich ausgeschaltet wurde. Nordkorea sah sich gezwungen,

⁴⁸ Vor diesem Hintergrund hat sich Nordkorea um die Energieversorgung durch Kernkraftwerke bemüht.

sich von seinem Volkswirtschaftsplan und dem Prinzip der so genannten "Vereinheitlichung und Präzisierung von Plänen" zu trennen (PARK, 2004, S. 114 ff.).

4.3.2 Problematik der Landwirtschaft in Nordkorea

Die allgemeine Wirtschaftskrise hatte auch für den Agrarbereich ernsthafte Folgen. Die gegenwärtige Problematik im Agrarbereich ist durch Lebensmittelmangel, eine gering entwickelte landwirtschaftliche Struktur, Mangel an landwirtschaftlichen Materialien und Rückständigkeit in der Produktionsbasis geprägt.

Lebensmittelmangel: Das Phänomen der Lebensmittelknappheit hält seit den letzten 10 Jahren ununterbrochen an.

Tabelle 26: Situation der Versorgung und Nachfrage von Nahrungsgetreide (1.000 t)

Jahr	95/96	97/98	99/00	01/02	03/04	05/06
Produktion	3.451	3.489	4.222	3.946	4.252	4.540
min. Bedürfnis	5.145	5.206	5.261	5.307	5.388	5.477
Knappheit	1.694	1.717	1.039	1.361	1.135	937

Quelle: KREI, 2006, S. 3.

Nordkoreas Lebensmittelproduktion fiel im Jahr 1995 rapide und blieb danach bis 1997/98 jährlich unter 3.500.000 Tonnen. Dieser Ertrag ist so niedrig, dass die "minimalen Bedürfnisbeträge"⁴⁹ in Nordkorea nicht erfüllt sind. Trotz der Hilfslieferungen von Lebensmitteln durch die internationale Gemeinschaft erreichte die Unterversorgung ihren Höhepunkt in den Jahren 1995 bis 1997. Im Jahr 2000 zeigte die Lebensmittelproduktion in Nordkorea eine zunehmende Tendenz. Dennoch hielt die Unterversorgung der Bevölkerung weiterhin an. Im Jahr 2005 war der Fehlbetrag an Lebensmitteln durch die besten Ernten seit den letzten zehn Jahren zum ersten Mal unter eine Million Tonnen gesunken. In dieser Statistik wurde der minimale Bedürfnisbetrag als Maßstab benutzt. Verändert man den Maßstab mit den "Mindestkalorien pro Tag"⁵⁰, dann ist der Mangel sogar größer als in der vorliegenden Statistik.

Die gering entwickelte landwirtschaftliche Struktur: Die Struktur der Industrie und die Bevölkerungsstruktur von einem Staat sind ein wichtiger

⁴⁹ Der minimale Bedürfnisbetrag wurde durch folgenden Maßstab geschätzt (KREI, 2006):
- Lebensmittel: 500g pro 1 Person (1 Tag)

- andere Bedürfnisse außer Lebensmittel: 30 % der Lebensmitteln.

⁵⁰ Die Definition der "Mindestkalorien pro Tag" wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen: 1 Person soll mindestens 2,130 kcal pro Tag aufnehmen. Mit diesem Maßstab braucht man mindestens 222 kg Lebensmittel (Getreide) in einem Jahr (KREI, 2006).

Hinweis, um dessen Entwicklungsniveau zu bestimmen. Wie man in der oben angegebenen Tabelle 20 (Kapitel 4.2.1) sehen kann, ist es für die wirtschaftliche Lage in Nordkorea bezeichnend, dass die Landwirtschaft (einschließlich der Forstwirtschaft und Fischerei) eine zentrale Stellung einnimmt.

Der 30 %ige Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt bedeutet, dass die wirtschaftliche Struktur in Nordkorea als wenig entwickelt verstanden werden kann. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung beträgt 36,8 % von der gesamten Bevölkerung. Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur sind kaum möglich, weil die landwirtschaftliche Produktion zu stark von menschlicher Arbeitskraft abhängt.

Mangel an landwirtschaftlichen Mitteln und Rückständigkeit in der Produktionsbasis: Weil die Industrie für die landwirtschaftlichen Inputs, aufgrund der Wirtschaftskrise, eine lange Zeit außer Betrieb gesetzt wurde, fehlten die notwendigen Mittel für die Produktion und Versorgung z.B. mit Düngemitteln, landwirtschaftlichen Chemikalien, landwirtschaftlichem Öl, Vinyl, Maschinenteilen, Reifen usw. Obwohl der Bedürfnisbetrag des Düngers, der einen wichtigen Input darstellt, jährlich ungefähr 600.000 Tonnen beträgt, wurden z.B. im Jahr 2004 nur 230.000 Tonnen Dünger verwendet. Davon wurden 72 % in einem Umfang von 160.000 Tonnen aus Südkorea und anderen Staaten geliefert. Der Dünger, den Nordkorea selbst erzeugte, reichte mit 70.000 Tonnen nicht aus. Da die Fabriken zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen außer Betrieb gesetzt wurden, wurde die Versorgung mit neuen landwirtschaftlichen Maschinen so wie mit notwendigen Ersatzteilen größtenteils unterbrochen. Die Nutzung von vorhandenen Traktoren und anderen Maschinenausrüstungen sollte wegen des Energiemangels reduziert werden⁵¹.

Der Status quo in der Bewässerung als wichtige Produktionsbasis für die Landwirtschaft ist ebenfalls unterentwickelt.

Tabelle 27: Anteil der Bewässerungsflächen bei Reis- und Maisanbau in Nordkorea

Bewässerung	Reisfläche		Maisfläche	
	Fläche (1.000 ha)	Anteil (%)	Fläche (1.000 ha)	Anteil (%)
Vollständig	320	56	155	31
Beschränkt	150	26	115	23
Teilweise	102	18	226	46
Gesamt	572	100	496	100

Quelle: FAO/WFP, Special Report, 26. Oktober 2001 (<http://www.wfp.org>).

⁵¹ Anhand einer Untersuchung der UNDP hat der Prozentsatz der in Betrieben befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen ein Niveau von 20 % des potentiellen Maschinenbestandes.

Wenn man den Anbau von Reis und Mais betrachtet, die die wichtigsten Lebensmittelgetreide in Nordkorea darstellen, beträgt das vollständige Bewässerungsgebiet nicht mehr als 44,5 % (56 % bei Reisanbau, 31 % bei Maisanbau). Schlecht bewässerte Gebiete stellen 31 % der gesamten Anbauflächen von Mais und Reis dar.

Die Abtragung von Wäldern ist ebenfalls ein ernstes Problem. 18,2 %⁵² der Waldflächen wurden durch die Kultivierung in Terrassenanbau zerstört. Das ist der wichtigste Grund für die zunehmenden Schäden, die durch die Veränderung des Klimas, Überschwemmung und dem Wassermangel bewirkt werden. Es wird berichtet, dass gerade in Gebieten mit einer hohen Bevölkerungsdichte die Abtragung von Wäldern ein besonders ernsthaftes Problem darstellt (KWON, et al. 2002).

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Katastrophe in Nordkorea kann durch zwei spezifische Ursachen bestimmt werden.

- Die erste Ursache bezieht sich auf die allgemeine Wirtschaftskrise. Im nordkoreanischen Wirtschaftssystem als "Produktionsorganismus" sind alle Industriezweige eng miteinander verbunden. Ein Mangel in einem Bereich wirkt sich auf die Funktionalität anderer Bereiche aus (PARK, 2004). Die Reduktion der Einfuhrmenge von Erdöl führt zu einer Reduzierung in der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinenteilen. Zumal die Landwirtschaft in Nordkorea schon seit den 1970er Jahren mechanisiert wurde. Im Jahr 1975 erstreckte sich die Menge der eingesetzten chemischen Hilfsmittel auf 1 Tonne pro 1 ha. Im Jahr 1977 kamen 6 Traktoren auf 100 ha Flachland und 5 Traktoren auf 100 ha gebirgigem Land. Des Weiteren standen 1 Auto und 30.000 Maschinen (einschließlich der Reis-Pflanzenmaschinen) pro 100 ha zur Verfügung⁵³. Infolgedessen war der Erntebetrag von Nahrungsgetreide pro Person in Nordkorea bis zum Jahr 1980 höher als in Südkorea (siehe Tabelle 24 im Kapitel 4.2.2). Die Mechanisierung führte zu einer erhöhten Abhängigkeit der nordkoreanischen Landwirtschaft von Rohstofflieferungen und führte seit 1990 zu einer Zuspitzung der Lebensmittelknappheit.
- Weitere Ursachen müssen auf einer grundsätzlicheren Ebene gesucht werden, die sich auf die inneren Diskrepanzen in dem sozialistischen Planwirtschaftssystem bezieht. Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft beruhen auf den systemischen Eigenschaften, die sich im

⁵² In absoluten Ziffern betragen diese Flächen 1.630.000 ha.

⁵³ Quelle: Nordkoreanische Große Enzyklopädie (Jo-seon Dae-Bag-gwa-sa-jeon), Band 18, Enzyklopädie Verlag, Pjöngjang, zitiert in: PARK, 2004, S.121.

nordkoreanischen Sozialismus in ländlichen Räumen ausgebildet haben. Die systemischen Eigenschaften im Agrarbereich sind in Tabelle 28 zusammengestellt.

Das Dorf in Nordkorea hat die modellhafte Eigenschaft einer autarken regionalen Gemeinschaft. Das Leben im Dorf wird in der Genossenschaft als Mittelpunkt konzipiert. Das Dorf ist die ideelle Zelle der Arbeiterpartei, die mit dem Staat und der Parteiorganisation vertikal verbunden ist. In Notfällen soll das Dorf als eine militärische Selbstverteidigungsorganisation funktionieren. Neben der ökonomischen und militärischen Rolle ist das Dorf die Basis für die Lebensmittelversorgung in den Städten. Wegen dieser Aufgaben, die auf dem Dorf lasten, ist es schwierig, Fortschritte in den Dörfern zu erzielen. Die Landwirtschaft in Nordkorea zielte nicht auf die Einkommenserhöhung der Bauern ab, sondern auf die Erzeugungserhöhung von Lebensmitteln für den Staat. Wegen der "inneren Diskrepanzen", einer unflexiblen Planung und der Gleichförmigkeiten in der Entscheidungsfindung wurde das Ziel nicht erreicht. Durch die Kollektivierung verloren Bauern den Anreiz zur Produktionssteigerung. Die Autonomie über das Betriebsmanagement, das besonders mit der landwirtschaftlichen Getreideauswahl und den Verfügungsrechten über die Erzeugnisse verbunden ist, wurde nicht garantiert. Ein weiteres Merkmal stellt die Wirkungslosigkeit des zentralen Versorgungssystems von landwirtschaftlichen Materialien dar. Die Bauern in Nordkorea werden als Mittel behandelt, um ein Planziel zu erreichen – nicht als ein wirtschaftlicher Akteur. Die Bauern stehen an unterster Stelle des sozialistischen Klassifizierungssystems. Hinzu kommt, dass durch die Erbregelungen eine soziale Aufwärtsmobilität nur eingeschränkt möglich ist. Die Klasse der Bauern ist immer Objekt einer ideologischen Umbildung.

Diese systemischen Eigenschaften im Agrarbereich in Nordkorea beruhten ursprünglich darauf, dass die Kollektivierung nicht nur auf die Erzeugungssteigerung abzielte, sondern auch als eine ideologische Maßnahme des nordkoreanischen Kommunismus eingeführt wurden (vgl. CHOI, 2001, S. 148 ff.).

Tabelle 28: Die systematischen Eigenschaften im Agrarbereich in Nordkorea

		Charaktere
Landwirtschaft	Genossenschaftliche und staatliche Produktionsweise	<ul style="list-style-type: none"> - Allmähliche Verstaatlichung der Genossenschaft - Verbindung von Genossenschaften wie in einem Kombinat - Industrialisierung - Unflexibilität beim Anbausystem - Gleichförmigkeit bei der Organisation - Starker politischer Dirigismus
Dorf	Lebensgemeinschaft und Regionalgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Autarkie im Dorf - Lebensgemeinschaft in der Genossenschaft (Dreieinigkeit von Produktion, Verwaltung, Leben) - Regionalgemeinschaft in einen Bezirk (Militärisches Selbstverteidigungssystem) - Versorgungsbasis von Lebensmitteln für Städte
Bauer	Beschäftigte in der Landwirtschaft als unfreiwillige Berufsnachfolger	<ul style="list-style-type: none"> - Niedriger sozialer Status - Vererbung von Berufen - Objekt ideologischer Ausbildung (1-2 Stunden pro Tag)

Quelle: CHOI, 2001, S.148f.

Es scheint, dass die nordkoreanische Führung die vorhandenen Probleme erkannt hat, die vor allem diese systemischen Eigenschaften betreffen. Bis jetzt fand nur eine vorsichtige Annäherung an die systemischen Probleme statt, um die ideologische Basis in Nordkorea nicht zu erschüttern.⁵⁴ Die bisher eingeführten Verbesserungsmaßnahmen zielen auf Ertragsteigerung ab, um materielle Motivationen für Bauern zu erzeugen. Gleichzeitig hat die nordkoreanische Führung die ideologische Kontrolle weiter konsolidiert. Daran kann man das Dilemma der nordkoreanischen Führung erkennen.

Daraus ergibt sich für Südkorea ebenfalls ein Dilemma, das sich um Reformen in der nordkoreanischen Landwirtschaft bemüht. Unter den Rahmenbedingungen, die den Zugang zu den grundsätzlichen systemischen Problemen unmöglich machen, sind erfolgreiche Resultate nur begrenzt möglich, obwohl Südkorea landwirtschaftliche Technologien und Mittel in einem ausreichenden

⁵⁴ Angesichts der hierarchischen Herrschafts- und Gesellschaftsstruktur kann in Nordkorea niemand außer dem nordkoreanischen Führer eine Verbesserungslösung des Systems vorschlagen. Besonders zu Zeiten des Kalten Krieges wurden kritische Meinungen über systemische Probleme als Widerstand gegen den nordkoreanischen Sozialismus verstanden. Viele "Säuberungsaktionen" hatten diesbezüglich in Nordkorea stattgefunden und zeigen den mangelnden Willen mit systemischen Problemen umzugehen. Gleichzeitig stellt es für Südkorea ein Dilemma dar, sich um Reformen in der nordkoreanischen Landwirtschaft zu bemühen.

Umfang zur Verfügung stellt. Eine Bewertung dieses Dilemmas in der süd-koreanischen Unterstützung der nordkoreanischen Landwirtschaft sieht einen Erfolg der Zusammenarbeit in der Auflösung der institutionellen, wirtschafts-politischen und technischen Beschränkungsfaktoren in Nordkorea. In der Gegenwart ist das noch keineswegs der Fall (KIM K.R., 2001, 19ff.).

4.4 Wirtschaftsreform und deren Resultate im Agrarbereich

Als sich die Wirtschaftskrise in Nordkorea von 1998 an entspannte, begann die nordkoreanische Führung mit der Umsetzung von Wirtschaftsreformen. Im Januar 2001 hatte der nordkoreanische Führer Jeong-II Kim, das Argument eines so genannten "Neuen Denkens" eingebracht und auf die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen hingewiesen. Der Ausdruck "Neues Denken" impliziert die Abkehr von alten Paradigmen, traditionellen Methoden und den Versuch über neue Einstellungen und Intentionen ein innovatives Denken umzusetzen. Dieses "Neue Denken" besteht vor allem aus den folgenden Inhalten (Tabelle 29):

Tabelle 29: Inhalte des "Neuen Denkens"

Ansatz	Inhalte
Saat (Kern)	Entwicklung von Kernelementen, die einen schnellen Erfolg in allen wirtschaftlichen Bereichen ermöglichen sollen (z.B. Wels in Fischzucht, Kartoffel, Computer und Informationstechnologie (IT) in Industrie)
Neue "Regeneration durch eigene Anstrengungen"	Neue Interpretation z.B.: - Zusammenarbeit mit anderen Staaten: als eine <i>gemeinschaftliche</i> "Regeneration durch eigene Anstrengungen" - Anwendung von Technologien: als eine <i>schöpferische</i> "Regeneration durch eigene Anstrengungen"
"Sprung mit einem Male"	Schnelle Entwicklung durch konzentrische Förderung der Industrie, wie IT- und Computerindustrie

Quelle: KIM Y.Y., 2005, S. 3.

Im Juli 2002 kündigte die Regierung Wirtschaftsreformen an, die als "wirtschaftliche Weiterentwicklungsmaßnahmen" bezeichnet wurden. In der zweiten Hälfte des Jahres 2002 hat Nordkorea Sonderwirtschaftszonen⁵⁵ eingerichtet. Die Hauptaufgabe dieser Sonderwirtschaftszonen ist die Einfuhr von Devisen. Im März 2003 hat die Regierung die "Bauernmärkte" zu "synthetischen Märkten" reorganisiert und die Verwaltungsrechte im "staatlichen Handel" auf nichtstaatliche

⁵⁵ Die Sonderwirtschaftszonen sind vier Städte: Rajin-Sonbong im Nordosten, Sinuiju im Nordwesten, Kaesong im Südwesten, Kungang im Südosten. Sie liegen alle in Grenzregionen, um die Gefahr unerwünschter Kontakte mit der lokalen Bevölkerung zu reduzieren und um eine Kontrolle zu erleichtern (FRANK, 2005, S. 255). Im Jahr 2002 wurde Sinuiju zu einer Sonderwirtschaftszone eingeschlossen.

Organe oder Unternehmen übertragen. Außerdem hat die Regierung einige Handelsreformen durchgeführt. Beispielsweise wurde der Einzelhandel- und Dienstleistungssektor (z.B. Gastronomie, IT) liberalisiert. Ab Januar 2004 wurde im Agrarbereich die individuelle Familienbewirtschaftung in einigen ausgewählten Gebieten ermöglicht. Im Folgenden wird eine Übersicht der wirtschaftlichen Reform von 2002 einschließlich der landwirtschaftlichen Reformen gegeben. Danach werden die Resultate und Perspektiven dieser Reform beschrieben.

4.4.1 Übersicht über die Wirtschaftsreform von 2002

Die wichtigen Änderungen nach dem Wortlaut der Reform können wie folgt beschrieben werden. Durch erhebliche Preiserhöhungen und der Veränderung des Lohnsystems versucht die Regierung, die sozialistische planwirtschaftliche Ordnung zu korrigieren und teilweise ein Marktwirtschaftsprinzip anzuwenden. Nordkorea hat weiter die Entscheidungsgrundlage für den "staatlichen Verbraucherpreis" verändert. Der Reispreis wird als grundlegende Marke angewendet. D.h. der "staatliche Verbraucherpreis" wird mit Rücksicht auf den internationalen Marktpreis und den Versorgungs- und Nachfragefaktoren bestimmt. In der Vergangenheit hatten zentrale und regionale Verwaltungsorgane die Entscheidungsmacht über den Preis inne, während heute individuelle Entscheidungsvollmachten teilweise auch an Unternehmen weitergegeben werden. Damit hat sich der staatlich regulierte Verbraucherpreis erheblich erhöht (Tabelle 30).

Tabelle 30: Staatliche Verbraucherpreise vor und nach der Reform von 2002 (in nordkoreanische Won)

Produkt	Einheit	Preis		Veränderungen (in Vielfaches)
		Vorher	Nachher	
Reis	1 kg	0,08	43	538
Mais	1 kg	0,07	33	471
Schweinefleisch	1 kg	7	24	3,4
Eier	Stück	0,17	8	47
Toilettenseife	Stück	2	10	5
Ventilator	Stück	100	2.000	20
U-Bahnfahrkarte	1 Strecke	0,1	2	20
Bahnfahrkarte	Pjôngjang-Chongjin	16	590	37
Strom	1kWh	0,035	2,1	60
Wohnung	1m ² (Monat)	0,15	6-15	40-100
Diesel	1 kl	1	38	38
Rummelplatz	Badestrand (Song-do)	3	50	17

Quelle: Eigene Darstellung anhand der KIM Y.Y., 2002, S.3 und PARK, 2004, S.134.

Berücksichtigt man im Fall von Reis und Mais, dass der Preis auf den Bauernmärkten im Jahr 2000 49 Won bzw. 33,6 Won betrug, kann man erkennen, dass die neuen staatlichen Verbraucherpreise sich den Preisen der Bauernmärkte

annähern. Ein nordkoreanischer Beamter erklärt die Rolle des Staates bei der Preisentscheidung wie folgt: " Der zu Grunde gelegte Verbraucherpreis wurde nach dem Prinzip des Marktes selbstständig entschieden und der Staat stellt Regulierungsmechanismen auf, die ein Entgleisen aus dem wirtschaftlichen Verwaltungsrahmen verhindern" (KIM, Y.Y., 2005, S. 6). Das heißt, dass die nordkoreanische Führung sich vom traditionellen staatlichen Preissystem allmählich löst. Diese Maßnahmen können als eine Veränderung in der Wahrnehmung der Führung über das sozialistische Preisentscheidungssystem verstanden werden (PARK, 2004, S. 135ff.).

Gleichzeitig hat die Regierung die Löhne erhöht. Das Einkommen eines normalen Arbeiters wurde um das 18- bzw. 21-fache erhöht. Das Einkommen von Bergarbeitern wurde um das 29-fache erhöht. Damit führte die Regierung ein Lohnsystem ein, das je nach Arbeitsleistungen, Unternehmen, Beruf und Region unterschiedlich angewandt wird. Die Veränderung des Einkommens vor und nach der Reform ist in der Tabelle 31 zusammengestellt.

**Tabelle 31: Einkommen vor und nach der Reform von 2002
(in nordkoreanischen Won)**

Beruf	Einkommen		Veränderung (in Vielfaches)
	vorher	nachher	
Normaler Arbeiter	85-110	1.800-2.000	18-21
Bergarbeiter	130-140	3.000-4.000	23-29
Hochschullehrer	200	4.000-5.000	20-25
Lehrer	120	2.880	24
Arzt	80-150	1.200-2.250	15
Soldat, Geheimagent	150-250	1.500-2.500	10
Polizei	170	550	3
Journalist, Ansager	150-200	4.500-6.000	30

Quelle: KIM Y.Y., 2002, S.4.

Die Erhöhung der Löhne kann als Kompensation für die Erhöhung der Verbraucherpreise verstanden werden, wenngleich in weitaus geringerem Maße. Die Einführung des "Stückerbeitssystems" stellt eine bedeutende Veränderung dar, da die Regierung mit dieser Maßnahme sich von der bis dahin gültigen Verteilungstheorie abwendet.

Zwar gab es vor der Reform bereits ein "Stückerbeitssystem". Aber auch wenn ein Unternehmen mehr als das geplante Ziel erreicht hat, schreibt die Regierung vor, dass der Stückerbeitslohn innerhalb der Grenzen von Lebensunterhaltskosten bezahlt werden kann. Nach der Reform wurde diese Kontrolle durch die Einführung neuer Begriffe wie "*beon-su-ib*" abgeschafft. Der Begriff "*beon-su-ib*" bedeutet "verdientes Einkommen". Die Regierung definiert "*beon-su-ib*" als "Rest": die Differenz zu den materiellen Ausgaben des "Verkaufseinkommens". Die Definition von "*beon-su-ib*" umfasst auch den Begriff des "Mehrerts", der durch "Arbeit für das Selbst" sowie durch "Arbeit für die

Gesellschaft"⁵⁶ geschaffen wird. Die zwei Begriffe für "Arbeit" wurden durch den neu eingeführten Begriff "*Beon-su-ib*" ersetzt. Mit diesem Begriff werden nur noch individuell erbrachte Leistungen vergütet. Die Leistungen an die Gesellschaft sind dagegen nicht mehr auszugleichen. Danach können die Arbeiter in Nordkorea für ihre Leistung an der Gesellschaft keine Kompensationen mehr erwarten. Dadurch sind dem Staat dem Volk gegenüber keine Pflichten mehr auferlegt. Der Staat hat sich somit von seinen sozialen Leistungen entledigt, zu denen er verpflichtet war, wie z.B. die Rationierung, die kostenfreie Erziehung und ärztliche Behandlung.

Die Aufhebung der Rationierung lässt sich durch die Veränderung in der Verteilungstheorie erläutern. Tatsächlich funktionierte die Rationierung aber bereits seit Mitte der 90er Jahr nicht mehr. Daher hatte die offizielle Aufhebung der Rationierung durch die Regierung im Jahr 2002 kaum einen Einfluss auf das nordkoreanische Alltagsleben. Dennoch ist die Tatsache bedeutungsvoll, da die Regierung mit der offiziellen Aufhebung der Rationierung einen symbolisch wichtigen Teil im System des nordkoreanischen Sozialismus aufgab. Die Aufhebung der Rationierung als ein wichtiges Symbol des nordkoreanischen Sozialismus deutet die Einführung eines marktwirtschaftlich-orientierten Systems an (vgl. PARK, 2004, S.141 ff.).

Durch die Reorganisierung des "Bauernmarktes" zum "synthetischen Markt" im März 2003 erlaubt die Regierung Transaktionen nach dem Marktpreis. Dadurch hat sich derzeit in Nordkorea ein Doppelpreissystem (Marktpreissystem und staatliches Preissystem) herausgebildet. In den Geschäften, Restaurants und dem "synthetischen Markt", die von Einzelpersonen oder Unternehmen betrieben werden, wird die Transaktion durch den Marktpreis oder den "übereinkommenden Preis"⁵⁷ bestimmt. Auf der einen Seite kontrolliert die Regierung die indirekte Preiserhöhung anhand der "höchsten Preisgrenze" für jeden Artikel. Auf der anderen Seite erlaubt die Regierung bis zu einem gewissen Grade selbst-regulierende Preisanpassungen. In der Praxis wird aber die "höchste Preisgrenze" des Staates oft umgangen.

Durch die Inflation im Jahr 2004 hatte sich die Wirtschaftslage der Unternehmen erheblich verschlechtert. Auch die Bevölkerung litt enorm unter diesen Bedingungen. Deswegen hatte die Führung ihre Kontrolle über Preise und Löhne teilweise gelockert. D.h., die Fabriken und Unternehmen können den

⁵⁶ In der nordkoreanischen Wirtschaftstheorie war "Arbeit" als "Arbeit für Selbst" und "Arbeit für Gesellschaft" definiert. Nach dieser Definition hat ein Arbeiter nach acht Stunden Arbeit die erste Hälfte (vier Stunden) "Arbeit für Selbst" und in der zweiten Hälfte "Arbeit für Gesellschaft" geleistet. Demzufolge entspricht der Lohn nur dem Mehrwert durch die "Arbeit für Selbst".

⁵⁷ Der Preis wird von Verkäufer und Käufer abgestimmt.

Preis und Standard von ihren Produkten ohne staatliche Intervention selbst bestimmen. Außerdem können Unternehmen den Angestelltenlohn innerhalb des verfügbaren Einkommens selbst bestimmen. Weiter hat die Regierung durch die Anpassung des finanziellen Einkommens und der Ausgabenbereiche versucht, die Finanzstruktur zu rationalisieren. Bei diesem Anpassungsprozess der Finanzstruktur wurden verschiedene Subventionen abgeschafft und die Organisationen wurden reduziert, die auf Staatskosten betrieben wurden⁵⁸. Dadurch hat die Regierung den Ausgabenfaktor reduziert. Hinsichtlich des Finanzwesens und der Auslandswährungen hat die Regierung durch die Reform von 2002 das feste Wechselkurssystem eingeführt und zugleich vorhandene Wechselkurse an den globalen Maßstab angepasst. Ab August 2002 hat die Regierung den staatlichen Wechselkurs (1 US-Dollar = 1 nordkoreanischer Won) abgeschafft und durch den offiziellen Wechselkurs vereinfacht. Gleichzeitig wurde der offizielle Wechselkurs von 2,2 Won pro 1 US-Dollar zu 153 Won um das 70fache erhöht. Die Differenz zwischen dem offiziellen Kurs und dem Schwarzmarktkurs (1 US-Dollar = 3.000 nordkoreanischer Won im Jahr 2003) war zu groß. Die Regierung versuchte den Zustrom des Dollars auf dem Schwarzmarkt zu beseitigen. Auch die bereits sich im Umlauf (unter dem Volk) befindenden Dollar sollten durch die Wechselstuben auf den "Synthetischen Märkten" wieder eingesammelt werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2003 erlaubte die Regierung Pfandhausgeschäfte, so dass die Finanzen des Staates entlastet wurden, während das Volk sich kurzfristige Darlehen beschaffen konnte. Mit den Schwerpunkten in der Marktwirtschaftstheorie, dem Bankenwesen, Versicherung und Handel, die entsprechend der Wirtschaftsreform für Nordkorea als Schwachpunkte galten, hat die Regierung viele Auszubildende nach China, Vietnam und in die EU usw. gesendet. Mit dieser Maßnahme scheint eine Expertenbasis für die zukünftige Finanzreform vorbereitet zu werden (Kim Y.Y., 2005, S. 9).

4.4.2 Reform in der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Reform seit dem Jahr 2002 kann eindeutig durch die zwei Seiten Produktion und Verbrauch bestimmt werden. Zunächst wurden im Bezug auf die Produktion folgende Maßnahmen eingeführt:

- **Verbesserung des "Verwaltungssystems der *Bun-jo*":** Die Bildung von *bun-jo*, die kleinste Arbeitsgruppe in Produktionsgenossenschaften, ist auf 2-5 Familien beschränkt.

⁵⁸ Zu diesen Organisationen gehörten nicht-produzierende Organisationen wie Schulen, Kliniken usw.

- **Verstärkung des leistungsabhängigen Abrechnungssystems:** Bei Jahresendabrechnungen wird die Evaluierungseinheit nicht nach einer *Jag-eob-ban* (80-120 Personen), sondern nach einer *bun-jo* (10-25 Personen) bestimmt.
- **Ausdehnung des Entscheidungsspielraumes über den Anbau von Pflanzen für Genossenschaften:** Außer dem Reisanbau kann der Anbau von Pflanzen von der Genossenschaft selbst bestimmt werden.
- **Erhebung einer Nutzungsgebühr für Ackerflächen:** Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird in drei Typen unterteilt (LN von Genossenschaft, LN von industriellen Unternehmen, Hofland). Der Staat erhebt vom Nutzer je nach Typ eine Gebühr.
- **Ausweitung der privaten Parzellen (Hofland):** Die Größe der privaten Parzellen, die von einem Individuum bewirtschaftet werden können, wird teilweise von 100-170 qm auf bis zu 1.300 qm ausgeweitet.
- **Individuelle Familienbewirtschaftung in einigen ausgewählten Regionen:** Im Nordosten und im Südwesten werden Flächen von den Genossenschaften an Einzelpersonen abgetreten und zur Bewirtschaftung überlassen.

In Bezug auf die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion hat die nordkoreanische Regierung zunehmend ihren Schwerpunkt auf den Abbau von Kollektivismus und auf die Stärkung individueller Verantwortlichkeit gelegt. Obwohl die Regierung versprochen hatte, einen "Produktionsmittel-Markt" einzurichten, wurde im Bereich der Landwirtschaft nichts weiter unternommen. Daher sind Investitionen und Reproduktionen für die marktwirtschaftliche Versorgung mit Produktionsmitteln für die landwirtschaftliche Produktion nicht möglich (KREI, 2006, S.9).

Hinsichtlich des Verbrauchs wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- **Abschaffung des Doppelpreissystems:** Vor der Reform hat die Regierung Getreide von den Genossenschaften zu einem hohem Preis (0,82 Won pro 1 kg Reis) gekauft und zu einem sehr niedrigen Preis (0,08 Won pro kg, Reis) an die Bevölkerung verkauft. Seit der Reform wird Reis bei 40 Won gekauft und danach für 44 Won (einschließlich Transportkosten) verkauft.
- **Verminderung der staatlichen Aufkaufsmenge:** Die Aufkaufsmenge betrug 70-80% der Ernte. Seit der Reform beträgt sie nur noch etwa 50-60 % (unter dem Vorwand von Bodennutzungs- und Produktionskosten). Damit wird die verfügbare Menge für Genossenschaften vergrößert.

- **Abschaffung der Rationierung von Lebensmitteln:** Rationierung bezieht sich auf die Versorgung durch die Regierung zu einem sehr niedrigen Preis (0,08 Won pro kg Reis). Durch die Preiserhöhung wurde dies automatisch abgeschafft.

4.4.3 *Resultate der Reform und deren Perspektiven*

Die Wirtschaftsreform führte in Nordkorea zu einer Erhöhung der Produktivität in den arbeitsintensiven Industriezweigen wie Landwirtschaft, Leichtindustrie und in der Entwicklung des Handels. Während in diesen Bereichen die staatliche Planung reduziert wurde, werden die Bereiche von marktwirtschaftlichen Maßnahmen reguliert. Damit wird das Verständnis von Marktwirtschaft bei Individuen und Unternehmen verbessert. Die individuellen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Einwohner bewegen sich zwischen Überlebenskämpfen bis hin zu Gewinnmaximierungen.

Die Wirtschaftsreform hat aber auch mehrere Probleme. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und anderen wichtigen Gütern hängt in hohem Maße von der Unterstützung von Außen ab. Die Infrastruktur ist veraltet. Die eigenen Finanzmittel wurden dazu völlig erschöpft und die Kenntnisse über Prinzipien der Marktwirtschaft sind nur sehr gering verbreitet. Die Nebenwirkungen der Reform verstärken sich ebenfalls, wie z.B. die Inflation, die Vergrößerung der Kluft in den Lebensstandards. In dem Maße, in dem sich die privaten Wirtschaftstätigkeiten vermehren, wird sich auch die Differenz zwischen Reich und Arm vergrößern. Der Marktpreis im September 2004 hat sich im Vergleich zu 2002 weiter erhöht (um das 5-8fache bei Reis, 4-7fache bei Fleisch, 2-7fache bei Kleidung und elektrischen Hausgeräten).

Die Wirtschaftsreform und die Veränderungen in Nordkorea seit 2002 wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. Die drei repräsentativen Gesichtspunkte sind dabei erstens die Reform als eine "innere Verbesserung des sozialistischen Wirtschaftssystems" oder "Normalisierung von sozialistischer Planwirtschaft" anzusehen (CHO, 2002). Der zweite Gesichtspunkt ist die Analyse der starken sozialistischen Führung in der Reform als Versuch eines "metrischen Planwirtschaftssystems" (LEE J.C., 2002; PARK H.J., 2003). Der dritte Gesichtspunkt ist die Reform als ein Beginn der systematischen Transformation. Diese Analyse beruht darauf, dass die ehemaligen sozialistischen Wirtschaftsmechanismen durch neue Maßnahmen wesentlich verändert wurden (PARK, 2004). Die Wirtschaftsreform war vollkommen von der Entscheidung der politischen Führung abhängig. Daher ergeben sich meiner Meinung nach besonders in Südkorea verschiedene Bewertungen der Wirtschaftsreform.

Trotz der Unterschiede besteht aber Einigkeit darüber, dass in dem nordkoreanischen Wirtschaftssystem die Marktwirtschaftsfaktoren sehr aktiv eingeführt wurden. Obwohl es schwierig ist, die Wirtschaftsreform seit dem Jahr 2002 als eine ernsthafte Transformation zur Marktwirtschaft zu verstehen,

können die Maßnahmen als eine Vorbereitung der Rahmenbedingung für eine marktorientierte Wirtschaftsreform verstanden werden (vgl. PARK S.S., 2003; OH S.R., 2003).

Im Agrarbereich scheinen diese Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Überwindung der Lebensmittelknappheit beizutragen. Durch die Preiserhöhung der Lebensmittel nahm der Anreiz für die landwirtschaftliche Produktion zu. Außerdem hat auch die Reorganisierung der Bauernmärkte zu den offiziellen "synthetischen Märkten" den Bauern mehr Anreiz gegeben. Dies wird durch die ständige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsmenge seit 2001 belegt. Andere Beurteilungen bestreiten, dass die Produktionssteigerung seit 2001 hauptsächlich auf den Reformen beruht. Da die Wetterlage in dieser Zeit für die Landwirtschaft gut war, könne man in den Reformmaßnahmen keinen eindeutigen Mechanismus für die positive Beeinflussung der landwirtschaftlichen Produktion finden. Außerdem verspräche die Reform keine zuverlässige Sicherheit. So erklärte die Regierung Ende 2005, dass der Lebensmittelhandel in den "synthetischen Märkten" verboten und die Rationierung von Lebensmitteln wieder begonnen werden sollte (KREI, 2006, S. 9).

Bezüglich der Perspektiven in Nordkorea gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist die Beschleunigung der marktorientierten Änderungen und eine Politik der Öffnung in Nordkorea, sofern die jetzigen Reformen erfolgreich sind. In diesem Fall gäbe es verschiedene Möglichkeiten, Wirtschaftswachstum sowie auch wirtschaftliche, politische Stabilität gleichzeitig zu erreichen (PARK S.S., 2003, S. 35ff.). Die andere Möglichkeit ist eine kontinuierliche Stagnation der nordkoreanischen Wirtschaft, wodurch sich die Wirtschaftskrise weiter zuspitzen würde. In diesem Fall würde das gesamte nordkoreanische System zusammenbrechen.

Normalerweise hängen Existenz und Funktion eines politischen Systems von den folgenden vier staatlichen Fähigkeiten ab (LEE, 2000, S. 266ff.):

- Fähigkeiten des Staates, die gesellschaftlichen Ressourcen für seine Zwecke zu mobilisieren.
- Steuerungsfähigkeit, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu steuern und zu regulieren.
- Fähigkeit zur Legitimität: Bestätigung staatlicher Autorität durch Konsens.
- Staatliche Zwänge zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit.

Wird die nordkoreanische Situation mit diesen Kriterien verglichen, scheint die nordkoreanische Regierung die Extraktionsfähigkeit verloren zu haben. Eine Veränderung in einem Bereich führt zu Veränderungen von anderen Fähigkeiten, weil sie eng miteinander verbunden sind. Dies kann auch für Nordkorea

gelten. Durch die Wirtschaftskrise wurde das Vertrauen in die Führungspartei geschwächt. "Treue und Gehorsam gegenüber dem Staat", Bürokratie sowie auch das Beobachtungssystem des Staates wurden erheblich geschwächt. Wegen dieser Schwierigkeiten wurden verschiedene Maßnahmen von der Regierung eingeleitet. Aber es scheint unmöglich zu sein, dass die Regierung die sozialistische Herrschaftsstruktur und die staatlichen Fähigkeiten des vorherigen Zustandes wiederherstellen kann.

Die Bewertungen der nordkoreanischen Führung sind sehr unterschiedlich. Z.B. schreibt CUMINGS (2004):

"because he sees the DPRK entirely through the lens of Soviet and East European communism and therefore cannot grasp the pragmatic shrewdness of the regime's post-Cold War foreign policy, the desperate survival strategies it is willing to undertake, let alone the anticolonial and revolutionary nationalist origins of this regime..." (S. 198f.), "Unlike similar humanitarian emergencies around the world, however, this one has provided little evidence of a collapse of state power, except for the breakdowns at the local level. [...] Another curiosity is that North Korea suffers as if it were Somalia or Ethiopia, but it has a much more developed and modern economy. North Korea has a notably strong central state, high state capacities, and the ability to reach its arms into the smallest communities. Serious reform could happen in North Korea once the key decisions were taken, because this is a country that can mobilize everyone for centrally determined tasks (S. 188f)."

Auf Grund der Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa bewertet GEY (2004) die nordkoreanischen Reformen demgegenüber wie folgt:

"Die Erfahrungen lassen vermuten, dass sich Phasen, in denen man das marktwirtschaftliche Treiben duldet, mit solchen abwechseln werden, in denen gegen "kapitalistische Elemente" vorgegangen wird" (S. 131.) ..., "als Wachstumsmotoren kommen in Nordkorea nur die Industrie und die Exportwirtschaft in Frage. Die eine ist hoffnungslos veraltet, die andere kaum vorhanden. Daher wird die nordkoreanische Wirtschaft ohne umfangreiche Direktinvestitionen und Kredite aus dem Ausland nicht instande sein, das notwendige Wachstum zu erreichen, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Dabei geht es nicht nur darum, wie der Wiederaufbau finanziert werden könnte. Die alten Wirtschaftsstrukturen, insbesondere in der Schwerindustrie, deren Aufbau bis in die fünfziger Jahre zurückreicht, sind nicht wieder zu beleben. Bislang nicht vorhandene Wirtschaftszweige und Produktionsstätten auf dem technologischen Stand des 21. Jahrhunderts müssten überhaupt erst geschaffen werden. Es ist keine sozialistische Option bekannt, die diese Herausforderung bewältigen könnte (S. 133)".

Es ist noch nicht möglich, die Ergebnisse der jetzigen Versuche der nordkoreanischen Führungen genau zu bewerten. Es kann sich dabei immer nur um

Annahmen mit unterschiedlicher Plausibilität handeln. Wenn man in Betracht zieht, dass die Geschichte ein Prozess ist, die durch Zufälle und Unvorhersehbarkeiten gekennzeichnet ist, kann die Zukunft Nordkoreas nicht mit Eindeutigkeit vorhergesagt werden. Dennoch sind Vorbereitungen für mögliche Szenarien im Bereich des Realen. Die folgende Situation ist nach wie vor ein mögliches Szenario: Nordkoreas gegenwärtiger Versuch endet mit einem Misserfolg. Der kommunistische Führer wird durch die Volkskräfte entmachtet und eine neue Regierung entscheidet über die Transformation zur Marktwirtschaft und Wiedervereinigung.

In diesem Fall wird es eine wichtige Aufgabe der Regierung sein, die Landwirtschaft in nördlichem Gebiet zu reorganisieren. Es fehlen ausführliche Diskussionen über die Reorganisation von Genossenschaften für dieses letzte Szenario. Unabhängig von einem Erfolg der jetzigen Reformen ist eine Kontinuität der Veränderungen nötig, die an Auswertungen vergangener rechtlicher, ökonomischer und sozialer Erfahrungen, zukunftsorientierte Beratungstätigkeiten und Planungshilfen gekoppelt ist.

Natürlich gibt es auch die Meinung, dass es noch zu früh für Diskussionen wäre. Auf der einen Seite sind diese Meinungen verständlich, weil sich diese Diskussion negativ auf die Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Südkorea und Nordkorea auswirken kann (nordkoreanische Partner reagieren in der Zusammenarbeit sehr empfindlich, wenn südkoreanische Partner sich in nordkoreanische systemische Probleme einmischen). Aber auf der anderen Seite bedeutet das nicht mehr, als dass eine zentrale Aufgabe aufgeschoben wird. Selbst wenn die Wirtschaftsreform in Nordkorea erfolgreich ist, bleibt die Aufgabe der "Wiedervereinigung" das wichtigste Thema.

5 DIE ÜBERTRAGUNG DER DEUTSCHEN ERFAHRUNGEN AUF KOREA

Um einige Lehren für die Umgestaltung der nordkoreanischen Landwirtschaft aus den deutschen Erfahrungen zu ziehen, ist es notwendig, die Lage der deutschen Landwirtschaft mit der koreanischen Landwirtschaft zu vergleichen. Insbesondere müssen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Landwirtschaft sowohl zwischen Nordkorea und der DDR als auch zwischen Südkorea und der BRD untersucht werden. Dadurch erfolgt eine bessere Überprüfung der Übertragbarkeit der ostdeutschen Erfahrung auf die landwirtschaftliche Umwandlung eines wiedervereinigten Koreas. In diesem Kapitel wird zunächst die landwirtschaftliche Lage Koreas sowie Deutschlands ausführlich dargestellt. Im Anschluss daran werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Nordkorea und der DDR einschließlich des Vergleiches zwischen Südkorea und der BRD analysiert. Auf Basis dieses Vergleiches wird eine mögliche Übertragung der Erfahrungen deutschen Wiedervereinigung auf Korea untersucht und deren umfassenden Möglichkeiten diskutiert.

5.1 Vergleich zwischen Deutschland und Korea

Deutsche und Koreaner mussten über mehrere Jahrzehnte das Schicksal ertragen, dass eine Nation der gleichen Sprache nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt wurde. In Bezug auf die Themen "Teilung" und "Wiedervereinigung" hatten Deutschland und Korea ähnliche Erfahrungen hinsichtlich der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekte (vgl. AHN, 1995). Ein Hauptgrund dieser ähnlichen Erfahrungen entstand aus der Tatsache heraus, dass beide Länder jeweils zum gegensätzlichen politischen, wirtschaftlichen System geteilt wurden und dieser Zustand über einen beachtlichen Zeitraum auch beibehalten wurde. Während Nordkorea und die ehemalige DDR über ein planwirtschaftliches und autoritäres System nach einem sowjetischen Modell verfügten, haben Südkorea und die alte Bundesrepublik Deutschland marktwirtschaftliche Systeme. Wie die folgende Tabelle 32 zeigt, sind sich die systembezogenen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Südkorea und zwischen der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR relativ ähnlich (JEONG, 1998, S. 112). Zu erwähnen ist jedoch, dass der wirtschaftliche Abstand zwischen Nord- und Südkorea größer ist als derjenige zwischen der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. So ist das Bruttovolkseinkommen (BVE) der alten Bundesrepublik Deutschland deutlich höher

als das Südkoreas. Gleichzeitig verfügt das heutige Nordkorea im Vergleich zur ehemaligen DDR über ein bedeutend niedrigeres BVE.

Tabelle 32: Grunddaten Koreas (2004) und Deutschlands (1989)

	Einheit	DDR (1989)	Nordkorea (2004)	BRD (1989)	Südkorea (2004)
Fläche	km ²	108.332	120.538	248.626	99.268
Bevölkerung	Mill. Pers.	16,4	22,7	62,7	48,1
BVE ¹⁾	Mrd. US-\$	159,5	20,8	1.194,3	681,0
Pro-Kopf-Einkommen	US-\$	9.667 ²⁾	914	19.243	14.162
Außenhandel					
Export	Mrd. US-\$	43,74	2,86	610,93	478,31
Import		21,86	1,02	341,23	253,85
		21,88	1,84	269,70	224,46

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (www.nso.go.kr); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1991, Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, S. 154ff.; BML 1990, Statistisches Jahrbuch über ELF, S. 383.

Anm.: 1) BVE: Bruttovolkseinkommen.

2) 1,88 DM = 1 US \$ (im Jahr 1988).

Obwohl Deutschland und Korea aufgrund des ähnlichen Schicksals viele Gemeinsamkeiten besitzen, unterscheiden sich die beiden Länder hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und in der Beziehung mit ihren jeweiligen nationalen Partnerstaaten. Ein wesentlicher Unterschied besteht in der Erfahrung aus dem Bürgerkrieg. Während Deutschland aufgrund des 2. Weltkriegs geteilt wurde, erfolgte eine vertiefende Teilung Koreas sowohl durch den ideologischen Konflikt als auch durch den Bürgerkrieg (LANKOV, 2005). Infolgedessen erfuhren die Koreaner schwerwiegendere Leiden und Beschädigungen als die Deutschen (JEONG, 1998, S. 112). Dieser Unterschied beeinflusste auch stark die Entwicklung der Beziehungen. Nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages im Jahr 1972 hatten sich Ost- sowie Westdeutschland um eine gutnachbarliche Beziehung bemüht.⁵⁹ Außerdem gab es bereits vor dem Vertrag oft gegenseitige Besuche und Kontakte. Dagegen gab es in Korea, seit der Entstehung der zwei Staaten, keinerlei Kontakte. Erst in den 90er Jahren folgte die gegenseitige Anerkennung und der Waren- und Personaliaustausch wurde aktiviert.

Einen weiteren Unterschied kann man in den Systemmerkmalen zwischen Deutschland und Korea finden. Trotz der ähnlichen sozioökonomischen Ordnung zwischen Nordkorea und der ehemaligen DDR, ist das Entwicklungsniveau Nordkoreas im Vergleich zur ehemaligen DDR sehr niedrig. Die Innenpolitik und die Institutionen in Nordkorea sind weniger flexibel als die in der ehemaligen

⁵⁹ vgl. <http://www.deutscheschichten.de>

DDR (LANKOV, 2007). Angesichts des Entwicklungsniveaus des internationalen Kurses gibt es ebenfalls große Unterschiede zwischen den beiden Ländern. Mit seiner "*Juche Ideologie*" strebt Nordkorea nach totaler Autarkie und Selbstversorgung. Dahingegen gehörte die ehemalige DDR sowohl dem Warschauer Pakt als auch dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an und spielte in Osteuropa eine führende Rolle (JEONG, 1998, S. 113, siehe das Volumen des Außenhandels in Tabelle 32). Das System in der alten Bundesrepublik Deutschland wird als eine soziale Marktwirtschaft bezeichnet, die durch die "Teilnahme" und "Solidarität" geprägt war. In Südkorea ist die Marktwirtschaft hingegen durch den starken Einfluss des Staates geprägt (JEONG, 1998, S. 113).

Abgesehen von den wirtschaftlichen Leistungen gibt es große Unterschiede zwischen Korea und Deutschland in Bezug auf die Fläche und Bevölkerung. Während die ehemalige DDR kleiner war als die alte Bundesrepublik Deutschland (Fläche: 44 % der BRD, Bevölkerung: 26 % der BRD), ist die Fläche Nordkoreas 1,2-mal größer als die Südkoreas und die Bevölkerung erreicht die Hälfte der südkoreanischen Bevölkerung. Diese Unterschiede zwischen Korea und Deutschland deuten darauf hin, dass der Weg zur Wiedervereinigung in Korea komplizierter und schwieriger sein wird als es in Deutschland der Fall war.

Dennoch sind die Erfahrungen Deutschlands in Bezug auf die Wiedervereinigung für Korea sehr interessant, denn Korea kann allgemeine Rückschlüsse ziehen und ökonomische Gesetzmäßigkeiten aus den deutschen Erfahrungen nutzen. Außerdem gibt es sonst historisch kaum vergleichbare Fälle. Vor allem haben die beiden Länder eine Gemeinsamkeit, dass zwei unterschiedliche sozioökonomische Systemen zusammengeführt wurden bzw. werden sollen. Im nächsten Kapitel werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Agrarbereich ausführlich dargestellt und untersucht.

5.2 Die Landwirtschaft in Korea und Deutschland

Die natürlichen und demographischen Bedingungen für die Landwirtschaft sind in Korea und Deutschland sehr unterschiedlich. Obwohl die Gesamtfläche Koreas etwa 60 % von Deutschland ausmacht, beträgt die Größe der landwirtschaftlichen Fläche in Korea nur 20 % von derjenigen in Deutschland. Die Anzahl der koreanischen Bevölkerung erreicht etwa 86 % der deutschen Bevölkerung. Jedoch ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Beschäftigten in Korea 40-mal größer als diejenige in der damaligen DDR und BRD. Aufgrund dieser verschiedenen Bedingungen ist die Agrarstruktur in beiden Ländern auch sehr unterschiedlich. Während die durchschnittliche Betriebsgröße in der alten Bundesrepublik Deutschland 18,7 ha im Jahr 1989 betrug, erreichte diese in Südkorea nur 1,5 ha. Nach der Teilung des Landes entstanden durch die Kollektivierung große landwirtschaftliche Betriebe in Nordkorea. Aber die

durchschnittliche Betriebsgröße der kollektivierten Landwirtschaft erreichte in Nordkorea nur etwa 500 ha. Dies ist auch bedeutend kleiner als die Betriebsgröße der ehemaligen DDR (4.107 ha). Wenn man bedenkt, dass es etwa 2 Mill. landwirtschaftliche Haushalte in Nordkorea gibt, macht die landwirtschaftliche Nutzfläche pro ländliche Familie nur 0,95 ha aus, das ist kleiner als diejenige in Südkorea. Aufgrund dieser natürlichen und demographischen Unterschiede wurde die Landwirtschaft in Korea als arbeitsintensiv bezeichnet. Im Gegensatz dazu kann die deutsche Landwirtschaft als eine extrem kapitalintensive Landwirtschaft bezeichnet werden.

Tabelle 33: Landwirtschaftliche Indikatoren in Korea und Deutschland

	Einheit	Korea (2004)			Deutschland (1989)		
		Süd	Nord	Insgesamt	West	Ost	Insgesamt
Landw. Fläche	1.000 ha	1.836	1.850	3.686	11.886	6.171	18.057
Landw. Beschäftigte	1.000 Pers.	3.420	8.360	11.780	1.432	859	2.291
Anzahl der landw. Betriebe	1.000	1.245	4,2 ¹⁾	1.249,2	649 ²⁾	4,8 ¹⁾	653,8
Durchschnitt. Betriebsgröße	ha	1,5	550	3	18,7	4.107	28

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (www.nso.go.kr); Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 1991, Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, S. 154ff.; BML 1990, Statistisches Jahrbuch über ELF, S. 383.

Anm.: 1) Anzahl der LPGen und VEGen.

2) Betriebe mit mindestens 2 ha LF oder mit Spezialkulturen oder Tierbeständen, wenn festgelegte Mindestgrenzen erreicht oder überschritten werden.

Weil sich die natürlichen und demographischen Bedingungen für die Landwirtschaft in Korea und Deutschland deutlich unterschieden, wird der Vergleich der jeweiligen landwirtschaftlichen Merkmale stark eingeschränkt. Aber die Teilung Koreas ermöglicht wiederum einen sinnvollen Vergleich der Landwirtschaft zwischen beiden Ländern. Erfolgt demnach ein Vergleich der landwirtschaftlichen Merkmale zwischen Nordkorea und der damaligen DDR sowie zwischen Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland, so wird der Beweggrund für das große Interesse der Koreaner an den deutschen Erfahrungen ersichtlich. Aufgrund der Tatsache, dass Korea und Deutschland die "Teilung" der Landwirtschaft und die zwei verschiedenen Agrarsysteme seit geraumer Zeit gemeinsam haben, wird es hier Übereinstimmungen und Unterschiede sowohl zwischen Nordkorea und der ehemaligen DDR als auch zwischen Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland geben.

5.2.1 Nordkorea und die ehemalige DDR

Eine wesentliche Übereinstimmung zwischen der ehemaligen DDR und Nordkorea besteht in der Bodenreform und Kollektivierung. Nach dem Zweiten Weltkrieg führten die ehemalige DDR sowie Nordkorea mittels einer Bodenreform Enteignungen von Großgrundbesitzern durch, ohne entsprechende Entschädigungen an die Enteigneten zu leisten. Die enteigneten Böden wurden anschließend den Bauern und Siedlern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Obwohl die Größe des verteilten Bodens in beiden Ländern unterschiedlich war, fand die Bodenreform großen Anklang unter der jeweiligen Bevölkerung. In den 50er Jahren führten beide Länder die Kollektivierung der Landwirtschaft angeblich im alleinigen Interesse der Bauern durch. An dieser Stelle muss jedoch betont werden, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft für die Regierung unerlässlich war, um den Sozialismus zu etablieren. Aufgrund dieses Zwangs flüchteten viele Bauern der ehemaligen DDR in die alte Bundesrepublik Deutschland. Aber in Nordkorea gab es relativ wenige Flüchtlinge nach Südkorea, weil die entmilitarisierte Zone zwischen Nord- und Südkorea bereits vor der Kollektivierung gegründet wurde (siehe Kapitel 4.1, S. 52). Ein weiterer Unterschied in Bezug auf die Kollektivierung besteht darin, dass die Grundbücher, durch die der frühere Eigentumsstand nachvollziehbar ist, in Nordkorea nicht mehr vorhanden sind. In der ehemaligen DDR existierten hingegen die Grundbücher sowie das Protokoll. Im Jahr 1989 waren in der ehemaligen DDR etwa zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche gesetzlich als Privateigentum deklariert (siehe Kapitel 3). Deswegen wird es im Vergleich zur ehemaligen DDR nicht so einfach sein (bzw. unmöglich), die früheren Eigentümer des Vermögens der nordkoreanischen LPG zu ermitteln.

Im Hinblick auf die Agrarpolitik haben sich beide Länder dasselbe zum Ziel gesetzt. Gleich dem größten Ziel der Agrarpolitik seitens der ehemaligen DDR, hatte es Nordkorea ebenfalls auf die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in seiner Agrarpolitik abgezielt (vgl. Kapitel 3.1 und 4.1). Um den Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken, haben beide Länder immer mehr Nahrungsmittel (z.B. Kartoffeln in der DDR, Mais in Nordkorea) anbauen lassen, besonders häufig unter Nutzung von Grenzertragsböden (SCHULZE, 1995, S. 224). Jedoch wurde die angestrebte Selbstversorgung in Nordkorea nicht erreicht. Anders als in Nordkorea konnte die ehemalige DDR sowohl den Bedarf an Nahrungsmitteln eigenständig decken als auch die Überschüsse einiger Produkte exportieren. Die Hauptursachen des unterschiedlichen Zielerreichungsgrades der Agrarpolitik sind folgende:

- 1) Die landwirtschaftliche Fläche Nordkoreas beträgt nur 29 % der landwirtschaftlichen Fläche der ehemaligen DDR. Jedoch ist die Bevölkerung Nordkoreas größer als die der ehemaligen DDR (137 % der Bevölkerung der ehemaligen DDR). Das heißt, dass Nordkorea für die

Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln einen größeren Aufwand als die ehemalige DDR betreiben muss.

- 2) Abgesehen von den unterschiedlichen natürlichen und demographischen Bedingungen ist die wirtschaftliche Leistung der beiden Länder sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 32 in Kapitel 5.1). Die unterschiedlichen Wirtschaftslagen beeinflussten auch das landwirtschaftliche Entwicklungsniveau. Trotz der relativ hoch entwickelten wirtschaftlichen Leistung gab es viele ungelöste Widersprüche in der sozialistischen Landwirtschaft der ehemaligen DDR. Als Beispiel ist die niedrige Qualität des Vorbereitungsbereiches anzuführen (Pflanzenschutz- und Düngemittel, Saatgut, Futter- und Mechanisierungsmittel) sowie die ineffiziente Zuteilung von Mitteln (SCHULZE, 1995, S. 224). Wenn man beachtet, dass die wirtschaftliche Leistung Nordkoreas bedeutend niedriger ist als die der ehemaligen DDR, so ist mühelos vorstellbar, wie schlecht die Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion sind.
- 3) Obwohl beide Länder über ein zentrales Planwirtschaftssystem verfügten, konnten die landwirtschaftlichen Produkte (außer dem Ablieferungssoll) in der ehemaligen DDR uneingeschränkt verkauft werden als in Nordkorea. Ab 1964 wurden in der ehemaligen DDR einheitliche Preise für Erzeugnisse eingeführt, gleichwohl gab es jedoch Prämien für die Mehrproduktion an Schweinen, Milch und Eiern (SCHULZE, 1995, S. 218). In dieser Zeit des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung" dienten die Preise stärker als zuvor als Anreiz zur Steigerung der Produktion. Eine derartige Preispolitik gab es in Nordkorea nicht. Seit dem Koreakrieg wurde es in Nordkorea verboten, dass die Bauern bzw. LPGen ihre landwirtschaftlichen Produkte selbstständig verkaufen. Die Produkte mussten zu den festgelegten nationalen Preisen an den Staat verkauft werden. Als Anreiz zur Steigerung der Produktion hat Nordkorea bis zur Wirtschaftsreform im Jahr 2002 lediglich versucht, die Verantwortungseinheit für die Produktion zu verkleinern. Die nordkoreanische Regierung hat keineswegs an einen marktwirtschaftlichen Faktor wie Preispolitik gedacht. Die Tatsache ist bemerkenswert, dass eine Verbesserung (bzw. Reform), wie das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung" in den 60er Jahren, erst im Jahr 2002 in Nordkorea versucht wurde. Dies deutet an, dass der nordkoreanische Sozialismus starrer als der in der ehemaligen DDR ist und folglich mehr Flexibilität für eine weitere Entwicklung benötigt wird.

Die landwirtschaftliche Produktionsorganisation Nordkoreas ist ähnlich wie die in der ehemaligen DDR. Die LPGen und VEGen spielen die Hauptrolle in der landwirtschaftlichen Produktion. Obwohl die Betriebsgröße Nordkoreas

kleiner ist als die der ehemaligen DDR, sind die Gestalt und die Verwaltungssysteme sehr ähnlich, weil die beiden Fälle dem sowjetischen Modell folgten (vgl. Kapitel 3 und 4). Außerdem wurden in beiden Ländern in den 70er Jahren die landwirtschaftlichen Produktionsorganisationen auf die Pflanzen- und Tierproduktion spezialisiert. Hinsichtlich der Betriebsorganisation und der Verwaltung der LPGen weisen die LPGen Nordkoreas folgende Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten im Vergleich zu ehemaligen LPGen der DDR auf:

- Vor allem ist zu erwähnen, dass die nordkoreanischen LPGen ebenfalls über wenig Entscheidungsspielraum verfügen, weil die Planaufgaben vorgegeben werden und die Produktpreise vom Staat festgelegt werden. Aber der Entscheidungsspielraum der nordkoreanischen LPGen ist stärker begrenzt als derjenige der ehemaligen DDR. Das ist ein bedeutender Unterschied zwischen den nordkoreanischen LPGen und den LPGen der ehemaligen DDR. Obwohl der Entscheidungsspielraum der nordkoreanischen LPGen seit der Reform im Jahr 2002 etwas größer wurde, unterliegen die meisten Entscheidungsrechte über den Betrieb der LPGen noch immer der staatlichen Planung. Dagegen waren es die Bauern in der ehemaligen DDR viel stärker als die nordkoreanischen Bauern gewohnt, in der LPG mit zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen.
- Zweitens ist anzuführen, dass die theoretischen, sozialistischen genossenschaftlichen Eigenschaften, wie z.B. Gemeineigentum, Schaffung einer klassenlosen und wirtschaftlich gerechten Gesellschaft (SCHULZE, 1995, S. 209), in der nordkoreanischen LPG zurzeit durch die Einführung des neuen "Verwaltungssystems der Bunzo" und eines "leistungsabhängigen Abrechnungssystems" geschwächt werden. Durch das neue System wurden das Ackerland und bestimmte Produktionsmittel der LPG (z.B. Saat, Dünger, usw.) bestimmten Arbeitsgruppen (manchmal bestehend aus mehreren Familiengruppen) zugewiesen. Dabei entstehen häufig Konflikte in Bezug auf die Bodenqualität, da dieselben Kriterien bei der Abrechnung ohne Berücksichtigung der Fruchtbarkeit des Bodens angewendet werden (NAM, 2003, S. 203). Ein solches Phänomen trat in den LPG der ehemaligen DDR nicht auf, weil deren Mitglieder nicht im Akkord arbeiteten. Dieser Unterschied kann als ein wichtiger Faktor auf dem zukünftigen Weg der Transformation der nordkoreanischen LPGen herausgestellt werden. Das heißt, während in den LPGen der ehemaligen DDR aufgrund der großen Unterstützung der DDR-Regierung relativ wenig Konflikte zwischen den Mitgliedern existierten und sich keine Konkurrenz ergab, so entstehen in den nordkoreanischen LPGen teilweise Elemente wie z.B. Individualismus, Unzufriedenheit, Treulosigkeit usw. (NAM, 2003, S. 203ff.).

- Weiterhin geht es um den Bürokratismus innerhalb der LPGen. Generell gibt es etwa 1.000 Angestellte in einer nordkoreanischen LPG. Davon sind ca. 100 Personen den Vorstandsmitgliedern anzurechnen, die keiner körperlichen Arbeit nachgehen. Das führt zu vielen Beschwerden seitens der normalen Mitglieder (NAM, 2003, S. 204). Diese Erscheinung des Bürokratismus scheint auch in den DDR-LPGen nicht anders zu sein, weil etwa 10 % der Beschäftigten in den LPGen Leitungs- und Verwaltungskräfte darstellten (vgl. Kapitel 3.1.1).
- Viertens ist darauf hinzuweisen, dass die Mitglieder der nordkoreanischen wie auch der ostdeutschen LPGen kaum Verantwortung für die vernünftige Bewirtschaftung ihrer eigenen Ackerflächen tragen. Generell ist zu erkennen, dass nur ein Teil der Vorsitzenden in der Lage ist, Ackerflächen vernünftig unter ökonomischen Aspekten zu bewirtschaften. Dies liegt an dem hohen Spezialisierungsgrad in den LPGen. Außerdem haben viele Betriebe sowohl in der ehemaligen DDR als auch in Nordkorea mit der Desinteresse und mangelnden Eigenverantwortung der Beschäftigten gekämpft (STERN, 1990, S. 210; vgl. Kapitel 4).
- Fünftens gibt es zu viele Arbeitskräfte in den LPGen beider Länder. Es beruht in der ehemaligen DDR hauptsächlich darauf, dass die LPGen auf Grund des Rechts auf Arbeit auch die nicht unbedingt benötigten Arbeitskräfte beschäftigten. Auf der anderen Seite wollten die LPGen, aufgrund der stark steigenden Produktionsmittelpreise, mehrere Arbeitskräfte einsetzen (SCHULZE, 1995, S. 225). Im Vergleich dazu ist die Anzahl der Arbeitskräfte in den nordkoreanischen LPGen hoch, weil Arbeit den wichtigsten Produktionsfaktor für die landwirtschaftliche Produktion darstellt. Dies verschärft sich seit den 90er Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Krise.

Die Investitions- und Finanzierungsaspekte im Agrarbereich des heutigen Nordkorea sind im Vergleich zu denen der ehemaligen DDR sehr schlecht. Das nordkoreanische wirtschaftliche System bezeichnet man als eine starke "Regierungswirtschaft (Government Budget Economy)" (HONG, 2005, S. 128). In Nordkorea erfolgten sämtliche Investitionen mit Geldern der Regierung. Zur Finanzierung der LPGen hat der Staat mindestens bis zu den 80er Jahren Gelder bereitgestellt. Aber seit den 1990er Jahren sollten die LPGen ihre eigenen Gelder für Investitionen verwenden. Nur falls es den LPGen an Geldern mangelt, dürfen diese einen Kredit bei der Zentralbank beantragen. Aufgrund des Rückgangs der Produktionsmenge mangelt es den LPGen aber immer häufiger an finanziellen Mitteln. Weil die Zentralbank selbst unter Kapitalmangel leidet, kann dieser Kapitalbedarf nicht ausreichend gedeckt werden (CHOI, 2002, S. 67f.). Deswegen ist es in Nordkorea fast unmöglich, dass die LPGen zur Durchführung ihrer eigenen Investitionen Kredite aufnehmen.

Seit 2000 hat sich der Anteil für landwirtschaftliche Investitionen am Budget vergrößert. Beispielsweise stieg das Budget für landwirtschaftliche Zwecke im Jahr 2003 um 21,3% im Vergleich zum Vorjahr an (KWON et al., 2004, S. 236). Dieses Budget steht für Investitionen in der Landwirtschaft wie z.B. Bodenausgleich, Bewässerung oder technische Entwicklung (vgl. Kapitel 4.4.2) zur Verfügung.

Im Unterschied zu der schlechten finanziellen Situation Nordkoreas wurden in der damaligen DDR bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Regimes Preis- und Exportunterstützungen für landwirtschaftliche Produkte von der Regierung durchgeführt. Außerdem erhielten LPGen die Kredite, um Ställe und bauliche Anlagen zu reparieren bzw. neu zu bauen.

Hinsichtlich der jeweiligen Investitions- und Finanzierungslage kann man festhalten, dass ein großer Unterschied zwischen den nordkoreanischen LPGen und den LPGen der ehemaligen DDR besteht. Erst wenn es Nordkorea gelingen würde, ausreichendes Kapital zu beschaffen und eine Reihe von Krediteinrichtungen zu etablieren, würden die jeweiligen Umstände der LPGen bezüglich der Investitions- und Finanzierungsaspekte, in beiden Ländern relativ ähnlich sein.

Hinsichtlich der nordkoreanischen Produktionsausrichtung ist zu erwähnen, dass diese sich von der ehemaligen DDR erheblich unterscheidet. Aufgrund der großen Klimadifferenz ist es in Nordkorea unmöglich, in einigen nördlichen Gebieten Pflanzen anzubauen. Reis und Mais, als Hauptnahrungsmittel, werden hauptsächlich im Süden Nordkoreas im Flachland angebaut. In den letzten Jahren wurde der Kartoffelanbau erweitert, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern. Im Vergleich zu der ehemaligen DDR ist das Potential der Landwirtschaft sehr niedrig. Bei der Tierproduktion bemüht sich Nordkorea um die Haltung kleinerer Tiere wie Gänse, Hasen, Ziegen usw. Denn Tiere wie Rinder und Schweine verbrauchen zu viele Futtermittel, die nur bedingt im Lande selbst erzeugt werden können.

Aufgrund der obigen Bedingungen in Nordkorea ist die ländliche Wirtschaftssituation sehr schwierig. Trotz der Wirtschaftsreform 2002 dauern diese Probleme in den ländlichen Räumen weiterhin an. Der Handel auf dem Schwarzmarkt für Lebensmittel ist sehr umfangreich, und die Preise für Lebensmittel dort sehr hoch. Demzufolge befindet sich die (ländliche) Bevölkerung Nordkoreas fortwährend von Hunger bedroht. Diese schlechte Wirtschaftslage in den ländlichen Räumen Nordkoreas unterscheidet sich ebenfalls von derjenigen der ehemaligen DDR. Obwohl Warenknappheit in der ehemaligen DDR auftrat, war dies nur eine relative Knappheit im Vergleich zu BRD, ganz anders als die absolute Knappheit in Nordkorea. Zusammenfassend kann man die nordkoreanische Landwirtschaft mit der Landwirtschaft der ehemaligen DDR wie folgt vergleichen: Obwohl beide Länder die Gemeinsamkeit des kollektiven

landwirtschaftlichen Systems aufweisen, besteht ein großer Unterschied in dem Entwicklungsniveau und der Lebensqualität der Bauern.

5.2.2 Südkorea und die alte Bundesrepublik Deutschland

Die natürlichen und demographischen Bedingungen machen einen großen Unterschied zwischen Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland aus. Die Größe der Gesamtfläche Südkoreas beträgt etwa ein Drittel der alten Bundesrepublik Deutschland. Die landwirtschaftliche Fläche Südkoreas ist aber viel kleiner im Vergleich zu der landwirtschaftlichen Fläche der alten Bundesrepublik Deutschland (15,4 % der alten Bundesrepublik Deutschland). Die Bevölkerungszahl Südkoreas beträgt im Jahr 2004 zwei Drittel der Bevölkerung der alten Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989. Aber die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist in Südkorea im Jahr 2004 2,4-mal größer als die der alten Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989. Solche Differenzen verursachte grundsätzlich die unterschiedliche Agrarstruktur, insbesondere die Betriebsgröße. Die Tabelle 34 zeigt die unterschiedlichen Betriebsgrößen in Südkorea und der BRD. Folglich bewirtschaften 66 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Südkorea unter 1 ha LF im Jahr 2004, während 53 % der landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD über 10 ha LF im Jahr 1989 bewirtschafteten.

Tabelle 34: Betriebe unterteilt nach Größenklassen in Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland

Betriebsgröße von ...bis unter ha LF	Südkorea (2004)		BRD (1989)		
	1.000	%	1.000	%	
Unter 1 ¹⁾	Unter 0,1 ¹⁾	53,9	4,3	32,7	5,2
	0,1-0,5	448,8	36,0		
	0,5-1,0	324,7	26,1		
	1,0-2,0	251,7	20,2	59,9	9,6
	2,0-5,0	135,2	10,9	97,8	15,7
	5,0-10,0	25,2	2,0	101,2	16,2
10 und mehr	10-20	5,9	0,5	130,1	20,8
	20-30			81,7	13,1
	30-50			75,9	12,1
	50-100			38,5	6,2
	100 und mehr			6,5	1,0
Zusammen		1.245,1	100	624,8	100

Quelle: Statistisches Jahrbuch über ELF 1991, S. 39; Korean Statistical Information Service (<http://www.kosis.kr>).

Anm.: Einschließlich Betriebe ohne LF.

Betrachtet man den Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe in beiden Ländern, so ist der Anteil an Haupterwerbsbetrieben in Südkorea höher als der in der alten Bundesrepublik Deutschland. Während der Anteil 75 % der gesamten Betriebe in Südkorea ausmacht, so beträgt der Anteil in der alten

Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 nur 58 % (KOREAN STATISTICAL INFORMATION SERVICE, <http://www.kosis.kr>; Statistisches Jahrbuch über ELF, 1991, S. 39). Der relativ hohe Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in der alten Bundesrepublik Deutschland ist der Tatsache zuzuschreiben, dass die ländliche Bevölkerung bereits bemüht war, neben dem landwirtschaftlichen Einkommen auch andere Einkommensquellen zu erschließen, um den Lebensunterhalt zu verbessern. Das heißt, der Umgestaltungsprozess der Landwirtschaft wurde mit der wirtschaftlichen Entwicklung frühzeitig durchgeführt. Vor der Wiedervereinigung wurden die landwirtschaftlichen Betriebe in der alten Bundesrepublik Deutschland nach der Rechtsform nicht klassifiziert. Erst nach der Wiedervereinigung wurden die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Rechtsform analysiert, weil sich die LPGen der ehemaligen DDR in verschiedene Rechtsformen umgewandelt haben. Die Betriebsrechtsformen der alten Bundesländer wurden in Tabelle 17 (im Kapitel 3.3.2) dargestellt. Die landwirtschaftliche Betriebsrechtsform war früher auch in Südkorea eher von geringer Bedeutung. Seit den 90er Jahren erschienen die juristischen Personen (inkl. Genossenschaften) als landwirtschaftliche Produktionsorganisationen allmählich in der südkoreanischen Landwirtschaft. Im Jahr 2006 beträgt die Anzahl der juristischen Personen in der Landwirtschaft 1.331, wovon 1.082 auf Produktionsgenossenschaften entfielen. Den Rest bildeten die Kapitalgesellschaften (Tabelle 35).

Zu den landwirtschaftlichen juristischen Personen in Südkorea gehörten die Genossenschaft und Kapitalgesellschaft. Während das Hauptmerkmal einer Genossenschaft die kooperative Bewirtschaftung der Landwirtschaft ist, wird eine landwirtschaftliche Gesellschaft durch die unternehmerische Bewirtschaftung geprägt. Mindestens fünf Bauern können eine Genossenschaft gründen. Auf der einen Seite können sie durch eine kooperative Bewirtschaftung die Produktivität steigern und auf der anderen Seite durch enge Zusammenarbeit in den Bereichen Vermarktung, Verarbeitung und Export das Einkommen der Mitglieder erhöhen.⁶⁰ Obwohl deren Größe bedeutend kleiner ist als die der e.G. in Deutschland, bestehen große Ähnlichkeiten zwischen der südkoreanischen und deutschen e.Gs. Die landwirtschaftliche Kapitalgesellschaft Südkoreas zielt auf die Produktivitätserhöhung durch unternehmerische Bewirtschaftung ab. Sie kann gegründet werden, um als Stellvertreter für die Vermarktung und Verarbeitung der Agrarprodukte als auch für die landwirtschaftliche Arbeit zu fungieren.⁶¹ Die verschiedenen Rechtsformen ergeben sich in der landwirtschaftlichen Gesellschaft z.B. als OHG, KG, GmbH, AG

⁶⁰ Vgl. Artikel 15 des südkoreanischen Gesetzes "*Framework Act on Agricultural and Rural Community*".

⁶¹ Vgl. Artikel 16 des obigen Gesetzes.

und sie weisen ähnliche Merkmale wie die in Deutschland auf. Außer der AG kann jede Rechtsform eine landwirtschaftliche Fläche besitzen.

Tabelle 35: Anteil der Juristischen Personen in der landwirtschaftlichen Produktion in Südkorea (2006)

	Anzahl der Betriebe	Bewirtschaftete Fläche (ha)	Anteil von gesamten LF (%)	Durchschnittliche Größe (ha)
Genossenschaften	1.082	10.103	0,55	9,3
Kapitalgesellschaften	249	4.863	0,27	19,5
Insgesamt	1.331	14.966	0,82	11,2

Quelle: Ministerium für Statistik in Korea (www.nso.go.kr).

Der Produktionswert in der Landwirtschaft Südkoreas betrug im Jahr 2004 32,6 Mrd. US-Dollar. Davon gewährte die Reisproduktion 26,7 %, der Gartenbau 30,9 % und die Tierproduktion 26,9 %. Im Jahr 2004 betrug die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft 21,3 Mrd. US-Dollar und bildete einen Anteil von 3,7 % der gesamten Bruttowertschöpfung. Dieser Anteil machte im Jahr 1989 10 % aus (MAF, 2006). Im Fall der alten Bundesrepublik Deutschland betrug der Produktionswert der Landwirtschaft im Jahr 1989 21,3 Mrd. US-Dollar. Die Bruttowertschöpfung der landwirtschaftlichen Produktion betrug im selben Jahr 12,4 Mrd. US-Dollar und machte somit 1,8 % der gesamten Bruttowertschöpfung aus (Statistisches Jahrbuch, 1991, S. 136). Wenn man in Betracht zieht, dass der Anteil der Landwirtschaft in der alten Bundesrepublik Deutschland 3,4 % im Jahr 1970, 2,2 % im Jahr 1980 betrug, dann bemerkt man, dass die Geschwindigkeit der landwirtschaftlichen Umgestaltung nicht so drastisch verlief wie in Südkorea. Tatsächlich verändert sich die Lage der Landwirtschaft in Südkorea sehr schnell. Die drastische Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist auch ein gutes Beispiel. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung in der alten Bundesrepublik Deutschland von 2,3 Mill. Personen im Jahr 1970 auf 1,1 Mill. Personen im Jahr 1989 langsam reduziert wurde, hat jene in Südkorea von 14,42 Mill. Personen im Jahr 1970 auf 6,66 Mill. Personen im Jahr 1990 und weiter auf 4,03 Mill. Personen im Jahr 2004 sehr drastisch abgenommen.

Wie bereits erwähnt, haben Südkorea und die alte Bundesrepublik Deutschland die Gemeinsamkeit, dass die landwirtschaftlichen Betriebe hauptsächlich aus Familienbetrieben sind. Außerdem ist der Anteil der wirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft in beiden Ländern ähnlich. Aber die Stabilität der Agrarstruktur macht einen großen Unterschied zwischen beiden Ländern aus. Während die Agrarstruktur in der alten Bundesrepublik Deutschland über einen etwa 40-jährigen Umgestaltungsprozess bereits stabilisiert wurde, steht die Landwirtschaft Südkoreas einer fortwährenden Umgestaltungsaufgabe gegenüber. Nachfolgend wird die Lage der Landwirtschaft zwischen Südkorea und der BRD vergleichend zusammengefasst.

Erstens geht es um den Umgestaltungsprozess der Landwirtschaft, der eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft hervorgerufen hat. Dieser Prozess setzte in der alten Bundesrepublik Deutschland schon Ende der 60er Jahre ein, als der freie Warenverkehr für Agrarprodukte in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verwirklicht wurde (SCHULZE, 1995, S. 193). Die Umgestaltungsfrage der Landwirtschaft machte sich in Südkorea erst im Jahr 1989 geltend, weil die Marktöffnung für Agrarprodukte aufgrund des Wegfalls des Artikels "Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben" (BOP, Artikel XVIII:B) in dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT ernsthaft beachtet wurde (LEE und KIM, 2006, S. 2). Die landwirtschaftliche Umgestaltung ist zurzeit ein Hauptthema in der Agrarpolitik Südkoreas. Dabei versucht die Regierung, die Betriebsgrößen zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dabei besteht eine wichtige Aufgabe darin, das Interesse sowohl der verbleibenden als auch der ausscheidenden Bauern zu regeln. Deswegen kann gesagt werden, dass sich die Agrarstruktur in Südkorea stark bewegt. Diese Instabilität der südkoreanischen Agrarstruktur, die durch die Marktöffnung und Umgestaltungsbedürfnisse hervorgerufen wurde, steht im Gegensatz zur alten Bundesrepublik Deutschland. Diese Instabilität der Agrarstruktur Südkoreas ist ein wichtiger Unterschied im Vergleich mit der Agrarstruktur der alten Bundesländer. Anhand dieses Punktes kann man vermuten, dass die Integration (bzw. Transformation) der nordkoreanischen Landwirtschaft in das südkoreanische System anders als in Deutschland durchgeführt wird. Das heißt, anders als die alten Bundesländer, die mit einem bestimmten agrarpolitischen Leitbild der bäuerlichen Familienbetriebe den Umwandlungsprozess der LPGen beeinflussten, hat Südkorea keine bestimmtes agrarpolitisches Leitbild aufgrund seiner landwirtschaftlichen Instabilität.

Zweitens hat die BRD trotz der hohen wirtschaftlichen Entwicklung durch ihre Agrarpolitik ihre Landwirtschaft geschützt und gefördert (SCHULZE, 1995, S. 188ff.). Dadurch konnte die BRD lang andauernde Umgestaltungsprozesse ausarbeiten und eine Selbstversorgung mit wichtigen Nahrungsmitteln erreichen. Vor allem wurde im Rahmen der "Gemeinsamen Agrarpolitik"(GAP) in der EG die Ernährungs- und Agrarfrage zusammen mit anderen Mitgliedstaaten geregelt. Im Gegensatz dazu hat die Agrarpolitik in Südkorea mit der landwirtschaftlichen Umgestaltung erst in den 90er Jahren begonnen. Weil der Prozess ohne ausreichende Vorbereitung vollzogen wurde, gab es viele negative Nebenwirkungen wie die Schuldenlast oder die Entfremdung zwischen Wachstum und Einkommen (CHOI, 2007, S. 18). Infolgedessen war die Lage der Landwirtschaft in Südkorea sehr schwierig. Seit 2000 wurden Gegenmaßnahmen eingesetzt, um den Schock der landwirtschaftlichen Umgestaltung abzuschwächen. Aber es ist noch nicht ausreichend, um die wichtigen Funktionen der Landwirtschaft (z.B. Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz, Landschaftspflege und Kulturerhaltung) zu gewährleisten. Beispielsweise ist das

Selbstversorgungsniveau an Nahrungsmitteln in Südkorea sehr niedrig. Der Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln betrug im Jahr 2006 nur 26,8 % (MAF, 2006).

Drittens mangelt es aufgrund der dominierenden Betriebsformen in Form von "kleinbäuerlichen Betrieben" und "selbstversorgungsorientierten Familienwirtschaften" an einem "betriebswirtschaftlichen Bewusstsein" in der bisherigen südkoreanischen Landwirtschaft.⁶² Die landwirtschaftliche Beratung wurde hauptsächlich durch eine staatliche Behörde durchgeführt (KIM et al., 2000, S. 13 ff.). Dabei lag der Schwerpunkt der Beratung auf der Produktionserhöhung durch die Anwendung neuer Techniken. Seit den 90er Jahren treten jedoch die betriebswirtschaftliche Beratung sowie Vermarktungsberatung durch private Beratungsunternehmen in den Vordergrund. Allerdings zeichnet sich die südkoreanische Landwirtschaft im Vergleich zur damaligen Bundesrepublik dadurch aus, dass sich ein betriebswirtschaftliches, ökonomisches Bewusstsein nur sehr langsam durchsetzt.

Viertens gibt es Unterschiede hinsichtlich der Produktionsmerkmale zwischen Südkorea und der alten Bundesrepublik Deutschland. Im Vergleich mit der landwirtschaftlichen Produktion in der alten Bundesrepublik Deutschland, kann die in Südkorea als die der "vielfältigen Sorten und kleinen Mengen" bezeichnet werden. In Zeiten der Globalisierung ist es unklar, wie sich diese Strukturen bzw. Eigenschaften noch verändern werden. Im Umgestaltungsprozess stand die Landwirtschaft in der alten Bundesrepublik Deutschland ständig unter dem politischen und ökonomischen Druck ihrer Industrie (SCHULZE, 1995, S.188ff.). Diese Situation findet sich heutzutage ebenfalls in Südkorea wieder. Es ist derzeit noch unklar, ob die Umgestaltung der südkoreanischen Landwirtschaft im Zeitablauf dem Fall der alten Bundesrepublik Deutschland ähneln wird.

5.3 Zur Übertragbarkeit der ostdeutschen Erfahrung auf Nordkorea

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, steht bei einer koreanischen Wiedervereinigung die sozialistische Landwirtschaft der marktwirtschaftlichen Landwirtschaft gegenüber, wie es bereits vor 15 Jahren in Deutschland der Fall war. Auf der anderen Seite unterscheidet sich der tatsächliche Stand der jeweiligen Landwirtschaft sowohl in Nordkorea und in der ehemaligen DDR als auch in Südkorea und in der alten Bundesrepublik Deutschland. Falls Nordkorea mit der Aufgabe der sozialistischen Planwirtschaft plötzlich zusammenbricht und somit die Frage der landwirtschaftlichen Transformation in Nordkorea in den Vordergrund rückt, dann werden einige Bedingungen für die Transformation der LPGen Nordkoreas aufgrund der Gemeinsamkeiten zwischen

⁶² Vgl. KIM, S.S., 1994, S. 219ff.

Deutschland und Korea ähnlich wie in Deutschland gestaltet. Das heißt, der Übergang in die Marktwirtschaft in Nordkorea kann anders als in anderen Transformationsländern aber ähnlich wie in Ostdeutschland in sehr kurzer Zeit erfolgen. Demzufolge könnte das südkoreanische Wirtschafts-, Finanz-, Gesellschafts- und Rechtssystem auf Nordkorea sehr schnell übertragen werden und die kollektiven Formen der Landbewirtschaftung könnten in marktwirtschaftlich kompatible Formen umgewandelt werden.

Obwohl die Möglichkeiten, die deutschen Erfahrungen hinsichtlich der LPG-Umwandlungen gleichmäßig in Korea anzuwenden, aufgrund der Unterschiede im Agrarbereich zwischen Deutschland und Korea begrenzt sind, kann die Struktur für den Systemwandel einschließlich des Agrarbereichs sehr kurzfristig gelegt werden. Selbst wenn die deutschen Erfahrungen in Bezug auf die Umwandlung der LPGen nicht direkt übertragen werden können, kann man jedoch aus den deutschen Erfahrungen einige Handlungsanweisungen für die zukünftige schnelle Umwandlung der nordkoreanischen LPGen ableiten.

Im Vergleich zu anderen sozialistischen Transformationsländern war es für die ostdeutsche Erfahrung von besonderem Wert, dass unmittelbar in der Nähe der sogenannte "Partnerstaat" existierte. Diese Tatsache wirkte sich besonders auf die Durchführung der landwirtschaftlichen Transformation aus. Neben der Übertragung der Institutionen aus Westdeutschland wurden auf betrieblicher Ebene häufig westdeutsche Berater eingesetzt. Für Korea könnte sich das gleiche Schicksal ergeben, weil ein ähnlicher Prozess bei der Wiedervereinigung unvermeidbar ist. Wenn man in einem zeitlichen Abstand von ca. 15 Jahren die ostdeutschen Erfahrungen bei der landwirtschaftlichen Transformation sowohl von Betriebsmanagern als auch Wiedereinrichtern erfasst, dann können Empfehlungen für die Transformation der nordkoreanischen LPGen abgeleitet werden.

Mit diesen Gedanken werden zunächst im folgenden Kapitel die Bewertungen über die betrieblichen Transformationen analysiert. Dadurch wird deutlich, welches deutsche Erfahrungswissen für Korea anwendbar ist. Anschließend werden im Kapitel "Schlussfolgerungen" Empfehlungen in Bezug auf die zukünftigen Umwandlungen der nordkoreanischen LPGen abgeleitet.

6 ANALYSE DER BEFRAGUNG

Die Veränderung des politischen Regimes in der ehemaligen DDR und die anschließend erfolgte Vereinigung mit der Bundesrepublik hatten schwerwiegende Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe der neuen Bundesländer. Entsprechend der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen mussten die Betriebsleiter ihre kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe an das marktwirtschaftliche System anpassen. Darüber hinaus mussten sie umgehend in der Lage sein, ihre Betriebe unter den neuen Bedingungen zu leiten. Auf der anderen Seite hatten motivierte Personen die Möglichkeit, ihre eigenen privaten Familienbetriebe neu zu gründen. In diesem Zusammenhang werden die Antworten der 21 Betriebsleiter (davon 16 Leiter von LPG-Nachfolgebetrieben und 5 private Landwirte) in diesem Kapitel analysiert. Im Rahmen dieser Interviews wurden die Betriebsleiter nach ihren persönlichen Erfahrungen während der Transformationsphase befragt. Das heißt, sie berichten retrospektiv nach einem Zeitraum von 15 Jahren über ihre eigenen Erfahrungen. Die Schwerpunkte der Analyse liegen in den folgenden vier Themenbereichen:

Erstens wird der Gestaltungsprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der LPGen diskutiert. Zweitens wird analysiert, wie die Privatisierung der Böden und anderer LPG-Vermögen durchgeführt wurde und wie die Betriebsleiter diese Sachverhalte aus heutiger Sicht bewerten. Drittens erfolgt eine Untersuchung dahingehend, welcher Beratungsbedarf sich für die Umwandlung der Betriebe ergab und welche Rolle die externe Beratung bei der betrieblichen Transformation gespielt hat. Im Anschluss daran werden die Schwierigkeiten nach der Transformation und deren Überwindungsprozess betrachtet.

6.1 Etablierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der LPGen

Entsprechend der Aussagen der Befragten über die Probleme in den LPGen während der DDR-Zeit, sind die folgenden zwei Aspekte nennenswert:

"Die Menschen in der DDR waren nicht mit Eigentum verbunden, da Eigentum nichts wert war. Das gab es schon in der DDR-Zeit, aber das war nur unterbewusst. Daraus resultierte die negative LPG-Mentalität. Das war ein großer Nachteil für die weitere Entwicklungen." (Interview B4).

"Das Problem in der LPG ist sicherlich gewesen, dass aufgrund der staatlichen Abschöpfung und des immer stärker zunehmenden staatlichen Einflusses und

der Forderungen, die Motivation für die Produktion abnahm. Man hat in der LPG immer gesagt, es bleibt für uns sowieso nicht genug übrig." (Interview A7).

Für den Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR wurden verschiedene Ursachen in der Literaturen angegeben. Aus ökonomischer Sicht wurden insbesondere die folgenden Gründe hervorgehoben (vgl. BRABANT, 1991, S. 29; SINN und SINN, 1991, S. 34ff.):

- Keine Gewähr des Privateigentumsrechts;
- Zentrale Planung und Lenkung;
- Verschwendung der Ressourcen.

Anhand der Aussagen der obigen Befragten macht es den Anschein, dass die Landwirtschaft dabei keine Ausnahme darstellte. Boden war ein wichtiges Produktionsmittel und er blieb laut Kataster formal Eigentum der Familie (zum Teil aber auch als Volkseigentum). In der Realität waren Rechte am Boden aber nichts wert. Eigentums- und Nutzungsrechte wurden Einzelpersonen verweigert. Diese Rahmenbedingungen verursachten die so genannte negative LPG-Mentalität, wie der Befragte B4 erwähnte. Die negative LPG-Mentalität kann als "Moral Hazard Verhalten"⁶³ oder als "fehlende Selbstverantwortlichkeit" verstanden werden und war eine allgemeine Schwäche des sozialistischen Wirtschaftssystems. Auf der anderen Seite wurde die "massive staatliche Lenkung oder Intervention" auch als eine wichtige Ursache gesehen, welche die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft negativ beeinflusste.

Um diese Probleme, die mit den Eigentumsverhältnissen und dem zentralen Planwirtschaftssystem verbunden waren, zu verbessern, hatte die damalige DDR-Regierung bereits 1963 (unter Walter Ulbricht) die Dezentralisierung nach dem "neuen ökonomischen System der Planung und Lenkung" angestrebt. Dieser Versuch schlug fehl, da die begrenzte Dezentralisierung dazu führte, dass die wirtschaftliche Situation im Laufe der Zeit eher schlechter wurde und somit die Regierung zu den Regeln des zentralistischen Ausgangsmodells zurückkehrte, um größere Fehlentwicklungen zu vermeiden (GEY, 2004, S. 121). Erst nach Ende der kommunistischen Herrschaft wurde ein ernsthafter und tiefgreifender Verbesserungsversuch durchgeführt.

⁶³ Ein Befragter erklärt: "In unserem Kreis um Halle gab es 30 LPGen. Davon waren vier, die eigenes Geld hatten, gut organisiert. Die anderen nicht. Die haben auch nicht viel verdient, dann wird folglich geklaut. Zum Beispiel kommt das Futter nicht zum Vieh des Betriebes, sondern nach Hause." (Interview B2).

Laut Herrn Watzek⁶⁴, Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft in der Modrow-Regierung⁶⁵, habe bereits die Modrow-Regierung der DDR die Reformaufgaben der kollektiven Landwirtschaft wie folgt wahrgenommen (Interview D1):

- Die LPGen sind von einer administrativen und einseitigen Belastung zu befreien.
- Die Eigenverantwortung für Betriebe soll gestärkt werden.
- Es soll die ökonomische Wirksamkeit des Eigentums gewährleistet werden.
- Es soll Demokratie in den Genossenschaften und Dörfern herrschen.
- Um die LPG-Strukturen zu erhalten, sollte der Bodenmarkt in der DDR aber nicht umstrukturiert werden.

Vor diesem Hintergrund wurden einige Pläne für die langfristige Umstrukturierung bereits in der Modrow-Regierung bearbeitet. Der Entwurf des ersten LAGs ging zum großen Teil auf die Modrow-Regierung zurück. Herr Watzek erklärt:

"Mit Ausnahme der Einschränkung des Bodenmarktes wurden alle Punkte im Entwurf der Modrow-Regierung für die Umwandlungsgesetze der LPG als das Gesetz LAG I durch die Volkskammer in der letzten DDR-Regierung (de Maizière-Regierung) bestätigt." (Interview D1).

Zu Beginn der Transformation waren alle politischen Kräfte in der ehemaligen DDR einig, dass die Privateigentumsrechte an Boden und anderem Vermögen verstärkt werden sollen. Dementsprechend wurde sofort nach dem Mauerfall eine Reformbewegung in diese Richtung von der ersten Regierung unterstützt. Allerdings basierten die ersten Reformen stark auf dem genossenschaftlichen Produktionsmodell. Das heißt, obwohl Privateigentumsrechte an Produktionsmitteln vollständig eingeführt wurden, hat die Regierung sich dennoch bemüht, die großbetrieblichen Strukturen und die genossenschaftliche Bewirtschaftung zu bewahren. Diese Bemühungen standen im Einklang mit anderen politischen Kräften der ehemaligen DDR. Herr Watzek erklärt:

⁶⁴ Er war Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von November 1989 bis April 1990. Er beteiligte sich maßgeblich an der Vorbereitung der Gesetzgebung für die Umwandlung der DDR-Landwirtschaft.

⁶⁵ Hans Modrow galt seit längerem im In- und Ausland als Hoffnungsträger der Reformen in der DDR. Die Modrow-Regierung hatte nur eine kurze Lebenszeit: von November 1989 bis März 1990. Danach wurde die "de Maizière-Regierung" mit den ersten freien Parlamentswahlen in der DDR am 18. März 1990 gebildet. Die Regierungszeit endete im Rahmen der Deutschen Wiedervereinigung mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990.

" In dieser Phase kündigte sich die deutsche Wiedervereinigung bereits deutlich an⁶⁶. Alle westdeutschen Parteien hatten in den ostdeutschen Regionen ihre Partei gebildet, z.B. die SPD-Ost, CDU-Ost usw. Unter diesen Bedingungen haben wir wahrgenommen, dass die erste Aufgabe darin bestand, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur landwirtschaftlichen Umwandlung schnell zu gestalten, um die LPG-Struktur zu schützen." (Interview D1).

Laut Herrn Watzek ergab sich der Versuch, den Bodenmarkt beim Entwurf des LAG I einzuschränken, aus dem Ziel die LPG-Struktur irgendwie zu.

Es hat den Anschein, dass diese unvollständigen marktwirtschaftlichen Ansätze der letzten DDR-Regierung in Westdeutschland einige Sorgen bereiteten. Im BML herrschte im Bezug auf die Umwandlung der LPGen die Meinung, dass die LPGen unter einem Unrechtssystem aufgebaut worden seien. Dieses "Unrecht" galt es 1990/1991 aus Sicht der Bundesrepublik aufzuarbeiten bzw. zu korrigieren. Deswegen sollten aus westdeutscher Sicht Eigentumsrechte an Produktionsmitteln in Ostdeutschland stärker gesichert werden. Laut Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (WBBMELF) vom 4. Mai 1990 wurde betont, dass "gesicherte Eigentumsrechte an Produktionsmitteln als Voraussetzung für funktionsfähige Faktormärkte" unabdingbar seien. Hierzu gehören auch funktionsfähige Boden-, Pacht- und Kapitalmärkte. Seitens der BRD sind wohl definierte Eigentums- und Nutzungsrechte die Voraussetzung für die effiziente Nutzung und für die Übernahme unternehmerischer Risiken durch private Unternehmer und dadurch können sie als Haftungskapital auf dem Kreditmarkt dienen (vgl. WBBMELF, 1991, S. 3f.). Zukünftige Organisationsformen der LPGen, wobei eine kapitalgesellschaftliche Betriebsrechtsform durch das LAG I nicht mit einbezogen wurde, wurden bereits von westdeutscher Seite (Familienwirtschaften im Haupt- oder Nebenerwerb, Produktionsgenossenschaften, Personen- und Kapitalgesellschaften usw.) erwähnt (WBBMELF, 1991, S. 5). Wie man entsprechend der folgenden Beschreibungen feststellt, hatte die BRD diesbezüglich die Sorge, dass "die Fixierung auf nur eine Organisationsform als Leitbild der Agrarpolitik den Bedürfnissen der Menschen und den Bedingungen des Marktes nicht gerecht würde (WBBMELF, 1991, S. 6)". Dabei würde eine Organisationsform als Leitbild der Agrarpolitik verstanden, welche die Umwandlung zu genossenschaftlichen Betrieben in

⁶⁶ Am 30. Januar 1990 erklärte der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Außerdem wurde der Vertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Staatsvertrag), der am 1. Juli 1990 in Kraft trat, bereits am 18. Mai 1990 verabschiedet. Bereits am 13. Januar 1990 befürworteten bundesdeutsche Politiker erstmals öffentlich eine "deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion".

den Vordergrund stellt. Außerdem vertrat das BML in Westdeutschland den Standpunkt, dass die Neuregelung der Eigentums- und Nutzungsrechte von zentraler und aktueller Bedeutung sei. Da eine Mitgliedschaft in genossenschaftlicher Form an der Landwirtschaft oder anderen Personen- oder Kapitalgesellschaften nur auf freiwilliger Basis möglich ist und um dies weiterhin zu gewährleisten, mussten die Eigentumsrechte an Boden und sonstigem Betriebsvermögen soweit wie möglich individualisiert werden (WBBMELF, 1991, S. 5). Nichtsdestotrotz blieben die Stellungnahmen des westdeutschen wissenschaftlichen Beirates ohne sichtbare Konsequenzen. Die dominierende negative Bewertung der LPGen innerhalb des BML wurde nur als Meinung bis zur Novellierung des LAG I geäußert. Denn die Politiker der ehemaligen DDR hatten bereits gesetzliche Rahmenbedingungen wie das LAG vorbereitet, um die Strukturen der LPGen zu erhalten. Ein Befragter, welcher früher als landwirtschaftlicher Beamter in der BRD tätig war, bewertet dies wie folgt:

"Das LAG I hatte einen gewissen Rahmen vorgegeben, den man nach der Vereinigung nicht völlig wieder rückgängig machen konnte." (Interview D4).

Das LAG I war im Prinzip das Ergebnis der eigenständigen Arbeit von ostdeutschen Experten und Ministeriumsmitarbeitern. Allerdings hatte das westdeutsche Landwirtschaftsministerium einen Berater im ostdeutschen Ministerium (Interview D5), der jedoch bei der Abfassung des LAG I keine Rolle gespielt hat. Laut Herrn Watzek können hinsichtlich der Beratungstätigkeiten aus dem Westen, die mit dem LAG I in Zusammenhang standen, nur die folgenden zwei Punkte bemerkt werden:

- Am Anfang wurde das LAG I durch einen Sonderausschuss nur als eine agrarpolitische Maßnahme vorbereitet. Aber kurz bevor der Antrag in die Volkskammer eingebracht wurde, wurde in der Diskussion mit der SPD-Fraktion geklärt, dass ein Gesetz statt einer Maßnahme eingebracht werden sollte (vgl. Interview D1).
- Die Einschränkung bezüglich des Bodenmarktes wurde auch nach dem Staatsvertrag in Westdeutschland kritisiert und verändert: Laut seiner Aussage betonen die westdeutschen Berater angeblich vehement: *"Der Boden muss frei sein und freiwillig verkauft werden."* (Interview D1).

Nach der Wiedervereinigung wurde das LAG I revidiert, insbesondere um die Vermögensauseinandersetzung konkret zu regeln⁶⁷. Laut Erklärung des BML habe man nach der Wiedervereinigung jeden Tag 20-30 Briefe erhalten, die

⁶⁷ Das LAG I ließ dem LPG-Vorstand viele Möglichkeiten, die Bewertung des gemeinsamen Vermögens sehr niedrig anzusetzen. Das war vorteilhaft für die Weiterführung einer LPG, weil man dadurch eine geringere Entschädigung für diejenigen leisten musste, die aus der Genossenschaft ausgetreten waren und einen eigenen Betrieb eröffnen wollten.

auf den Unrechtszustand bei der Transformation hinwiesen und somit den politischen Druck erhöhten, auf eine Revision des LAG I hinzuwirken. Das LAG II, das das Ziel hatte, möglichst viele Menschen aus den Genossenschaften "herauszuholen", wurde daher am 7. Juni 1991 vom Bundestag⁶⁸ verabschiedet (Interview D4). Diese Novellierung wurde aus der Sicht der Verfasser des LAG I negativ bewertet:

"Durch die Novellierung wurde das LAG verschlechtert, weil die Bedingungen für die genossenschaftlichen Betriebe herabgesetzt wurden." (Interview D1).

Wie oben bereits erklärt, gab es Uneinigigkeiten über die verabschiedeten gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlung zwischen der damaligen DDR und der BRD. Denn die politischen Kräfte der ehemaligen DDR versuchten auf der einen Seite, die Privateigentumsrechte wieder herzustellen und auf der anderen Seite, die früheren großen landwirtschaftlichen Strukturen und die genossenschaftliche Bewirtschaftung zu erhalten. Um diese Absicht auch in der Realität umzusetzen, wurde das LAG I seitens der DDR-Regierung in Bezug auf die Vermögensauseinandersetzung wenig eindeutig geregelt. Im Gegensatz dazu stand für die BRD eindeutig im Vordergrund, dass die ehemaligen Mitglieder der damaligen LPGen ohne Hemmnis individuell über ihre Zukunft entscheiden können. Dieser Unterschied führte nach der Wiedervereinigung zur Novellierung des LAG I. Außerdem verursachten diese Uneinigigkeiten, später wird ausführlicher darauf eingegangen, eine Verstärkung der Konflikte zwischen den LPG-Mitgliedern und dementsprechend eine Verzögerung des Umwandlungsprozesses der LPGen.

Neben der Frage der Wiederherstellung des Privateigentumsrechts und der organisatorischen Umwandlung der LPGen stand die Frage, wie das damalige zentrale Preissystem an das Marktpreissystem angepasst werden kann. Der wissenschaftliche Beirat des BML schrieb am 4. Mai 1990, dass es eine unabdingbare Voraussetzung für die Überführung der Land- und Ernährungswirtschaft der DDR sei, die zentrale Preissetzung und Preissubvention durch eine Marktpreisbildung im Rahmen der EG-Marktordnungen abzulösen (WBBMELF, 1991, S. 3). Diese Stellungnahme unterschied sich nicht von den Ansätzen unter der Modrow-Regierung. Aber in Bezug auf die Übergangsmaßnahmen und deren Geschwindigkeit waren die Positionen durchaus unterschiedlich⁶⁹. Sechs Tage nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages wurde das

⁶⁸ Am 28. Februar 1991 wurde ein Gesetzesentwurf für die erste Novellierung in den Bundestag eingebracht. Am 3. Juli 1991 wurde die Fassung bekannt gemacht (FELDHAUS, 1991, S.2).

⁶⁹ Die Geschwindigkeit der Transformationsprozesse in der DDR wurde hauptsächlich vom Staatsvertrag vom 18. Mai 1990, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat, bestimmt. Dieser Vertrag spielte eine zentrale Rolle für die deutsche Wiedervereinigung, wurde aber auf

Marktorganisationsgesetz⁷⁰ am 6. Juli 1990 durch die Volkskammer der DDR verabschiedet (WIEGAND, 1994, S. 43). Bereits am 28. Mai 1990 wurden die "Probleme der Integration der Landwirtschaft der DDR in die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der BRD" vom WBBMELF behandelt (siehe WBBMELF, 1991, S. 10ff.). Das Marktorganisationsgesetz entstand auf Grund der Stellungnahme des WBBMELF. Das Ziel des Gesetzes war die Einführung eines der EG analogen Marktordnungsystems. Gleichzeitig wurde das Fördergesetz verabschiedet, um die bestehenden LPG-Strukturen der ehemaligen DDR aufzulösen und sie anschließend neu zu ordnen. Nach dem Marktorganisationsgesetz vom 1. August 1990 entfielen im Agrarhandel zwischen den Mitgliedsstaaten der EG und der DDR sämtliche Importabschöpfungen und Exporterstattungen. Gleichzeitig wurden alle Mengenbeschränkungen im innerdeutschen Agrarhandel aufgehoben. Außerdem wurde mit dem Fördergesetz eine Vielzahl von Anpassungshilfen möglich (WIEGAND, 1994, S. 44). Laut Herrn Watzek, sollte zumindest eine kurzfristige "Grüne Grenze"⁷¹ zwischen West- und Ostdeutschland gebildet werden. Diese wurde zwar von der DDR-Regierung vorgeschlagen, aber von der Bundesrepublik abgelehnt.

Durch den Staatsvertrag und die damit verbundene Einführung eines Marktordnungsystems gerieten die LPGen der DDR in eine wirtschaftliche Krise, die bereits im Kapitel 3.2.1 dargelegt wurde. Die Aussage eines Befragter bezeichnet die schwerwiegenden Konsequenzen politischer Entscheidungen im Bezug auf die Währungsunion wie folgt:

"Die wirtschaftliche Währungsunion, die zwischen der BRD und der DDR praktisch vereinbart worden ist, hatte einen festen Umrechnungskurs. Man hatte die Verbindlichkeiten genau festgelegt, man sagte eins solle zu zwei umbewertet werden. Für die Privatbevölkerung war das relativ günstig. Alle wussten, das gibt höhere Löhne. Deshalb war das eine politische Entscheidung. Aber im wirtschaftlichen Betrieb, besonders im landwirtschaftlichen Betrieb, hatte das eine ganz andere Bedeutung – eine katastrophale Wirkung.

verschiedenen Ebenen kritisiert. So schreiben z.B. APOLTE und KIRSCHBAUM (2005): "Die Entscheidung zu Gunsten der Währungsunion war zweifellos ganz überwiegend von politischem Interesse geprägt und musste unter enormem Zeitdruck getroffen werden. Ohne den Schritt zur Währungsunion wäre die Einigung Deutschlands zumindest aufgeschoben worden. (Makro-) ökonomische Aspekte sind während des Entscheidungsprozesses bewusst in den Hintergrund gestellt worden. Ob allerdings eine stärkere Berücksichtigung makroökonomischer Aspekte zu einem besseren Ergebnis geführt hätte, darf aus heutiger Sicht zumindest bezweifelt werden."

⁷⁰ Marktorganisationsgesetz heißt "das Gesetz über die Einführung von Marktorganisationen für land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse."

⁷¹ Die so genannte "Grüne-Grenze" bezeichnet eine Maßnahme, um den Handel der landwirtschaftlichen Produkte zwischen West und Ost zu kontrollieren (Interview D1).

Das Aktienvermögen, das wir bewertet hatten, hatte ja keine eins zu zwei Preisentwicklung. In der Landwirtschaft bewirkte der Umrechnungskurs nicht eins zu zwei, sondern eins zu 20 bis 80." (Interview A1).

Jedoch haben die gleichzeitig eingesetzten verschiedenen Fördermaßnahmen für Betriebe und Unternehmen den oben erwähnten Schock erheblich erleichtert. Dies kann als Besonderheit des deutschen Falls angesehen werden. Bei der Befragung erwähnten alle Interviewpartner (außer A1) ohne besondere Betonung der spezifischen Situation, dass es trotzdem eine schwierige Zeit war. Tatsächlich wurden im Zeitraum von 1990 bis 1995 insgesamt 23,3 Mrd. DM für den Anpassungs- und Umstrukturierungsprozess durch Bund und Länder aufgewendet (HAGEDORN et.al., 1997, S. 399). Dies betrug zum Wechselkurs des Jahres 1995 17,13 Mrd. US-Dollar⁷². Dies entspräche etwa 8,2 % des jährlichen Haushaltes 2006 der südkoreanischen Regierung (209 Mrd.US-Dollar). Hinsichtlich dieser Fördermaßnahme erklärt ein Befragter:

"Deutschland ist auch ein Sonderfall. Die aus diesen Mitteln finanzierten Bedingungen waren für uns sehr einfach. Wir hatten ausreichende Fördermittel vom Staat und wenn wir investiert hatten, unterstützte uns der Staat mit 5 % Zinsen. Wir konnten 1,6 Millionen Euro Kredit aufnehmen und konnten damit Technik kaufen und Gebäude bauen. Die Zinsen für den Kredit betragen zwischen 5,6 und 5,8 %. Daher musste man möglichst viel investieren, damit man mit einer modernen Betriebsanlage auch kostengünstig produzieren konnte." (Interview A3).

6.2 Privatisierung

Die Privatisierung war eine wichtige Voraussetzung für die Umwandlung der LPGen und die wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Entwicklung. Deswegen sollten die Eigentumsrechte sowohl an Boden als auch an den anderen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln so schnell wie möglich und umfangreich individualisiert werden (WBBMELF, 1991, S. 1ff.). In diesem Zusammenhang wird hier nachfolgend analysiert, wie die damaligen LPG-Vorsitzenden den Privatisierungsprozess erlebt haben und wie sie diesen aus heutiger Sicht bewerten.

6.2.1 Wiederherstellung des Privateigentums der LPG-Flächen

Im Hinblick auf die Wiederherstellung des Privateigentumsrechtes an Boden hatten alle Befragten ausnahmslos dieselbe Meinung, dass es für die weitere Entwicklung notwendig war, Privateigentumsrechte an Vermögen herzustellen. Genauer gesagt, haben sie die Einführung des Privateigentums als selbstverständlich angesehen. Das heißt, die Wandlung zum marktwirtschaftlichen

⁷² Im April 1995 war der Wechselkurs für einen US-Dollar 1,36 DM.

System kann ohne Privateigentum nicht hergestellt werden. Die Befragten der ostdeutschen Gruppe C sahen die Notwendigkeit der Einführung des Privateigentums und waren insbesondere zufrieden mit der wachsenden individuellen Entscheidungsgewalt.

Im Bezug auf die Restitution der LPG-Flächen bewerteten alle Befragten ausnahmslos, dass der Prozess im Prinzip reibungslos ablief. Die beiden Befragten (C1 und C5), die aus den alten Bundesländern stammen, erklärten ebenfalls, dass die Rückübertragung bis auf einige Schwierigkeiten mit der Verwaltung problemlos erfolgte. Eine Hervorhebung erfuhr dieser Prozess von den Interviewpartnern im Vergleich mit den Schwierigkeiten in anderen Transformationsländern. Dies beruht darauf, dass die BRD bereits vollständig eingerichtete gesetzliche Institutionen hatte und dieses System nach der Wiedervereinigung sofort in Ostdeutschland angewendet wurde. Zudem waren die Eigentümer in den Grundbüchern und den Flurstücken noch verzeichnet, obwohl das Grundbuch in den 60er Jahren unverändert geblieben war. Ein Befragter erklärt:

"In Deutschland war es günstig, dass die Grundbücher alle noch vorhanden waren. Wir hatten diesbezüglich keine großen Probleme, denn alles war registriert. Wir hatten auch Karten, in denen die Parzellen mit Nummern und Namen markiert waren." (Interview A5).

Dennoch bestätigen einige Interviewpartner, dass sich im Rahmen der Restitution einige problematische Sachverhalte ergaben:

1) In dem Fall, dass auf dem Boden der LPG gebaut wurde, war die Restitution unklar und führte zu Streitigkeiten. Hinsichtlich der Situation in der DDR erklärt ein Befragter:

"Wir haben bei dem Vorsitzenden einen Antrag für den Hallenbau gestellt, dieser wurde dann auch genehmigt. Es wurde in der DDR nie danach gefragt, wer der eigentliche Eigentümer der Grundstücke war. Nach der Wende meldeten sich dann die ursprünglichen Eigentümer dieser Grundstücke." (Interview A3).

2) In diesem Fall konnten im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung Rückerstattungen erfolgen.

Außerdem wurde es bei dem Rückübertragungsprozess als Fehler bezeichnet, dass der Antrag auf Rückübertragung durch ein formloses Schreiben erfolgen durfte. Einer Erklärung nach gab es 1990 viele Anträge für Rückübertragung – meist aber formlos geschrieben. Interviewpartner A1 bewertet dies so:

"Das war ein riesiger Fehler des Rückübertragungsprozesses des Bodens. Die Probleme wurden erst 1992 durch politische Entscheidungen aufgelöst. Das hatte etliche Verzögerungen zur Folge." (Interview A1).

3) Drittens ist zu erwähnen, dass Unklarheiten in Bezug auf die Bestätigung der Eigentümer entstanden. Probleme resultierten meistens daraus, dass Personen

nicht mehr in der Landwirtschaft beschäftigt wurden, obwohl diese durch die Bodenreform eigenen Boden erhalten hatten. Ein Befragter erklärt wie folgt:

"Bei den neuen Eigentümern, die in das Grundbuch nach dem Krieg mit dem Vermerk Bodenreform-Eigentum eingeschrieben wurden, gab es für etwa 20 % Probleme. Die Genossenschaftsmitglieder, die den Boden bewirtschaftet hatten oder bis zum 15.3.1990 als Eigentümer eingetragen waren und dort lebten, wurden als Eigentümer bestätigt oder deren Kinder wurden als Erben eingesetzt. War dies nicht der Fall, so ergaben sich für die Beteiligten weitreichende Schwierigkeiten, in einigen Fällen führte dies zu Klagen bis am europäischen Gerichtshof." (Interview A1).

Ein Befragter führt als Beispiel an:

"Normalerweise war Bodenreformland unverkäuflich, es war nur an Personen vererbbar, die auch Landwirte waren. Wenn jedoch jemand Lehrer geworden ist, sollte er das Land abgeben und es ging wieder zurück in den Bodenfonds. D.h., ein Lehrer, der Boden aus der Bodenreform bekommen hat, dürfte diesen eigentlich nicht mehr besitzen. Er hätte den zurückgeben müssen. Jetzt gehen sämtliche Personen natürlich mit ihrem Erbschein zum Grundbuchamt, denn es war ihrer. Dann hat der Staat gesagt: "Das ist meiner, der ist damals vergessen worden". Da gab es viel Ärger." (Interview B2).

So oft wie das Restitutionsprinzip akzeptiert wurde, wurde es auch als politisch falsches Entscheidungsprinzip abgelehnt.

4) Viertens erlebte ein Befragter hinsichtlich der Rückübertragung einige Schwierigkeiten mit der Verwaltung.

"Die Mitarbeiter in der Verwaltung, die für Vermögensfragen zuständig waren und meine Restitution bearbeitet hatten, waren alle befangen. Diese haben mir nicht in die Augen schauen können und haben ihre Arbeit nur nach Dienstvorschriften gemacht. Sie wussten mit mir nichts anzufangen, weil ich ihnen nur Schwierigkeiten bereitet hatte." (Interview C1).

Mit der schnellen Bodenrückübertragung wurde auch die Umwandlung der Nutzungs- und Pachtverhältnisse geregelt (vgl. LAG I). Die Wiederherstellung von Privateigentum an Boden wurde durchgeführt, bevor die damaligen LPGen über ihre Umwandlung oder Liquidation entschieden hatten. Deswegen musste die LPG-Leitung zunächst schnell auf die Wiederherstellung des Bodenprivateigentums reagieren, wenn sie von einer Betriebsfortführung ausging. Einige der Befragten erklärten, dass sie nicht glaubten, dass es ein Zurück in die alte Betriebsstruktur gäbe und schlugen deswegen vor, die neuen Eigentümer zu ermitteln, um mit ihnen nach Möglichkeit Pachtverträge abzuschließen. Diese Position wurde von fast allen Vertretern der damaligen LPGen eingenommen, die eine aktive Rolle in der Wendezeit gespielt hatten. Aus folgender

Interviewpassage wird deutlich, wie die LPG-Leitung auf die Wiederherstellung des Bodenprivateigentums reagierte:

"... wir als Betrieb brauchen, um den Boden zu binden, die Eigentümer. Mit ihnen wurden die Pachtverträge geschlossen." (Interview A7).

Ein Befragter schlug bereits im Dezember 1989 vor, die Eigentümer herauszufinden. Als Begründung gibt er an:

"Ich habe Erfahrungen, als ich ein Kind war, was ein individueller Bauer bedeutet. Im Jahr 1989 bin ich sofort in die alten Bundesländer gefahren und meine Kollegen auch. Da haben wir natürlich gesehen, dass das nicht viel sein kann, dass es langfristige Probleme geben kann, wenn man das mal analysiert. Da haben wir gesagt, wir können nicht wieder zurück. Es ergibt keinen Sinn. In unserer Struktur hier gibt es kein zurück. Es gibt nur ein nach vorn." (Interview A1).

Mit dieser Einstellung konnte er in etwa 80 % der Fälle einen Ansprechpartner ausmachen, in lediglich 20 % der Fälle blieb die Frage nach dem Eigentümer ungeklärt. Ähnlich reagierten fast alle Befragten von Gruppe A und B mit LPG-Leitungsfunktionen auf die Bodenrückübertragung. Wenn man einen Ansprechpartner habe, dann sei eigentlich auch die Einigung auf den Abschluss eines Pachtvertrages relativ unproblematisch, denn fast alle Eigentümer waren Mitarbeiter in der LPG. In vielen Fällen erklärten sie, dass sie nicht wussten, was sie mit ihrem ‚neu erworbenen‘ Eigentum anfangen sollten. Daher reagieren viele auf die Bitte nach einem neuen Pachtvertrag folgendermaßen:

"Naja klar, was soll es werden. Na klar, könnt Ihr es weiter machen." (Interview A7).

Für die Flächen, für die kein Ansprechpartner gefunden worden war, wurde beim Amtsgericht eine Pflugschaft beantragt. Für den Fall, dass sich ein Eigentümer melden sollte, wurde in den Pachtverträgen eine Pflugschaft bis zum nächsten Wirtschaftsjahr festgelegt. In einigen Fällen ist dieser Prozess bis heute nicht beendet. So gab A1 diese Fläche zu Beginn mit etwa 12 % an, wobei etwa 7 % bis zum Jahr 2005 geklärt wurden und für weitere 5 % gelten weiterhin die Pflugschaftsverträge (Interview A1).

Dieser schnelle, aktive Versuch der Vorsitzenden kann als ein wichtiger Grund dafür gesehen werden, dass nach Wiederherstellung des Privateigentums die Pachtverträge in der ostdeutschen Landwirtschaft größtenteils schnell abgeschlossen wurden. Es gibt auch eine Untersuchung, dass das besondere Verpächter-/Pächter-Verhältnis (d.h. Mitglied-/Vorsitzender-Verhältnis) in

Ostdeutschland den niedrigen Pachtpreis beeinflusste⁷³. Während die LPG-Mitglieder oder andere Bodeneigentümer als Verpächter unzureichende Marktübersicht bzw. mangelnde Informationen hatten, so verfügten die Vorsitzenden als Pächter über eine bessere Marktübersicht (vgl. THIELE, 1998, S. 140f.).

Wenn die Leitung einer LPG auf die Wiederherstellung des Bodenprivateigentums gar nicht reagierte, existierte lediglich eine geringe Chance für die Weiterführung des Betriebes. In diesem Fall wurde die Umwandlung der LPG verzögert und es traten zusätzlich Konflikte zwischen den Mitgliedern auf. In einem Fall von Gruppe A waren die ehemaligen Führungspersonen nicht mehr vor Ort. Deswegen musste die LPG die Umwandlung später durchführen. Der Befragte erklärt:

"Die Führungspersonen waren weg, da sie andere Arbeitsmöglichkeiten suchten. Am Ende haben sie nur noch teilweise gearbeitet und folglich waren wir fast auf uns allein gestellt. Aber wir brauchten natürlich diese Führungskräfte während dieser Zeit. Das war damals nicht einfach. Zudem verging die Zeit auch ziemlich schnell und alles sollte im September, Oktober, November, Dezember fertig sein." (Interview A6).

6.2.2 Individualisierung des LPG-Vermögens

Laut Erklärung der damaligen LPG-Leiter haben die Landwirte in der DDR-Zeit nicht nur ihren Boden, sondern auch den gesamten Hof mit Kuhstall, Scheune aber auch Kühe, Maschinen, Geräte usw. in die LPG eingebracht. Weil die LPGen nach dem LAG I in eine marktwirtschaftliche Rechtsform zu überführen waren, sollte das genossenschaftliche Eigentum der LPGen individualisiert werden. Das heißt, es sollte eine individuelle, kapitalorientierte Beteiligung an den Betrieben erfolgen (WIELAND, 1996, S. 24). Dafür sollte das Vermögen in der LPG zuerst einer Bewertung unterzogen werden. Alle LPGen sollten zunächst eine Bilanz der LPG, eine so genannte "DM-Eröffnungsbilanz", erstellen.⁷⁴ Gemäß dem DM-Bilanzgesetz musste der LPG-Vorsitzende eine Bilanz über das Betriebsvermögen an Gebäude, Maschinen und Betriebsmittel aufstellen, über das die LPG verfügte. Nachdem dieses

⁷³ Eigentlich wurde in Westdeutschland erwartet, dass der Bodenpreis in Ostdeutschland sich schnell an das Niveau der BRD angleichen würde, nachdem der Bodenmarkt liberalisiert ist. Aber der Kauf- und Pachtpreis blieb viel niedriger als erwartet (THIELE, 1998, S. 142). Im Jahr 1991/1992 war der Kaufpreis 8.268 DM pro ha und der Pachtpreis 138 DM pro ha in den Neuen Bundesländern, dagegen in den Alten Bundesländern 31.415 DM pro ha und 485 DM pro ha.

⁷⁴ Zum Stichtag der Währungsunion (dem 1. Juli 1990), waren alle Wirtschaftseinheiten der DDR verpflichtet, das Betriebsvermögen neu zu bewerten und eine DM-Eröffnungsbilanz aufzustellen (WIELAND, 1996, S. 29).

bewertet worden war, mussten alle Verbindlichkeiten festgestellt werden. Dann wurde das zur Aufteilung zur Verfügung stehende Vermögen der LPG bestimmt und unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Im Hinblick auf diese Vermögensbewertung sind die folgenden zwei Punkte beachtenswert:

- Die Vorstände der Betriebe haben die Bewertung vorgenommen und diese Bewertung der Wirtschaftsprüfung unterzogen. *"Wir haben dazu Wirtschaftsprüferunternehmen aus den alten Bundesländern kommen lassen, die diese Bilanz geprüft haben. Nach dem Motto: der Prophet im eigenen Land gilt nichts."* (Interview A7). Obwohl alle betreffenden Befragten erklärten, dass sie alles dem Recht entsprechend bewertet hatten und die Bewertungsergebnisse durch externe Wirtschaftsprüfer überprüfen ließen, ließ das LAG I hier dem LPG-Vorstand die Möglichkeit, die genossenschaftlichen Betriebswerte mehr oder weniger nach eigenem Ermessen anzusetzen. Dies kann aus folgender Erklärung entnommen werden. *"Wenn das Vermögen hoch bewertet würde, dann sollten wir auch sehr viel für ausscheidende Mitglieder bewerten. Wenn das Vermögen niedrig bewertet würde, dann hätten wir jedoch auch ein Problem hinsichtlich der Kreditvergabe von der Bank. Das war ein Dilemma für uns."* (Interview B1). Nach Ansicht der damaligen Experten im BML wurde das gemeinsame Vermögen in den LPGen sehr niedrig bewertet. So gab es eine sehr geringe Entschädigung für diejenigen, die aus der Genossenschaft austreten und einen eigenen Betrieb eröffnen wollten. Gerade diese Personengruppe sollte das notwendige Startkapital für einen Neuanfang erhalten. Auf der anderen Seite wurde aber anerkannt, dass dann wohl zum Teil zu hohe Vermögenswerte aus den Genossenschaften abfließen würden, was ja gerade die Befürchtung der ostdeutschen Agrarminister/Experten war (Interview D5). In dieser Befragung wurde von den Befragten häufig bedauert, dass das Vermögen der damaligen LPGen im Transformationsprozess zu hoch bewertet wurde.
- Eine Liquidationsbilanz wurde durchgeführt, wenn der Betrieb aufgelöst werden sollte. Bei der Liquidation wurden andere Bewertungsmaßstäbe benutzt. Denn der Liquidationswert oder Verkehrswert, als der Wert eines am Markt abgesetzten Gutes, soll an den Marktpreis gebunden sein.⁷⁵ Die Liquidation einer LPG war bei den Interviewpartnern A1 und B2 der

⁷⁵ Je größer das Angebot an Wirtschaftsgütern, desto geringer ist der Transaktionswert. In dem LPG-Umwandlungsprozess wurden viele LPG-Unternehmen innerhalb einer kurzen Zeitspanne entweder als Ganzes oder in Teilen zum Kauf oder zur Pacht angeboten. Infolgedessen lag der Liquidationswert oder Verkehrswert des LPG-Vermögens oftmals um fast 50 % unterhalb des Ertragswertes (THIELE, 1998, S. 82)

Fall. Auf der einen Seite wurde die Einführung der Liquidationsmethode positiv für die ostdeutsche Landwirtschaft bewertet. Ein Befragter erklärt: *"... Tierproduktion unter den neuen Bedingungen bringt viel weniger Geld als Pflanzenproduktion. Die Liquidation ist wesentlich günstiger als eine Weiterführung."* (Interview B2). Weil seine LPG früh diese Entscheidung getroffen hatte, konnte er praktisch alles recht günstig verkaufen. *"Das Vieh wurde verkauft. Und die Gebäude wurden auch vermarktet. Zu Beginn war das auch noch recht günstig, weil alle, die kamen, große Hallen suchten, um zu handeln bzw. umzuschlagen. Deswegen konnten wir das auch relativ gut verkaufen und dieses Geld wurde nach diesem LAG verteilt."* (Interview B2). Aber auf der anderen Seite wurden auch negative Seiten der Liquidation kritisiert. Ein Befragter erklärt: *"Wenn die gesamte DDR-Landwirtschaft mit einmal hätte verkauft werden müssen, dann wäre das Vermögen auf einmal runter gegangen. So ist es ja leider in den ganzen Betrieben passiert. Das war ja einer der größten Fehler der Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigung ist außenpolitisch super gelaufen, aber wirtschaftlich bzw. innenpolitisch ein Fehler gewesen."* (Interview A1).

Neben der Frage, wie man das Vermögen in der LPG bewertete, waren die Kriterien für die Verteilung des Vermögens ebenfalls eine Herausforderung. Das LAG I sah vor, dass die LPG-Mitglieder die Aufteilungskriterien über das Vermögen in der Vollversammlung selbst bestimmen konnten. Aber dadurch entstanden viele Konflikte zwischen den Interessensgruppen, weil die konkreten Regeln über die Aufteilungskriterien sich nicht aus dem LAG I ergaben. Dies wurde durch die Novellierung des LAG im Jahr 1991 konkretisiert. Der Aufteilungsschlüssel wurde nicht mehr der Vollversammlung überlassen, sondern vom Gesetzgeber (§44 LAG II) konkret vorgegeben (THIELE, 1998, S. 85). Die durch das LAG II vorgegebenen Aufteilungskriterien waren zunächst der von jedem eingebrachte Inventarbeitrag, zweitens die Bodenverzinsung und drittens die jeweils geleistete Wertschöpfung aus Arbeit. Ein Befragter erklärt:

"In jeder LPG gab es Mitglieder und Erben von Mitgliedern, die den Boden eingebracht hatten und Gebäude zur Verfügung gestellt hatten. Aber da mit dem Parteitag von 1972 jedermann Mitglied einer LPG werden konnte, der einen Antrag stellte, gab es auch Mitglieder in der LPG, die nur Arbeitskraft eingebracht hatten. Daher mussten in der Novellierung vom LAG drei Kategorien geschaffen werden." (Interview A1).

Nach diesen Kriterien sollte das Vermögen der LPGen aufgeteilt werden. Dabei war das Kriterium "Arbeit" äußerst strittig. Im Bezug auf den Faktor "Arbeit" wurde argumentiert, dass dieser im Laufe des Arbeitslebens bereits entlohnt worden sei und diesen Personen damit eine zusätzliche Entlohnung in Form von Genossenschaftsanteilen nicht zustehen würde (Interview D5). Nach dem

LAG II wäre für die Kategorie "Arbeit" nur ein geringer bis gar kein Wert anzusetzen (THIELE, 1998, S. 85). Über dies erklärt ein Befragter:

*"Ob das gerecht war, darüber kann man sich streiten. Denn der Wert, den die LPG hatte, wurde eigentlich durch Arbeit geschaffen." (Interview B2).
"Einer, der zwar viel Land hat und vor 30 Jahren auch ein bisschen Geld eingebracht hat, aber dann nicht mitgearbeitet hat, erhielt viel Geld. Der andere, der nichts mitgebracht hat, aber gut gearbeitet hat, hat weniger erhalten. Aber wie kann man das richtig machen? Es gibt keine Gerechtigkeit auf dieser Welt." (Interview B2).*

Über den damaligen Prozess der Vermögensauseinandersetzung sagten alle Befragten von Gruppe A und B retrospektiv, dass es sehr kompliziert gewesen sei. Sie sollten vollständige Daten angeben: z.B. Inventar, Acker, Wertschöpfung. Vor allem sollte auch die Wertschöpfung mit der Preissteigerung (einem Ausgleichsfaktor) multipliziert werden. Und das mussten sie für die gesamten vergangenen Jahre machen. Einige der Befragten erklären angesichts dieser Schwierigkeiten:

"Wir mussten alle Dokumente zusammentragen. Das war eine großer Herausforderung, alle Daten zu ermitteln. Das war kompliziert. Nachdem wir das relativ zusammen hatten, haben wir alle angeschrieben. Das sage ich jetzt so leicht. Aber dieser Prozess hat anderthalb Jahre gedauert." (Interview A1).

"In einem Betrieb waren sämtliche Unterlagen infolge eines Hochwassers vernichtet worden. Das hat sehr viel Arbeit verursacht." (Interview A8).

Die Komplikation und Problematik wurden durch das Vorhandensein unterschiedlicher Interessensgruppen verstärkt. Das Ziel der einen Gruppe war die Erhaltung des Vermögens und Fortführung, während eine andere Gruppe ein Maximum an Auszahlung beim Austritt aus dem Unternehmen anstrebte (WELSCHOF et al., 1993, S. 23).

"Um einen Ausgleich zwischen den Interessensgruppen herbeizuführen, wurde eine Novellierung des LAG im Juli 1991 versucht. Aber das Problem wurde nicht einfach gelöst." (Interview A6).

Ein Befragter gibt in diesem Sinne an:

"Da gab es viel Streit. Die Leute wollten mehr haben, aber die LPG konnte nicht mehr verteilen. Da gab es Richtlinien, welches Mitglied wie viel bekommen sollte. Trotzdem gab es viele Konflikte." (Interview A2).

Laut der Erklärung eines Befragten gab es zirka 10 bis 15 Konflikte pro Betrieb, die in Rechtsstreitigkeiten mündeten (vgl. Interview A3). Außerdem entstanden sehr große Vermögensunterschiede, weil *"bei der Vermögensverteilung völlig unterschiedliche Anteile entstanden."* (Interview A1). Mit Blick auf diese Schwierigkeiten konnten die Konflikte vermindert werden, wenn die Betriebe irgendwie weiter betrieben wurden. Einer erklärt:

"Wir haben immer versucht, alles ordnungsgemäß durchzuführen. Wir veranstalten alle 2 Jahre ein großes Fest. Dort kommen auch die ehemaligen Mitglieder und Verpächter. Es gibt Kulturveranstaltungen, und die meisten freuen sich sehr darüber. Also das Verhältnis ist nach wie vor sehr gut." (Interview A3).

Im Falle der Liquidation eines Betriebes waren die Konflikte groß. Der Fall von B2 kann hier als Beispiel herangezogen werden:

"Das war für mich eine ziemlich problematische Zeit, weil alle gedacht haben, es geht weiter. Wir verfügten nach der Geldwende noch über zwei Millionen DM. Viele hatten Schulden. Also, das war damals so, dass ich bestimmt drei Jahre Probleme hatte. Ich wohne da im Ort, wo viele nicht mehr "Guten Tag" gesagt haben." (Interview B2).

Die Regelung der Vermögensverteilung war ein Kernelement für die Dekollektivierung, weil die Bewertungsregeln und Verteilungsregeln des Vermögens der LPGen den Anreiz des Mitgliedes beeinflussten, für oder gegen den Austritt bzw. die Fortführung zu stimmen (THIELE, 1998, S. 83). Aber das LAG I stellte nicht diese vermögensrechtliche Frage in den Vordergrund. Das LAG I regelte nur Vermögensansprüche ausscheidender Mitglieder über die Mitgliederrechte (§ 40 LAG I). An der Wichtigkeit der Regelung gemessen kann gesagt werden, dass die Regelung über die Auseinandersetzung des Vermögens verhältnismäßig spät in Kraft gesetzt wurde. Sowohl das LAG I als auch das LAG II sollten von Anfang an dem Ziel dienen, Konflikte bei der Überführung der LPGen in privatwirtschaftliche Rechtsformen oder bei ihrer Auflösung zu regulieren.

6.3 Die externe Beratung zur organisatorischen Umwandlung der LPGen

Sowohl die Abschaffung des zentralen Planwirtschaftssystems und der Umgestaltung seines gesamten organisatorischen und institutionellen Rahmens als auch die Einführung des Marktwirtschaftssystems mit entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU haben die Vorsitzenden der LPGen und die neu entstandenen Privatbauern unter erheblichen Druck gesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anpassungsprozess innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes vollzogen werden musste ("Big Bang Strategie") und aufgrund dessen nur unzureichend Zeit zur Verfügung stand, sich umfangreiche Kenntnisse über die Transformation anzueignen, wie es in anderen MOEL der Fall war. Seit Beginn des Jahres 1990 wurden Informationskampagnen, in Form von öffentlichen Treffen, Diskussionsforen und Informationsbesuchen nach Westdeutschland, organisiert. Während dieser Zeit waren die Bauern bzw. die damaligen LPG-Vorsitzenden hochgradig durch Ungewissheit und Unsicherheit hinsichtlich ihrer zukünftigen Perspektiven geprägt. Infolgedessen resultierten daraus umfangreiche

Beratungsbedürfnisse bzw. Bedürfnisse nach externer Unterstützung.⁷⁶ Die Antworten der Interviewpartner auf die Frage "Wo hatten Sie Bedürfnisse nach Beratung im Hinblick auf die Umwandlung?" sind in Tabelle 36 zusammengefasst.

Tabelle 36: Bedarf nach Beratung während der Wendezeit

	Bedürfnisse	Befragte
Gruppe A und Gruppe B	Allgemeine Kenntnisse über das Marktwirtschaftssystem	alle
	Vorbereitung und Durchführung der Umwandlungsversammlungen in der damaligen LPG	alle
	Auswahl der Betriebsrechtsform	alle ¹⁾
	Steuerberatung, buchhalterische Bereiche	Alle
	Beantragung von Fördermitteln	Alle
Gruppe C	Beantragung von Fördermitteln	Alle
	Begleitung der gesamten Existenzgründung	C4
	Rückübertragung der Vermögen	C1, C5

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Befragung.

Anm.: 1) Ausnahme B2: Die LPG wurde im Jahr 1991 liquidiert. Aus der verbleibenden Ausstattung und dem Fremdkapital wurde ein neuer Betrieb (GmbH & Co. KG) gegründet.

Aus der Befragung ergibt sich, dass das juristische und institutionelle Verständnis des marktwirtschaftlichen Systems einen wichtigen Beratungsbereich darstellte. Ohne marktwirtschaftliche Kenntnisse war es unmöglich, adäquate Antworten zu vielen Fragen der Wendezeit zu finden. Alle Befragten von Gruppe A und B erwähnten, dass sie zuerst einen Wissensnachholbedarf in

⁷⁶ In Zack (1998, S. 91) wird das Bedürfnis nach Beratung für Landwirtschaftsbetriebe in der Wendezeit speziell zur Existenzgründung und Umstrukturierung von LPGen gesehen. Hinsichtlich der Existenzgründung standen die folgenden Bedürfnisse im Vordergrund:

- Erstellung von Wiedereinrichtungsplänen;
- Beantragung von Förderungen;
- die Begleitung der gesamten Existenzgründungs- und Investitionsphase;
- Hilfe bei der Vermögensauseinandersetzung von ausscheidenden LPG-Mitgliedern;
- Produktionstechnische Beratung.

In Bezug auf die Umstrukturierung wurden vorrangig die Erstellung von Beschlussdokumenten sowie die Vorbereitung und Durchführung von Umwandlungsversammlungen der LPG angegeben.

Außerdem bestanden bei folgenden Fragen wichtige Bedürfnisse nach Beratung:

- Individualisierung von Eigenkapital, Umstrukturierung von Betriebszweigen und Nebenbetrieben;
- die arbeitspolitische Begleitung von ausscheidenden Personen;
- Treuhandenschuldung und Bilanzentlastung;
- Erstellung des Umstrukturierungsplanes und damit einhergehende Beantragung von Fördermitteln und die Begleitung der Investitionsphase bei Neuinvestitionen.

den steuer-, vermögens- sowie gewerberechtiglichen Unterschieden zwischen Markt- und Planwirtschaft hatten. Der Beratungsbedarf in "juristischen Fragen" wurde von allen Befragten in Gruppe A und B besonders betont. Dieser juristische Beratungsbedarf bezog sich auf den Fall der Liquidation sowie auf den Umwandlungsprozess, da die Bewertung von Boden, Arbeitszeit und Arbeitskraft als eingebrachtes Kapital in der Vermögensauseinandersetzung eine rechtlich komplizierte Angelegenheit darstellte. Verstärkt wurde dies durch die Festlegung, dass bis Ende 1991 alle LPGen umgewandelt werden mussten und zwar in eine Form, die den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Deswegen war, außer bei der Liquidation von B2, die Auswahl der Rechtsform für alle Befragten in Gruppe A und B eine Hauptaufgabe während der Umwandlung⁷⁷. Die Wahl der Betriebsrechtsform selbst war mit einem enormen Beratungsbedarf verbunden. Hinsichtlich dieses Bedarfes erklärt ein Befragter:

"Während der DDR-Zeit gab es das LPG-Gesetz. Das LPG-Gesetz sah normalerweise keine Auflösung oder Umwandlung einer LPG vor, wie es bei den jetzigen Formen der e.G., GmbH oder Aktiengesellschaft möglich ist. Wir hatten überhaupt keine Ahnung von anderen Betriebsformen." (Interview A6).

In engem Zusammenhang mit der Betriebsrechtsform hatten die landwirtschaftlichen Betriebsleiter einen Beratungsbedarf beim Steuersystem. Sie verstanden alle, dass sie aufgrund fehlender Kenntnisse über das marktwirtschaftliche Steuersystem völlig von den Beratern abhängig waren. Diese Steuerberatung entwickelte sich zu einer fortlaufenden Dienstleistung, sowohl während der Transformationsphase als auch heutzutage, weil *"in Deutschland das Steuerrecht sehr schwierig ist."*(Interview A3).

Weiterhin wurde ohne Ausnahme auch der Bedarf an ökonomischer bzw. betriebswirtschaftlicher Beratung während der Umwandlung oder Neugründung erwähnt, um sich bei den Input- sowie Outputleistungen schnellstmöglich an das veränderte Preissystem anpassen zu können. Währenddessen sollten die landwirtschaftlichen Betriebsleiter ein Betriebskonzept für ihre Zukunft entwickeln. Dieses Konzept war sowohl für den Erhalt von Bankkrediten erforderlich, aber vor allem auch für die Beantragung von Finanzierungsunterstützungen von großer Bedeutung. Die Betriebsleiter bemerkten die ökonomische Vorteilhaftigkeit von Subventionen und finanziellen Unterstützungsprogrammen. Für die Teilnahme an den Programmen benötigten sie externe Unterstützungen bzw. Beratungen, ein Befragter erklärt wie folgt:

"Wenn es Fördermittel gibt, dann braucht man einen ökonomischen Berater, der unsere Anträge bearbeitet." (Interview A6).

⁷⁷ Im Fall von A1 wurde auch zuerst liquidiert und gleichzeitig wurde eine e.G. neu gegründet.

Dagegen war in der Gruppe C der Bedarf nach Beratung ein anderer. Für die Wiedereinrichter aus den alten Bundesländern war es selbstverständlich, was unter einem Marktwirtschaftssystem zu verstehen ist. Insbesondere waren sie schon als Bauern in den alten Bundesländern tätig gewesen. Ihr Beratungsbedarf bezog sich zunächst auf Fragen hinsichtlich der Rückübertragung. Auch für die anderen Wiedereinrichter, die bei der LPG ausgeschieden sind, war das Verständnis der Marktwirtschaft nicht so wichtig wie in anderen Gruppen. In der Wendezeit war es für sie wichtiger, in Bezug auf die Existenzgründung und die Fördermittel beraten zu werden.

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels wird zunächst die erste Quelle für Informationen, die bei der Transformation nötig waren, untersucht. Im Anschluss daran werden die externe Beratung und die Hintergründe der Berater analysiert und darauffolgend die Betriebsrechtsformwahl und die Bedeutung der Berater diskutiert.

6.3.1 Erste Quelle der Information

Die oben genannten Bedürfnisse nach Beratung wurden mittels verschiedener Wege befriedigt. Bereits im Jahr 1989 strengten sich die Vorsitzenden der damaligen LPGen an, möglichst umfassende Informationen über die Umwandlung der LPG bzw. marktwirtschaftliche Kenntnisse zu erhalten. In ihrer Erinnerung an die Beratung zur Umwandlung der LPG haben die Befragten vor allem die verschiedenen Seminare, Vorträge und Besichtigungsprogramme, die kurz nach der Wende von den Universitäten oder den landwirtschaftlichen Verbänden angeboten wurden, als prägend bewertet. Die Befragten von Gruppe A und B haben die Teilnahme an den Veranstaltungen, z.B. Wochenendschule in Leipzig, Wendeschule in Bayern, Seminar an der Universität Göttingen usw. als sehr hilfreich. Die Antworten erklären, dass sie aufgrund der Teilnahme an diesen verschiedenen Programmen Orientierungen für das Marktwirtschaftssystem und die Zukunft der LPG besser antizipieren konnten. Obwohl nicht alle Veranstaltungen für die Anleitung zur Umwandlung zufriedenstellend waren, haben die Befragten sie als eine gute Beratung zur Umwandlung empfunden. In einer sehr positiven Bewertung der Beratungstätigkeiten erinnert sich ein Befragter an die Wochenendschule, die von der Bundesregierung an zentralen Orten im Jahr 1990 eingerichtet wurde. Er erklärt über dieses Programm:

"Sie haben alles neutral dargelegt. Einfach und übersichtlich. Und die haben alles klar gesagt. Das war super. Dadurch habe ich besonders bemerkt, es ist wichtig in der Marktwirtschaft, dass die Struktur nach handelsrechtlichen, gewerberechtlichen, förderrechtlichen Sachverhalten unbedingt getrennt behandelt werden soll. Danach führten wir eine Umwandlung durch." (Interview A1).

Unter den vielen Veranstaltungen zum Umwandlungsprozess wurden diejenigen positiver bewertet, die folgende Eigenschaften aufwiesen:

- Vollständige Darstellung ohne Voreingenommenheit;
- Aufzeigen von verschiedenen Varianten.

Ein weiterer bedeutender Teil des Programmes waren Besuche und Diskussionsveranstaltungen mit Besichtigungen in den alten Bundesländern. Die Bewertungen der Interviewpartner, die an diesen Programmen teilgenommen haben, sind zweigeteilt. Die negativen Bewertungen stammen von der Einschätzung, dass sich die Betriebsstrukturen in den alten Bundesländern zu sehr von der riesigen Dimension und den vielfältigen Strukturen in den LPGen unterschieden. Ein Befragter erklärt:

"Wir haben uns im Jahr 1990 durch das Programm in Westdeutschland alles ansehen können. Auch die Verwaltung, das Amt für Landwirtschaft, was es da alles gibt. Aber es war noch nicht so umfassend. Wir sollten nach einer Möglichkeit suchen, wie es weiter geht. Der Landwirtschaftsbetrieb war bei uns sehr vielfältig, da gab es noch Gaststätten, da gab es in der Regel eine Fleischerei und das dehnte sich bis zur Betreuung für die Kinder der Beschäftigten aus. Da war alles vorhanden. Außerdem noch die Landwirtschaft, der Baubetrieb, usw. Irgendwie sollte das weitergehen." (Interview B2).

Ein anderer Befragter erklärt ebenfalls:

"Wir haben uns etwas in Westdeutschland angesehen. Aber da gab es nichts. Da gab es große Betriebe, meistens (Ritter-)Güter als Privateigentum. Die Bauern in den alten Bundesländern bauten auf 80-100 ha Landfläche an. Nur mit dieser Besichtigung war es nicht möglich, unsere Zukunft des großen Betriebes zu entwerfen." (Interview A3).

Die positiven Bewertungen, die sich aus der Teilnahme an diesen Besichtigungsprogrammen ergaben, wiesen auf die Gewissheit hin, dass die LPG-Leitung bestärkt wurde, eine andere Entwicklungsrichtung als in der westdeutschen Landwirtschaftsstruktur einzuschlagen. Durch diese Programme konnten die damaligen LPG-Vorsitzenden sowohl Informationen über das Marktwirtschaftssystem bekommen als auch über ihr eigenes landwirtschaftliches System im Vergleich mit Westdeutschland reflektieren. Dadurch konnte auch der Kontakt mit westdeutschen Wissenschaftlern zustande kommen, auf die einige Befragte besonders hinwiesen und der später beim Umwandlungsprozess und bei weiteren Entwicklungswegen eine wichtige Rolle gespielt hat.

Im Bezug auf erste Informationen für die Betriebsgründung waren die Wiederinrichter nicht so aktiv wie die LPG-Vorsitzenden. In der Befragung findet sich keine besondere Antwort bei ausgeschiedenen Mitgliedern bezüglich der Qualifizierungschancen wieder. Sie waren nur von einem bestimmten ostdeutschen

Berater abhängig, um die nötigen Informationen für die Umwandlung zu erhalten.

6.3.2 Externe Beratung und Hintergrund der Berater

Wie bereits oben diskutiert, waren die Beratungsbedürfnisse über das Gesellschaftsrecht, Steuerrecht und betriebswirtschaftliche Fragen immens, d.h. es bestand der Bedarf an mehreren Rechtsanwälten und Unternehmensberatern. In der Transformationsphase war jedoch dieser externe Beratungsdienst in Ostdeutschland nicht verfügbar⁷⁸. Erst nach der Wiedervereinigung hat die Regierung die Etablierung der verschiedenen Beratungssysteme in Ostdeutschland finanziell unterstützt.⁷⁹ Wie oben erwähnt, war die Mehrheit der damaligen LPG-Vorsitzenden durch ihre Studienreise nach Westdeutschland in Kontakt mit externen Beratern getreten. Darüber hinaus hatten viele westdeutsche Berater aufgrund ihres eigenen Interesses die landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland besucht. Natürlich boten auch ostdeutsche Rechtsanwälte und Wissenschaftler den Bauern häufig Beratungsdienste an.

Die Betriebsleiter erhielten von der Regierung finanzielle Unterstützung bei der Einstellung der Berater. Aus diesem Grund pflegten fast alle Betriebsleiter einen engen Kontakt zu den Beratern. Jedoch, wie die Tabelle 37 zeigt, gab es

⁷⁸ Es gab auch schon zu DDR-Zeiten den Begriff "Beratung" und auf Bezirksebene existierten landwirtschaftliche Beratungszentren. "Beratungszentren (Wissenschaftlich-Technisches Zentrum (WTZ))" waren schon zu DDR-Zeiten in Landbezirken für landwirtschaftliche Betriebe zuständig, die aber mit heutigen Intentionen, Maßstäben und Möglichkeiten nicht zu vergleichen sind. (Interview D3). Kurz vor und nach der Wende stellten Beratungsinstitutionen wie das WTZ, aber auch wissenschaftliche Einrichtungen, ihr Beratungsangebot ein und befanden sich in einer Phase der Neustrukturierung. Die Bundesregierung veranlasste 1990 ein Förder- und Anerkennungsverfahren für private Berater. In der zweiten Hälfte des Jahres begann man 1991 mit dem Aufbau einer eigenständigen Beratungsstruktur (STORM und BLUMÖHR, 1998, S. 40).

⁷⁹ Die Grundsätze für den Neuaufbau der Beratung gehen in der Regel auf die Systeme der Länder zurück, die Verwaltungshilfen leisteten. Thüringen und Sachsen installierten klassische Officialberatungen bei ihren Landwirtschaftsämtern. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg entschieden sich für den Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Beratungssysteme, wobei anfangs eine hohe institutionelle Förderung erfolgte. In Sachsen-Anhalt wurde ein Sonderweg zur Förderung des Aufbaus privater Beratungsstrukturen gewählt (ZACK, 1998, S. 92). Unter dem Privatberatungssystem wurde der Kontakt mit Beratern nicht von der Finanzierungsstelle bzw. von Außen hergestellt, sondern die Betriebsleiter konnten freiwillig auswählen. Die freie Beratung ist eine private Dienstleistung, die vom Bauer oder auch einer Genossenschaft entgolten wird (Interview D2). Die öffentliche Förderung fließt nicht in die Beratungsunternehmen, sondern in die landwirtschaftlichen Betriebe in Form von Beratungskostenzuschüssen (ZACK, 1998, S. 92). Das System der freien Beratung hat so funktioniert, dass am Anfang 50 %, später dann 60 %, 80 % und 40 % der Kosten vom Staat finanziert wurden.

bei den Betriebsleitern je nach eigener Herkunft klare regionale Präferenzen bei der Wahl des Beraters.

Tabelle 37: Regionaler Ursprung der (wichtigsten) Berater für befragte Betriebe in der Wendezeit

Berater	
A1	Ein Rechtsanwalt aus dem Osten und Westen
A2	Berater aus dem Osten
A3	Beratungsgruppe aus Leipzig, die aus dem damaligen Rechnungszentrum der DDR stammte (bestand aus einem Ökonomen und einem Rechtsanwalt).
A4	Rechtsanwalt aus dem Osten
A5	Berater aus dem Osten
A6	Beratungsgruppe in Halle und ein Rechtsanwalt aus dem Osten und Westen
A7	Ein Rechtsanwalt aus dem Osten
A8	Es gab viele gute und schlechte Berater. Ein westdeutscher Berater hatte die Umwandlung zur e.G. empfohlen.
A9	Ein Steuerberater aus dem Osten
A10	Berater aus dem Osten
A11	Berater aus dem Osten
B1	Drei Beratungspersonen aus Kassel (alte Bundesländer)
B2	Rechtsanwälte aus dem Westen
B3	Rechtsanwalt aus dem Osten, Steuerberater aus dem Westen
B4	Zunächst ein Berater aus Halle. Ein westdeutscher Berater folgt später.
B5	Berater aus dem Westen
C1	Rechtsanwalt und Steuerberater aus dem Westen
C2	Betriebswirtschaftlicher Berater aus dem Westen (Universität Göttingen)
C3	Berater aus dem Osten
C4	Berater aus dem Osten
C5	Rechtsanwalt und Steuerberater aus dem Westen

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Befragung.

Entsprechend der Tabelle lassen sich zwei Gruppen identifizieren. Betriebsleiter von e.G. (Gruppe A) bevorzugten Rechtsanwälte und Berater aus Ostdeutschland. Nur drei von ihnen stellten noch einen westdeutschen Berater ein. Auf der anderen Seite verließen sich die Betriebsleiter von Kapitalgesellschaften (Gruppe B) auf westdeutsche Berater. Dies liegt daran, dass die Kapitalgesellschaften während dieser Zeit in Ostdeutschland noch nicht bekannt waren.

Was Privatbauern betrifft, ist die Zweiteilung sehr ausgeprägt. Ihre regionale Herkunft beeinflusste deutlich die Wahl ihrer externen Berater. Die Ortsansässige bevorzugten die Berater aus ihrem eigenen kulturellen und lokalen Umfeld, während sich die Privatbauern aus Westdeutschland für ihre Berater aus der Heimat entschieden.

Als die Betriebsleiter in Gruppe A nach dem Grund für die regionale und kulturelle Bevorzugung ostdeutscher Berater gefragt wurden, argumentierten diese, dass sie sich mit der Größe des landwirtschaftlichen Betriebes auskannten.

Außerdem achteten ostdeutsche Berater nicht nur auf ökonomische Indikatoren, sondern verstanden auch die historischen Hintergründe gut und betrachteten zudem soziale Aspekte. Im Allgemeinen versuchten die Berater aus Westdeutschland einen Betrieb marktfähig zu machen, auch wenn dies die umfangreiche Beantragung von Krediten und die Reduzierung von Arbeitsplätzen bedeutete. Es macht den Anschein, dass dabei eine geistige Barriere entstand. Wie ein Befragter erklärt:

"Die Mentalität der Menschen in Ostdeutschland ist anders als in Westdeutschland. Die Ostdeutschen waren an eine Zusammenarbeit gewöhnt und geschult, auch die Erfahrungen zu teilen. So hat sich alles entwickelt. Aber der Berater aus dem Westen konnte das nicht verstehen und akzeptieren. Sie versuchten uns wettbewerbsfähiger zu machen, mit nur wenigen bzw. keinen Menschen und enormen Bankkrediten." (Interview A6).

Auf der anderen Seite hatten die Betriebsleiter davor Angst, zu stark auf westdeutsche Berater zu hören und dadurch ihren Einfluss auf ihre Betriebe zu verlieren. Nach Ansicht der meisten landwirtschaftlichen Wissenschaftler und landwirtschaftlichen Journale während dieser Zeit waren die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe übergroß und müssten deswegen zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Diese Ansicht haben die Betriebsleiter aus Ostdeutschland nicht geteilt. Vielmehr befürchteten sie, dass ihre Betriebe von westdeutschen Investoren übernommen werden könnten. Ein Befragter unterstützt dies wie folgt:

"Außer unserer ostdeutschen Beratungsgruppe wollten wir auf andere nicht hören. Die anderen aus den Altbundesländern wollten diesen Betrieb übernehmen. Es gab viele, die irgendeinen Investor als "Fremdanteil" haben, aber wir haben hier nur die Einheimischen. Wir haben hier nur Mitglieder, die hier im Betrieb gearbeitet haben oder arbeiten. Andere nehmen wir nicht auf. Wenn jemand kein Verhältnis zu diesem Betrieb hat und hier arbeitet, der will nur das Kapital rausziehen. Die Menschen, die jetzt hier arbeiten und noch mal Nachkommen haben, die vielleicht auch hier arbeiten möchten, werden doch nicht ihrer eigenen Arbeitsstelle das Kapital entziehen. Der Betrieb muss immer reicher werden, so dass wir auch etwas davon haben können. Wenn in einem Unternehmen zu viele Fremde miteinbezogen werden und sich das Kapital ansammelt, dann ist die Versuchung und damit auch die Gefahr größer, dass das Unternehmen vor einer Auflösung steht." (Interview A2).

Diese Sorge scheint nicht grundlos zu sein, weil alle Befragten ausnahmslos negative Erfahrungen in ihrer Umgebung erwähnten. Allerdings kann nicht bestätigt werden, ob diese skeptische Haltung gegenüber einigen Westdeutschen in der Wendezeit im direkten kausalen Zusammenhang mit den westdeutschen

Beratern stand oder nicht. Die ablehnende Haltung beeinflusste jedoch die Akzeptanz oder Ablehnung von westdeutschen Beratern erheblich.

Die Bevorzugung ostdeutscher Berater bedeutete nicht, dass Betriebsleiter gar keinen Kontakt mit westdeutschen Beratern bei ihrer Umwandlung hatten. Manchmal hatte die Beratungsgruppe aus Ostdeutschland eine Anwaltskanzlei, die aus ost- und westdeutschen Juristen bestand. Ihre Zusammenarbeit wurde positiv bewertet. Ein Befragter erklärt:

"Diese Anwaltskanzlei hatte gut zusammengearbeitet, weil der Mensch, der in der Bundesrepublik groß geworden ist, das Recht kannte, derjenige aus der DDR kannte unsere Geschichte, aber nicht 100 % das Bundesrecht." (Interview A6).

Aus demselben Grund hat A1 zwei Rechtsanwälte, einen aus dem Westen und einen aus dem Osten. Er erklärt genauso:

"Für die juristische Beratung haben wir uns zwei Anwälte geholt. Das war sehr positiv, da haben ein Anwalt aus der BRD und ein Anwalt aus der DDR gemeinsam eine Kanzlei aufgemacht. Der eine kannte die BRD-Gesetze und der andere die DDR-Gesetze. Das war äußerst vorteilhaft." (Interview A1).

Besonders zufrieden waren alle Befragten in Gruppe B mit ihren westdeutschen Beratern, obwohl sie die betrügerischen Handlungen einiger Westdeutscher in der Wendezeit negativ bewerteten. Sie benötigten eine Beratung aus Westdeutschland, damit ihre Betriebe durch die Umwandlung zur Kapitalgesellschaft wettbewerbsfähiger werden konnten. Ein Befragter betonte besonders, dass er unbedingt einen westdeutschen Berater brauchte, weil unter den neuen Bedingungen die Leistung von westdeutschen Beratern besser sei als diejenige der ostdeutschen Berater. Niemand der Befragten der Gruppe B bedauerte diesen Schritt nicht und blieben noch in Kontakt mit ihren jeweiligen Beratern.

6.3.3 Die Auswahl der Betriebsrechtsform und die Rolle der externen Beratung

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes verlor das kollektive landwirtschaftliche Modell seine Daseinsberechtigung. Alle LPGen sollten entweder eine Umwandlung vornehmen oder in die Liquidation gehen. Mit der Wiedervereinigung bewegte sich die politische Unterstützung bzw. Präferenz hin zur Privatlandwirtschaft. Die westdeutschen Politiker behaupteten, etwa 150 ha große bäuerliche Familienbetriebe in Ostdeutschland zu etablieren⁸⁰. Als die Betriebsleiter von Gruppe A und B den Weiterbestand ihrer ehemaligen

⁸⁰ Ein Befragter erinnerte sich und erklärt: "Der damalige landwirtschaftliche Minister Herr Kiechle sagte im Jahr 1990 'wir sollen 150 ha Betriebe in Ostdeutschland machen'." (Interview A1).

LPGen vorantrieben, mussten sie sowohl Skepsis von außen als auch die Zweifel der LPG-Mitglieder überwinden. In den Befragungen wurde bestätigt, dass die Betriebsleiter der LPGen in der Wendezeit mit den Großstrukturen der Nachfolgebetriebe auf viele kritische Stimmen aus der Bundesrepublik trafen. So erklärt ein Befragter:

"Ich war in Baden-Württemberg bei einem Bauernverband eingeladen und habe mir dort einige Sachen angesehen. Ich hatte auch die Möglichkeit dort vor Bauern zu sprechen, und als ich erzählte, dass wir eine e.G. gründen wollen, haben dort alle gesagt, dass das nicht gehen würde." (Interview A3).

Außerdem wurde der ostdeutsche Großbetrieb von den Medien während der Wendezeit sehr kritisch betrachtet. Ein Befragter berichtet:

"Einige damalige Mitglieder wollten den neuen Betrieben nicht beitreten, weil in den Jahren 1990, 1991, 1992 usw. in den Medien auch berichtet wurde, dass Großbetriebe im Osten keine Chance haben. Das wurde alles ein bisschen von der staatlichen Seite aus geschürt." (Interview A2).

Außerdem gab es auch die Erklärung, dass die westdeutschen Politiker die klein strukturierte westdeutsche Landwirtschaft vor ostdeutschen Großbetrieben schützen wollten. Ein Befragter erklärt:

"Wir hatten damals einen kolossalen Gegenwind der Politik, weil die westdeutschen Politiker solch große landwirtschaftliche Betriebe nicht haben wollten, die wollten kleine haben. Die haben den Vorzug dieser Strukturen, die da waren, nicht begriffen. Also wir hatten hier eine Delegation des bayrischen Landwirtschaftsministeriums, als sie und ihre Bauern das hier gesehen haben, da hätten die uns am liebsten sofort kaputt gemacht, denn wir waren eine riesige Konkurrenz für diese kleinen Betriebe." (Interview B2).

Hinsichtlich der westdeutschen Konzepte ist die Bewertung von Gruppe A und B eindeutig. Sie stellen fest, dass diese Konzepte ohne Verständnis für die ostdeutsche landwirtschaftliche Realität implementiert werden sollten. Laut einer Aussage von Leitern der LPG-Nachfolgebetriebe wurde angeblich von den westdeutschen Politikern und Wissenschaftlern die damalige ostdeutsche kollektive Landwirtschaft in den folgenden drei Punkten vollkommen falsch eingeschätzt:

1) Die LPGen waren keine staatlichen Betriebe: Die LPGen in der DDR, so erklärten die Befragten, waren niemals so geführt worden wie ein staatlicher Betrieb. *"Die LPGen waren aus bäuerlichem Eigentum entstanden und sie waren im Wesentlichen bis 1990 überall als ein privater Betrieb geführt worden. Alle Mitglieder wussten, dass ihr Eigentum in der LPG verwaltet wurde und die LPG war, wie auch heute, ein Betrieb. Aber in der BRD wurden die LPGen für staatliche Betriebe gehalten"* (Interview A1). Einer der Befragten unterstützt dies mit folgenden Worten: *"Es waren nur andere Begriffe und ein*

anderes Preissystem. Aber die Pflanzen wurden genauso hergestellt und es gab auch eine Finanzierungsproblematik. Wir hatten eine doppelte Buchführung und auch einen Kostenträger sowie Rechnungen. So wie es auch heute noch gemacht wird. Nur zum Teil mit anderen Begriffen." (Interview A7).

2) Die hohe Bereitschaft in der Landwirtschaft: *"Die Landwirte in der DDR waren in ihrer Arbeit sehr engagiert und auch Überstunden waren die Regel. Etwa 80 % der landwirtschaftlich Beschäftigten waren bis 1990 zu Überstunden bereit, was in der Industrie anders war. Der große Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie bestand darin, dass viele der Politiker und Wissenschaftler aus der BRD die Lage in der Landwirtschaft völlig falsch einschätzten." (Interview A1).*

3) Die Leitung der Genossenschaften: *"Die Leiter der LPGen stammten nicht aus der Partei, sondern aus dem Betrieb und dieser wurde nicht von der Partei bzw. dem Staat geführt. Die BRD hingegen unterschätzte die Leitungskräfte der LPGen. Die Leiter der LPGen waren keine Marionetten unter dem Planwirtschaftssystem." (Interview A7).*

Aus diesen Aussagen heraus lässt sich begründen, warum die Familienbetriebe in Ostdeutschland nach der Wiederherstellung des Privateigentumsrechts nicht dominierten. Sie helfen auch die später zu analysierende Auswahl der Betriebsrechtsform zu verstehen. Tatsächlich war die Rolle der Leitungskräfte kurz nach der Wende für das Aufrechterhalten der damaligen Struktur sehr bedeutsam (vgl. Kapitel 6.2.1). Innerhalb der LPGen gab es zur Wendezeit unterschiedliche Mitgliederreaktionen. Auf der einen Seite existierten Mitglieder, die eine gemeinsame Fortführung des Betriebes befürworteten, auf der anderen Seite bevorzugten Mitglieder eine Auflösung. Laut eines Interviews hingen diese Entscheidungen eng mit der ehemaligen LPG zusammen; in Bezug darauf, wie das Verhältnis zu den Vorsitzenden sowie Vorgesetzten war. Das heißt, die Leitungsfähigkeit war ein wichtiger Entscheidungsfaktor für die LPG-Umwandlung. Ein Befragter erklärt:

"Ich war in der Leitung und hätte ich mich mit den Leuten nur gestritten, dann wäre das mit Sicherheit auch bei uns so gelaufen. Hätte es an allen Orten ein gutes Verhältnis gegeben, dann hätte man auch mit der AG, der e.G. und der GmbH gemeinsam arbeiten können. Das Wichtigste ist, dass man sich untereinander versteht, sonst wird es nichts." (Interview A10).

Die Befragten von Gruppe A und B stellten ausnahmslos fest, dass die Vermutungen und Erwartungen seitens der Bundesrepublik falsch waren. Sie vertraten die Meinung, dass ihre damalige Entscheidung, die Großstruktur zu behalten, sich aus heutiger Sicht als richtig erwies. Ihr eigener Erfolg beweist, dass die westdeutsche Behauptung, Großbetriebe seien als LPG-Nachfolgebetriebe langfristig nicht wettbewerbsfähig, falsch war. Wie die Statistik verdeutlicht, sind die LPG-Nachfolgebetriebe wie die e.G. bzw. die Kapitalgesellschaft die

beherrschende Form in der landwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland. Ein Betriebsleiter einer e.G. erklärt dies wie folgt:

"Die Entwicklung nach 15 Jahren gibt uns Recht. In der Wendezeit waren wir nicht damit einverstanden, dass wir zu kleineren Strukturen zurückkehren mussten." (Interview A1).

Ein Befragter unterstützt dies wie folgt:

"Das Zusammenbleiben war von Vorteil. Ich bin der Meinung, dass, wenn ein Großbetrieb in zehn oder 15 Kleinbetriebe aufgeteilt wird, es noch gehen würde. Aber sie hätten die Entwicklung nicht überlebt, denn es gab oft Schwierigkeiten von 1991 bis jetzt. Es ist nicht immer reibungslos gelaufen. Auch bei uns war es so. In Ostdeutschland gibt es auch jetzt noch viele Großunternehmen, wie z.B. die e.G. und die GmbH usw., die auch in der Produktion tätig sind und gute Leistungen erbringen." (Interview A3).

Auch die westdeutschen Landwirte, die gedacht haben, dass die Großbetriebsstruktur in Ostdeutschland scheitern würde, haben ihre Meinung inzwischen geändert, nachdem sie die Großbetriebe im Osten besucht hatten. Ein Befragter erklärt:

"Sie haben uns dann auch im Jahr 1992 besucht. Da herrschte bei uns noch keine Ordnung, aber sie haben uns im Jahr 2000 und 2001 noch mal besucht. Und da waren sie richtig positiv beeindruckt, wie wir das alles gesteuert haben." (Interview A3).

Auch ihr direkter Konkurrent erkannte ihren Erfolg an. Ein Wiedereinrichter aus den alten Bundesländern schließt:

"Die westdeutschen Politiker hatten vor, in Ostdeutschland Familienbetriebe einzuführen. Dies ist an den ostdeutschen Politikern gescheitert. Sie wollten keine Privatisierung wie im Westen. Die Agrargenossenschaften wurden hoch gehalten. Ob das richtig war, weiß ich nicht. Zum Teil ja. Es ist ja die modernste Landwirtschaft in Europa." (Interview C1).

Während die damaligen LPG-Vorsitzenden eine wichtige Rolle gespielt haben, um die LPG-Nachfolgebetriebe zu gründen, sind auch verschiedene Ursachen bei den Privatbauern zu suchen, warum sich der erwartete "Aufschwung" in den bäuerlichen Familienbetrieben nicht verwirklichte. Die Zahl der Personen, die den Willen hatten und die erforderlichen Voraussetzungen für die Gründung der Familienbetriebe, war eher klein. Eine Ursache scheint zu sein, dass der Boden, welcher im Wege der Restitution erhalten wurde, flächenmäßig sehr klein war. Eine andere Ursache verweist auf die Tatsache, dass es einfach keine potenziellen Kandidaten gab. Ein Wiedereinrichter erinnert sich daran:

"Viele LPGen in dieser Region mussten in Reih und Glied liquidiert werden. Jedoch waren die Menschen gar nicht da, die Familienbetriebe hätten gründen sollen. Die Flüchtlinge aus dem Osten (in den 50er Jahren), also auch die

lokalen Bauern, waren in anderen Berufen tätig. Es war also gar nicht möglich. Bei mir war es nur ein Zufall." (Interview C1).

In folgenden Unterkapiteln werden die Hintergründe zur Auswahl der Betriebsrechtsform nach Gruppen analysiert. Gleichzeitig wird untersucht, welche Rolle dabei die externe Beratung gespielt hat.

6.3.3.1 Gruppe A: Eingetragene Genossenschaft

Die zwölf Befragten in diesem Abschnitt waren alle mit der Umwandlung in eine e.G. befasst. Von den Befragten sind elf Vorstände jetziger Agrargenossenschaften, während ein Befragter seine e.G. im Jahr 2000 in eine GmbH umwandelte. Die Hintergründe der damaligen Entscheidung sehen ähnlich aus, aber die Bewertungen der damaligen Entscheidungen sind aus heutiger Sicht unterschiedlich. Doch zunächst zu den Hintergründen der Umwandlung in eine e.G.

1) Die e.G. ist eine ähnliche Unternehmensform wie die LPG:

"Seit der LPG-Gründung 1960 waren viele Jahre vergangen, so dass nur ältere Mitglieder in ihrer Kindheit noch bäuerliche Landwirtschaft erlebt hatten. Die meisten Mitglieder hingegen kannten nur eine sozialistische Landwirtschaft" (Interview A1). Deswegen *"hatten die meisten Angst etwas allein oder mit anderen zu versuchen. Sie wollten in einer ähnlichen Form bleiben."* (Interview A8). *"Die meisten, die aus der 1950er Bodenreform Boden erhielten, bekamen lediglich 5-7 ha. Das war zu klein, um es alleine zu bewirtschaften. Deswegen wollten die meisten weiterhin in diesem Betrieb bleiben und die e.G. war uns irgendwie verwandt. Die Agrargenossenschaft war nichts anderes als die LPG."* (Interview A2). Ein anderer Befragter erklärt: *"Eine GmbH oder GmbH & Co.KG ist eine ganz komplizierte Sache. Im Gegensatz dazu, ist die e.G. für die Leute ganz einfach zu verstehen. In der e.G. hat jedes Mitglied eine Stimme. Das ist ähnlich wie in der LPG."* (Interview A6).

2) Die einfachste Lösung: Dieser Aspekt ist dem ersten in vielerlei Hinsicht ähnlich. Aber er bedeutet auch, dass es damals kaum Kenntnisse über andere Betriebsformen gab. *"Ich habe immer erklärt, dass es diese Form war unter denen sie bisher gearbeitet hatten, das Verständlichste, nur unter anderen Eigentums- und Mitbestimmungsvoraussetzungen. Deswegen haben die Meisten die e.G. sofort akzeptiert. Wenn ich jemandem die GmbH & Co.KG oder was auch immer erklärt hätte, dann hätte er davon nur über drei Ecken gewusst."* (Interview A7). Aber das galt nicht nur für die einfachen LPG-Mitglieder, sondern auch für die Führungskräfte. 60 % der Befragten in Gruppe A erklärten, dass ihnen die anderen Formen zu kompliziert erschienen. *"Ein Berater aus Westdeutschland hat uns vorgeschlagen, wir sollten eine GmbH & Co.KG gründen. Aber ich habe gesagt, das ist mir alles zu kompliziert."* (Interview B4).

3) Höhere soziale Verpflichtung: Die Mehrheit der Befragten von Gruppe A hatte in der Wendezeit versucht, Verantwortung für andere Leute zu übernehmen und auch die Lebensgrundlage der anderen zu bewahren. Diesbezüglich äußert sich ein Betriebsleiter wie folgt: *"Wir wollten nicht privatisieren. Wenn wir eine GmbH gegründet hätten, dann wären wir vielleicht zwei, drei, vier oder fünf Leute gewesen, die sich durch die GmbH bereichert hätten. Das haben wir nicht nötig gehabt und wollten es auch nicht."* (Interview A3). Ein Berater, der damals für einige LPGen die Umwandlung zur e.G. empfohlen hatte, erklärt: *"...es war nämlich wichtiger, möglichst viele Arbeitsplätze zu schützen, denn man kann zwar eine kritische Masse nutzen, um disponibel zu sein, aber die Menschen müssen wirtschaftlich bleiben."* (Interview D3).

Obwohl die Bauern in den LPGen viele negative Erfahrungen aufgrund der Reglementierung und Bevormundung in der DDR-Zeit hatten, hatten viele Bauern aber auch die positiven Seiten einer gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Produktions-, Arbeits- und Lebensweise erfahren und verinnerlicht (KRAMBACH und WATZEK, 2000, S. 12). Ohne diese positive Erfahrung aus den LPGen scheint es nicht möglich zu sein, eine gemeinschaftliche Produktion zu bevorzugen. Vor allem existierten damals große Unsicherheiten die Zukunft betreffend, d.h. der Zwang sich an eine völlig fremde Umgebung anzupassen (z.B. waren die Preisgestaltung und die Gewichtigkeit der Preise ganz anders als vorher). Diese Rahmenbedingungen waren schlecht für die ostdeutsche Landwirtschaft und solch schwierige Bedingungen sicherlich auch ein Motiv, die e.G. als Rechtsform auszuwählen. Ein Befragter unterstützt dies wie folgt:

"Wir haben dann als erstes die DM eingeführt, die wurde 1:1 umgerechnet. Wir haben uns aus dem Westen Zahlen geholt und hochgerechnet. Was können wir zu den Preisen, die es in der BRD gibt, mit unseren Strukturen machen? Da haben wir gemerkt, dass kann nur schwarze Zahlen geben. Auch das war ein Motiv, um zu sagen, wir müssen in der DDR eine einheitliche Struktur finden und das war der Grund für die e.G.-Gründung." (Interview A1).

Für die Auswahl der Rechtsform hatten die Befragten viele Beratungen in Anspruch genommen und natürlich gab es auch viele Berater und kapitalstarke Leute aus den alten Bundesländern. Doch die Mehrheit der Befragten aus Gruppe A bewertet die Beratungstätigkeiten und Vorschläge dieser Berater im Hinblick auf die Umwandlung der LPGen negativ:

"... hinsichtlich der Beratungstätigkeiten wollten wir keinen westdeutschen Berater, weil der Berater aus dem Westen ganz andere Gesichtspunkte hervorgehoben hat. Also haben wir die Ostdeutschen beauftragt. Die Ostdeutschen hatten ein gutes Verständnis für unsere Geschichte." (Interview A6).

Im Rahmen eines Besuches aus den alten Bundesländern bestätigte sich für einen der Befragten die Vermutung, dass die Entscheidung zur Gründung einer e.G. die Richtige war. Er erklärt seine Erfahrung:

"Es gab auch einige Interessenten, die den ganzen Betrieb abkaufen, übernehmen und weiterführen wollten. Das hatte uns dann eigentlich auch bestärkt, dass das in der Größe funktionieren muss. Man hat 1991 immer gesagt, dass es in dieser Größe nicht funktionieren würde. Ende 1990 und auch im Jahr 1991 kamen aus den Altbundesländern kapitalstarke Leute zu uns und wollten alles übernehmen. Wir haben dann gefragt, wie sie sich das vorstellen, und sie meinten, dass es doch irgendwie gehen müsse. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, ohne fremde Hilfe und Kapital, alles selbst in die Hand zu nehmen." (Interview A3).

Obwohl die Beratungstätigkeit in Bezug auf die Gründung einer e.G. durch diese Befragung nicht konkret erfasst werden konnte, kann man vermuten, dass die Berater bei dem Auswahlprozess einer e.G. eine relativ geringe Rolle gespielt hat. Die e.G. wurde gewählt, weil sie sich nicht erheblich von der damaligen LPG unterschied.

Die Antwort auf die Frage "Würden Sie sich auch aus heutiger Sicht für die e.G. entscheiden?" lautete bei vier Befragten "Nein". Ein Befragter (B4) hatte sich schon für die Umwandlung zu einer GmbH entschieden. Die anderen acht Befragten antworteten mit "Ja". Die heutigen Meinungen über die damalige Entscheidung, eine e.G. zu gründen, weisen Unterschiede auf.

Die Antworten der Befragten, die ebenso aus heutiger Sicht eine e.G. gründen würden, haben einen engen Bezug zu den oben erklärten Hintergründen hinsichtlich der damaligen Entscheidung für eine e.G. Sie bewerten die e.G. aus heutiger Sicht sehr positiv, weil die e.G. im Wesentlichen eine hohe soziale Verpflichtung hat und die meisten Personen diese als einfachste und günstigste Form bevorzugen⁸¹. Ein Betriebsleiter vertritt jedoch die Meinung, obwohl

⁸¹ *"Wir haben noch eine soziale Art und denken auch sozial für die Menschen hier. Ich denke, das war die richtige Lösung. Wenn wir alle privatisiert hätten, wäre alles schwieriger gewesen. Für drei oder vier geht es finanziell immer bergauf, aber für die anderen nicht. So gesehen war die Idee schon gut."* (Interview A3). *"Es hat sich gezeigt, dass der Weg eigentlich günstiger war. Es gab auch Kritiker oder andere Personen in Deutschland, die sagten, die e.G. wäre nicht gut. Aber das Beispiel von uns zeigt, dass es geht und ordnungsgemäß läuft."* (Interview A2). *"Ich würde es wieder genauso machen, weil dadurch eine einfache Art der Umwandlung möglich war. Und ich meine, diese Gemeinschaftsarbeit hat viele Vorteile."* (Interview A5, gleiche Erklärung von A10, A11). *"Ich würde aus heutiger Sicht nichts anders machen. Wenn ich von Heute auf Morgen was Neues mache, dann muss ich ihm viel erklären und umso misstrauischer wird er. Die e.G. war einfach, überschaubar und okay. Man kann später, wenn man das will,*

die e.G. als Betriebsrechtsform selbst kein Problem darstellt, wenn die politisch unterschiedliche Behandlung gegen die e.G. nicht verändert würde, dann möchte er die jetzige e.G. in eine andere kapitalgesellschaftliche Betriebsrechtsform wechseln. Ein Interviewpartner erklärt genau so:

"Wenn sich die Kritik der Politik gegen die e.G. fortsetzt, dann können wir unsere Rechtsform wechseln." (Interview A4).

Im Gegensatz zu den vorherigen Ausführungen äußerten vier der Befragten, dass die damalige Entscheidung zur e.G. falsch war. Sie sagten, wenn sie noch mal entscheiden dürften, dann würden sie nicht eine e.G., sondern eine Kapitalgesellschaft gründen. Gründe hierfür sind die Schwierigkeiten bei betrieblichen Entscheidungen und die Veränderung der Umstände z.B. die wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder die Alterung der Mitglieder.⁸²

6.3.3.2 Gruppe B: GmbH oder GmbH&Co.KG.

Die Gruppe B besteht aus fünf Interviewpartnern, davon sind zwei GmbH-Geschäftsführer und drei Geschäftsführer von Betrieben der Rechtsform GmbH&Co.KG. Eine der GmbHs (B3) wurde im Jahr 1991 als LPG-Nachfolgebetrieb gegründet, eine andere (B4) ist ein Betrieb, der aus einer e.G. im Jahr 2000 in eine GmbH umgewandelt wurde. Die zwei Betriebe (B1, B5) haben im Jahr 1991 als ihre Betriebsrechtsform die GmbH&Co.KG ausgewählt und diese Rechtsform bis heute beibehalten. Im Fall von B2 wurde die damalige LPG aufgelöst und alles wurde verkauft. Danach wurde 1995 eine GmbH&Co.KG gegründet. Das war eine Art Kooperation zwischen West und Ost, indem sich ein Westdeutscher mit Kapital und ein Ostdeutscher, der Pachtverträge organisiert hatte, zusammenschlossen und eine Gesellschaft gründeten.

andere Schritte vollziehen." (Interview A7). *"Die e.G. ist eine sichere Bank, wo das Kapital nicht wegfließen kann."* (Interview A3).

⁸² *"Wenn man von diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor 15 Jahren gewusst hätte, dann hätte ich den Betrieb aufgelöst und neu gebildet."* (Interview A6). *"Die Entscheidung zur e.G. war falsch. Ein Streitpunkt ist der große Unterschied zwischen der GmbH und der e.G.. Ich hätte eine GmbH gründen sollen, statt einer e.G."* (Interview A9). *"Wenn ich mit den Erkenntnissen von heute rangehe, dann habe ich schon 1992 festgestellt, dass die e.G. nicht unser Endziel sein wird, weil die Genossen immer älter werden und dann kommen Leute, die mit der Genossenschaft nichts mehr zu tun haben. Die Erben der Anteile sind dann nur noch am Material interessiert, am Geld. Die interessiert dann nicht mehr die Genossenschaft und dass es ihr gut geht, sondern die schauen nur noch, dass es ihnen selber gut geht und sie ihr Geld haben."* (Interview B4).

Tabelle 38: Betriebsrechtsformen in Gruppe B

	Rechtsform nach Umwandlung (Gründungsjahr)	Bemerkung
B1	GmbH & Co.KG (1991)	• Empfehlung eines Beraters aus der BRD
B2	Liquidation (1991) → GmbH & Co.KG (1995)	• Schwierigkeit bei der Tierproduktion • Ein Westdeutscher ist eingestiegen
B3	GmbH (1991)	• Empfehlung eines Beraters aus der BRD
B4	e.G. (1991) → GmbH (2000)	• Mitglieder waren zu alt und sind ausgestiegen. • Konzentrierung des Kapitals in einer Familie.
B5	GmbH & Co.KG (1991)	• Empfehlung eines Beraters aus der BRD

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Befragung.

Diese Rechtsformen waren in der ersten Phase des LAG nicht zugelassen, da sie Kapitalgesellschaften waren. Am Anfang waren für die damaligen LPGen nur Umwandlungen in eingetragene Genossenschaften oder Auflösungen zulässig. Eine Korrektur fand ein Jahr später statt und es wurden auch andere Rechtsformen zugelassen (Interview B3). Eine Kapitalgesellschaft benötigte zu ihrer Gründung ein Anfangskapital von 50.000 DM im Falle der GmbH und 100.000 DM im Falle der AG. Die GmbH&Co.KG als eine Mischform zwischen Personen- und Kapitalgesellschaft bot in steuerlicher Hinsicht Vorteile gegenüber der Personengesellschaft, ebenso wie sie in der Vertragsgestaltung von der beschränkten Haftung profitiert (HAGEDORN et al., 1997, S. 384f.).

Laut dieser Befragung ist es bemerkenswert, dass "der Vorschlag der westdeutschen Berater" bei der Auswahl dieser Betriebsrechtsform eine wichtige Rolle gespielt hat. Ein Berater unter den Befragten erklärt:

"Die ostdeutschen Berater kannten die GmbH nicht und daher wurde diese Form von Juristen und Beratern aus Westdeutschland vorgeschlagen. Später kam dann die GmbH & Co.KG, die im Hinblick auf Steuerersparnisse konzipiert wurde." (Interview D3).

Drei Befragte (B1, B3, B5) erwähnten, dass die Betriebsrechtsform eigentlich vom Zufall entschieden wurde. Das heißt, dass sie ganz zufällig westdeutsche Berater getroffen haben und dann diese Betriebsrechtsform akzeptierten. B3 ist ein gutes Beispiel dafür:

"Wir, damals drei LPGen, haben uns zusammengeschlossen und uns für die Umwandlung zu einer e.G. entschieden. ... kurz danach haben wir zufällig Kontakt mit einem westdeutschen Berater geknüpft. Er hat uns diese Rechtsform empfohlen. Dadurch dachte ich, dass die GmbH besser als die e.G. sein kann. Besonders hinsichtlich der Unternehmensführung und Flexibilität." (Interview B3).

B4 ist bei dieser Befragung ein Sonderfall, da noch einmal eine Betriebsumwandlung durchgeführt wurde⁸³. (siehe oben Gruppe A).

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass weitere Motive für die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft, außer der Empfehlung von Beratern, durch diese Befragung nicht erfasst werden konnten. Laut FIEDLER und FORSTNER (1994) sahen die Betriebe jedoch in der Rechtsform der GmbH ihre Vorteile im Bereich der Haftung (20,7 %), der Unternehmensführung (18,0 %), der Flexibilität (8,1 %) sowie den Vorteil kleinerer Einheiten (6,1 %). Bei der GmbH&Co.KG sahen die Betriebe die Hauptvorteile in der Unternehmensführung (22,9 %), der Haftung (17,1 %) und Motivation (17,1 %) sowie der Steuerbelastung (11,4 %) und Flexibilität (11,4 %) (vgl. HAGEDORN et al., 1997, S. 385).

Die damalige Entscheidung bewertet ein Befragter sehr positiv:

"Obwohl die damalige Entscheidung durch Zufall getroffen wurde, war sie total richtig. Wir haben in den letzten 15 Jahren sehr gute wirtschaftliche Erfolge erzielt. Und ein gutes Verhältnis in den Ortschaften, wir können ganz gut gemeinsam arbeiten. Außerdem haben wir noch Gesellschafter." (Interview B3).

Die Betriebsleiter der GmbH&Co.KGs (B1, B5) bewerteten dies anders. Sie erklären gegenüber den jetzigen Rechtsformen:

"Es ist eigentlich schwer zu sagen, aber ich würde nur eine GmbH gründen, weil das Vorhandensein von 70 Kommanditisten nicht immer positiv auf der Ebene der Unternehmensführung und auf die Flexibilität wirke." (Interview B1).

"Wir haben in den Jahren 1996 und 1997 zwei Familien 99,2 % der Anteile des Betriebs abgekauft. Dadurch können wir nicht mehr den steuerlichen Vorteil einer GmbH & Co.KG genießen. Also streben wir eine nochmalige Umwandlung an." (Interview B5).

Dazu äußerte er, dass, obwohl bei ihnen diese Entscheidung und Entwicklung mit ihrer eigenen Geschichte unvermeidbar war, er persönlich die Umwandlung in eine e.G. und nicht in eine Kapitalgesellschaft bevorzugt hätte. Denn die e.G. ist eine gute Rechtsform, die ihre Größe beibehalten kann und außerdem eine soziale Funktion in ländlichen Räumen hat. Besonders bedauerte er, dass im Liquidationsprozess viele Leute ganz wenig Geld bekamen und ihre Arbeitsplätze verloren hatten, weil ein neuer Betrieb mit Fremdkapital aufgebaut wurde.

⁸³ KRAMBACH und WATZEK (2000, S. 21f.) schreiben: "Es gibt Erscheinungen der faktischen oder verdeckten Umwandlung von Agrargenossenschaften in Kapitalgesellschaften. [...] Es gibt mehrere Faktoren, die einen solchen Trend bewirken oder verstärken könnten. [...] Natürlich besteht darin die Möglichkeit, dass einzelne Mitglieder oder Leiter sich von der Genossenschaftsform trennen wollen, weil sie sich von einer möglichen Konzentration von Eigentum und Entscheidungsbefugnis in wenigen Händen persönliche Vorteile versprechen." Der Grund der Umwandlung durch B4 ist dabei genauso gelagert.

Obwohl die Befragten der Gruppe B die Betriebsrechtsform der GmbH bevorzugten, hat es den Anschein, dass die Rechtsform der Betriebe nicht so wichtig war. Unabhängig davon, welche Betriebsrechtsform die LPG-Nachfolgebetriebe haben, ist es von Bedeutung, dass die damalige LPG durch die Umwandlung sehr effizient geworden war. Ein Befragter unterstützt dies:

"Bei der GmbH&Co.KG geht es bei der Haftung um die GmbH und bei der Steuer geht es um die Co.KG. Aber ich finde es Quatsch. Es ist dumm, das Steuersystem in Deutschland." (Interview B2).

Er erklärt dazu:

"Es konnte anfangs keiner verstehen, dass auf der Fläche, wo eben noch 800 Mann beschäftigt waren, dann nur noch 25 arbeiteten, aber die Technik und die technologischen Möglichkeiten haben das gebracht. Heute weiß jeder, dass so eine Fläche nicht mehr 800 Leute ernähren kann, aber damals war es neu und unbegreiflich. Das war ein Problem. Jetzt sagen viele: ‚Ihr habt es richtig gemacht.‘" (Interview B2).

6.3.3.3 Gruppe C: Wiedereinrichter und Neueinrichter

Die Einzelunternehmen im Haupterwerb werden in der ostdeutschen Landwirtschaft erstens von Wiedereinrichtern und zweitens von Neueinrichtern geführt. Die Wiedereinrichter sind frühere Genossenschaftsbauern, die nicht bei den LPG-Nachfolgebetrieben geblieben sind, sondern sich wieder selbstständig gemacht haben. In Ausnahmefällen kann man auch sagen, dass die Leute Wiedereinrichter waren, die schon zu DDR-Zeiten aus der Landwirtschaft ausgeschieden sind und einen anderen Beruf gefunden haben, die aber jetzt wieder mit ihrem damals in die LPG eingebrachten Boden und Inventar eine Einzellandwirtschaft betreiben wollten. Dazu gehörten auch die Leute, die in den Westen geflüchtet sind. Die Neueinrichter sind die Leute, die zumeist nicht ortsansässig waren und jetzt in den Dörfern Land gekauft bzw. gepachtet hatten und dann einen Betrieb gründeten. (LUFT, 1997, S. 60f.). Bei dieser Befragung gibt es folgende drei Fälle:

Tabelle 39: Betriebsrechtsformen in Gruppe C

	Betriebsrechtsform (Gründungsjahr)	Bemerkung
C1	Einzelunternehmen (1992) → GbR (2004)	Wiedereinrichter (in die BRD geflüchtet und zurückgekehrt)
C2	Einzelunternehmen (1991) und zusätzlich eine GbR	Neueinrichter, Pächter einer Domäne
C3	Einzelunternehmen (1991)	Wiedereinrichter (damalige LPG Mitglieder)
C4	Einzelunternehmen (1991)	Wiedereinrichter (damalige LPG Mitglieder)
C5	Einzelunternehmen (1990) → GbR (1993)	Wiedereinrichter (in die BRD geflüchtet und zurückgekehrt)

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Befragung.

Die Motive zur Gründung von Einzelunternehmen sind sehr unterschiedlich (Interview B5). Trotzdem kann man bei dieser Befragung zwei Hauptgründe feststellen:

1) Die beiden ausgeschiedenen Mitglieder der LPG gaben als Hauptgründe ihren persönlichen Wunsch und den schlechten Eindruck an, den sie von der damaligen kollektiven Landwirtschaft hatten: *"Ich freue mich, es allein zu machen und ich liebe Tiere."* (Interview C3). *"Die LPG ist 1991 in die Liquidation gegangen, weil niemand weiter gehen wollte. Alle wollten die große Freiheit. Am Anfang wussten wir nicht, was wir machen sollten. Und dann haben wir gleich Berater gesucht."* (Interview C4).

2) Die anderen Befragten (C1, C3, C5) haben mit konkreter betriebswirtschaftlicher Absicht angefangen. Sie sind in dieser Befragung zufällig alle aus Westdeutschland und jeder hat einen Betrieb in der Betriebsform einer GbR. Während C1 und C5 ihre Betriebe aufgrund der Rückübertragung von Boden aus der ehemaligen DDR gegründet haben, hat C3 von einer Bank eine Million DM Kredit bekommen und damit landwirtschaftlichen Boden von der Domäne gepachtet und seinen Betrieb gegründet.

Bei dieser Befragung erklären sie die Motive zur Gründung einer GbR:

"Wenn mein Sohn diesen Betrieb übernehmen sollte, müsste er eine hohe Erbschaftsteuer zahlen. Also haben wir, durch Beratung in der Buchführung, dem Finanzamt durch diese vorweggenommene Erbfolge einen Strich durch die Rechnung gemacht." (Interview C1).

"Ich habe einen Cousin in Ostdeutschland. Im ersten Jahr habe ich ihn angestellt. [...] Das macht immer mehr Spaß, wenn ich jeden Urlaub mein Geld kriegen kann." (Interview C5).

Bezüglich der Auswahl der Betriebsrechtsform GbR stellten FIEDLER und FORSTNER (1994) fest: Betriebe in der Rechtsform der GbR sahen ihre Vorteile zuerst in den größeren Einheiten, zweitens in der Unternehmungsführung und im Zugang zu Quoten und drittens in den Finanzierungsmöglichkeiten und der Flexibilität. (vgl. HAGEDORN et al., 1997, S. 386).

Allein mit dieser qualitativen Befragung können die umfassenden Gründe der Wahl zwischen dem Einzelunternehmen und der GbR nicht analysiert werden, aber durch sie ist feststellbar, dass die Leute mit der Rechtsform der GbR wirtschaftlich aktiver und im Vergleich zu den anderen zugleich auch jünger waren. Sie sind alle stolz auf ihre bisherigen Erfolge. Während die Wiedereinrichter, die ausgeschiedene Mitglieder waren, schon alt waren und sich in erster Linie Sorgen über die Zukunft der Landwirtschaft im Hinblick auf ihr Leben machten. Nach LUFT (1997, S. 61) sind Wieder- und Neueinrichter in der ostdeutschen Landwirtschaft besonders in jenen Dörfern vertreten, wo es wirtschaftsschwache LPGen bzw. deren Nachfolgebetriebe gab oder Betriebe,

die bereits in Konkurs gegangen sind. Dies drückten auch alle fünf Befragten dieser Untersuchung aus. In drei Fällen wurden die LPGen aufgelöst und in den anderen Fällen stehen die Nachfolgebetriebe der LPG inzwischen schlecht da. Deswegen äußerten sich auch die Befragten kritisch hinsichtlich der LPG-Umwandlung oder im Hinblick auf ihre Nachfolgebetriebe. Eine repräsentative Kritik lautet wie folgt:

"Die damalige LPG wurde umbenannt. Daraus wurde dann ein Agrarunternehmen gemacht. Aber das spielte keine Rolle, denn diese Umwandlung war nur für das Papier. Die Leute waren die gleichen." (Interview C1).

"In der LPG sind viele Leute im Büro, sie arbeiten nur mit Papier und sind nicht produktiv. Wir machen hier alles selbst. In dem Nachfolgebetrieb ist es auch so wie bei der LPG. Da gibt es immer noch genug Chefs, die immer nur mit dem Auto fahren und gucken. Die Traktor- oder Schlepperfahrer arbeiten, das ist immer noch so. Damals König vor der Wende, jetzt auch der König nach der Wende. Einmal König, immer König!" (Interview C5).

Obwohl die in dieser Befragung getroffenen LPG-Nachfolgebetriebe nicht zum Gegenstand dieser Kritik gehören, scheint es so zu sein, dass viele LPG-Nachfolgebetriebe besonders während der ersten Transformationsphase von dieser Kritik betroffen waren.

6.4 Hauptprobleme im Betriebsablauf nach der Transformation

Nachdem die neuen Betriebe sich juristisch registriert hatten, sollten die neu gegründeten LPGen als Nachfolgebetriebe und Einzelbetriebe unter den vollkommen neuen Rahmenbedingungen weiter betrieben werden. Hinsichtlich dieser Transformationsphase wurden bei dieser Befragung hauptsächlich Anpassungsprobleme thematisiert. Die verschiedenen Anpassungsschwierigkeiten nach der Transformation wurden von den Befragten bestätigt.

Die Schwierigkeiten nach der Transformation sind sehr divers und lassen sich nur schwer nach einem System klassifizieren (vgl. WELSCHOF et al., 1993; ROST und SCHMIDT, 1993; TIELE, 1993). Zunächst werden hier die erwähnten Schwierigkeiten systematisch sortiert und die Bewertungen der Befragten bei der Überwindung der Anpassungsschwierigkeiten analysiert. Danach werden wichtige Aspekte ausgewählt und dahingehend ausführlicher analysiert, inwieweit diese Aspekte Relevanz für die koreanische Wiedervereinigung haben könnten.

6.4.1 Systematik der Schwierigkeiten

Zur besseren Übersicht und Vergleichbarkeit wird im Rahmen dieser Arbeit vorgeschlagen, die Hauptprobleme der Transformation auf vier Ebenen zu erfassen: Die politische Ebene, die Finanzierungsebene, die betriebswirtschaftliche Ebene und die soziale Ebene im ländlichen Raum. Die Tabelle 40

gibt einen groben Überblick über die Anpassungsprobleme nach der Transformation.

In Bezug auf die Agrarpolitik und die Verwaltung wurde zunächst die Schwierigkeit durch die politisch voreingenommene Unterstützung nach Betriebsrechtsformen und das Problem der sozialistischen Verhaltensweise in Ostdeutschland erwähnt. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Schwierigkeit der LPG-Nachfolgebetriebe, mit einer einseitigen Agrarpolitik der damaligen Bonner Regierung konfrontiert zu sein, die auf dem so genannten "Leitbild vom bäuerlichen Familienbetrieb" beharrte. Die Meinung, dass eine Chancengleichheit für alle Betriebsformen gegeben werden sollte, wurde ohne Ausnahme von der Gruppe A vertreten. In dieser Gruppe hat besonders A4 seine Meinung ausgedrückt, dass er die Absicht habe, seine jetzige Betriebsrechtsform zu ändern, wenn die agrarpolitische Diskriminierung gegenüber der Rechtsform der e.G. fortgesetzt wird (vgl. Interview A4). Die zentralen Schwierigkeiten, dass die LPG-Nachfolgebetriebe nach der Transformation mit einer einseitigen Agrarpolitik konfrontiert sind, waren wie folgt (vgl. KRAMBACH und WATZEK, 2000, S. 14ff.):

- Erschwerter Zugang zur Nutzung bzw. zum Erwerb von treuhandverwalteten ehemals volkseigenen Flächen;
- Verpflichtung zur Übernahme der Altschulden der LPG;
- Schlechte Behandlung von steuer- und förderrechtlicher Seite;
- Benachteiligungen auf sozialem Gebiet (z.B. Sozialleistungen wie Renten- und Krankenversicherung).

Wenn man den Punkt in Betracht zieht, dass es in Bezug auf die Diskriminierung Unterschiede in der Meinung und Erfahrung der Befragten von fortgeführten Betrieben gegenüber den nicht erfolgreichen Betriebsleitern gibt, können die wirklichen Schwierigkeiten als ernsthafter angesehen werden, als die Befragten dieser Arbeit selbst angegeben haben.

Tabelle 40: Systematik der Anpassungsprobleme nach der Transformation je nach Betriebstyp

	LPG-Nachfolgebetriebe (Gruppe A und Gruppe B)	Einzelbetriebe (Gruppe C)
Politische Ebene	<ul style="list-style-type: none"> • Diskriminierendes Förderinstrumentarium nach Unternehmensrechtsform (Negativer Einfluss auf die Rechtsform e.G.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwierigkeiten mit den "Überbleibseln sozialistischer Verhaltensweisen" (Fall von Wiedereinrichtern aus dem Westen)
Finanzierungsebene	<ul style="list-style-type: none"> • Schwierige Kreditaufnahme bei Banken (wegen Mangel an Eigenkapital für die LPG-Nachfolgebetriebe) • Altschulden • Komplizierte Antragstellung bei Fördermitteln 	<ul style="list-style-type: none"> • Wenig Geld am Anfang (Fall von Wiedereinrichtern aus dem Osten)
Betriebswirtschaftliche Ebene	<p><u>Effizienzverbesserungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitskräfteabbau • Buchhaltung • Neue Maschinen <p><u>Produktion</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Veränderungen bei der Einstellung der Produktion • Sicherstellung der Betriebsfläche durch Pacht oder Kauf <p><u>Marketing</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Problem bei der Auswahl eines Handelspartners • Das Anpassungsproblem der Preise in der sich stets umwandelnden Marktwirtschaft <p><u>Innere Systemfunktion</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Konflikte bei Entscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mindestgröße an Betriebsfläche (Fall von Wiedereinrichtern aus dem Osten)
Soziale Ebene im ländlichen Raum	<ul style="list-style-type: none"> • Der Abbruch der Beziehungen im ländlichen Raum • Der Alterungsprozess • Die Konflikte mit ehemaligen Mitgliedern nach der Vermögensauseinandersetzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Konflikte mit den Leuten vor Ort (Fall von Wiedereinrichtern aus dem Westen)

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Befragung.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Schwierigkeiten, mit denen aus Westdeutschland stammende Bauern in Ostdeutschland konfrontiert waren. Diese Schwierigkeiten gingen auf die Reste an sozialistischen Verhaltensweisen zurück. Ein Befragter drückt einen Aspekt der ostdeutschen Verwaltung wie folgt aus, den er selbst beim Prozess der Rückübertragung und Betriebserrichtung erfahren hat:

"Sie wollten mich in die Knie zwingen, und das war ein typisches Verhalten von den Kommunisten. Da war keine Demokratie mehr, sondern es ging nur noch um die Macht." (Interview C1).

Zweitens wurde von Seiten der Finanzierung Kapitalmangel als eine der größten Schwierigkeiten angegeben. Es lässt sich festhalten, dass fast alle Befragten, außer des westdeutschen Bauern, unter der Schwierigkeit des Kapitalmangels nach der Transformation und der neuen Gründung litten. Außerdem wurden im Zusammenhang mit den Finanzierungsschwierigkeiten auch die Beschränkung des Bankkredits, die Abtragung von Altschulden, komplizierte Förderanträge usw. erwähnt. Während es bei Agrarbetrieben in der Pflanzenproduktion relativ problemlos war, litten Agrarbetriebe in der Tierproduktion mehr unter den Finanzierungsproblemen, da der Investitionsbedarf in der Tierproduktion höher ist als in der Pflanzenproduktion (vgl. Interview A8).

Drittens sind von der betriebswirtschaftlichen Seite her vielschichtige Aspekte erwähnenswert. In den LPG-Nachfolgebetrieben betrafen die Probleme sowohl den Arbeitskräfteabbau, die neue Maschinenauswahl, die Einführung des neuen Buchhaltungswesens als auch die Schwierigkeiten bezüglich der Effizienzverbesserung der Betriebe. In Bezug auf die Produktion war die allgemeine Meinung, dass die technologische Seite sich nicht wesentlich von der früheren Situation unterschied. Aber von einigen Befragten wurde die Meinung vertreten, dass es nicht leicht war, sich in den Punkten anzupassen, die eine grundsätzliche Änderung der Produktionsorganisation mit sich brachten.⁸⁴ Außerdem war es ein wichtiges und schwieriges Problem, die Qualität der Agrarerzeugnisse zu verbessern (vgl. Interview A1).

Im Marketing wurde die Meinung vertreten, dass es nicht leicht war, nach neuen Handelspartnern zu suchen und sich den Preisen anzupassen, die sich unter der Marktwirtschaft ständig änderten. Zu erwähnen ist jedoch, dass die Schwierigkeiten im Bereich des Marketings je nach Situation und Fähigkeit des einzelnen Betriebes unterschiedlich waren.

Einige Befragte von Gruppe A erörtern die Schwierigkeiten in der Beschlussfassung durch Konflikte zwischen Mitgliedern, als einen komplizierten Punkt.

Die Wiedereinrichter aus Westdeutschland sagen, dass sie keine betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten hatten, da sie über ausreichende Erfahrungen aus der BRD verfügten. Aber die Wiedereinrichter, die aus den damaligen

⁸⁴ Ein Befragter erklärt: "Die Schwierigkeit war, dass damit gleichzeitig die Marktwirtschaft wirkte. Zu DDR-Zeiten musste so viel wie möglich produziert werden. Aber plötzlich hatten wir Quoten für Milch, für Zuckerrüben. Nur bei Getreide nicht. Aber bei Getreide schwankten die Preise von Jahr zu Jahr stark. Es gab nicht genügend Lagerkapazität für Getreide. Und dann war der Preis schlecht." (Interview B2).

LPGen ausgeschieden waren, litten früh an Kapitalmangel, so dass sie sich kaum mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Einrichtungen ausstatten konnten. Außerdem war es für sie schwierig, sich Ackerböden in der geeigneten Größe für die Mechanisierung zu sichern.

Viertens erklärten die Befragten in Bezug auf die Änderung der Dorfgesellschaft, dass das damalige enge soziale Verhältnis zusammengebrochen war und es keinen jungen Nachwuchs mehr gibt; z.B. erklärt ein Befragter:

"Damals, wenn wir die alten Bauern trafen und uns unterhielten, war mehr Zusammenhalt da. Auch durch gemeinsame Festlichkeiten usw. [...] Heute ist es anders. An erster Stelle kommt das Geld. Der Druck, die große Arbeitslosigkeit- es ist schon schwieriger. Der Zusammenhalt ist nicht mehr so." (Interview A3).

Teilweise wurde von dem Wiedereinrichtern aus Westdeutschland die Dissonanz mit lokalen Einwohnern (besonders mit dem LPG-Nachfolgebetrieb) als eine Schwierigkeit aufgezählt. Ein Befragter erklärt:

"Als ich dann hier herkam, habe ich gespürt, dass sie mich bekämpfen wollten. Mittlerweile haben sie mich aber anerkannt, denn ich bin tüchtig und auch erfolgreich in meiner Arbeit. Also, jetzt kommen sie, ohne an mir vorbei zu gehen, nicht weiter. Der Konflikt ist immer noch da. Die alten Kommunisten, die 40 Jahre lang der Linie treu waren, können sich nicht ändern und das bleibt auch so. Diese wollen die Demokratie nicht anerkennen." (Interview C1).

Die Schwierigkeiten, die oben in vier verschiedene Ebenen getrennt wurden, lassen sich in zwei Felder aufteilen. Das erste Problemfeld bestimmt sich durch die Schwierigkeiten, die beim Transformationsprozess vom Planwirtschaftssystem zum Marktwirtschaftssystem auftreten. D.h. es handelt sich hier um allgemeine Schwierigkeiten, die auch in anderen Transformationsländern beobachtet werden. Das zweite Problemfeld bezieht sich auf die Schwierigkeiten, die durch das Ereignis der so genannten "System-Vereinigung" verursacht wurden. Sie entstanden unter der besonderen Situation, da die Systemumwandlung durch Interventionen von Westdeutschland mit sich brachte.

Zum ersten Problemfeld gehören sowohl alle betriebswirtschaftlichen Probleme als auch das Finanzierungsproblem. Außerdem sind hier die sozialen Probleme in den ländlichen Räumen, der Alterungsprozess und Konflikte mit den damaligen LPG-Mitgliedern nach der Vermögensauseinandersetzung mit eingeschlossen. Zu den letzteren gehören Schwierigkeiten wie das diskriminierende Förderinstrumentarium nach Unternehmensrechtsformen, das Altschuldenproblem und die Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen.

6.4.2 Überwindung der Schwierigkeiten

Die Befragten dieser Untersuchung erklärten, dass die oben genannten Schwierigkeiten für sie keine Probleme waren, die sie nicht überwinden konnten. Zum Beispiel bewertet ein Befragter die Schwierigkeiten nach der Transformation wie folgt:

"Ich habe es nicht allzu sehr für schwierig empfunden, weil die Jahre von 1992 bis 2000 gute Jahre für die Landwirtschaft waren. Es gab noch ein bisschen Geld für die Produkte und wir hatten ertragreiche Ernten. Es war eigentlich einfach. Nur Sachen, wie z.B. die Buchhaltung oder neue Partner zu suchen oder auch das Produkt zu verkaufen usw., damit habe ich mich vorher nicht so beschäftigt. Auch was das Marketing betrifft. Da gab es nämlich feste Preise und eine andere Möglichkeit hatten wir nicht. Nach der Wende war es dann so, dass wir mit Helfern über die Preislage sprechen und handeln konnten. Man konnte sich ja über den aktuellen Preis erkundigen und das war kein Problem." (Interview A3).

Eine Bewertung wie von A3 ist nur möglich, weil die Befragten die Herausforderungen nach der Transformation bestanden haben und bis heute landwirtschaftliche Betriebe leiten. Ziemlich viele LPGen oder LPG-Nachfolgebetriebe wurden im Transformationsprozess aufgelöst oder überlebten dagegen infolge verschiedener Schwierigkeiten nach der Transformation nicht. HENRICHSMEYER (1990) schreibt: "Sehr große Unterschiede bestanden in der Leistungsfähigkeit und Finanzlage zwischen den einzelnen LPGen. Ein erheblicher Teil der LPGen dürfte auch bei einer Modifikation der Organisationsstruktur angesichts ihres Verschuldungsgrades und ihrer geringen Effizienz kaum eine Chance haben, die ersten zwei oder drei Jahre zu überstehen." Die Betriebe in dieser Untersuchung können als Betriebe bezeichnet werden, die relativ gute Potentiale hatten und dadurch die Schwierigkeit überwinden konnten.

Bei der Befragung wurde festgehalten, dass die folgenden vier Punkte eine große Rolle für die Überwindung von Schwierigkeiten spielten: Finanzielle Unterstützung des Staates, kontext-sensitive und praktisch-nützliche Beratung, aktive Anstrengung des Managements, organisierte Hilfe und Engagement der Bauernverbände.

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung bei allen Befragten, dass sie nur auf Grund der finanziellen Unterstützung der Regierung ihre Betriebe so schnell und erfolgreich an die Bedingungen der Marktwirtschaft anpassen konnten. Tatsächlich hat die Bundesregierung von 1990 bis 1995 mehr als 23,3 Mrd. DM für die Agrarwirtschaft in Ostdeutschland bereitgestellt (HAGEDORN et al., 1997). Die Befragten erklären:

"Die Finanzierung war das größte Problem." (Interview A2).

"Die Fördermittel waren sehr hilfreich, aber dann wurde es viel schlechter. Es gab Anpassungshilfen und zum Teil wurden sie vom Staat begleitet." (Interview A8).

"Das war sehr hilfreich, man musste es nur effektiv für das einsetzen, was man auch brauchte. Wir haben als erstes die ganze alte Technik verschrottet oder an Polen, Russland und Ungarn verkauft. Wir haben gleich danach mit neuer Technik und besserer Leistung angefangen." (Interview B4).

Außerdem wurde die Unterstützung durch staatliche Programme bewertet, die eine sehr wichtige Rolle spielten. Besonders im Bezug auf die Effizienzverbesserung in jedem Betrieb (z.B. Arbeitskräfteabbau und Investitionen wie Ausrüstungsverbesserungen usw.) hatten die verschiedenen Programme eine Bedeutung. Viele der Befragten bewerteten die Umstellungshilfen der Regierung positiv:

"Seit dem Jahr 1990 wurde ein enormes Programm für die Anpassung an Westdeutschland durchgeführt. Vor allem wurden die Vorruhestandsregelungen und die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) als sehr hilfreich und gut bewertet. Dieses Programm, spezifisch deutsches Programm, das man in Polen oder Tschechen nicht finden kann." (Interview A1).

Während andere Transformationsländer sehr unter den Schwierigkeiten litten, weil es keine derartige direkte Unterstützung gab, ergibt die Befragung, dass durch die von der BRD durchgeführten Finanzunterstützungen, die Überwindung der Transformationsprobleme ermöglicht wurde.

Zweitens gaben die Befragten an, dass ohne die Beratung die Schwierigkeiten nicht leicht überwunden worden wären. Das Kapitel 6.3 gibt die Rolle der Beratung dabei wieder. Vor allem betont ein Befragter von Gruppe A:

"Zentrale Beratung ist immer wichtig, weil man damit künftige Markt- und Agrarpolitikentwicklungen abschätzen kann." (Interview A1).

Die Rolle der Beratung gilt auch für die Wiedereinrichter von Gruppe C. Aber während die Berater für die Wiedereinrichter, die aus Westdeutschland kamen und über 700 ha bewirtschafteten, immer dabei sind, hat die Beratung für die Wiedereinrichter, die aus der LPG ausgeschieden waren, nur in der Anfangsphase eine große Rolle gespielt. Ein Befragter von Gruppe C erklärt:

"Anfangs sollten wir das Projekt erstellen, hauptsächlich für die Bank. Dann mussten wir 1991 einen Wiedereinrichtungsplan machen. Dafür hatten wir einen Berater. Aber den hatten wir nur für ein Jahr. Das war die Bedingung. Aber wenn ich jetzt alles dem Berater überlasse, dann ist das doch Käse. Ich muss hier selber ran. Ich bin doch dafür verantwortlich. Wir sind schon ausgebildet und wir beraten uns, wenn irgendwelche Fragen sind." (Interview C3).

Drittens ist es keine Übertreibung zu sagen, dass die Anstrengungen der Betriebsleiter eine zentrale Rolle dabei gespielt haben, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Leitungskräfte waren entscheidend in der Frage des ganzen Umwandlungsprozesses (vgl. Interview A7). Das Engagement der Betriebsleiter kann direkt durch den Befragungsprozess nachvollzogen werden. Das ist eine auch durch die Literatur unterstützter Befund. Beispielsweise schreiben KRAMBACH und WATZEK (2000) darüber: "Im Unterschied zu anderen Bereichen, wo im Transformationsprozess mit politischen, juristischen und ökonomischen Mitteln ein Elitenwechsel durchgesetzt wurde, war dies in der Landwirtschaft nur begrenzt möglich. Die Bauern entscheiden sich überwiegend für die ihnen vertrauten, qualifizierten Fachleute, die sich bereits in der LPG als Leiter bewährt hatten, zur Gestaltung des Umstrukturierungsprozesses und zur Einrichtung des Managements für die neuen Betriebe." Sie schreiben weiter: "Wenn diese Gemeinschaftsformen bis heute existieren, so verdanken sie das in erster Linie sich selbst, ihrer eigenen Kraft, ihrem ökonomischen und sozialen Potenzial, den Anstrengungen ihrer Beschäftigten, sei es als Mitglieder, Arbeitnehmer oder Leiter."

Viertens geht es um die Bewältigung nachteiliger Rahmenbedingungen. Die Diskriminierungspolitik nach Betriebsrechtsformen ist ein hierbei zu nennendes Problem, bei dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Großbetriebe (besonders e.G.) als Reste des Sozialismus betrachtete. Laut der Befragten der LPG-Nachfolgebetriebe habe der landwirtschaftliche Verband für LPG-Nachfolgebetriebe eine große Rolle gespielt, um diese Diskriminierungspolitik zu überwinden. Die wichtige Rolle landwirtschaftlicher Verbände bestätigt das folgende Zitat: "Agrargenossenschaften und andere kooperative Produktionsformen haben eine starke Lobby in den Bauern- und Genossenschaftsverbänden gefunden und werden von der Politik als Realität akzeptiert." (KRAMBACH und WATZEK, 2000).

Ähnlich sieht es im Falle von Wiedereinrichtern aus, besonders der aus Westdeutschland kommenden. Sie sind Mitglieder des Bauernverbandes bzw. Landvolkverbandes und haben dadurch einige Hilfeleistungen erhalten. Ein Befragter erklärt:

"Der Bauernverband dieses Kreises hat mir in der ersten Transformationsphase geholfen. Die haben mir Ratschläge gegeben und sich nach außen hin für mich eingesetzt. Die Wiedereinrichter mussten ja zum Landvolkverband, also ein anderer Bauernverband, der die Konkurrenz vom Deutschen Bauernverband darstellt. Die beiden haben sich dann auseinandergesetzt. Trotzdem bekam ich Hilfe aus beiden Verbänden. Der Deutsche Bauernverband ist eigentlich nur für die Agrargenossenschaften und der Landvolkverband nur für die Wiedereinrichter, also für die Privaten, zuständig." (Interview C1).

Obwohl es Konflikte zwischen Bauernverband und Landvolkverband gab, ist klar, dass sich Betriebe in diesen Organisationen je nach ihrem Interesse vereinigten und dadurch ihre Schwierigkeiten lösen konnten.

6.4.3 Analyse einiger Problemfelder

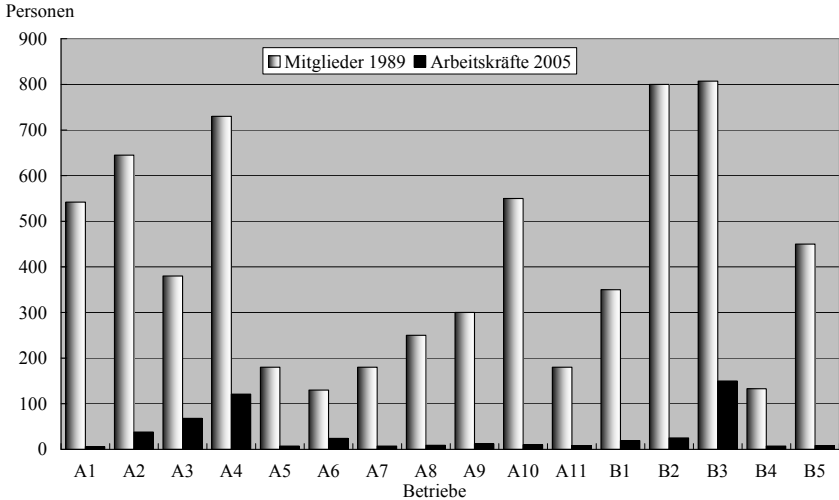
Von den verschiedenen Schwierigkeiten, die in den Befragungen in den Gruppen A und B zu Tage traten, ist die des Arbeitskräfteabbaus bemerkenswert, weil die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass dieses Problem in der koreanischen Wiedervereinigung auch auftreten wird. Im Fall von Gruppe C ist das Anpassungsproblem der westdeutschen Bauern an das Dorfleben bemerkenswert. Deswegen werden hier die oben genannten zwei Problemfelder ausführlicher analysiert.

6.4.3.1 Arbeitskräfteabbau

In den ehemaligen LPGen der Pflanzen- und Tierproduktion war der zu hohe Besatz an Arbeitskräften auf die niedrige Arbeitsproduktivität in der landwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen. Außerdem erhöhten die umfangreichen betriebseigenen Dienstleistungen auch für kommunale Bereiche den Arbeitskräftebestand erheblich (ROST und SCHMIDT, 1993). Deswegen war der Faktor Arbeit und der Arbeitskräfteabbau bei der Umwandlung organisatorisch nicht zu vermeiden (vgl. Interview D2).

Abbildung 5 zeigt, dass die Arbeitskräfte der damaligen LPGen sehr drastisch abgebaut wurden. Die Arbeitskräfte von A3, A4 und B3 sind nach dem transformationsbedingten Arbeitsplatzabbau immer noch signifikant höher. Der Grund ist, dass jeder Teil der damaligen LPG sich nach der Transformation vertikal oder horizontal verband. In diesem Fall ist zu bemerken, dass sie eine große Rolle als Arbeitgeber oder Führer der Regionalwirtschaft in der lokalen Gemeinschaft spielen. Im Fall von A1 scheinen die Arbeitskräfte geringer zu sein, weil nur die Arbeitsplätze der e.G. gezeigt werden. Tatsächlich belaufen sich alle Arbeitsplätze, die nach der Liquidation der damaligen LPG geschaffen wurden, auf ungefähr 160 Stellen.

Im Fall der anderen Befragten wurde die Agrarproduktion von den anderen Abteilungen der damaligen LPG getrennt. Deswegen werden hierbei nur die jetzigen Arbeitskräfte im Agrarproduktionsbereich zusammengezählt. In Anbetracht einer fehlenden Erklärung der Befragten über die jetzigen Zustände der anderen Abteilungen kann davon ausgegangen werden, dass sie nach der Transformation mit den anderen genannten Bereichen der damaligen LPG in keiner Beziehung mehr stehen oder die anderen Bereiche alle aufgelöst wurden. Dieses Problem des Arbeitskräfteabbaus kann sowohl auf betrieblicher als auch überbetrieblicher Ebene behandelt werden.

Abbildung 5: Arbeitskräfteabbau von Gruppe A und B

Quelle: Eigene Darstellung.

Beim Letzteren geht es um große Programme, um den Arbeitskräfteabbau zu erleichtern. Alle Befragten bewerteten die Übergangsvorruhestandsregelung durchaus positiv. Einer der Befragten erklärt:

"Wir waren auch ziemlich sozial abgedeckt durch das westliche System. Da gab es dann diese Frühruhestände, wo Personen schon mit Anfang 50 mehr oder weniger in die Rente gehen durften. Das war alles relativ positiv." (Interview B2).

Dabei gab es große Unterschiede zwischen den LPG-Nachfolgebetrieben in ihrem eigenen Handeln. Hierbei können drei Typen unterschieden werden:

1) Die Betriebe, die schon betriebswirtschaftlich orientiert einen gemäßigten Arbeitskräfteabbau umsetzen und aus heutiger Sicht die damalige Besonnenheit positiv bewerteten. Ein Befragter diesen Typs erklärt: *"Ich fand die wichtigste Seite, dass wir gleich unsere Entscheidung getroffen haben, 3 bis 4 unserer Kollegen in den individuellen Computerlehrgang zu schicken und sich sofort mit der modernen Kommunikationstechnologie zu beschäftigen. Denn wir haben damit in den ersten 1 bis 2 Jahren über diesen Prozess der modernen Rechnungsführung die meisten Leute im Betrieb entlassen oder abgebaut, weil dort die größte Produktivität eingesetzt wurde und dort viel zu viel Verwaltung im Einsatz gewesen ist. Deswegen also eine gesunde Arbeitskräftestruktur gerade in diesem Bereich. Das waren die entscheidenden Schritte. Also der Finanzsektor mit allem drum und dran. Das halte ich für das Entscheidende. Wenn dort*

nicht die richtigen Personen oder die Richtigen sitzen, dann können die anderen draußen arbeiten wie sie wollen." (Interview A7).

2) Der zweite Typus beschreibt die Gruppe, die die Notwendigkeit des Arbeitskräfteabbaus begriff, aber durchgreifende Maßnahmen nicht getroffen hat. Sie bewerten aus heutiger Sicht die damals unschlüssige Haltung negativ und bereuen diese. Ein Befragter dieser Gruppen äußert sich: *"Von Anfang an war es klar, dass die Arbeitskräfte reduziert werden müssen. Das wurde auch den Leuten gesagt, Mitgliedschaft ist kein Anspruch für einen Arbeitsplatz. Aber es war ganz kompliziert. Einige Küchenmeister sind da, die Baubrigade ist da, das Handwerk ist da. Es wurde alles selber gemacht. Wenn ich die e.G. noch einmal machen müsste, dann hätte man die Arbeitskräfte sofort reduzieren (mildern) müssen. Aber damals war das schwierig, weil wir nicht gewusst haben, wohin die Entwicklung läuft. Zu den Kollegen, die seit 20, 30 Jahren mitgearbeitet haben, sagten wir auf einmal "wir brauchen dich nicht mehr." Das war schwierig." (Interview A8).* Dieser Fall bezieht sich darauf, dass es damals in Gebieten mit hoher Agrarquote erforderlich war, den notwendigen Arbeitskräfteabbau in der Landwirtschaft so sozialverträglich wie möglich zu halten: *"Der Berater hat eigentlich die Empfehlung gemacht, "so schnell wie möglich". Aber wir haben gesagt, nicht so schnell. Heute würde ich das anders sehen. Die, die qualifiziert waren, haben schnell Arbeit gefunden; in der Versicherung von Land oder in Beratungsunternehmen usw." (Interview A8).*

3) Der dritte Typ bezeichnet die Gruppe, welche die Notwendigkeit des Arbeitskräfteabbaus nicht nur begriffen hat, sondern auch maßgebliche Lösungen getroffen hat. Diese Lösung hängt stark davon ab, wie die nicht unmittelbaren landwirtschaftlichen Bereiche der damaligen LPG in dem Prozess der Dekollektivierung behandelt wurden. A1 ist ein repräsentatives gutes Beispiel für diesen Typ. Laut seiner Erklärung entstanden aus der damaligen LPG-Pflanzenproduktion 36 Handwerksbetriebe, mit all denen stand er immer in guter Beziehung und von den 36 Betrieben sind heute noch 34 Betriebe tätig. Dabei geht es vom Steuerberater über Rechtsanwälte, Autowerkstatt, Autohändler, Baubetrieb bis hin zu Gaststätten und noch mehr. Er erklärte, dass diese Handwerksbetriebe eine große Rolle gespielt haben im Arbeitskräfteabbau der damaligen LPG und auch in der Gestaltung der neuen Arbeitsplätze im ländlichen Gebiet. Er erklärt: *"18 % der damaligen Mitglieder waren im Vorruhestand, etwa 50 % konnten in diesen Handwerksbetrieben weiter arbeiten." (Interview A1).* Die Erklärung eines Befragten weist darauf hin: *"Wenn das Management in Großbetrieben gut ist, dann schafft man viele Arbeitsplätze."*

Bei diesem drastischen Arbeitskräfteabbau mussten die meisten Personen selbst einen neuen Arbeitsplatz finden. Viele waren nach Westdeutschland gefahren (vgl. Interview A10). Einer der Befragten erklärt:

"Da gab es mehrere Möglichkeiten, weil hier im Osten die Genossenschaft umstrukturiert wurde und sowohl das Handwerk als auch die Zentralindustriebetriebe wurden geschlossen. Die ganzen Industriebetriebe wurden geschlossen. Das kam alles zusammen. Arbeitskräfte wurden nicht nur in der Landwirtschaft abgebaut, sondern auch in den Betrieben und zum Teil wurden auch Betriebe geschlossen." (Interview A8).

Neben dieser Bewertung äußerte einer der Befragten, dass es ein Vorteil war, dass Westdeutschland auf dem damaligen LPG-Gebiet soviel Geld investiert hatte, um Gewerbegebiete zu bauen. Er erklärt:

"Wir hörten auf, verteilten alles und fingen neu an. Aber dann mit vielleicht nur 25 von 800 Mann, alle anderen wurden arbeitslos. Das konnte zunächst keiner verstehen. Und die Entwicklung ging aber weiter, und diejenigen, die sehr früh oder relativ früh arbeitslos wurden, hatten auch relativ schnell wieder ein Job auf dem Bau als LKW-Fahrer usw. Der größere Teil ist damals irgendwo untergekommen, das wusste man aber alles vorher nicht. Das kann man jetzt hinterher so sagen." (Interview B2).

6.4.3.2 Ost-West Konflikte im Dorf

Wie in dem Abschnitt bezüglich der Beratungstätigkeit (Kapitel 5.2.4) bereits analysiert wurde, sahen die meisten Befragten aus den ostdeutschen Betrieben die Tätigkeit der Berater, die im Ostgebiet erschienen, mit Ablehnung. Sie hatten ein ungutes Gefühl bei einem Urteil von Beratern, die ursprünglich aus Westdeutschland kamen und Vorsicht vor kapitalstarken Leuten, die alles übernehmen wollten und vor Betrügern im Handelsbereich. Natürlich können diese Erfahrungen nicht auf sämtliche Ost-West Interaktionen verallgemeinert werden. Und dies wurde auch im Gespräch mit mehreren Befragten bestätigt.

Aber es entsteht sehr deutlich der negative Eindruck, dass die Schwierigkeiten der ostdeutschen Bauern mit den Westdeutschen aus der Anfangsphase der Transformation, sich auf das heutige Verhältnis mit westdeutschen Wieder-einrichtern auswirken. Ein Befragter erklärt:

"Die damals vom Staat Verdrängten, sozusagen "Wessis", die hier mit viel Geld viel Land eingekauft haben und sich dann noch groß aufgeführt haben, die haben zum Beispiel nur ihr Kapital rausgezogen und sind wieder verschwunden. Ich dagegen wollte mein Eigentum erhalten und es auch vergrößern. Dennoch habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich von allen Nachbarn bekämpft wurde. Die Mitarbeiter des LPG-Nachfolgebetriebs haben mich nicht akzeptieren wollen. Diese Belegschaft wurde persönlich von ihrem Geschäftsführer geprägt." (Interview C1).

Laut seiner weiteren Erklärung wurden Missverständnisse und Dissonanzen mit der Zeit teilweise gelöst und mittlerweile habe er die Anerkennung gewonnen. Aber es gebe bis heute noch Spannungen. Natürlich hatten nicht alle

Wiedereinrichter, die aus Westdeutschland kamen, diese schlechten Erfahrungen gemacht. Ein Befragter erklärte zum Beispiel, dass er keine Konflikte mit den Leuten am Ort hatte (Interview C5). Obwohl die Ursachen für die Unterschiede zwischen den beiden Befragten unklar sind, scheint folgender Aspekt Einfluß zu besitzen: Im Falle des letzten Interviewpartners hatte der Befragte viele Verwandte vor Ort und dadurch konnte er eine engere Beziehung zu den Mitgliedern des LPG-Nachfolgebetriebs aufbauen. Dagegen hat der Befragte C1 keine Verwandte an diesem Ort.

Untersucht man weitere Aspekte, die von den Befragten jedoch nicht direkt erwähnt wurden, kann man feststellen, dass die unterschiedlichen Einstellungen der Westdeutschen zur ostdeutschen Gesellschaft als eine Ursache der Dissonanz eine Rolle gespielt haben können. Das kann leicht in folgenden Schilderungen nachempfunden werden, die während der Befragung entstanden:

"Es gab immer dieses Gerücht, die "Roten" helfen sich nur untereinander." (Interview C1).

"Ich kann sagen, wir haben 15 Jahre euer System gelebt. Das war alles falsch." (Interview C5).

"Die Demokratie war ja damals bis in den Osten nicht eingedrungen. Es ist auch heute noch so. Die Demokratie ist ja, wer am lautesten ist und mehr Geld hat, der gewinnt [...] Im Westen war die Demokratie friedlicher als im Osten. Da habe ich das so nicht empfunden wie hier." (Interview C1).

"Es wurde gedacht, die brauchen keine eigenen Initiativen. Es war ein System. Eines Tages ist der Staat nicht mehr da. Soll man selbst für alles sorgen. Aber die Ellbogenmentalität kam schon im ersten Jahr." (Interview C5).

Aus diesen Beschreibungen ergibt sich, dass der Ursprung der Heterogenität und Dissonanz zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen noch zu spüren ist, obwohl sie oft zusammen in einem Dorf seit über 15 Jahren leben. Obwohl man mehrere Ursachen dafür finden kann, kann durch diese Befragung nachfolgend analysiert werden: Zum einen liegt der Grund für die Dissonanz in Verhaltensweisen der Westdeutschen, die bei den Ostdeutschen kurz nach der Wiedervereinigung, einen sehr schlechten Eindruck hinterließen. Zum anderen liegt der Grund darin, dass die westdeutschen Einrichter den "sozialistischen Rest und einige erworbenen Gewohnheiten der Ostdeutschen" als Zumutung empfinden.

7 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Restrukturierung der Landwirtschaft des nördlichen Teils eines wiedervereinigten Koreas ist von Bedingungen gekennzeichnet, die große Parallelen zum deutschen Fall aufweisen. Jede Transformation tritt quasi das Erbe einer kollektiven Landwirtschaft an. Auch nimmt in beiden Fällen, ein überlegener Partner großen Einfluss auf den Wiedervereinigungsprozess, dessen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem übernommen wird (KIM, K.R., 1995). In der hier vorliegenden Studie ist "der Einfluss von außen" bezogen auf die landwirtschaftliche Beratung aus Sicht der betroffenen Betriebsleiter in Ostdeutschland untersucht worden. In diesem Kapitel werden zunächst die gestellten Fragen des ersten Kapitels dieser Arbeit (vgl. S. 4) aufeinanderfolgend beantwortet. Anschließend werden die zukünftigen Aufgaben der Forschung abgeleitet.

Zur Fragestellung 1: Übertragbarkeit der deutschen Erfahrung hinsichtlich der LPG Umwandlung auf Korea

Eine mögliche Transformation kann wie in China durch eigene Reformen verwirklicht werden. Aber aufgrund der besonderen Beziehung zu Südkorea besteht für Nordkorea aber auch die Möglichkeit, eine Transformation parallel mit einer Wiedervereinigung durchzuführen. Anders als in China, aber ähnlich wie in Deutschland, ist die Wiedervereinigung Koreas seit seiner Teilung immer ein wichtiges Thema gewesen.

Die Umwandlung der ehemaligen LPGen in der DDR wurde in einem erheblichen Maße auch durch die deutsche Wiedervereinigung bestimmt. Hinsichtlich der möglichen LPG-Umwandlungen in Nordkorea kann man eine große Gemeinsamkeit zwischen Deutschland und Korea in dem Punkt der "Vereinigung von zwei unterschiedlichen Wirtschaftssystemen" finden. Im Gegensatz zu den meisten ehemaligen sozialistischen Ländern, die aus eigener Kraft die Transformation vollziehen mussten, wird die von der Wiedervereinigung begleitete Transformation ein besonderes Merkmal für beide Fälle sein. Wie in Kapitel 2 erklärt wurde, kann dieser Prozess dadurch geprägt werden, dass das System des einen Vereinigungspartners schnell von dem anderen übernommen wird. Die Voraussetzung dafür ist, dass der sozialistische Partner den Misserfolg seines Systems anerkennt und die Einführung des Marktwirtschaftssystems schnell akzeptiert.

Aufgrund der wirtschaftlichen Krise funktioniert das landwirtschaftliche System in Nordkorea heutzutage nicht planwirtschaftlich. Aber die grundsätzliche

Struktur der kollektiven Landwirtschaft ist nicht anders als das System unter der sozialistischen Planwirtschaft, das die ehemalige DDR hatte. Im Fall von Südkorea verfolgt das landwirtschaftliche System den marktwirtschaftlichen Entwicklungsweg, obwohl es in konkreten Aspekten im Vergleich zu den alten Bundesländern sehr unterschiedlich ist (vgl. Kapitel 5).

Wenn eine Wiedervereinigung in Korea realisiert würde, dann ist von einer großen Ähnlichkeit zwischen Deutschland und Korea hinsichtlich der Problematik der LPG-Umwandlungen auszugehen. Aus diesem Grund können die deutschen Erfahrungen bezüglich der LPG-Umwandlungen als Präzedenzfall für Korea fungieren.

Die wichtigen Lehren für Korea aus den deutschen Erfahrungen kann man darin finden, wie die Bundesregierung den Umwandlungsprozess der LPGen beeinflusste. In dieser Arbeit wurde jene Art von Einfluss als Beratung im weiteren Sinne aufgefaßt (vgl. Kapitel 2). Wenn man die heutigen Bewertungen über die damaligen Erfahrungen in Ostdeutschland analysiert, kann man folgende Bereiche für Korea als übertragbar hervorheben:

- Gestaltungsprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlung;
- Anpassungsdruck und Beratungsbedarf bei der Transformation;
- Durchführung der Beratung und ihre Bewertung.

Außerdem sind bei den Hauptthemen der LPG-Umwandlung wie Privatisierung, Auswahl der Betriebsrechtsform und Anpassungsschwierigkeiten eine Reihe von Lehren bzw. Empfehlungen für Korea abzuleiten.

Zur Fragestellung 2: Gestaltungprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlung

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland war es eine grundsätzliche Maßnahme, zuerst institutionelle, gesetzliche Rahmenbedingungen für die Umwandlung zu etablieren. Die wichtigen Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Umwandlung, wie das LAG I, wurden bereits von den reformfreundlichen Experten der DDR vorbereitet. Dabei gab es nur wenige Beratungsleistungen aus der Bundesrepublik. Es ist noch unklar, warum Westdeutschland die Beratungstätigkeit in dieser Phase der Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Umwandlung so wenig unterstützt und beeinflusst hat. Es kann angenommen werden, dass der Westen nur wenig Spielraum für die Beratung hatte. Denn die DDR-Reformer hatten bereits vor der Wiedervereinigung eigene gesetzliche Rahmenbedingungen von dem Standpunkt aus gestaltet, dass damalige großbetriebliche Strukturen nicht zerstört, sondern erhalten werden sollten. Aber die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die von der letzten DDR-Regierung verabschiedet wurden, reichten nicht aus, um das Problem unter den neuen Bedingungen reibungslos

zu lösen, z.B. die Gewährung der freien Entscheidung und Ansprüche der Individuen. Vor allem, weil das LAG I empfindliche Fragen (wie die Vermögensaufteilung der LPG) nicht konkret geregelt hatte, vertieften sich die konfligierenden Interessen, d.h. die Rechtsansprüche der Ausscheidenden der LPGen standen hinten an. Daher kann die Novellierung des LAG I als eine Revision verstanden werden.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen der LPG-Umwandlung waren der Ausgangspunkt für die zukünftige Agrarstruktur und deren Entwicklungsrichtung. Hinsichtlich dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen können die Bewertungen wie folgt zusammengefasst werden:

- Bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde eine politische Vorgabe für eine bestimmte Organisationsform gegeben. Diese Beurteilung betrifft nicht nur den Fall, bei dem die DDR-Regierung den LPGen erlaubt hatte, sich zu einer genossenschaftlichen Organisation umzuwandeln, sondern auch den Fall, bei dem die Bundesregierung die bäuerlichen Familienbetriebe bevorzugte.
- Wie die Prozesse der Ausgestaltung des LAG und dessen Novellierung zeigen, wurde der Gestaltungsprozess von Uneinigkeit oder Konflikten zwischen zwei grundlegenden Ansätzen geprägt; der eine war, den genossenschaftlichen Großbetrieb zu erhalten und der andere war, funktionsfähige marktwirtschaftliche Mechanismen einzuführen. Diese grundsätzliche Uneinigkeit verursachte die obigen unterschiedlichen Bevorzungen und vertiefte Konflikte beim LPG-Umwandlungsprozess. Hinsichtlich der Perspektiven der LPGen sollten die unterschiedlichen Ansätzen soweit wie möglich aufeinander abgestimmt werden.
- Die Ablehnung von Vorschlägen wie der "Grünen Grenze" kann im Zusammenhang mit der damaligen gesamtdeutschen Situation verstanden werden. Obwohl diese Politik der Agrarumwandlung unter einer Wiedervereinigungsstrategie "erst Wiedervereinigung, danach Wiederaufbau" unvermeidlich zweitrangig war, ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieses Vorgehen besonders in der Anfangsphase einen enormen finanziellen Aufwand und chaotische Situationen verursachten (KIM, S.S., 1997, S. 60).

Man kann im Gestaltungsprozess der gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Reihe von Lehren für Korea ziehen. Genau so wie im Fall von Deutschland werden die ersten Reformen für die Umwandlung der LPGen wahrscheinlich durch nordkoreanische Reformkräfte vorbereitet. Unter dieser Voraussetzung werden die ordnungspolitischen Vorstellungen Südkoreas hinsichtlich der LPG-Transformation erst einmal nur von zweitrangiger Bedeutung sein.

Zur Fragestellung 3: Anpassungsdruck und Beratungsbedarf in der Transformation

Als deutlich wurde, dass das Wirtschafts- und Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland in sehr kurzer Zeit übernommen werden sollte, standen die landwirtschaftlichen Betriebe Ostdeutschlands unter großem Zeitdruck. Auf der einen Seite sollten sie das neue Wirtschafts- und Rechtssystem kennenlernen, auf der anderen Seite bis Ende 1991 über ihre Betriebszukunft entscheiden. Daraus entstand ein enormer Informationsbedarf. Dieser Bedarf war bei den damaligen LPGen bzw. LPG-Nachfolgebetrieben größer als bei den Wiedereinrichtern.

Der größte Beratungsbedarf bestand zunächst darin, die neuen gesetzlichen und institutionellen Strukturen in dem neuen marktwirtschaftlichen System kennen zu lernen. Der Beratungsbedarf in "juristischen Fragen" war besonders groß. Dieser juristische Beratungsbedarf bezog sich z.B. auf die Liquidation, die Vermögensaufteilung oder die Betriebsrechtsform.

Dazu bildete der Beratungsbedarf bzgl. des Steuersystems auch einen wichtigen Bereich. Weiterhin war die Nachfrage nach ökonomischer bzw. betriebswirtschaftlicher Beratung während der Umwandlung sehr groß, um sich bei den Input- sowie Outputleistungen schnellstmöglich an das veränderte Preissystem anpassen zu können. Es gab ebenfalls einen großen Beratungsbedarf für neue betriebswirtschaftliche Konzepte. Denn eine Bestätigung eines Beraters war notwendig, um Fördermittel zu beantragen.

Für die Wiedereinrichter, die aus der LPG ausgeschieden waren, war das grundsätzliche Verständnis der Marktwirtschaft nicht so wichtig im Gegensatz zu den LPG-Nachfolgebetrieben. In der Wendezeit war es für sie wichtiger, vor allem in Bezug auf Existenzgründung und Fördermittel beraten zu werden.

Zur Fragestellung 4: Durchführung der Beratung und deren Bewertung

Das Bedürfnis nach Beratung während der ersten Transformationsphase wurden mittels verschiedener Wege befriedigt. Erstens wurden verschiedene Programme zur Orientierung im Marktwirtschaftssystem in Westdeutschland häufig in Form von Seminaren, Vorträgen und Besichtigungsprogrammen durchgeführt. Zweitens, aufgrund ihres eigenen Interesses, besuchten viele Westdeutsche vor allem Rechtsanwälte, Fachleute und auch kapitalstarke Anleger, die LPGen in Ostdeutschland. Während dieser Zeit war ein Beratungsdienst in Ostdeutschland nicht verfügbar. Etwas später standen ostdeutsche Berater durch Förder- und Anerkennungsverfahren der Bundesregierung zur Verfügung. Die Bewertungen dieser externen Beratung durch heutige Führungskräfte der ostdeutschen Landwirtschaft kann wie folgt zusammengefasst werden:

Erstens, bewerteten die meisten Befragten die erste externe Beratung, die als anfängliche Quelle der Informationsbeschaffung diente, allgemein als positiv.

Sie haben viele Veranstaltungen, die in der Anfangsphase stattfanden, als sehr hilfreich empfunden. Insbesondere wurde dabei positiv bewertet, wenn ohne Voreingenommenheit über die Umwandlung informiert und vielmehr verschiedene Varianten aufgezeigt wurden.

Zweitens, obwohl viele westdeutsche Berater die LPGen besuchten, haben die meisten landwirtschaftlichen Betriebe ostdeutsche Berater bevorzugt. Abgesehen von einigen Ausnahmen hatten die Betriebsleiter davor Angst, zu stark auf den westdeutschen Berater zu hören, zum Einen weil die westdeutschen Berater wenig Kenntnis über große Strukturen besaßen und die ostdeutsche Mentalität nicht kannten, zum Anderen befürchteten sie Betriebsübernahmen durch westdeutsche Berater. Im Falle der LPG-Nachfolgebetriebe ergab sich je nach Herkunft der Betriebsleitung bei Beratern eine regionale Präferenz. Während die Betriebsleiter einer e.G., die aus dem Osten kamen, ostdeutsche Berater in Anspruch genommen haben, bevorzugten diejenigen von Kapitalgesellschaften westdeutsche Berater. Nach 15 Jahren bereuen einige der Erstgenannten ihre damalige Entscheidung, weil sie aus heutiger Sicht der Meinung sind, dass die damaligen Informationen über das Marktwirtschaftssystem nicht ausreichend waren. Wenn ein Betrieb sowohl über westdeutsche Berater als auch über ostdeutsche Berater verfügte, wurde es als äußerst vorteilhaft bewertet. Um sich der neuen Situation besser anzupassen, sei es effektiver, die BRD-Gesetze sowie die DDR-Gesetze gleichzeitig zu kennen.

Drittens, während des Prozesses der LPG-Umwandlung stellten die Betriebsleiter die wichtigsten Akteure dar. Es war ein großes Missverständnis von westlicher Seite, den LPG-Leiter dabei nur als einen Staatsbeamten zu verstehen. Die LPG hatte viele Elemente der "Leitung von Unten", die im Dorf weitgehend akzeptiert waren. Sie waren nicht nur passive Objekte in der Umwandlungsberatung, sondern sehr wichtige aktive Beratungssucher. Die Reaktionen der damaligen LPG-Vorsitzenden waren auch eine Ursache dafür, dass die großen Strukturen in Ostdeutschland weiter dominierten, obwohl Familienbetriebe von westdeutschen Politikern bevorzugt wurden.

Gegenwärtig weisen landwirtschaftliche Betriebe in Ostdeutschland einen erheblich geringeren Beratungsbedarf auf als in der Transformationsphase. Eine Beratung wird heute nur dann gebraucht, wenn ein Betrieb in einen ganz neuen Bereich investieren möchte, wie z.B. in eine Biogasanlage. Bezogen auf betriebswirtschaftliche Fragen braucht man nicht unbedingt eine Beratung aufgrund des hohen Ausbildungsniveaus der Betriebsleiter und vieler der Mitarbeiter. Dennoch, hätte es während der Wende 1990-1992 keine effektive Beratung gegeben, dann hätte die erfolgreiche Restrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft nicht realisiert werden können.

Zur Fragestellung 5: Schwerpunkte der LPG-Umwandlung

Privatisierung

Die Wiederherstellung von Privateigentumsrecht an Grund und Boden wurde von allen Befragten als ein notwendiger Faktor zur Umwandlung der sozialistischen Landwirtschaft bewertet. Außerdem wurde die Wiederherstellung des Privateigentums uneingeschränkt von allen Betroffenen begrüßt. Im deutschen Fall ließ sich eine Restitution erfolgreich abschließen, weil die Grundbücher noch vollständig erhalten waren und aus Westdeutschland eine funktionierende Verwaltung zügig übernommen werden konnte. Obwohl diese "Restitution" von den Befragten in der Art bewertet wurde, dass der Prozess aufgrund der vorhandenen Grundbücher im Prinzip reibungslos ablief, wurde auch durch die Befragung bestätigt, dass etwa 20 % der alten Eigentümer Schwierigkeiten bei der Rückübertragung hatten.

Bei der Individualisierung des LPG-Vermögens waren Konflikte zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen unvermeidbar. Daher wurde festgestellt, dass die Regelung der Vermögensaufteilung von Anfang an gründlich vorbereitet werden muss, um Korruption bzw. unnötige Konflikte zu verhindern. Obwohl die befragten Betriebe relativ gut funktionierende Betriebe sind, fanden die Betriebsleiter, dass der damalige Prozess der Vermögensauseinandersetzung kompliziert war. So ist nachvollziehbar, dass die Konflikte um das gesamte LPG-Vermögen sehr schwerwiegend waren.

In Deutschland wurde das Vermögen der LPGen nach dem Inventarbeitrag, dem eingebrachten Boden und der Arbeitszeit aufgeteilt. Aufgrund von Unklarheiten und Veränderungen bei den gesetzlichen Bestimmungen über den jeweiligen Anteil, entstanden viele Konflikte zwischen den damaligen LPG-Mitgliedern. Insbesondere sind einige der Befragten noch heute der Meinung, dass die damaligen Verteilungskriterien, nach denen der Faktor "Arbeit" in den damaligen LPGen niedrig bewertet wurde, nicht richtig waren.

Die Wiederherstellung des vollen privaten Eigentumsrechts am Boden und LPG-Vermögen bestimmte nicht alleine die Betriebsform und die Betriebsgröße in Ostdeutschland. Entscheidend waren hier andere Faktoren wie die schwache Bindung vieler Neueigentümer an die Landwirtschaft, das Vorhandensein eines funktionierenden Pachtmarktes, das hohe Risiko einer eigenen Betriebsgründung bei zu kleinen Höfen, die aktive Rolle des Managements als prägendem Teil der dörflichen Eliten beim Erhalt der Großbetriebe auch im Interesse der meisten LPG-Mitglieder vor allem durch ihre Kontrolle der lokalen Pachtmärkte. Entscheidend war hier, dass viele ehemalige LPG-Betriebsleiter auch weiterhin das Vertrauen der LPG-Mitglieder besaßen, so dass sie in einem demokratisch gestalteten Restrukturierungsprozess mit weiten rechtlichen Spielräumen ihre Vorstellungen durchsetzen konnten. Hinzu

kam ein durch eine aktive Sozialpolitik in Form von Frühverrentungen erleichterter Ausstieg aus der Landwirtschaft.

In Deutschland ließ man die LPGen über ihre Zukunft selbst entscheiden, weil die LPGen formal ihren Mitgliedern gehörten. Im Unterschied zu einer Privatisierung durch die Treuhandanstalt führte dies dazu, dass die Eliten in der Landwirtschaft nicht ausgewechselt und aus dem Westen übernommen wurden. Diese Kontinuität hatte positive Effekte für die weitere ostdeutsche landwirtschaftliche Entwicklung vor allem weil nur im Osten ausreichend Erfahrung in der Führung von Großbetrieben vorlag. Hinsichtlich der LPG-Umwandlung wurde von den Befragten als positiv bewertet, dass die Zukunft der LPGen von allen Mitgliedern selbst entschieden wurde. Die Autonomie in der Entscheidungsgewalt über ihre Zukunft ist ein zentrales Moment für die heutige landwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Aber auf der anderen Seite wurde auch erwähnt, dass klare Regeln von Anfang an hätten vorhanden sein müssen, um mögliche Moral-Hazard-Verhalten und unnötige Konflikte zu vermeiden

Liquidation

Die Mitglieder der LPGen in Deutschland konnten sich zu Beginn der Transformation für eine Liquidation entscheiden. Diese Regelung wurde damals und auch in der Rückschau grundsätzlich als sehr positiv bewertet.⁸⁵ Dennoch gab es auch einige Kritik, da alle Kollektivbetriebe binnen einer sehr kurzen Zeit vollständig privatisiert oder aufgelöst werden mussten.

Auswahl der Betriebsformen

Auf Grund von Bewertungen durch die Betriebsleiter über die Rechtsformwahl der LPG-Nachfolgebetriebe kann man folgende Schlussfolgerungen ziehen: Die meisten der damaligen LPGen haben die der LPG sehr ähnliche e.G. als Betriebsform gewählt, da andere Unternehmensformen ihnen zu kompliziert und undurchschaubar waren. Die Beibehaltung von Formen der gemeinschaftlichen Produktion, insbesondere in der Rechtsform von Produktivgenossenschaften als eingetragene Genossenschaften, ist eine große Besonderheit im Transformationsprozess zur Marktwirtschaft in der ostdeutschen Landwirtschaft (LUFT, 1997, S. 10). Im Zuge dieser Befragung konnte dieses Phänomen vertieft analysiert werden. Der ökonomischen Theorie und Erfahrung in vielen Entwicklungsländern folgend sind Reformen dann erfolgreich, wenn sie an bekannte Strukturen anknüpfen. Die Rechtsform der e.G. knüpfte in diesem Zusammenhang an

⁸⁵ Viele Tierproduktionsbetriebe in Ostdeutschland waren nach der Wende nicht überlebensfähig am Markt. Deswegen wurde die Möglichkeit einer Liquidation in dieser Befragung teilweise positiv bewertet. Für viele Tierproduktionsbetriebe war eine Liquidation günstiger als eine Weiterführung des Betriebes.

Bekanntes an. Deswegen war die e.G. die einfachste Form für die ostdeutschen Landwirte und so als Betriebsrechtsform dominant. Außerdem war bei der Umwandlung ein Arbeitskräfteabbau nicht zu vermeiden. Eine Rechtsform wie die e.G. bot die besten Möglichkeiten, dies einigermaßen sozialverträglich zu gestalten. Aber das bedeutet nicht, dass eine bestimmte Rechtsform die beste Lösung für alle ist. Jede Betriebsform hat ihre eigenen Vorteile, aber auch Nachteile. Während die e.G. eine relativ starke soziale Funktion im ländlichen Raum hat, ist sie nachteilig z.B. für schnelle Entscheidungen. Kapitalgesellschaften haben betriebswirtschaftliche Vorteile und wurden im Laufe der Zeit immer mehr von den Betriebsleitern bevorzugt. Doch wenn ein neuer Betrieb mit Fremdkapital errichtet wurde, dann veränderten sich auch die damaligen Beziehungen zwischen den Bauern in den ländlichen Räumen relativ schnell. Die meisten Bauern sollten ihre Arbeitsplätze schnell aufgeben. Dadurch wurde auch die enge, soziale Bindung im Dorf in Mitleidenschaft gezogen.

Ein interessantes Ergebnis ist außerdem, dass es oft Zufall war und vom Berater abhing, ob man eine Kapitalgesellschaft oder eine e.G. wählte. Während die westdeutschen Berater kein Verständnis für das Genossenschaftsbedürfnis in Ostdeutschland hatten, hatten die ostdeutschen Berater keine Kenntnis über Kapitalgesellschaften. Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass die Mehrheit der Gruppen B und C am Ende zufrieden mit der jeweils gewählten Betriebsform war, während sich dies im Falle der e.G. teilweise zu ändern scheint. Dies kann sich sowohl aus betriebsinternen, wie auch externen Ursachen ergeben. Eine interne Ursache stellen Organisationsprobleme dar, während eine externe Ursache durch politische Rahmenbedingungen hervorgerufen werden kann.

Eine wichtige Bemerkung ist, dass es einen enormen Zeitdruck bei der Auswahl der Betriebsrechtsform gab. Für die Umwandlung lag der Stichtag Ende des Jahres 1991. Die Betroffenen mussten bestimmte Fristen einhalten und im Zeitrahmen Versammlungen organisieren. Daher ging alles sehr schnell. So war es sowohl für die Betriebsleiter als auch für die Berater nicht immer möglich, Entscheidungen ausreichend zu überdenken.

Schwierigkeiten nach der Transformation

Nach der Transformation litten die landwirtschaftlichen Betriebe Ostdeutschlands unter Schwierigkeiten auf der politischen Ebene, der Finanzierungsebene, der betriebswirtschaftlichen Ebene und der sozialen Ebene im ländlichen Raum (siehe Tabelle 40, S. 120). Von den verschiedenen Schwierigkeiten für die landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland erwies sich der Zugang zu Finanzdienstleistungen als das Hauptproblem. Die LPG-Nachfolgebetriebe wurden als nicht kreditwürdig angesehen, weil sie in der Anfangsphase kaum Boden im Eigentum hatten. Außerdem waren sie gezwungen, die Altschulden der ehemaligen LPGen zu übernehmen. Von gravierenden Finanzierungsproblemen

waren auch die aus den LPGen ausgeschiedenen Wiedereinrichter betroffen, weil ihre Eigentumsflächen relativ gering waren. Um neue Maschinen zu kaufen, fehlte es ihnen an Kapital. In der Regel war die Größe ihrer Nutzflächen zu klein, um landwirtschaftliche Maschinen ökonomisch sinnvoll zu nutzen. Aus heutiger Sicht waren die staatlichen Förderprogramme sehr hilfreich, um das Finanzierungsproblem der Betriebe einzudämmen.

Die Probleme des Arbeitskräfteabbaus waren auch schwerwiegend. Hinsichtlich des Arbeitskräfteabbaus wurden die Vorruhestandsregelung für ältere Arbeitskräfte und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von den Befragten als sehr effektiv bewertet. Besonders wurde die Vorruhestandsregelung in der Übergangszeit als eine sehr großzügige Lösung wahrgenommen. Dies war möglich, weil Westdeutschland ein starkes ökonomisches Potenzial besaß. So ließ sich der radikale Arbeitskräfteabbau in der ostdeutschen Landwirtschaft sozialverträglich abfedern und gleichzeitig die betriebliche Effizienz signifikant erhöhen. In dieser Arbeit wurde auch bestätigt, dass sich die Ost-West-Konflikte im Dorf nach 15 Jahren immer noch virulent sind.

Zur Fragestellung 6: Lehren und Empfehlungen für Korea

Obwohl obige Bewertung der die damaligen Umwandlungsprozesse eingeschränkt sind, weil sie nur von denjenigen abgegeben wurde, die die schwierige Prüfung der Transformation bestanden haben, finden sich wichtige Implikationen für die koreanische Wiedervereinigung und Agrartransformation des Nordens. Wie bereits in Kapitel 5 erwähnt, sind die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zwischen Korea und dem damaligen Deutschland zum einen ähnlich, zum anderen sehr unterschiedlich. Falls Nordkorea plötzlich zusammenbricht und eine Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel realisiert würde, so ist von einer größeren Ähnlichkeit zwischen den beiden Ländern auszugehen. Über die ehemaligen Erfahrungen in Ostdeutschland können aus heutiger Sicht folgende Lehren und Empfehlungen für Korea abgeleitet werden:

1) Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlungen in Nordkorea sollen durch ausreichende Besprechung mit einer reformbereiten nordkoreanischen Regierung von Anfang an einheitlich gestaltet werden.

Für eine marktwirtschaftliche Restrukturierung der Landwirtschaft Nordkoreas stellt sich als erstes die Aufgabe, gesetzliche Rahmenbedingungen für die betriebliche Restrukturierung zu schaffen. Obwohl es unklar ist, wie sich die politische Situation und das politische System in Nordkorea entwickeln werden⁸⁶,

⁸⁶ Zu einer unerwarteten Wiedervereinigung kann es auf der koreanischen Halbinsel aus verschiedenen Gründen kommen. Beispielsweise durch einen Aufstand im Zuge einer

entspricht es dem südkoreanischen Wunschscenario, dass schon eine reformbereite nordkoreanische Regierung die notwendigen Maßnahmen schnell zur Durchführung bringen wird, die auf eine Wiedervereinigung und Transformation der Landwirtschaft hinwirken. Für den Bereich der Landwirtschaft würden Reformmaßnahmen ähnlich wie in Ostdeutschland durch die letzte Regierung der DDR die Privatisierung der Betriebe, eine Liberalisierung der Preise und eine Restrukturierung der LPGen beinhalten. Die südkoreanischen Politiker und Wissenschaftler werden versuchen müssen, den Transformationsprozess zu beeinflussen, damit die Reformen in eine Marktwirtschaft überleiten. Dagegen werden nordkoreanische reformbereitete Kräfte versuchen, die maximale Kontinuität der damaligen Struktur zu behalten. Die deutschen Erfahrungen weisen darauf hin, dass trotz der engen Spielräume für Südkorea, beide Länder über die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die LPG-Umwandlungen genügend diskutieren sollten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen dabei sowohl die Gewährung des individuellen Entscheidungsrechts als auch die vorhandenen strukturellen Bedingungen berücksichtigen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen können je nach Entwicklung novelliert werden. Doch sollte man von Anfang an eine Situation vermeiden, bei der Rechtsunsicherheit und fehlender Vertrauensschutz aufgrund häufiger Novellierungen die landwirtschaftliche Erzeugung negativ beeinflussen.

2) Eine Strategie für die Restrukturierung der LPGen Nordkoreas soll mit Rücksicht auf die nordkoreanische Situation vorbereitet werden. Diese soll den Entwurf einer Wiedervereinigungsstrategie widerspiegeln.

Die Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Transformation der Landwirtschaft wurde stark von der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der generellen Wiedervereinigungsstrategie beeinflusst. In Deutschland wirkte sich die frühe Währungsunion stark auf die betriebliche Restrukturierung aus. Dadurch wurde der Restrukturierungsdruck enorm verstärkt und die landwirtschaftliche Produktion, besonders die Tierproduktion, erfuhr hohe Einbußen. Aus diesem Grund sollte im Zuge des Entwurfes einer Wiedervereinigungsstrategie eine Strategie für die Restrukturierung landwirtschaftlicher Betriebe vorbereitet werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Vorbereitung einer Entwicklungsstrategie für die Landwirtschaft im nördlichen Gebiet Koreas.

3) Im Unterschied zum kommunistischen Kollektivierungsprozess, der nur einen Weg vorgeschrieben hatte, muss es für ehemalige LPGen mehr als nur einen Weg geben.

Hinsichtlich der Beratungstätigkeit ist es notwendig und am wichtigsten, dass der Mechanismus im marktwirtschaftlichen System und mögliche Umwandlungsvarianten unvoreingenommen vollständig dargestellt werden. Im besten Falle sollte die Beratung die verschiedenen Optionen darlegen, ohne einen Weg vorzuschlagen bzw. zu bevorzugen. Im Unterschied zum Kollektivierungsprozess, der nur einen Weg vorgeschrieben hatte, muss es für ehemalige LPGen mehr als nur einen Weg geben. Die Entscheidung sollte den Betroffenen überlassen bleiben. Eine politische Vorgabe für eine wirtschaftliche Entscheidung, egal in welche Richtung, führt immer zu negativen Ergebnissen. Die landwirtschaftliche Beratung in der Anfangsphase der Transformation muss vor allem darauf ausgerichtet sein, alle bestehenden Möglichkeiten und Alternativen für die Restrukturierung aufzuzeigen. Danach sollen LPGen ihre Umwandlung selbst in die Hand nehmen können.

4) Eine effektive Beratung muss aufgebaut werden.

In der Anfangsphase wird die betriebliche Beratung zur Umwandlung und Restrukturierung von LPGen mit großer Wahrscheinlichkeit von den zuständigen landwirtschaftlichen Behörden bzw. von Selbsthilfeorganisationen und Forschungsinstituten an Universitäten durchgeführt werden. Da im Zeitablauf der Beratungsbedarf zunehmen wird, müssen gleichzeitig neue Beratungseinrichtungen in Nordkorea etabliert werden. Es ist bemerkenswert, dass verschiedene Beratungssysteme in Ostdeutschland eingeführt wurden, obwohl in Westdeutschland ein offizielles Beratungssystem dominierte. Nach gegenwärtigem Stand der Dinge ist es nicht möglich zu beurteilen, welches Beratungssystem für Nordkorea am besten geeignet ist. Das südkoreanische Beratungssystem sollte dabei nicht unbedingt von Nordkorea übernommen werden. Die landwirtschaftliche Beratung in Südkorea ist wegen der extrem kleinbetrieblichen Struktur für nordkoreanische Großbetriebe nicht geeignet. Aus diesem Grund ist es notwendig, ein geeignetes Beratungssystem für die nordkoreanische Situation zu entwickeln. Wie oben dargelegt wurde, zeigten LPG-Nachfolgebetriebe in Ostdeutschland eine starke Präferenz für ostdeutsche Berater, weil diese sich mit ihrer eigenen Lage besser auskannten und sich die Betriebsleiter vor einer Betriebsübernahme, die unter dem Deckmantel einer westdeutschen Beratung drohen konnte, fürchteten.

5) Privatisierung ist notwendig, aber es muss beachtet werden, dass das vollständige private Eigentumsrecht an Grund und Boden nicht automatisch zur Dominanz der Familienbetriebe führt.

Für eine Restitution fehlen nach Vernichtung aller Grundbücher in Nordkorea allerdings schon die administrativen Voraussetzungen. Da die nordkoreanische

Führung die Grundbücher im Kollektivierungsprozess vernichtet hat, ist es unmöglich, die ehemaligen Eigentümer ausfindig zu machen. Die Restitution oder Entschädigung als Privatisierungsmethode ist daher nicht durchführbar. Das Eigentumsrecht an Boden durch eine Privatisierung wird daher in einem ersten Schritt nur auf die Verteilung der Nutzungsrechte am Boden beschränkt. Obwohl noch umfangreicher untersucht werden soll, welche Privatisierungsmethode für die nordkoreanischen Ausgangslage geeignet ist, muss man genau erkennen, dass das vollständige private Eigentumsrecht an Boden und anderem LPG-Vermögen allein nicht automatisch dazu führen würde, dass Familienbetriebe dominieren. Entscheidend sind hier sowohl die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen der betrieblichen Restrukturierung als auch die gegenseitigen Beziehungen zwischen den LPG-Mitgliedern bzw. die Rolle der Führungskräfte.

6) Hinsichtlich der Zukunft der LPGen ist festzuhalten, dass die Gewährung einer autonomen betrieblichen Entscheidungsgewalt viele Vorteile für die nordkoreanische Landwirtschaft haben wird.

In rückwärtiger Perspektive wird es in Deutschland positiv bewertet, dass Entscheidungen durch eine Vollversammlung aller LPG-Mitglieder demokratisch getroffen werden mussten. Auch in Nordkorea gehört das Vermögen der LPGen formaljuristisch den Mitgliedern. Seit der Reform im Jahr 2002 scheint es auch so, dass die betriebswirtschaftliche Verantwortung der einzelnen LPG-Einheiten gestärkt wurde. Aus diesem Grund ist es erstrebenswert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlungen der LPGen so zu gestalten, dass sie selber über ihre Rechts- und Betriebsform entscheiden können. Aber dafür ist es eine wichtige Voraussetzung, die Richtlinien für die Regulierung ausführlich und präzise zu bestimmen, um einen tragfähigen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu erreichen.

7) Bei der Umwandlung des Kollektivbetriebes wird den Führungskräften der LPGen eine wichtige Rolle zukommen. Deswegen ist es notwendig, sowohl für die erfolgreiche Umwandlung als auch für die weitere Entwicklung, die Führungskräfte der LPGen in besonderem Maße darauf vorzubereiten.

Auch für Nordkorea spricht vieles dafür, dass den Führungskräften der LPGen eine wichtige Rolle bei der Umwandlung ihres Kollektivbetriebes zukommen wird. Man sollte dabei die Vorsitzenden der ehemaligen LPGen nicht als "Systemmarionetten" verstehen, die nicht in der Lage sind, auch unter veränderten Rahmenbedingungen betriebliche Strategien zu entwickeln. Ihnen kommt nicht nur nach der deutschen Erfahrung eine tragende Rolle für eine erfolgreiche betriebliche Restrukturierung zu. Auch sollte man wie in Deutschland demokratische Strukturen schaffen, die es ländlichen Eliten ermöglicht, in Kontrolle durch und in Übereinstimmung mit den ehemaligen Mitgliedern der

LPGen, die betriebliche Restrukturierung zu gestalten. Wichtig hierfür ist auch, dass Informationen über die betriebliche Umwandlung bzw. das System der Marktwirtschaft allen landwirtschaftlich Beschäftigten zur Kenntnis gebracht werden. Unter dieser Voraussetzung ist es notwendig, dass die Führungskräfte der LPGen spezifische Vorbereitungen erfahren. Weiterhin wäre es von Vorteil, wenn es diesen Führungskräften ermöglicht wird, sich vor der Wiedervereinigung ein umfassendes Bild vom Marktwirtschaftssystem und den neuen betriebswirtschaftlichen Strukturen z.B. in Südkorea oder in anderen westlichen Ländern zu machen. Es wird für die zukünftige Gestaltung besonders hilfreich sein, Besichtigungen von südkoreanischen Landwirtschaftsbetrieben zu organisieren

8) Ein Förderprogramm bzw. effiziente Unterstützungsmaßnahmen sind vorzubereiten, um die Schwierigkeiten im Transformationsprozess abzu- schwächen.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung in Nordkorea macht zirka 30 % der gesamten Bevölkerung aus. Eine der Hauptaufgaben in der landwirtschaftlichen Umwandlung muss es daher sein, auf die landwirtschaftliche Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und ihr Existenzmöglichkeiten zu bieten. Es ist wahrscheinlich unmöglich, teure Maßnahmen wie die großzügigen deutschen Vorruhestandsregelungen in Nordkorea einzuführen. Erstens fehlen hierzu die Mittel und zweitens gibt es kein staatliches Wohlfahrtssystem in Südkorea auf deutschem Niveau.

In Deutschland setzte eine bis in die Gegenwart ungebrochen anhaltende beispiellose Migrationsbewegung aus den (ländlichen) Räumen des Ostens in den Westen ein. Ein ähnliches Phänomen wird sich wahrscheinlich auch in Korea wiederholen und wohl viele soziale Probleme verursachen. Es gilt für diesen Zweck, einen umfassenden Entwicklungsplan, nicht nur für landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch für ländliche Räume, zu entwerfen.

Es wird vermutet, dass in Nordkorea aufgrund der rigiden Autarkiepolitik viele LPGen gegenwärtig sehr schlecht dastehen. Eine Liquidation kann hierbei in vielen Fällen sinnvoller sein als eine Weiterführung. Für einen solchen Fall ist es unbedingt notwendig, eine flankierende ländliche Entwicklungsstrategie zur Hand zu haben. Wenn sich viele Kollektivbetriebe für eine Liquidation entscheiden, werden sich spontan viele private Kleinbetriebe bilden. Aufgrund der kleinen Betriebsflächen und des Kapitalmangels werden die Privatlandwirte ihren neu gewonnenen Boden wahrscheinlich nur zur eigenen Subsistenzsicherung bewirtschaften. Daher gilt es, effiziente Unterstützungsmaßnahmen bzw. ein Förderprogramm vorzubereiten. Bei der Verteilung staatlicher Fördermittel darf es keine diskriminierende Behandlung einer bestimmten Betriebsrechtsform geben.

9) Die Beratung bzw. Unterstützung des Partnerlandes soll nicht helfen, einfach die Agrarstrukturen des stärkeren Partners einer Wiedervereinigung eins zu eins zu übertragen, sondern die marktwirtschaftliche Transformation soll vorhandene Strukturen und den Willen der Betroffenen berücksichtigen.

Während die allgemeine Meinung der Landwirte Ostdeutschlands über die Existenz eines Vereinigungspartners eine eindeutig positive ist, sind die Anmerkungen zum Versuch der Bundesregierung, die unterschiedliche Merkmale des Ostens (z.B. große Betriebe, wichtige Rolle der LPG-Leitung, Mentalität der Ostdeutsche, usw.) nicht zu berücksichtigen, eher kritisch. Die deutschen Erfahrungen weisen darauf hin, dass die Beratung bzw. Unterstützung des Partnerlandes nicht helfen soll, einfach die Agrarstrukturen des stärkeren Partners einer Wiedervereinigung eins zu eins zu übertragen. Bei der marktwirtschaftsorientierten Transformation soll die Beratung bzw. Unterstützung des Verteidigungspartners vorhandene Strukturen und den Willen der Betroffenen ausreichend berücksichtigen. Dies ist in Deutschland mit sehr guten Erfahrungen passiert. Eine Beratung darf auch nicht die spezifischen gesellschaftlichen Prägungen der Betroffenen ignorieren und gegen den Willen der Betroffenen einseitig handeln.

Resümee

Diese Arbeit zielte zunächst darauf ab, die damaligen Erfahrungen der LPG-Umwandlungen in Ostdeutschland seitens ostdeutscher Landwirte retrospektiv zu bewerten. Im Anschluss daran wurden aus ihren Bewertungen Handlungsanweisungen für die nordkoreanischen LPG-Umwandlungen (insbesondere für die externe Beratung) abgeleitet. Obwohl die nordkoreanische Transformation sowie die Wiedervereinigung Koreas noch nicht realisiert sind, haben die deutschen Erfahrungen für Korea aufgezeigt, welche Maßnahmen für die zukünftigen Umwandlungen der nordkoreanischen LPGen, hinsichtlich der externen Beratung bzw. Unterstützung, vorbereitet und ergriffen werden sollten.

Es war eine große Herausforderung, die deutschen Erfahrungen im Gesamtkontext zu bewerten, weil diese nicht nur im Zusammenhang mit äußerst umfangreichen Aspekten der Umwandlung standen, sondern sich auch auf einen Zeitpunkt von vor mehr als 15 Jahren beziehen. Obwohl die Befragten im Rahmen dieser Arbeit über ihre eigenen Erfahrungen aus den LPG-Umwandlungen ausführlich berichteten, konnten viele Aussagen der Befragten, aufgrund der Beurteilungen, die einen geringen Bezug zu den koreanischen Rahmenbedingungen aufweisen, teilweise nicht ausgewertet werden. Als Beispiel ist hierfür die Debatte Großbetrieb vs. Kleinbetrieb anzuführen. Obwohl einige Sachverhalte scheinbar einen engen Zusammenhang zum koreanischen Fall besitzen, wurden sie andererseits auf Grund von verschiedenen Einschränkungen nicht systematisch untersucht. Insbesondere wurden verschiedene finanzielle Unterstützungsprogrammen der Regierung, die einen wichtigen Teil der externen Beratung bzw. Unterstützung in Deutschland darstellten, in dieser Arbeit nicht weiter ausführlich behandelt. Zudem wurde eine Bewertung der Beratungssysteme, die in Ostdeutschland neu eingeführt bzw. gestaltet wurden, in diese Arbeit nicht integriert. Die wissenschaftliche Abhandlung dieser Sachverhalte ist im Rahmen einer weiterführenden Analyse zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Als Befragungspartner wurden die Wiedereinrichter, welche ausgeschiedene Mitglieder der LPGen waren, zu wenig in dieser Arbeit einbezogen. Anders als zu Beginn erwartet, war es eine schwierige Aufgabe, Kontakte zu den Wiedereinrichtern herzustellen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ihre Familienbetriebe bereits in der zweiten Generation geführt werden bzw. die damaligen Akteure zu alt für ein Interview waren. Infolgedessen ergab sich eine Einschränkung bei der Erfassung von Bewertungen ausgeschiedener Mitglieder. Ihre Bewertungen über die Vermögensauseinandersetzungen in den damaligen LPGen und die Beratungstätigkeiten bei den Betriebsgründungen sind ebenfalls für ergänzende Analysen in einer weiteren Arbeit vorgesehen.

Bezüglich der durch die Wiedervereinigung begleiteten landwirtschaftlichen Transformation lautet eine aus den deutschen Erfahrungen gewonnene

Kernbotschaft, dass der marktorientierte Umwandlungsprozess der sozialistischen Landwirtschaft den Betroffenen eigene Handlungsspielräume eröffnen muss und nicht von Außen detailliert festgelegt werden darf, wie eine marktwirtschaftliche Umwandlung auszusehen hat. Das heißt, dass die marktwirtschaftsorientierte landwirtschaftliche Umwandlung möglichst ergebnisoffen durchzuführen ist. Diese Arbeit schließt daher mit der folgenden Aussage eines Befragten ab:

"Da haben viele gesagt, aha, die Bundesrepublik und die Marktwirtschaft sind erfolgreicher und das ist wohl der richtige Weg. Aber das musste nicht unbedingt so sein. Ich dachte, dass ich ja in der Bundesrepublik eine neue Situation erleben werde. Mit der Wiedervereinigung wird mir eine ganz neue Situation gegenüber treten. So dachte ich jedenfalls. Einige haben gesagt, Deutschland wird sich sofort verändern und muss sich verändern. Aber einige haben das nicht wahrhaben wollen. Wenn sich ein Land zusammenschließt, müssen neue Spielregeln festgelegt werden. Und das spätere Erkennen der neuen Spielregeln war sicherlich ein Fehler, denn damals haben die meisten diese einfach übersehen." (Interview A1).

LITERATURVERZEICHNIS

- Adler, J. (Hrsg.) (2003): Die landwirtschaftliche Beratung in Deutschland – Interessant für osteuropäische Partner?, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent), Halle/Kostroma.
- Ahn, D.S.(1995): Die deutsche Erfahrung für die südkoreanische Systemintegration [Dog-il-tong-tl-ui Gyeong-heom-i Nam-bug-han Che-je-tong-hab-e Jun-eun Gyo-hun], In: Park, K.D.;Lee, J.S. (Hrsg.): Systemvergleich in Süd- und Nordkorea und Suche nach einem Integrationsmodell [Nam-bug-han Che-je-bi-gyo-wa Tong-hab-mo-del-ui Mo-saeg], Sejong Institute, Seoul, S. 115-172.
- Albrecht, H.; Bergmann, H.; Diederich, G.; Großer, E.; Hoffmann, V.; Keller, P.; Payr, G.; Sülzer, R. (1988): Landwirtschaftliche Beratung, Handbuchreihe: Ländliche Entwicklung, Bd. II: Arbeitsunterlagen, 2.Auflage. Eschborn.
- Albrecht, H.; Bergmann, H.; Diederich, G.; Großer, E.; Hoffmann, V.; Keller, P.; Payr, G.; Sülzer, R. (1987): Landwirtschaftliche Beratung, Handbuchreihe: Ländliche Entwicklung, Bd. I: Grundlagen und Methoden, 2.Auflage. Eschborn.
- Apolte, T.; Kirschbaum, D. (2005): Erfahrungen mit der Politikberatung zu Beginn der deutschen Einheit, in: Leschke, M.; Ingo, P. (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institution, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 75, Lucius& Lucius, Stuttgart, S. 30-47.
- Arlt, R. (1988): Theoretische Grundfragen des LPG- und Agrarrechts. Analyse und Tendenzen, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Atteslander, P.; Kopp, M. (1995): Befragung, in: Roth, E. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Methoden, Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, 4. durchges. Aufl., R. Oldenbourg Verlag GmbH, München, S. 146-174.
- Atteslander, P.; Cromm, J.; Grabow, B.; Maurer, A.; Siegert, G.; Zipp, G. (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung, 8., bearbeitete Auflage, Walter de Gruyter, Berlin, New York.
- Bammel, O.(1991): Die Meinungen der landwirtschaftlichen Verbände zur künftigen Agrarpolitik in den Ländern der ehemaligen DDR, in: Merl, S./ Schinke, E. (Hrsg.)(1991): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Drucker&Humboldt, Berlin, S. 71-78.

- Ban, A.W. van den; Wehland, W. H. (1984): Einführung in die Beratung, Pareys Studentexte 36, Verlag Paul Parey, Hamburg und Berlin.
- Bauer, E.; Hoffmann, V.; Keller, P. (1997): Landwirtschaftliche Beratung in Wandel der Zeiten, *Zeitschrift "Entwicklung und Ländlicher Raum"*, Jg. 3, S. 3-6.
- Bausch, H. (1985): Das Gruppenberatungsmodell in der Praxisbegleitung von Erwachsenenbildnern, *Education permanente*, Revue de la FSEA, No 1, S. 13-18.
- Beer, D. (2005): Ideen auf Reisen – Institutionstransfer in der Politikberatung für die Transformationsländer, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) (2006): Agrarbericht der Bundesregierung 2006, Berlin.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1990): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1990, Landwirtschaft Verlag, Münster-Hiltrup.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1991): Agrarbericht der Bundesregierung 1991, Bonn.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1992): Agrarbericht der Bundesregierung 1992, Bonn.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1994): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1994, Landwirtschaft Verlag, Münster-Hiltrup.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1996): Agrarbericht der Bundesregierung 1996, Bonn.
- Bokelmann, M.; Hirschauer, N.; Nagel, U. J.; Odening, M. (1996): Landwirtschaftliche Beratung im Land Brandenburg – Eine Evaluierung erster Erfahrungen, Sozialwissenschaftliche Schriften zur Landnutzung und ländlichen Entwicklung 9, Margraf Verlag, Weikersheim.
- Bortz, J.; Döring N. (2002): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 3., überarbeitete Auflage, Springer-Verlag Berlin Heidelberg.
- Böse, Ch.; Welsch, J.; Neumetzler, H.; Schmidt, G. (1991): Auswirkungen der geänderten Rahmenbedingungen auf die Landwirtschaft der neuen Bundesländer – Untersuchungen auf sektoraler Ebene, in: Henrichmeyer, W.; Schmidt, K. (Hrsg.): Die Integration der Landwirtschaft der neuen Bundesländer in den europäischen Agrarmarkt, Agrarwirtschaft Sonderheft 129, Buchedition Agrimedia Hamburg und Im Verlag Alfred Strothe Frankfurt, S. 69-96.

- Böttcher, D. (1997): Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Beratung im Transformationsprozeß in Mittel-und Osteuropa und Zentralasien, *Zeitschrift "Entwicklung und Ländlicher Raum"*, Jg. 3, S. 23-26.
- Brabant, J.M. van (1991): Property Rights' Reform, Macroeconomic Performance and Welfare, in: OECD (Hrsg.): Transformation of Planned Economies: Property Rights Reform and Macroeconomic Stability, Paris, S. 29-45.
- Brem, M.; Kim, K.R. (2002): Agricultural Transition in Central and Eastern Europe – Lessons for the Korean Peninsular, Kangwon National University Press, Chuncheon, Südkorea.
- Cho, D.H. (2002): Normalisierung des Planwirtschaftssystems – Eine Analyse der Wirtschaftsreform in Nordkorea [Choe-geun Bug-han-gyeong-je-jo-chi-ui Bun-seog Mich Pyeong-ga], in: KDI (Korea Development Institute) (2002): KDI Northkorea Economy Review, August 2002, Seoul, Südkorea, S. 3-17.
- Choi, J.N. (2002): Evaluation of IFAD Program for the North Korea Agricultural Development, [Guk-je-nong-eob-gae-bal-gi-geum (IFAD)-ui Bug-han-nong-eob-gae-bal-cha-gwan-sa-eob Pyeong-ga-wa Nam-bug-nong-eob-hyeob-lyeog-bang-hyang], Graduateschool of Seoul National University, Seoul, Südkorea.
- Choi, S.G. (2007): Tendenz der internationalen Agrarpolitik und dessen Implikation für Korea [Se-gye-nong-jeong-ui Heu-leum-gwa Si-sa-jeom], in: KREI (Hrsg.) (2007): Tendenz und Prospekt der internationalen Agrarpolitik [Se-gye-nong-jeong-ui Dong-hyang-gwa Jeon-mang], Seminarbeiträge am 23.7.2007, Seoul, S. 2-36.
- Choi, Y.B. (2001): Verständnis über Landwirtschaft, ländlichen Raum und Bauern unter dem sogenannten "eigenen Sozialismus" in Nordkorea ["U-lisig Sa-hoe-ju-ui" Nong-eob, Nong-chon, Nong-min-e Dae-han Ol-ba-leun I-hae], Sommer Seminar der *Korea Agricultural Economic Academy*, S. 142-149.
- Cumings, B. (2004): North Korea – Another Country, The New press, New York.
- Czada, R. (1996): Interessenvermittlung und Anpassungslernen in der Vereinigungspolitik, Grundmuster undintersektorale Variationen der Politikentwicklung, in: Eisen, A.; Wollmann, H. (Hrsg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland, Opladen, S. 337-358.
- Döring, T. (2005): Politik- und Politikerberatung – Eine Analyse vor dem Hintergrund von Transformationsprozessen, in: Leschke, M./Ingo, P. (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung-Theorien, Konzepte, Institution, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 75, Lucius& Lucius, Stuttgart, S. 3-28.

- Einhorn, W. (1998): Der Weg der sächsischen Landwirtschaft von der Bodenreform bis zur politischen Wende, in: Internationaler Arbeitskreis land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB): Der ländlichen Raum im Wandel der Zeit, Neue Anforderungen an Management und Beratung, Tagungsbericht der IALB, 37. Arbeitstagung vom 17. bis 20. Juni 1998 in Dresden, S. 21-28.
- FAO/WFP (2001): Crop and Food Supply Assessment Mission to The Democratic People's Republic Of Korea, Special Report, 7. 2001.
- Feldhaus, H. (1991): Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Deutscher Agrar-Verlag GmbH, Bonn.
- Flick, U. (1995): Qualitative Forschung – Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek: Rowohlt Verlag.
- Frank, R. (2005): Nordkoreas Wirtschaft, in: Kern, T./Köllner, P. (Hrsg.): Südkorea und Nordkorea – Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 235-257.
- Gabler Wirtschaftslexikon (1998): 14 Auflage, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden.
- Gey, P. (2004): Nordkorea: Reform Sowjetischen Typs und Erosion der Staatswirtschaft, in: Fridrich Elbert Stiftung (FES): *Internationale Politik und Gesellschaft (IPG)*, 1/2004, Bonn, S. 115-133.
- Giering, C. (2006): Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik, <http://www.bpb.de/themen/REGGIX,0,0,Agrarpolitik.html> (Letzter Zugriff: 01.05. 2007)
- Gollnick, H.; Wissing, P.; Heinlich, J. (1990): Die Landwirtschaft der DDR Ende der achtziger Jahre – Bestandsaufnahme und Übergang zur Marktwirtschaft, Agrarwirtschaft Sonderheft 126, Verlag Alfred Strothe, Frankfurt am Main.
- Hagedorn, K. (1991): Konzeptionelle Überlegungen zur Transformation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: Merl, S./Schinke, E. (Hrsg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin, S. 19-34.
- Hagedorn, K.; Beckmann, V.; Klages, B.; Rudolph, M. (1997): Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für die Entwicklung ländlicher Räume in den neuen Bundesländern, in: Becker, A. (Hrsg.): Regionale Strukturen im Wandel, KSPW Beiträge 5, Leske und Budrich, Opladen, S. 355-500
- Hagedorn, K.; Klare, K. (1993): Policies for financing privatization of agriculture in Eastern Germany, Vortrag gehalten auf der 32. EAAE-Seminar "Capital and Finance in West and East European Agriculture" 22.-23. März 1993, Wageningen, Niederland.

- Hagelschuer, P. (1995): Der Transformationsprozess in den fünf neuen Bundesländern der BRD mit seinen Auswirkungen auf den Agrarsektor, Humboldt-Universität zu Berlin, Working Paper Nr. 14, Berlin.
- Handelsblatt (28. März 2007): Nordkorea räumt drohende Hungersnot ein.
- Hanisch, M.; Schlüter, A. (2000): Institutional Analysis and Institutional Change – What to learn from the Case of Bulgarian Land Reform? in: Tillack, P.; Schulze, E. (Hrsg.): Land Ownership, Land Markets and Their Influence on the Efficiency of Agricultural Production in Central and Eastern Europe, IAMO, Halle (Saale), S. 152-170.
- Heinrich, J.; Blumöhr, T.; Walther, M. (1999): Beratung in Sachsen-Anhalt – Erfahrungen, Wahrnehmung und Bewertung durch die landwirtschaftlichen Unternehmen, Abschlussbericht zum Projektauftrag, Institut für Agrarökonomie und Agrarumgestaltung, Halle (Saale).
- Heller, G. (1998): Der Anpassungsprozeß von Rechts- und Erwerbsformen landwirtschaftlicher Unternehmen in den fünf neuen Bundesländern, in: Internationaler Arbeitskreis land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB): Der ländlichen Raum im Wandel der Zeit, Neue Anforderungen an Management und Beratung, Tagungsbericht der IALB, 37. Arbeitstagung vom 17. bis 20. Juni 1998 in Dresden, S. 35-37.
- Henrichmeyer, W.; Schmidt, K. (Hrsg.): Die Integration der Landwirtschaft der neuen Bundesländer in den europäischen Agrarmarkt, *Agrarwirtschaft*, Sonderheft 129, Buchedition Agrimedia Hamburg und Im Verlag Alfred Strothe Frankfurt.
- Henrichsmeyer, W. (1990): Anpassungsprobleme und Perspektiven der DDR-Landwirtschaft, *Agrarwirtschaft*, Heft 8, S. 233-234.
- Hinners-Tobrägel, L.; Wolz, A.; Choi, J.N.; Heinrich, J. (2003): Major issues affecting the agricultural sector after unification in Germany and major lessons for Korea – Paper prepared for the Korea Rural Economic Institute (KREI) in Seoul Korea, IAMO, Halle (Saale).
- Hoffmann, V. (2002a): Beratung, ein in Raum und Zeit wechselhafter Begriff, Material von Landwirtschaftliche Kommunikations- und Beratungslehre, Universität Hohenheim, <http://www.uni-hohenheim.de/i430a/lehre/veranst/download/skripten/bl/bl03.PDF>. (Letzter Zugriff: 20.03. 2005)
- Hoffmann, V. (2002b): Beratungsansätze: Von der Uniform zum Maßanzug, Material von Landwirtschaftliche Kommunikations- und Beratungslehre, Universität Hohenheim, <http://www.uni-hohenheim.de/i430a/lehre/veranst/download/skripten/bl/bl09.PDF>. (Letzter Zugriff: 20.03. 2005)
- Hohl, J. (2000): Das qualitative Interview, in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, H. 2, Jg. 8, S. 142-148.

- Hong, S.K. (1999): Privatization of the State-owned Farmland after Unification in the Former Socialistic Country, East Germany [Sa-hoe-ju-ui Seon-haeng-gae-bang-gug-ga-ui Nong-ji-sa-yu-hwa-e Dae-han Yeon-gu], *kor. J. Intl. Agri.*, Vol. 11 (3), Seoul, Südkorea, S.248-262.
- Hong, S.K.; Kim, K.R. (1997): A comparative study of the privatization of farmland after economic transformation in the former socialistic countries – Hungary, Rumania, and East Germany [Che-je-jeon-hwan I-hu Sa-hoe-ju-ui Seon-haeng-gae-bang-gug-ga-ui Nong-ji-sa-yu-hwa Bi-gyo-yeon-gu: Heong-ga-li, Lu-ma-ni-a, Dong-dog], *the korean journal of agricultural economies*, vol. 38 (2), Seoul, Südkorea, S. 187-217.
- Hong, S.K. (2005): Perspektiven des Autarkiesystems – Theorie und Praxis der nordkoreanischen Wirtschaft, [Ja-lyeok-gaeng-saeng-ui Gi-lo: Bug-han-gyeong-je-ui I-lon-gwa Sil-je], Verlag [Pi-ssi La-in], Seoul, Südkorea.
- Institute of North Korea Studies (1994): Overview of North Korea [Bug-han-chong-lam], Seoul, Südkorea.
- Jaster, K.; Filler, G. (2003): Umgestaltung der Landwirtschaft in Ostdeutschland, Humboldt-Universität zu Berlin, Working Paper Nr.63, Berlin.
- Jeon, S.G. (1999): A study about the reforming of the collective farm in the North Korea [Bug-han Hyeob-dong-nong-jang-ui Jeon-hwan-bang-hyang-e Dae-han Yeon-gu], Diplomarbeit, Graduate School Seoul National University, Seoul, Südkorea.
- Jeong Hyung-Gon (1998): Privatisierungspolitik im Transformationsprozeß – Eine Analyse der Übertragbarkeit ostdeutscher Privatisierungsmodelle auf ein wiedervereinigtes Korea, D38 (Diss. Universität Köln), Shaker Verlag, Aachen.
- Kallfass, H. (1991): Der bäuerliche Familienbetrieb, das Leitbild für die Agrarpolitik im vereinten Deutschland ?, *Agrarwirtschaft* 40, S. 305-313.
- Kim Soo-Suk (1994): Die Agrar- und Bauernfrage im kapitalistischen Entwicklungsprozeß Südkoreas, Europäische Hochschulschriften Reihe 5, Bd./Vol. 1513, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main.
- Kim W.G.; Kim, Y.H.; Lee, I.Y. (1996): Die sozialistischen landwirtschaftlichen Transformationen und Perspektiven der Landwirtschaft in Nordkorea – Eine Fallstudie von China und Ostdeutschland [Sa-hoe-ju-ui Nong-eob-ui Che-je-jeon-hwan-gwa Bug-han-nong-eob-ui Jeon-mang: Jung-gug-gwa Dong-dog-ui Nong-eob-gae-hyeog-sa-lye-leul Jung-sim-eu-lo], Korea Rural Economic Institute (KREI), Seoul, Südkorea.
- Kim, I.S. (1964a): Theses on the Socialist Agrarian Question in Our Country (Adopted at the Eighth Plenary Meeting of the Fourth Central Committee of

- the Workers' Party of Korea on February 25, 1964), Foreign Languages Publishing House, Pjöngjang, Nordkorea.
- Kim, I.S. (1964b): On our Party's Policy for the Future Development of Agriculture (Concluding Speech Delivered at the Plenum of the C.C. of the Workers' Party of Korea, November 3, 1954.), Foreign Languages Publishing House, Pjöngjang, Nordkorea.
- Kim, J.C. (1995): Gesellschaft in Nordkorea [Bug-han-ui Sa-hoe], Eulyu Verlag, Seoul, Südkorea.
- Kim, J.M. (1997): Change of agricultural structures of Germany after Unification with special reference to Brandenburg State [Tong-il Hu Dog-il-nong-eob-gu-jo-ui Byeon-hwa: Baeg-lim-si-ga Wi-chi-ha-go-iss-neun Brandenburg Ju-leul Jung-sim-eu-lo], *kor. J. Intl. Agri.*, Vol. 9, No. 4, Seoul, Südkorea, S. 237-252.
- Kim, J.H.; Heo, D.; Kim, Y.J. (2000): Entwicklungsplan des landwirtschaftlichen Beratungssystems in Südkorea [Nong-eob-gyeong-yeong Keon-seolting-che-gye Bal-jeon Bang-hyang], KREI, Seoul.
- Kim, K.R. (1995): Reunification and agriculture- lessons from germany [Tong-il-gwa Nong-eob: Dog-il-ui Gyo-hun], Kangwon National University Press, Chuncheon, Südkorea.
- Kim, K.R. (2001): Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nordkorea in dem Agrarbereich [Bug-han Nong-eob-ui Hyeon-hwang-gwa Nam-bug-nong-eob-ui Dan-gye-byeol Hyeob-lyeg-bang-an], in: Korea Development Institute (KDI) (2001): KDI Review of the North Korean Economy, Oktober 2001, Seoul, S.19-46.
- Kim, K.R.(2002): Ein theoretischer Ansatz über die Systemtransformation [Che-je-jeon-hwan-e Dae-han I-lon-jeog Jeob-geun], Unterrichtsmaterial, Kangwon National University, Chuncheon, Südkorea (unveröffentlicht).
- Kim, K.R.; Hong, S.K.; Goh, J.T. (1996): A report on the agricultural marketing policy in the era of Korean reunification [Nam-bug-tong-il-e Dae-bi-han Nong-su-san-mul-yu-tong-jeong-chaeg-ui Gi-cho-yeon-gu], Ministry of Agriculture and Forestry, Seoul, Südkorea.
- Kim, K.R.; Lee, K.S. (1998): The current problems of North Korea's agriculture and the issues on agricultural transition after reunification of Korean peninsula [Bug-han-nong-eob-sil-tae-wa Nam-bug-han Nong-eob-tong-hab-ui Gwa-je], *Journal of industrial Economics*, Vol. 25, No. 1, Seoul, Südkorea, S. 75-97.

- Kim, S.S. (1997): Privatisierungsprozess der kollektiven landwirtschaftlichen Organisationen in den neuen Bundesländern [Tong-il-hu Dong-dog-ji-yeog Jib-dan-nong-jang-ui Sa-yu-hwa Gwa-jeong], *Research of Rural Economy (Nong Chon Kyoung je)*, Vol. 20, No. 4, Seoul, Südkorea, S. 41-60.
- Kim, W.G.; Jeong, K.H.; Jeon, C.G.; Sin, S.R.; Seok, H.D.; Kim, Y.H.; Kim, C.M.; Moon, S.C.; Jeon, H. J. (1998): South and North Korean Agricultural Planning and Programs for the Preparation of Unification [Tong-il-dae-bi Nong-lim-yeob-bu-mun Gye-hoeg-su-lib-eul Wi-han Yeon-gu], Korea Rural Economic Institute (KREI), Seoul, Südkorea.
- Kim, Y.Y. (2002): Wirtschaftsreform und Umstrukturierung in der landwirtschaftlichen Produktionsorganisation in Nordkorea [Bug-han-ui Gyeong-je-gwan-li-gae-seon-jo-chi-wa Hyeob-dong-nong-jang Gae-pyeon Banghyang], Bericht in North Korea Economy Forum, Seoul, Südkorea.
- Kim, Y.Y. (2005): Analyse der Wirtschaftsreform in Nordkorea [Bug-han-ui Gyeong-je-gae-hyeg Dong-hyang-bun-seog], Bericht in North Korea Economy Forum, Seoul, Südkorea.
- Klischat, U. (1998): Beratung von Agrargenossenschaften in den neuen Bundesländern – Eine qualitative Studie über Beratungsbedürfnisse und -methoden aus der Sicht von Beratern und Beraterinnen. Sozialwissenschaftliche Schriften zur Landnutzung und ländlichen Entwicklung 20, Margraf Verlag, Weikersheim.
- Koester, U.; Brooks, K. (1997): Agriculture and German Reunification, World Bank Discussion Paper, No. 355. The World Bank, Washington D.C.
- Köllner, P. (2005): Die beiden Koreas und die Vereinigungsfrage, in: Kern, T.; Köllner, P. (Hrsg.): Südkorea und Nordkorea – Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 279-305.
- Köllner, P. (2006): Korea 2006 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, GIGA (German Institute of Global and Area Studies), Institut für Asienkunde, Hamburg.
- Korea Rural Economic Institute (KREI) (2006): Quarterly Agricultural Trends in North Korea, Vol. 7, No. 4, Seoul, Südkorea.
- Koreanischer Informationsdienst (2003a): Hallo aus Korea, Berlin.
- Koreanischer Informationsdienst (2003b): Tatsachen über Korea, Seoul, Südkorea.
- Kornai, J. (1992): The Socialist System – The Political Economy of Communism, Princeton University Press, Princeton.

- Krakowski, M. (1993): Transformation des Systems in Deutschland (auf Koreanisch), Friedlich Elbert Stiftung, Seoul, Südkorea. http://www.fes.or.kr/index_kor/kpub/kpub/Transformation%20des%20Systems%20in%20Deutschland1993-kor.pdf (Letzter Zugriff: 30.02.2007).
- Krambach, K.; Watzek, H. (2000): Agrargenossenschaften heute und morgen – Soziale Potenziale als genossenschaftliche Gemeinschaften, Manuskripte H. 35, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Kwon, T.J.; Choi, B.S. (2002): Landwirtschaft und Agrarpolitik in Nordkorea [Bug-han-nong-eob Mich Nong-jeong-dong-hyang Bun-seog], Korea Rural Economic Institute (KREI), Seoul, Südkorea.
- Kwon, T.J.; Kim, Y.H.; Jeong, J.K.; Park, J.K.; Ji, I.B.; Kim, Y.Y. (2004): Reforms- und Öffnungspolitik im Agrarbereich Nordkoreas und Kooperation zwischen Süd- und Nordkorea [Bug-han-ui Nong-eob-Bu-mun Gae-hyeog, Gae-bang-jeong-chaeg-gwa Nam-bug-hyeob-lyeog Bang-an], Korea Rural Economic Institute (KREI), Seoul, Südkorea.
- Lamnek, S. (1995): Qualitative Sozialforschung, Band 1, 3., korrigierte Auflage, Beltz, Psychologie Verlags Union, Weinheim.
- Lankov, A. (2005): Wer vergleicht rücksichtslos Nordkorea mit der ehemaligen DDR? [Nu-ga Ham-bu-lo Dong-dog-gwa Bug-han-eul Bi-gyo-ha-neu-nya?], in: The Daily NK, 07.10.2005, (Web-Journal, <http://www.dailynk.com/korean/read.php?catId=nk04700&num=12942>).
- Laschewski, L. (1998): Von der LPG zur Agrargenossenschaft – Untersuchungen zur Transformation genossenschaftlich organisierter Agrarunternehmen in Ostdeutschland, Ed. Sigma, Berlin.
- LEE Jeong Hwan; Kim Byeong Wook (2006): Ideal und Realität der landwirtschaftlichen Restrukturierungspolitik [Nong-eob-gu-jo-jeong-chaeg-ui Ggung-wa Hyeon-sil], in: GSNI Institute (2006): 10 Hauptthemen der Agrarfrage in Korea [Nong-eob-mun-je-ui Jaeng-jeom 10 Ju-je], Seoul.
- Lee, J. C. (2002): The economic dynamics and political system of socialist North Korea – With respect to the tension between the dynamics of physical materials and the dynamics of the price and its effects on the political system [Sa-hoe-ju-ui Bug-han-ui Gyeong-je-dong-hag-gwa Jeong-chi-che-je: Hyeon-mul-dong-hag-gwa Ga-gyeong-dong-hag-ui Gin-jang-i Jeong-chi-che-je-e Mi-chi-neun Yeong-hyang-eul Jung-sim-eu-lo], Doktorarbeit, Graduate School Seoul National University, Seoul, Südkorea.
- Lee, M.B. (1998): Hungernot in Nordkorea und die Lösungswege zur Bekämpfung [Bug-han Sig-lyang-nan-ui Hyeon-ju-so-wa Geug-bog-bang-an], *Northkorea(Bukhan)*, Institute of North Korea Studies, September 1998, Seoul, Südkorea, S. 150-159.

- Lee, M.C. (2000): Restrukturierung der Produktionsorganisationen in Nordkorea [Bug-han-ui Saeng-san-jo-jig Jae-pyeon, Ui-mi-wa Jeon-mang], *Research of Unification [Tong-il-mun-je-yeon-gu]*, Vol 34, The Institute for Peace Affairs, Seoul, Südkorea, S. 251-269.
- Lehmbruch, G. (1996): Die ostdeutsche Transformation als Strategie des Institutionstransfer: Überprüfung und Antikritik, in: Eisen, A./Wollmann, H. (Hrsg.): *Institutionenbildung in Ostdeutschland*, Opladen, S. 63-78.
- Lehmbruch, G.; Mayer, J. (1997): Die Transformation des Agrarsektors, in: *Die Transformationsdynamik der sektoralen Schnittstellen von Staat und Ökonomie in Ostdeutschland – Zusammenfassender Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft*, <http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Lehmbruch/Veroeffentlichung/Abschluss.rtf>. (Letzter Zugriff: 30.01.2007)
- Luft, H. (1997): *Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell*, Dietz Verlag GmbH, Berlin.
- Luft, H. (2000): Zur Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Ländern, <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=107> (Letzter Zugriff: 30.01.2007)
- MAF (Ministry of Agriculture & Forestry Republic of Korea) (2006): Statistik über die Land- und Forstwirtschaft [Nonglimeob juyo-tonggye], Seoul, Korea. <http://www.maf.go.kr>.
- Marr, R. (1994): Die Rolle der Führungskräfte im Prozess der Transformation eines Wirtschaftssystems von der Plan- zur Marktwirtschaft, in: Rosenstiel, L. von (Hrsg.): *Führung im Systemwandel – Untersuchungen zum Führungsverhalten beim Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft*, Rainer Hampp Verlag, München und Mering, S. 49-66.
- Mcmillan, J. (1995): *Markets in Transition*, Center for Institutional Reform and the Informal Sector (IRIS) at University of Maryland, Working Paper, No. 181, USA.
- Münkner, H. (2000): Roles of Agricultural Cooperatives in the process of reunification Germany, in: *International Forum on Roles of Cooperatives in the Era of Reunification and Cooperation between South & North Korea*, National Agricultural Cooperatives Federation (NACF), Seoul, Südkorea, S. 25-38.
- Nam, S. W. (2003): Contemporary Food Shortage of North Korea and Reform of Collective Farm [Hyeon-dae Bug-han-ui Sig-lyang-nan-gwa Hyeob-dong-nong-jang Gae-hyeog], Hanul Publishing Company, Seoul, Südkorea.
- Noland, M. (2004): *North Korean Political Stability in Play with Enormous Implication for South Korea*, Institute for international Economics, USA, unveröff. Manuskript.

- North, D.C. (1994): Economic Performance through time, *American Economic Review*, Vol. 84, S. 359-368.
- North, D.C. (1997): The contribution of the new institutional economics to an understanding of the transition problem, WIDER Annual Lecture 1, Helsinki.
- Oertzen-Haupt, W. v.; Welschhof, J.; Schulz, G.; Wapenhans, A. (1991): Die Ausgangslage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: Henrichmeyer, W.; Schmidt, K. (Hrsg.): Die Integration der Landwirtschaft der neuen Bundesländer in den europäischen Agrarmarkt, *Agrarwirtschaft*, Sonderheft 129, Buchedition Agrimedia Hamburg und Im Verlag Alfred Strothe Frankfurt, S. 3-44.
- Oh, S.Y. (2002): Vergleich der Wirtschaftsreformen zwischen Nordkorea und China [Bug-han-gwa Jung-gug-ui Cho-gi Gyeong-je-gae-hyeong Bi-gyo Mich Si-sa-jeom], in: The Research Institute for National Unification (Hreg.): Internationales Symposium "100 Tage nach der Wirtschaftsreform in Nordkorea", Chung-Ang University, Seoul, Südkorea, S. 16-31.
- Park, H.J. (2002): Wirtschaftssystem in Nordkorea [Bug-han-ui Gyeong-je-gwan-li-che-gyeong], Verlag Haenam, Seoul, Südkorea.
- Park, S.S. (2002): Entwicklung und Perspektiven von der Preis- und Rationierungssystem in Nordkorea [Bug-han-ui Ga-gyeong, Bae-geub-je-do-ui Bye-on-hwa-wa Jeon-mang], in: The Research Institute for National Unification (Hreg.): Internationales Symposium "100 Tage nach der Wirtschaftsreform in Nordkorea", Chung-Ang University, Seoul, Südkorea, S. 32-42.
- Park, S.S. (2004): Wirtschaftsstruktur und Reform in Nordkorea [Bug-han Gyeong-je-ui Gu-jo-wa Byeon-hwa], The Bank of Korea, Seoul, Südkorea.
- Partei der Arbeit Koreas (PdAK) Verlag (1999): Political Economy of Self-Reliance [Ju-che-jeong-chi-gyeong-je-hag-dog-bon], Pöngjang, Nordkorea.
- Perekhozhuk, O. (2000): Empirische Untersuchung zum Aufbau eines landwirtschaftlichen Beratungsdienstes in der Ukraine. Masterarbeit, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale).
- Rim, G.B. (1992): Unsere Erfahrungen bezüglich der Lösung der Agrarfrage [U-li-sig Nong-chon-mun-je Hae-gyeong-ui Bich-na-neun Gyeong-heom], Landwirtschaftsverlag, Pöngjang, Nordkorea.
- Roh, J.B.; Yoon, D.R.; Lee, J.U.; Cho, M.C.; Hong, I.P.; Kim, W.G.; Kim, C.H. (2003): 2002 North Korea Development Report [2002 Bug-han Gyeong-je Baeg-seo], Korea Institute for international Economic Policy (KIEP), Seoul, Südkorea.
- Rolf, J. (1998): Situation und Perspektiven des ländlichen Raumes in Sachen – Den Wandel als Chance begreifen, in: Internationaler Arbeitskreis land- und

- hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB): Der ländlichen Raum im Wandel der Zeit, Neue Anforderungen an Management und Beratung, Tagungsbericht der IALB, 37. Arbeitstagung vom 17. bis 20. Juni 1998 in Dresden, S. 13-20.
- Rost, D. (1993): Stand der Umstrukturierung der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt, in: Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Situation und Zukunft der Genossenschaften in der Landwirtschaft, Berliner Beiträge zum Genossenschaftswesen 6, Berlin, S. 5-14.
- Rost, D.; Schmidt, A.(1993): Entwicklungshemmnisse landwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern, in: Landwirtschaftliche Rentenbank (hrsg.), Entwicklungshemmnisse landwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe Band 6, Frankfurt am Main, S. 57-94.
- Schleifer, A; Treisman, D. (1998): The economics and politics of transition to an open market economy in Russia, OECD Publications, France.
- Schlüter, A.(2001): Institutioneller Wandel und Transformation – Restitution, Transformation und Privatisierung in der tschechischen Landwirtschaft, Shaker Verlag, Aachen.
- Schmiel, M. (1972): Das Beraten, Ein Beitrag zur Beratung im Handwerk, Schriftenreihe: Berufsbildung im Handwerk, Reihe A, Heft 33, Köln, S. 97.
- Schmitz, P.M.; Wiegand, S. (1992): Perspektiven für die ostdeutsche Landwirtschaft, *Agra-Europe*, Nr. 31, 27. Juli 1992, S. 8.
- Schulze, E. (1995): 7500 Jahre Landwirtschaft in Deutschland – Von den Bandkeramikern bis zur Wiedervereinigung, 2. durchgesehene und verbesserte Auflage, Merkur Druck- und Kopierzentrum GmbH, Leipzig.
- Sinn, G.; Sinn H.W.(1992): Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, Tübingen.
- Spöhring, W. (1995): Qualitative Sozialforschung, Teubner-Studienskripten, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1991): Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, Metzler-Poeschel, Wiesbaden.
- Steding, R.(1991): Zur Eigentumsverfassung in der Landwirtschaft und zur Perspektive der LPG aus juristischer Sicht, in: Merl, S./Schinke, E. (Hrsg.)(1991): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Drucker&Humboldt, Berlin, S. 85-96.
- Stern, K. (1990): Wirkung der großflächigen Landbewirtschaftung in der DDR auf Flora, Fauna und Boden, Giessener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des Europäischen Ostens, Band 174, Duncker & Humboldt, Berlin.

- Strom, H.J.; Blumöhr, T.(1998): Geschichte, Wiedergeburt und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Beratung in Sachsen-Anhalt, Forschungsbericht (gefördert vom Kulturministerium des Landes Sachsen-Anhalt, GKSS Projektträger WTU Magdeburg), Landwirtschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale).
- Tagesschau (17. Juni 2005): Hungersnot in Nordkorea
- The bank of korea (2002): Die Bedeutung und Perspektiven der Wirtschaftsreform in Nordkorea politics [Choe-geun Bug-han Gyeong-je-jo-chi-ui Uimi-wa Jeon-mang], <http://www.bok.or.kr> (Letzter Zugriff: 30.01.2005)
- Thiele, H. (1998): Dekollektivierung und Umstrukturierung des Agrarsektor der neuen Bundesländer – Eine gesamtwirtschaftliche und sektorale Analyse von Politikmaßnahmen, *Agrarwirtschaft Sonderheft 160*, AgriMedia, Frankfurt.
- Wädekin, K. (1972): Die Bezahlung der Arbeit in der sowjetischen Landwirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin.
- Warth, S. (1988): Territoriale Aspekte und Probleme der Gestaltung von Verflechtungsbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, in: Stiller, H. (Hrsg.): Verflechtungsbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, Berlin: Akademie-Verlag, S. 66-68.
- WBBMELF(Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1991): Grundsatzfragen zur Anpassung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern – Schriftenreihe des BMELF, Reihe A: Angewandte Wissenschaft, Heft 392), Münster-Hiltrup
- Weber, A. (1990): Zur Situation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, *Agrarwirtschaft, Jg.39, Heft 5*, S. 129-130.
- Weber, A. (1991): Zur Agrarpolitik in der ehemaligen SBZ/DDR. Rückblick und Ausblick, in: Merl, S.; Schinke, E. (Hrsg.): Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR im Umbruch, Berlin, S. 53-70.
- Welschhof J.; Schmidt, D.O.; Klaus H. (1993): Eine empirische Untersuchung der Entwicklungshemmnisse landwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen Bundesländer, in: Landwirtschaftliche Rentenbank (hrsg.): Entwicklungshemmnisse landwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern, Schriftenreihe Band 6, Frankfurt am Main, S. 13-50.
- Wentzel, D. (1991): Transformation von Wirtschaftssystemen, in: Schüller, A.; Krüsselberg, H. (Hrsg.): Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und Politischen Ökonomik, Arbeitsberichte zum Systemvergleich, Nr. 7, Marburg, S. 163-165.
- Wiegand, S. (1994): Landwirtschaft in den neuen Bundesländern-Struktur-Probleme und zukünftige Entwicklung, Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG., Kiel.

- Wieland, R. (1996): Landwirtschaftliche Unternehmensgenese im Transformationsprozess, Fallbeispiel der Restrukturierung einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in Brabdebburg, Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG., Kiel.
- World Bank (2003): The newsletter about reforming economics "*Transition*", Vol. 14, No.1-3, Worldbank.
- Yoshikawa, Y. (2004): The prospect of economic reform in North Korea, School of International and Public Affairs, Columbia University, <http://www.nautilus.org/DPRKBriefingBook/transition/200312NKecon.html> (Letztere Zugriff: 30.02.2007)
- Zack, P. (1998): Teil 2. Sachsen-Anhalt, in: Internationaler Arbeitskreis land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB): Der ländlichen Raum im Wandel der Zeit, Neue Anforderungen an Management und Beratung, Tagungsbericht der IALB, 37. Arbeitstagung vom 17. bis 20. Juni 1998 in Dresden, S. 91-94.
- Zierold, K. (1997): Veränderungen von Lebenslagen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer, in: Becker, A. (Hrsg.): Regionale Strukturen im Wandel, KSPW Beiträge 5, Leske und Budrich, Opladen, S. 501-568.

ANHANG

LISTE DER BEFRAGUNGSPARTNER

- A1: Gerbstedter Agrargenossenschaft e.G. (Herr Beer)
- A2: Rothenschimbacher Agrargenossenschaft e.G. (Herr Gensow)
- A3: Bad Dürrenberg e.G. (Herr Göx)
- A4: Agrargenossenschaft Gleina e.G. (Herr Boy)
- A5: Agrargenossenschaft e.G. Burgholzhausen (Herr Stieberitz)
- A6: Agrargenossenschaft Güntersberge e.G. (Herr Ulrich)
- A7: Mansfelder Agrargenossenschaft e.G. (Herr Mimming)
- A8: Agrargenossenschaft Ballenstedt e.G. (Herr Nebe)
- A9: Agrarbetrieb Beyernaumburg e.G. (Herr Temme)
- A10: Landwirtschaftliche Produktions- u. Vertriebsgesellschaft Mücheln (Herr Arlet)
- A11: Agrar- u. Absatzgenossenschaft Naumburg e.G. (Herr Körner)

Gruppe
A
LPG-
Nachfolgerbetrieb
(e.G.)

-
- B1:** Agricola Agrarverwaltungsgesellschaft mbH&Co.KG (Herr Reinhardt)
B2: ABG Landsberg GmbH&Co.KG (Herr Weiß)
B3: Osterland Landwirtschafts-GmbH Teuchern (Herr Landgraf)
B4: Agrarbetrieb Gröbitz GmbH (Herr Enke)
B5: Kahlwinkel Agrar-GmbH&Co.KG (Herr Braune)

LPG-
 Nachfolgerbetrieb
 (GmbH bzw.
 GmbH & Co.KG)

Gruppe
 B

C1: GbR Lehnhardt (Herr Lehnhardt)

C2: Domäne Friedeburg (Herr Sommermeier)

C3: Familienbetrieb (Frau Müller)

C4: Landwirt (Frau Sander)

C5: Ehrenberg/Schaaf GbR (Herr Ehrenberg)

Gruppe
 C

GbR/Landwirt

D1: Dr. Watzek, Hans in Berlin (damaliger Politiker in der DDR)

D2: Dr. Kranz, Jürgen in Halle (Berater)

D3: Dr. Anz, Siegfried in Halle (Berater)

D4: Dr. Schweizer, Dieter (Beamter, Bonn)

D5: Dr. Lückemeyer, Manfred (damaliger Beamter, Bonn)

Vorbereitung
 (Berater/
 Politiker)

Gruppe
 D

LEITFADEN FÜR INTERVIEWS BEI DEN BETRIEBSLEITERN

1. Erklären Sie bitte zusammenfassend die allgemeinen Zustände Ihres Betriebs.

- Waren Sie ein Mitglied der damaligen LPG?
- Entwicklungshistorie
- "Eigentumsverhältnisse" an Grund und Boden
- Ausrichtung der Produktion
- Maschinen, Arbeitskräfte
- Marketingkanäle der Produktion
- Durchschnittliches Einkommen

2. Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht einige Hauptkonzepte, die im landwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess angewandt wurden?

Konzept 1. Eigentumsfrage

- Die Restitution und Entschädigung waren ein grundsätzliches Prinzip der Privatisierung. Vor allem mussten Bodeneigentumsrechte sofort an den früheren Eigentümer restituiert werden, weil die Kollektivierung in der DDR-Zeit als Unrecht galt.
 - Sollte die Wiederherstellung des Privateigentums notwendig sein und rasch geklärt werden?
 - Welche Erwartungen und Befürchtungen hatten sie bezüglich der Restitution der Böden. (Welche Probleme traten durch die Restitution auf? Welche Erwartungen hatten meistens frühere Eigentümer von der Wiederherstellung des Privateigentums in Bezug für ihre Zukunft? Wie war Ihre Meinung oder Reaktion in Bezug auf die Restitution? Wie bewerten Sie das Ergebnis der Restitution?)

Konzept 2. Umwandlung der Agrarverfassung

- Es gab die Hypothese, dass eine sozialistische Agrarverfassung der familienwirtschaftlichen Agrarverfassung unterlegen sei. Deswegen sollten bäuerliche Familienwirtschaften das Ergebnis der Transformation der sozialistischen Agrarverfassung werden, weil dann die Transaktionskosten niedriger ausfallen würden.

- Ich denke, dass auf Grund dieser Hypothese ein politisches Diktat zur Abschaffung der LPG bestand und die unterschiedlichen Förderprogramme getrennt nach Betriebsformen durchgeführt wurden. Was denken Sie?

Konzept 3. Die Rolle des Staates bei der landwirtschaftlicher Umwandlung

- Wenn erhebliche Kosten nicht vom Staat übernommen würden, so würde sich der notwendige Transformationsprozess sehr verzögern und vielleicht in wichtigen Bereichen unterbleiben. Die Änderungen waren von so einschneidender Natur, dass unvermeidbare wirtschaftliche Friktionen und soziale Härten politisch abgefedert werden mussten.
- Hat der Staat eine neutrale Rolle bezüglich der Betriebsform in der Umwandlungszeit gespielt? Wie bewerten Sie das?

3. Wichtige Bereiche

Frage 1: Restitution und Entschädigung

- Wie und wann haben Sie sich über die notwendigen Schritte zur Privatisierung und Umwandlung ihrer LPG informiert? Welche Erwartungen hatten Sie daraufhin?
- Haben Sie Ihren eigenen Boden oder anderes Privateigentum infolge der Restitution von der LPG zurückbekommen?
- Wie konnten Sie Ihre Eigentumsrechte am Boden beweisen? Wenn der Boden durch Flurbereinigung in der DDR-Zeit verändert worden war, wie verlief dann die Restitution?
- Entstanden aufgrund der Restitution Konflikte zwischen den Bodenbesitzenden LPG-Mitgliedern und den anderen?
- Konnte der neue Eigentümer, der aus der LPG ausgeschieden ist, seinen Boden verpachten beziehungsweise verkaufen?
- Wie bewerten Sie die Restitution für frühere Eigentümer aus heutiger Sicht? Welche Vor- bzw. Nachteile hat die Restitutionsmaßnahme für die Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft gehabt? Gab es keine Alternative zur Privatisierung, um deren negative Nebenwirkungen zu vermeiden?

Frage 2: Auflösung der LPG

- Die Auflösung der LPG konnte durch Mitgliederversammlungen ermöglicht werden. Das war eine Ausnahme im Vergleich zum Privatisierungsprozess in anderen Wirtschaftszweigen, der von der Treuhandanstalt durchgeführt wurde. Warum wurde das nur in der

LPG erlaubt? Hat das irgendwelche (positive oder negative) Auswirkungen auf zukünftige Agrarentwicklungen gehabt?

- Wie wurde der Vermögenswert der LPG nach der Restitution des Bodens bewertet? Von wem und nach welchen Kriterien?
- Die Kriterien für die Vermögensauseinandersetzung waren die Arbeitsdauer, der eingetragene Kapitaleinsatz zur Zeit der Kollektivierung und Zinsen. Gab es noch weitere Kriterien?
- Wie wurden die Gegensätze zwischen den verschiedenen Interessensgruppen reguliert? Wie lautete das Ergebnis der Vermögensauseinandersetzung?
- In Bezug auf die Auflösung der LPG war es eine wichtige Aufgabe, die Beschlussdokumente zu erstellen sowie die Umwandlungsversammlungen vorzubereiten und durchzuführen. Dabei gab es vermutlich viel Beratung. Wer waren die Berater? Und wie bewerten Sie diese Beratung?

Frage 3: Umwandlung der Betriebsformen (oder Neugründung)

Zum LPG-Nachfolgeunternehmen

- Von wem haben Sie die zur Entscheidung benötigten Informationen über die Betriebsformen bekommen?
- Warum haben Ihre damaligen LPG-Mitglieder diese Betriebsform ausgewählt? D.h. was waren die Bestimmungsfaktoren für die Entscheidung für eine bestimmte Form? Worin lagen die Vorteile der ausgewählten Betriebsform im Vergleich zu den anderen?
- Wie bewerten Sie damalige Entscheidungen über die Betriebsform aus heutiger Sicht?
- Welche Personen oder Gruppen haben die Umwandlung der LPG vorangetrieben?
- Wie bewerten Sie die Beratungstätigkeit, die mit der Entscheidung über die neue Betriebsform und der Erstellung des Umstrukturierungsplanes zu tun hatte?
- Es war schon bekannt, dass der Arbeitskräftebesatz in den LPGen zu hoch war. Deswegen denke ich, dass der zukünftige Arbeitskräfteabbau in Ihrem Betrieb schon in der Zeit voraussehbar war. Was hatten Sie diesbezüglich geplant? Und hat die Beratung Sie dabei konstruktiv unterstützt?
- Nach der Privatisierung des Bodens wurde von den westlichen Wissenschaftlern erwartet, dass viele Familienbetriebe in Ostdeutschland entstehen werden. Warum kam es nicht dazu?

Zu Einzelunternehmen und Personengesellschaften

- Als Sie aus der damaligen LPG ausgeschieden waren, was hatten Sie infolge der Vermögensauseinandersetzung mit der LPG erhalten? Brauchten Sie als ein ausgeschiedenes Mitglied eine spezielle persönliche Beratung? Wenn ja, von wem und worin lagen die Beratungsschwerpunkte?
- Wann haben Sie Ihren Betrieb gegründet? Welches Wissen hatten Sie bei der Einrichtung dieser Betriebsform? Warum wollten Sie einen neuen Betrieb einrichten, anstatt mit den LPG-Nachfolgeunternehmen zusammenzuarbeiten?
- Wie bewerten Sie die damaligen Entscheidungen über die Betriebsform aus heutiger Sicht? Was sind die Stärken und Schwächen Ihrer Betriebsform im Vergleich zu anderen?
- Wie bewerten Sie die Beratungstätigkeit, die mit der Existenzgründung und Erstellung des Wiedereinrichtungsplanes zu tun hatte?

Frage 4: Anpassungsprobleme an die neue wirtschaftliche Ordnung

- Nach der Einrichtung Ihres Betriebes, welche Schwierigkeiten hatten Sie in der Anpassungsphase im Unternehmen? Hinsichtlich des Kapitals (einschließlich Altschulden), der Finanzierung, des Neuinvestitionsbedarfs zur Produktion, des Bezugs von Produktionsfaktoren, des Marketings und der Erhöhung der Effizienz (Arbeitskräfte, Betriebsgröße, Betriebsorganisation) usw.
- Wie konnten Sie die obigen Schwierigkeiten überwinden und bis heute Ihre Betriebe fortführen? Spielten dabei die staatlichen Fördermittel und Beratungshilfen eine große Rolle?
- An welchen Fördermitteln waren Sie für Ihre Betriebe interessiert, um obige Schwierigkeiten zu überwinden? Wie bewerten Sie die Anpassungshilfen des Staates?

Frage 5: Bewertung der Beratung

- Worin sahen Sie den Bedarf nach Beratung bei Umstrukturierungen oder in Gründung befindlicher Unternehmen?
- Wie verändern sich mit der Zeit die Beratungsbedürfnisse von der Wende bis heute?
- Da in Ostdeutschland die Betriebs- und Unternehmensberatung überhaupt nicht entwickelt war, suchten Berater aus der Bundesrepublik Deutschland den Kontakt zu den LPGen. Wie kam bei Ihnen der Kontakt zustande und wer war der Berater oder die Beratungsgruppe in der Umwandlungszeit?

- Hat der Berater Ihre Probleme bei der Umwandlungsphase gut verstanden? Ich vermute, es war nicht so einfach wie in Westdeutschland, weil es sich um unbekannte Größen und Strukturen handelte und die Herausbildung neuer Betriebs- und Rechtsformen mit entsprechender Effizienz eine schwierige Aufgabe ist.
- Wie hoch waren die Beratungskosten und wer trug sie?
- Wie bewerten Sie aus heutiger Sicht die Beratungstätigkeit in der Umwandlungszeit? War sie erfolgreich oder fehlerhaft? Warum?
- Wie läuft die jetzige landwirtschaftliche Beratung für Ihren Betrieb?

- Vol. 1 **The importance of institutions for the transition in Central and Eastern Europe with emphasis on agricultural and food industry**
ed. by Klaus Frohberg and Witold-Roger Pogonietz
1998, 137 pages, ISBN 3-8175-0258-3
- Vol. 2 **The significance of politics and institutions for the design and formation of agricultural Policies**
ed. by Klaus Frohberg and Peter Weingarten
1999, 254 pages, ISBN 3-8175-0289-3
- Vol. 3 **Food processing and distribution in transition countries. Problems and perspectives**
ed. by Monika Hartmann and Jürgen Wandel
1999, 349 pages, ISBN 3-8175-0293-1
- Vol. 4 **Die private Nachfrage nach Nahrungsmitteln im Transformationsprozeß Tschechiens und Polens**
Stephan Brosig (PhD)
2000, 171 Seiten, ISBN 3-8175-0319-9
- Vol. 5 **Integrating Estonia into the EU: Quantitative analysis of the agricultural and food sector**
Achim Fock (PhD)
2000, 286 pages, ISBN 3-8175-0320-2
- Vol. 6 **Competitiveness of agricultural enterprises and farm activities in transition countries**
ed. by Peter Tillack and Frauke Pirscher
2000, 216 pages, ISBN 3-8175-0322-9
- Vol. 7 **Конкурентоспособность сельскохозяйственных предприятий и фермерской деятельности в странах переходного периода**
под редакцией Петера Тиллака и Фрауке Пиршер
2000, 253 страницы, ISBN 3-8175-0324-5
- Vol. 8 **Perspectives on agriculture in transition: Analytical issues, modelling approaches, and case study results**
ed. by Witold-Roger Pogonietz, Alberto Zezza, Klaus Frohberg and Kostas G. Stamoulis
2000, 433 pages, ISBN 3-8175-0323-7

- Vol. 9 **Land ownership, land markets and their influence on the efficiency of agricultural production in Central and Eastern Europe**
ed. by Peter Tillack and Eberhard Schulze
2000, 485 pages, ISBN 3-8175-0325-3
- Vol. 10 **Landwirtschaft und Industrie in Russland – Der Transformationsprozeß in der Ernährungsindustrie**
Jürgen Wandel (PhD)
2000, 361 Seiten, ISBN 3-8175-0334-2
- Vol. 11 **Food consumption in Russia. An econometric analysis based on household data**
Karin Elsner (PhD)
2001, 256 pages, ISBN 3-8175-0335-0
- Vol. 12 **Alexander Wasiljewitsch Tschajanow – Die Tragödie eines großen Agrarökonom**
hrsg. u. übers. von Eberhard Schulze
2001, 192 Seiten, ISBN 3-8175-0342-3
- Vol. 13 **Analysis of food consumption in Central and Eastern Europe: Relevance and empirical methods**
ed. by Stephan Brosig and Monika Hartmann
2001, 253 pages, ISBN 3-8175-0349-0
- Vol. 14 **Wettbewerbsprozesse und Firmenwachstum in der Transformation am Beispiel der polnischen Fleischindustrie**
Agata Pieniadz (PhD)
2002, 291 Seiten, ISBN 3-8175-0360-1
- Vol. 15 **Agricultural enterprises in transition: Parallels and divergences in Eastern Germany, Poland and Hungary**
ed. by Ludger Hinners-Tobrägel and Jürgen Heinrich
2002, 455 pages, ISBN 3-8175-0366-0
- Vol. 16 **Agricultural technology and economic development of Central and Eastern Europe. Results of the workshop in Halle, 2nd-3rd July 2001**
ed. by Peter Tillack and Ulrich Fiege
2002, 160 pages, ISBN 3-86037-199-1
- Vol. 17 **Региональные аспекты аграрных преобразований: Политика, реструктуризация, рыночная адаптация**
под редакцией Петера Тиллака и Виталия Зиновчука
2003, 236 страницы, ISBN 3-928466-55-0

- Vol. 18 **Alexander Vasilievich Chayanov – The tragedy of an outstanding agricultural economist**
ed. by Eberhard Schulze
2003, 188 pages, ISBN 3-86037-201-7
- Vol. 19 **Development of agricultural market and trade policies in the CEE Candidate Countries**
by the Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries
2003, 72 pages, ISBN 3-86037-212-2
- Vol. 20 **Large farm management**
ed. by Alfons Balmann and Alexej Lissitsa
2003, 396 pages, ISBN 3-86037-213-0
- Vol. 21 **Success and failures of transition – The Russian agriculture between fall and resurrection**
ed. by Eberhard Schulze, Elke Knappe, Eugenia Serova, Peter Wehrheim
2003, 521 pages, ISBN 3-9809270-1-6
- Vol. 22 **Subsistence agriculture in Central and Eastern Europe: How to break the vicious circle?**
ed. by Steffen Abele and Klaus Froberg
2003, 233 pages, ISBN 3-9809270-2-4
- Vol. 23 **Pfadabhängigkeiten und Effizienz der Betriebsstrukturen in der ukrainischen Landwirtschaft – Eine theoretische und empirische Analyse**
Andriy Nedoborovskyy (PhD)
2004, 197 Seiten, ISBN 3-86037-216-5
- Vol. 24 **Nichtmonetäre Transaktionen in der ukrainischen Landwirtschaft: Determinanten, Spezifika und Folgen**
Olena Dolud (PhD)
2004, 190 Seiten, ISBN 3-9809270-3-2
- Vol. 25 **The role of agriculture in Central and Eastern European rural development: Engine of change or social buffer?**
ed. by Martin Petrick and Peter Weingarten
2004, 426 pages, ISBN 3-9809270-4-0
- Vol. 26 **Credit rationing of Polish farm households – A theoretical and empirical analysis**
Martin Petrick (PhD)
2004, 254 pages, ISBN 3-9809270-6-7

- Vol. 27 **Drei Jahrhunderte Agrarwissenschaft in Russland: Von 1700 bis zur Gegenwart**
Alexander Alexandrowitsch Nikonow und Eberhard Schulze
2004, 232 Seiten, ISBN 3-9809270-8-3
- Vol. 28 **Russlands Weg vom Plan zum Markt: Sektorale Trends und regionale Spezifika**
Peter Voigt (PhD)
2004, 270 Seiten, ISBN 3-9809270-9-1
- Vol. 29 **Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die sozio-ökonomischen Funktionen ukrainischer Landwirtschaftsunternehmen**
Helga Biesold (PhD)
2004 182 Seiten, ISBN 3-938584-00-9
- Vol. 30 **Agricultural policies and farm structures – Agent-based modelling and application to EU-policy reform**
Kathrin Happe (PhD)
2004, 291 pages, ISBN 3-938584-01-7
- Vol. 31 **How effective is the invisible hand? Agricultural and food markets in Central and Eastern Europe**
ed. by Stephan Brosig and Heinrich Hockmann
2005, 361 pages, ISBN 3-938584-03-3
- Vol. 32 **Erfolgsfaktoren von landwirtschaftlichen Unternehmen mit Marktfruchtanbau in Sachsen-Anhalt**
Kirsti Dautzenberg (PhD)
2005, 161 Seiten, ISBN 3-938584-06-8
- Vol. 33 **Agriculture in the face of changing markets, institutions and policies: Challenges and strategies**
ed. by Jarmila Curtiss, Alfons Balmann, Kirsti Dautzenberg, Kathrin Happe
2006, 544 pages, ISBN 3-938584-10-6
- Vol. 34 **Making rural households' livelihoods more resilient – The importance of social capital and the underlying social networks**
ed. by Gertrud Buchenrieder and Thomas Dufhues
2006, 106 pages, ISBN 3-938584-13-0
- Vol. 35 **Außerlandwirtschaftliche Diversifikation im Transformationsprozess. Diversifikationsentscheidungen und -strategien ländlicher Haushalte in Slowenien und Mazedonien**
Judith Möllers (PhD)
2006, 323 Seiten, ISBN 3-938584-14-9

- Vol. 36 **Accessing rural finance – The rural financial market in Northern Vietnam**
Thomas Dufhues (PhD)
2007, 166 Seiten, ISBN 3-938584-16-5
- Vol. 37 **Страхование посевов в Казахстане: Анализ возможностей эффективного управления рисками**
Раушан Бокушева, Олаф Хайдельбах, Талгат Кусайынов
2007, 82 Seiten, ISBN 3-938584-17-3
- Vol. 38 **Rethinking agricultural reform in Ukraine**
Zvi Lerman, David Sedik, Nikolai Pugachov, Aleksandr Goncharuk
2007, 167 Seiten, ISBN 3-938584-18-1
- Vol. 39 **Sustainable rural development: What is the role of the agri-food sector?**
ed. by Martin Petrick, Gertrud Buchenrieder
2007, 293 pages, ISBN 3-938584-22-X
- Vol. 40 **Efficiency of selected risk management instruments – An empirical analysis of risk reduction in Kazakhstani crop production**
Olaf Heidelberg (PhD)
2007, 223 Seiten, ISBN 3-938584-19-X
- Vol. 41 **Marktstruktur und Preisbildung auf dem ukrainischen Markt für Rohmilch**
Oleksandr Perekhozhuk (PhD)
2007, 274 Seiten, ISBN 978-3-938584-24-8
- Vol. 42 **Labor market behavior of Chinese rural households during transition**
Xiaobing Wang (PhD)
2007, 140 Seiten, ISBN 978-3-938584-25-5
- Vol. 43 **Continuity and change: Land and water use reforms in rural Uzbekistan. Socio-economic and legal analyses for the region Khorezm**
ed. by Peter Wehrheim, Anja Schoeller-Schletter, Christopher Martius
2008, 211 Seiten, ISBN 978-3-938584-27-9
- Vol. 44 **Agricultural economics and transition: What was expected, what we observed, the lessons learned (Vol I and II)**
ed. by Csaba Csáki, Csaba Forgács
2008, 634 Seiten, ISBN 978-3-938584-31-6

- Vol. 45 **Theoretical and methodological topics in the institutional economics of European agriculture. With applications to farm organisation and rural credit arrangement**
Martin Petrick
2008, 223 Seiten, ISBN 978-3-938584-31-6
- Vol. 46 **Agri-food business: Global challenges – Innovative solutions**
ed. by Thomas Glauben, Jon H. Hanf, Michael Kopsidis, Agata Pieniadz, Klaus Reinsberg
2008, 152 pages, ISBN 978-3-938584-33-0
- Vol. 47 **Eine Analyse der Transformationsberatung für die "kollektive Landwirtschaft" während der ersten Transformationsphase (1989-1991) am Beispiel Ostdeutschlands: Lehren für Korea**
Jeong Nam Choi (PhD)
2009, 225 Seiten, ISBN 978-3-938584-36-1

In der Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* werden durch das IAMO Monographien und Tagungsberichte herausgegeben, die sich mit agrarökonomischen Fragestellungen zu Mittel- und Osteuropa beschäftigen. Wissenschaftlern, die in diesem Bereich forschen, steht die Schriftenreihe als Diskussionsforum offen.

In its series *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* IAMO publishes monographs and proceedings focusing on agricultural economic issues specific to Central and Eastern Europe. This series offers a forum to researchers studying this area.